

STAHLWERKER
GEGEN LOHNRAUB

S.16

KAMPF DER BAUERN
GEGEN DIE EG

S.28

ZUM KAMPF
DER ERSATZDIENSTLER

S.24



Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 48 20. Aug. 74 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

50 Pf.

Athener Faschisten abgetreten

Die faschistische Militärjunta in Griechenland, die seit dem 21. April 1967 ein diktatorisches Regime aufrecht erhalten hatte, trat am 23. Juli sang- und klanglos ab, um einer „Zivilregierung“ von Politikern der alten Rechten Platz zu machen.

Neuer Regierungschef wurde Konstantin Karamanlis von der ultrarechten ERE-Partei. Er war schon einmal, 1956 bis 1963, griechischer Regierungschef gewesen und hatte sich in dieser Zeit auf Wahlfälschungen, Polizei-Regime, KZ's für politische Gegner, Verbot der kommunistischen Partei, Pressezensur, Unterdrückung der freien Gewerkschaften und politischen Mord gestützt.

Pläne zur Ablösung der Junta hatte es angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten (hohe Arbeitslosigkeit, Inflationsrate von 30%) und des breiten antifaschistischen Widerstands (der sich vor allem in den Novemberkämpfen 1973 zeigte) in rechtsbürgerlichen und monarchistischen griechischen Kreisen und auch innerhalb der NATO und EG schon länger gegeben.

Die Entscheidung brachte der von der Athener Junta geleitete Putsch der „Nationalgarde“ auf Zypern am 15. Juli. Als die türkische Armee auf Zypern intervenierte und sich die Widersprüche zwischen griechischer und türkischer Bourgeoisie drastisch zuspitzten (es geht dabei, außer um Zypern, vor allem um die Erdölfelder in der östlichen Ägäis, die zwischen beiden Ländern umstritten sind), zeigte sich die Unfähigkeit der Junta, in dieser Situation auch nur eine geordnete Generalmobilisation

durchzuführen. Da die Junta in dieser Situation nicht mehr handlungsfähig war, wurde von der Bourgeoisie Karamanlis zurückgerufen, um eine „Regierung der nationalen Einheit“ zu bilden – auch und gerade mit Blick auf den griechisch-türkischen Konflikt.

Griechenland ist in diesem Jahr nach Portugal das zweite europäische Land, das von einer faschistischen Militärdiktatur zu einer mehr oder weniger bürgerlich-demokratischen „Zivilregierung“ übergeht – ohne allerdings den faschistischen Staatsapparat zu liquidieren. In Spanien zeichnet sich eine gleichartige Entwicklung ebenfalls ab (vgl. Artikel dazu in diesem AK).

In jedem Fall handelt es sich um den Versuch der herrschenden Klassen selbst, durch eine kontrollierte Ablösung des Faschismus innere und äußere Schwierigkeiten möglichst reibungslos zu überwinden. In Portugal stützt sich dieses Manöver stark auf die Sozialistische und die „Kommunistische“ Partei, also auf die reformistische Linke, die die Funktion hat, nach innen die Klassenkämpfe zu zähmen (so diffamiert vor allem die revisionistische „KP“ Portugals die spontanen Streiks der Werktätigen als „faschistische Provokationen“!) und nach außen (vor allem gegenüber den Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien) eine Politik der „Entspannung“ und „Annäherung“ glaubwürdig zu machen.

In Griechenland stützt sich die kontrollierte Ablösung des Faschismus vor allem auf die alten Rechte, die ERE und den rechten Flügel der

Zentrumsunion. Die „Kommunistische“ Partei Griechenlands (in zwei Fraktionen gespalten) ist bisher noch nicht einmal als legale Partei zugelassen. In Griechenland ist auch, mehr noch als in Portugal, der faschistische Terror- und Unterdrückungsapparat intakt geblieben.

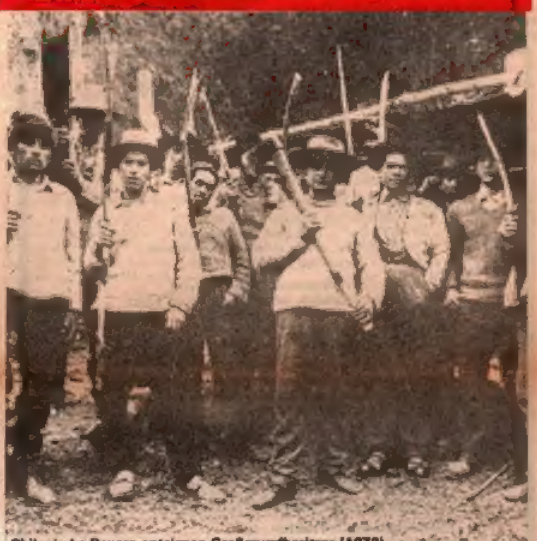
Die Karamanlis-Regierung hat zunächst einmal alle politischen Gefangenen freigelassen. Die Zensur wurde weitgehend aufgehoben, wenn auch nicht völlig (so wurden z.B. am 29.7. zwei Zeitungen beschlagnahmt, die über einen angeblichen Rücktritt von Präsident Ghazikis, der schon Präsident der faschistischen Junta war, geschrieben hatten). Anstelle der von der Junta verkündigten „Verfassung“ wurde die auch nicht eben konsequent demokratische Verfassung von 1952 wieder in Kraft gesetzt.

Die Karamanlis-Regierung hat aber die griechischen Werktätigen zugleich in drohendem Ton „gezwungen“, sie dürfen jetzt nicht mit der Demokratie spielen, die Regierung werde „Ordnung“ und „Disziplin“ aufrechterhalten. Schließlich ist – begründet mit der Zypern-Krise – der Kriegszustand in Griechenland immer noch in Kraft. Die Frage von freien Wahlen oder auch der Bestrafung faschistischer Mörder und Folterknechte wird – ebenfalls unter Hinweis auf die Zypern-Krise und die Konfrontation an der griechisch-türkischen Grenze – weit hinausgeschoben.

Forts. Seite 2

Terrorboas, „KP“ Chile.

Zur Diskussion über den bewaffneten Kampf ist es «noch zu früh»!



Chilenische Bauern enteignen Großgrundbesitzer (1972)

Chilenische Bauern enteignen Großgrundbesitzer (1972)

Wir haben bereits mehrfach in unserer Presse dargestellt, wie der internationale Revisionismus auch nach der jüngsten chilenischen Erfahrung weiterhin an seinem illusionären und kostenreichen Konzept eines „friedlichen Übergangs“ zum Sozialismus festhält (und dabei sogar noch weitere Schritte nach rechts macht, wie die italienische „KP“). Von Seiten der chilenischen „KP“ selbst liegen bislang aber nur sehr wenige offizielle Erklärungen bzw. Erklärungen ihrer führenden Leute vor. Die erste Erklärung der „KP“ Chiles nach dem Putsch haben wir seinerzeit ausgiebig im ARBEITERKAMPF Nr. 35 (6. Nov. 73) nachgedruckt und kurz kommentiert (ist sie auch in unseren beiden vorliegenden Chile-Broschüren enthalten: „CHILE – vom friedlichen Übergang zur faschistischen Militärdiktatur“ und „CHILE: Reform oder Revolution?“). Nunmehr ist vor kurzem ein Aufsatz von Volodia Teitelboim in der Nr. 3/74 der in Prag erscheinenden „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ („Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie und Information“) erschienen, auf den wir mit unserem folgenden Artikel eingehen wollen.

Forts. Seite 3

«Portugiesische Wende» auch in Spanien?

Massenkämpfe beschleunigen Ablösung des faschistischen Regimes

Während in Spanien auf der einen Seite die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes an Schärfe und Breite zunehmen, führt auf der anderen Seite im Lager der Faschisten und der Bourgeoisie die Frage der zukünftigen Taktik der Regierungspolitik (der Tod Franco steht unmittelbar bevor) zu immer offeneren Auseinandersetzungen zwischen den „ultra-rechten“ Teilen des Staatsapparates und der Armee und „gemäßigten“ Teilen der Bourgeoisie. Spanien ist seit langem auch ein zentral wirtschaftlicher Integrations in die EG interessiert, da die „Hilfe“ des US-Imperialismus den Erwartungen der spanischen Bourgeoisie weder im wirtschaftlichen noch im militärischen Bereich entspricht.

Seit geraumer Zeit diskutieren daher eine Reihe von (illegalen) bürgerlichen und Arbeiterkreisen die Möglichkeit einer Ablösung des Faschismus durch ein bürgerlich-parlamentarisches System, um durch eine „Revolution von oben“ einem eventuellen revolutionären Hinweggehen des Faschismus durch die Arbeiterklasse vorzuzukommen.

Am 30. Juli fand in Madrid eine geheime Pressekonferenz der spanischen „demokratischen und sozialistischen Opposition“ statt, auf der die Gründung einer „Demokratischen Junta für Spanien“ bekanntgegeben wurde. „Die Fortdauer des spanischen Staates verlangt aus Gründen der Würde und der nationalen Ehrenhaftigkeit das Ende des Regimes“, ließ es in einem Aufruf, die „Demokratische Junta“ fordert u.a. die Bildung einer provisorischen spanischen Regierung; innerhalb von zwölf bis 18 Monaten nach dem „vorhersehbaren Ende“ des Franco-Regimes sollen freie und geheime Wahlen zu einem verfassunggebenden Parlament vorbereitet, alle politischen Gefangenen sollen freigelassen werden, alle Freiheiten wie Versammlung, Streikfreiheit usw. sollen zugelassen werden, sowie alle politischen Parteien. Außerdem wird in einem Programmpunkt der Anschluß Spaniens an die „Europäische Gemeinschaft“ (EG) gefordert.

Die „Demokratische Junta“ ist eine Dachorganisation der verschiedenen Strömungen der spanischen Opposition. Sie reicht von der revisionistischen spanischen „KP“ (PCE) bis zur „Demokratischen Union“, die eine scharf antikommunistisch ausgerichtete Sammelbewe-

stellung des demokratischen Staates“ (Zitiert nach „FAZ“, 31.7.74).

Mitglieder der „Demokratischen Junta“ machten auch kein Hehl daraus, daß sie Kontakt zu hohen Mitgliedern der faschistischen Regierung haben. Es soll sogar Überlegungen geben, den spanischen Regierungschef Arias Navarro ausdrücklich zu unterstützen, um zu verhindern, – wie es heißt – daß sich nach Francos Tod die ultrarechten Falangisten durchsetzen. Der Faschist Arias Navarro hat sich seit der Hinrichtung seines Vorgängers Carrero Blanco durch Genossen der baskischen ETA besonders in der gnadenlosen Verfolgung der Opposition, vor allem der revolutionären Linken, aber auch der Mitglieder der KP „hervorgetan“. Während seiner halbjährigen Amtszeit hat er nach offiziellen Angaben etwa 500 Kämpfer der spanischen Opposition hinter Gitter gebracht und ist für die Todesstrafen an zwei Menschen (einer war der Genosse Puig Antich) mitverantwortlich.

Es geht der „Demokratischen Junta“ und mit ihr der PCE, als ihre Hauptstütze hinsichtlich ihres Massen-einflusses in der spanischen Arbeiterklasse erklärtermaßen um eine für die spanische Bourgeoisie möglichst schmerzlose Ablösung des morschen faschistischen Franco-Regimes durch eine bürgerlich-parlamentarische Herrschaftsausübung und in gar keiner Weise um eine grundlegende demokratische Umwälzung, bei der die spanischen Volksmassen und vor allem die Arbeiterklasse die entscheidende Triebkraft sein würden.

Anders ausgedrückt: Es geht der „Demokratischen Junta“ um einen faktischen Wechsel in der Herrschaft der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse, noch bevor diese die Kraft für einen revolutionären Sturz des Faschismus entwickelt hat.

Forts. Seite 4

Italien

Faschisten morden weiter

Am Sonntag, 4. August, explodierte im Zug Roen-Brennar („Italcus“) kurz vor Bologna eine Bombe. Ein Waggon des Zuges stand innerhalb von Sekunden in Flammen und wurde für 12 Menschen zur Todesfalle. Mindestens 50 Menschen wurden z.T. schwer verletzt.

Als Autoren dieses mörderischen Anschlags – kaum zwei Monate nach Brescia (wo eine faschistische Bombe acht Menschen tötete) – stünden sofort die Faschisten fest, die in der Vergangenheit schon zahlreiche „mögliche“, Bombenanschläge auf Züge verübt haben (vgl. Kasten).

Wenig später meldete sich die faschistische Terrorbande „Ordine Nero“ („Schwarze Ordnung“) und übernahm die „Verantwortung“ für den neuen Massenmord: „... Wir wollten zeigen, daß wir Bomben legen können, wo wir wollen, zu jeder Zeit, an jedem Ort, wo und wann es uns gefällt“. „Die Nazi-Fahne ist nicht im fernsten 1945 in Berlin gestorben: sie lebt weiter für ein großes, faschistisches und nationalistisches Italien“.

Drei Tage nach dem Massaker wurden in Bologna die Faschisten Italo Bono, Emanuele Bartoli und Gaetano Casali – Mitglieder von „Ordine Nero“ – verhaftet. Bei ihnen fand sich (in der Handschrift von Bono) der Entwurf zur Erklärung von „Ordine Nero“, mit der ON sich zum Anschlag auf den „Italcus“ bekannte. Nur die Zahl der Todesopfer war im Entwurf noch freigelassen worden.

Übrigens hindert dies den Staatsapparat nicht, Gaetano Casali wieder laufen zu lassen.

Das Volk klagt den Staat an

„Wissen sie, was ich sage? Wenn es so weitergeht, muß man wirklich das Kapitel des Widerstandskampfes nochmal beginnen. In den Bergen sind wir vor 30 Jahren gewesen, aber wenn es notwendig ist, bin ich bereit, wieder dahin zu gehen.“ – „Wir haben die

Forts. Seite 11

Teilbolin, Mitglied der Politischen Kommission des ZK der „KP“ Chile, der zur Zeit des Putsches gerade im Ausland war und dort heute im Exil lebt, antwortet mit seinem Aufsatz auf Leserfragen, die an die Redaktion dieser Zeitschrift gegangen sind. Aus dem Text geht hervor, daß die Leserbriefe wohl hauptsächlich Kritik an der revisionistischen Strategie des „friedlichen Übergangs“ formuliert haben, daß es offensichtlich nicht dem Putsch innerhalb der revisionistischen Parteien oppositionelle Stimmungen gegen deren Kurs gegeben hat (und noch gibt), die zumindest so bedeutend waren, daß sich die Revisionistenführer zu einer Auseinandersetzung damit gezwungen sahen, die sie in „normalen“ Zeiten ja einfach arrogant zu übergehen pflegten. Im redaktionellen Vorwort zu Teilbolins Aufsatz wird dieser „Zwang“ ziemlich deutlich sichtbar, wenn es

Kampf für die Gewinnung der Massen verloren ging“, usw.).

Bezeichnend ist, daß diese „andere Tendenz“ einerseits als „sektierisch“ charakterisiert wird (was die altebekannte Melodie der Revisionisten von den „Ultras“ vernehmen läßt) – andererseits aber, und darauf legt Teilbolin dann das Hauptgewicht, als „reformistisch“. Er schreibt dazu:

„Wie Unkraut wucherten die reformistischen Konzeptionen. Unterschätzt wurden einige Besonderheiten des Landes, tief verwurzelt war das Vorurteil von der Unveränderlichkeit der früheren politischen Institutionen (und zwar meint Teilbolin nicht das sonst immer den Revolutionären vorgeworfene „Vorurteil“, daß diese Institutionen des bürgerlichen Staates immer bürgerliche bleiben und man sie daher zerlegen muß; sondern das „Vorurteil“, diese Institutionen können nicht vom Imperialismus vollends ihres „demokratischen“ Aussehens entkleidet und in reaktionä-

ausgedrückt beliebt: „Die Armeemacht sich gemäß der Verfassung nicht in politische Streitfragen einmischen“, obwohl die Militärs durch eine Reihe moralischer Werte (!) geeint: Achtung vor der Verfassung und dem Gesetz, Gehorsam gegenüber der vom Volk gewählten Regierung.“ L. Corvalan, zit. e. Probleme des Friedens und des Sozialismus Nr. 9/73 – es gehört übrigens schon eine gehörige Portion Frechheit und Geringschätzung des Erinnerungsvorgangs der Leser dazu, wenn Teilbolin jetzt seinen oben zitierten Beitrag in genau der gleichen Zeitschrift publiziert, in der die gleiche Zeile während der UP-Regierung diese „übermäßigen Hoffnungen“ im Namen der chilenischen „KP“ gepredigt wurden!

Wenn Teilbolin schreibt: „Man nahm an, daß wenigstens ein Teil der Streitkräfte auf Seiten der legitimen Regierung bleiben würde“ – dann müßte der unbefangene Leser ja eigentlich daraus schließen, daß Teilbolin diese „Annahme“ (nämlich) für falsch hält, daß er also tatsächlich durch die wirklichen Ereignisse in Chile bestätigt worden sei. Aber weit gefehlt! Es handelt sich hier eben nicht nur darum, daß Teilbolin die Position der chilenischen „KP“ vor dem Putsch nachträglich positiv umzufließen versucht, sondern es ist insgesamt ein Betrug. Gültig sind für Teilbolin nicht die wahren, sondern die übermäßigen Hoffnungen auf den Professionalismus der Streitkräfte, auf deren Verfassungstreue“. Im selben Aufsatz, wo Teilbolin inbrünstig die „Reformisten“ anklagt, schreibt er wenig später über die aufzubauende antifaschistische Front gegen die Militärdiktatur:

„Einen würdigen Platz werden in der antifaschistischen Front an der Seite des Volkes die patriotisch gesinnten Militärs einnehmen. Die Patrioten haben die Streitkräfte und das Karabinier-Korps in den Dienst ihrer nationalen Politik gestellt. Aber wir sind nach wie vor (genau so ist es!) d. Red.) nicht der Ansicht, daß der Kampf in unserer Gesellschaft auf den Zusammenstoß zwischen den Zivilisten und den Militärs hinausläuft. Unter denen, die eine Uniform tragen, gibt es Menschen, die an ihre Pflichten gegenüber dem Heimatland denken. Ungeachtet ihrer demokratischen Stimmungen wurden sie zu hemmungslosem Terror eingesetzt.“

Sehen wir einmal ab von den demagogischen und bornierten Klitterungen, die Teilbolin hier vornimmt (die mechanistische Gegenüberstellung von „Zivilisten“ und „Militär“, was die Revisionisten immer der sozialistischen Auffassung von der Pflicht gegenüber dem Heimatland, mit der ja selbst die Faschisten argumentieren, um die Soldaten ideologisch auf die Ausrottung des „arrendierten“ und „von außerhalb des Landes exportierten“ Marxismus zu trimmen).

Natürlich ist es so, daß es die Aufgabe der Kommunisten ist, möglichst große Teile der bürgerlichen Armee auf die Seite des Volkes zu ziehen – wohlemerkt: zu ziehen, denn sie

die Soldaten die Waffen aus der Hand legen, sondern daß sie die Seite an Seite mit eigenen bewaffneten Einheiten der Arbeiterklasse gegen die Imperialisten und Faschisten richten; und zwar nicht nur erst als Antwort auf einen bereits erfolgten Putsch und als Antwort auf einen bereits erfolgten Massenmord am Volk, sondern möglichst schon vorher, um solche tragischen Ereignisse von vornherein durch die Zerschlagung des bürgerlichen Herrschaftsapparats zu verhindern. Die Aufgabe der Einreihung der Soldaten in die antifaschistische Front besteht also hinsichtlich ihrer Einreihung in den bewaffneten Kampf gegen Imperialismus und Faschismus.

Teilbolin hat aber nicht diesen tatsächlichen „würdigen Platz“ an der Seite des Volkes für die „patriotisch gesinnten Militärs“ vorgesehen, sondern bei ihm geht es „nach wie vor“ um seine „übertriebenen Hoffnungen“. Ihm geht es darum, „die von den Putschisten geschaffene blutige Kluft zwischen den Militärs und dem Volk zu beseitigen“. Ihm geht es darum, „das Ansehen der Streitkräfte Chiles in den Augen des Volkes und der ganzen Welt“, das von den Putschisten „untergraben“ wurde, wieder herzustellen. In seine gespreichelte Hand hält das Volk hat das lange gepredigte Vertrauen in die bürgerliche Armee unter Blut und Tränen verloren – und Teilbolin will den „ersten Ruf“ dieser Armee wiederherstellen. Daß die Revisionisten dabei heute wie gestern im wesentlichen wieder die militärischen Führungsorgane im Auge haben, deren „demokratischen“ Lippenbekenntnisse sie in ihren bevorzugten „Spitzengesprächen“ trotz besseren Wissens auf den Leim gekrochen sind, ist unübersehbar: Teilbolin „droht“ den „Generälen und Offizieren, die dem Druck der äußeren und inneren Revolution erliegen (!!)“, daß sie das „Ansehen“ der Streitkräfte „endgültig zu nichte machen, falls sie ihre Politik nicht ändern“. Es fehlt nicht viel, und Revisionistenführer wie Teilbolin werden irgendeine betrügerische „Normalisierung“ der Militärjunta als einen „positiven Aspekt“ hochjubeln, um denselben man vielleicht sogar bereit wäre, einen neuen „Dialog“ mit den Mördern des chilenischen Volkes zu eröffnen. Was unterscheidet solche Leute eigentlich noch von den Führern der Sozialdemokratie?

Schlagender aber noch als die oben zitierten Aussagen zeigt die grundsätzliche Aussage Teilbolins über die Frage des Bürgerkriegs, daß die „KP“ Führung ihren alten Kurs unbelehrt weiterverfolgt (gegenüber der Armee und insgesamt). Er schreibt: „Wir müssen vermeiden, heißt es in der Erklärung unserer Partei, der Volksbewegung dogmatische Formen des Kampfes gegen die Putschisten aufzuzwingen. Unter den Linken sprechen bereits (!) einige Genossen von der Unvermeidlichkeit eines Bürgerkriegs. Aber jetzt ist es noch zu früh (!!). Über dieses Thema zu diskutieren.“

Hat Teilbolin weiter vorne noch ausdrücklich gesagt, daß jeder das

Chile-Solidarität Vorbereitung von Aktionen zum 1. Jahrestag des faschistischen Putsches

Am 27.7. fand in Frankfurt ein Treffen einer Reihe von Organisationen statt. Eingeladen hatten einige westdeutsche Chile-Komitees. Bei diesem Treffen ging es um eine Aktionsinitiative zur Solidarität mit dem chilenischen Volk anläßlich des Jahrestages des faschistischen Putsches in Chile vom 11. September 1973.

Im letzten ARBEITERKAMPF hatten wir uns bereits mit dem Aufruf der Chile-Komitees auseinandergesetzt. Wir hatten einmal das Vorgehen nach dem Motto „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ kritisiert, weiterhin, daß darauf verzichtet wurde, die wesentlichen Lehren aus dem Putsch in Chile zu ziehen und die Parallelen der Entwicklung in unserem Lande aufzuzeigen, was gerade Aufgabe richtig verstandener internationaler Solidarität sein müßte. Stattdessen werden in dem Aufruf illusorische moralische Appelle erlassen, die natürlich verpöhlen müssen.

Auf dem Treffen bestätigte sich leider das, was wir an dem Aufruf kritisiert hatten; darüber hinaus zeigte sich, welche Organisationen hinter dieser Politik stehen.

Der Vertreter des Koordinationsausschusses der Chile-Komitees erklärte, daß auf ihrem Vortreffen in Göttingen folgendes festgelegt worden sei: lokale Mobilisierung am 11.9. und zentrale Mobilisierung zum 14.9. mit einer Demonstration in Frankfurt. Da die Vorbereitungen schon relativ weit fortgeschritten seien (Route und Redner fertig), sei das unumstößlich.

Von den Vertretern des KB wurde dies entsprechend dem Aussagen des letzten AK-Artikels kritisiert und abgelehnt.

Die „Liga gegen den Imperialismus“ und die „KPD“ kritisierten den Aufruf der Chile-Komitees, weil darin die Lehren aus dem Putsch in Chile fehlten. Allerdings legten sie dann selbst eine Plattform vor, die diese Lehren keineswegs enthielt, sondern nach dem gleichen „breiten“ Strickmuster gemacht ist. In der Frage der „zentralen“ Demonstration verwiesen sie auf unsere Kritik, legten sich aber noch nicht fest.

Die Chile-Komitees wurden unterstützt von der GIM, Spartacus, dem SB und dem KBW.

Der KBW-Vertreter legte noch folgenden Hinweis: Man habe in Göttingen die Plattform „schweren Herzens“ zugestimmt und forderte unter Hinweis auf die Schwierigkeiten der Chile-Komitees die Organisationen auf, die Bemühungen der Komitees zu unterstützen. Sämtliche gesellschaftliche Gruppen (Gewerkschaftsführung, bürgerliche Parteien etc.) seien „gezwungen“, Stellung zu nehmen. Dem KB (der den Aufruf „an alle Parteien“ kritisiert hatte) hielt er vor, was er denn mache, wenn z. B. die CDU-Arbeiter ihre Führung zwingen, Farbe zu bekennen (!?). Der KB befand

Arbeiter ihre Führung zwingen, Farbe zu bekennen (!?). Der KB befand sich immer Meinung nach „außerhalb von wichtigen Teilen der Solidaritätsbewegung“.

Zum einen verschanzt sich der KBW hinter den Chilekomitee, wobei eine ganze Reihe dieser Komitees praktisch KBW-Komitees sind, blockt dann die ganze politische Auseinandersetzung darüber ab, was Inhalt einer Solidarität mit dem chilenischen Volk sein müßte, da ja bei den Chile-Komitees nun nichts mehr zu machen sei.

Interessanterweise liest man in der „KVZ“ (Nr. 16) als neuer Lesart dann, daß sich die Chile-Komitees sehr wohl dazu einig seien, „daß einer der Gründe für die Tatsache, daß der konterrevolutionäre Putsch in Chile erfolgreich war, auch in der Politik der Unidad Popular gesucht werden muß. Warum darf also nicht einmal das in dem Aufruf stehen? Auch dazu gibt die „KVZ“ eine Antwort. Es geht darum, daß man einen Aufruf verfaßt, worauf sich auch die Chile-Komitees der „DKP“ mit einigen könnten. Zugunsten einer bloß „eingebildeten, illusionären Aktionsinitiative“ mit der „DKP“ betreibt also der KBW in den Chile-Komitees bewußt eine Politik, die ohne Not auf die Erfahrungen des chilenischen Volkes mit dem „friedlichen Weg“ zum Sozialismus verzichtet.

Auf dem Aktionsinitiativtreffen wurde vom KBW-Vertreter (ebenno GIM und SB) außerdem an der Plattform der „Ligs“ kritisiert, daß darin der US-Imperialismus zu sehr betont würde, da (man höre und staune) der Putsch eine fast ausschließlich „nationalistische“ gewesen sei. In der „KVZ“ wird aus dem „fremden“ Einmischung“ durch ein imperialistisches Supermacht wie die USA gesprochen.

Gemessen dem KB / Gruppe Frankfurt



heißt: „Die Ereignisse in diesem Land (Chile) werfen viele Fragen der Strategie und Taktik der revolutionären Bewegung auf, die einer tiefen Durchdringung bedürfen, unter anderem im Zusammenhang damit, daß bereits nicht wenige (!) Versuche unternommen worden sind, die Politik der Unidad Popular zu diffamieren (!!), die chilenischen Erfahrungen abzuwerten (!!).“

Und Teilbolin selbst führt sich zu Beginn seines Aufsatzes gegenüber der laut gewordenen Kritik als ein aufgeschlossener und mit wahrhaftem Großmut besessener Diskussionspartner ein: „Nach dem 11. September stellten sich viele die Frage: Kann das Volk auf unbewaffneter Weise zur Macht gelangen? Jeder hat das Recht, diese Frage auf seine Weise zu beantworten.“

Diese unwegsame Konzilianz und Diskussionsbereitschaft der Revisionisten gegenüber den Gegnern und Kritikern ihrer „friedlichen Strategie“ eines illusorischen Übergangs zum Sozialismus ist aber eben nichts weiter als eine Umgarnung, hinter der sie ihre alte Bruchpolitik neu aufmisten.

Teilbolin schreibt, „daß innerhalb des Bruchpolitik neu aufmisten.“ Teilbolin schreibt, „daß innerhalb des Blocks und der Regierung der Unidad Popular zwei entgegengesetzte Tendenzen existierten“ – nämlich eine richtige und eine falsche. Die erste wurde von der „KP“ Chiles repräsentiert, und für die zweite spricht Teilbolin nur ungenau von den „Vertretern der anderen Tendenz“, die „bedauerlicherweise auf sektiererischen Positionen“ standen, „indem unsere Tätigkeit störten“, „die Volkseinheit von außen und von innen untergraben“, „andlose und nutzlose Diskussionen“ führten, wodurch „die Initiative (der „KP“, natürlich) im

närer Weise vernichtet worden, z.B. das Parlament; – d. Red.) übermäßige Hoffnungen wurden auf den Professionalismus der Streitkräfte, auf deren Verfassungstreue gesetzt. Man nahm an, daß wenigstens ein Teil der Streitkräfte auf Seiten der legitimen Regierung bleiben würde.“

In der Tat: dieser Reformismus wucherte in Chile wie Unkraut – und er ist die „Haupttendenz“ innerhalb der UP gewesen. Aber was Teilbolin hier den Lesern des „Problems des Friedens und des Sozialismus“ vorsetzt, ist dennoch ein reiner Betrug – denn er schreibt dies absolut nicht als Selbstkritik der chilenischen „KP“, sondern als die „Tendenz“, gegen die die „KP“ selbst im Putsch hätte. Wir haben bereits in unserer im November 1972 (also ein Jahr vor dem Putsch) herausgegebenen Broschüre „CHILE – Friedlicher Übergang zum Sozialismus?“ sowie in mehreren späteren Artikeln des ARBEITERKAMPF ausführlich belegt, daß es gerade und vornehmlich die chilenische „KP“ war, die innerhalb der Unidad Popular die reformistische Konzeption am nachdrücklichsten verkörperte, und wir wollen das hier nicht alles wieder-

nachdrücklichsten verkörperte, und wir wollen das hier nicht alles wiederholen. (Siehe dazu aber auch die revisionistischen Dokumente, die wir jetzt in unserer weiteren Broschüre „Chile – Reform oder Revolution?“ nachgedruckt haben.) Nur ein Zitat des „KP“-Generalsekretärs Corvalan sei hier noch einmal exemplarisch in Erinnerung gerufen, um deutlich zu machen, daß die chilenische „KP“-Führung selbst es war, die „übermäßige Hoffnungen ... auf den Professionalismus der Streitkräfte, auf deren Verfassungstreue gesetzt“ hat, wie Teilbolin sich als Kritik an s a d e s Organisationen der UP gerichtet

auf die Seite des Volkes zu ziehen – wohlgemerkt: zu ziehen, denn sie stehen dort nicht einfach von sich aus, weil sie „aus dem Volk kommen“, wie die Revisionisten gerne sagen. Es wäre völlig absurd und zynisch zugleich, wenn man zur Grundlage seiner Einschätzung, ob Teile der Armee „auf der Seite des Volkes stehen“, macht, daß viele Soldaten eine „demokratische Stimmung“ haben, daß sicher sehr viele von ihnen „inneren Abscheu“ gegenüber dem faschistischen Terror empfinden, so dem sie eingesetzt wurden. So können eigentlich nur bürgerlich Faschisten argumentieren, zu denen die Revisionisten größtenteils freilich auch schon gehören.

Chile hat eben erneut bewiesen, und das können selbst die Revisionisten nicht abstreiten, daß die „demokratischen Stimmungen“ vieler Soldaten nicht ausreichen, dem militärischen Befehl des Faschismus zu widerstehen, daß es der Militärjunta gelungen ist, die Soldaten (wie Teilbolin selbst schreibt) ungeschädigt die „Stimmungen“ zu hemmungslosem Terror einzusetzen – nämlich durch den Terror selbst. Wir wissen, daß sich durchaus mehrere Soldaten dem Befehl zum Massenmord widersetzt haben; und wir haben die tiefste Hochachtung vor ihrem Heldentum, daß sie dies getan haben, obwohl die Kraft nicht zu einem Massenwiderstand in der Armee reichte, obwohl ihr Widerstand nicht ausreichte und in fast allen Fällen mit barbarischer Folter und der eigenen Ermordung endete.

Teilbolins Überlegungen zur Einreihung der „patriotisch gesinnten Militärs“ in die antifaschistische Front unterscheiden sich grundsätzlich von den Aufgaben der revolutionären Arbeit innerhalb der bürgerlichen Armee, wie die Kommunisten verstehen. Für die Kommunisten ist das Ziel dieser Arbeit nicht, daß

Hat Teilbolin weiter vorne noch ausdrücklich gesagt, daß jeder das Recht habe, die Frage bewaffneter oder unbewaffneter Weg „auf seine Weise zu beantworten“ – so läßt er jetzt die Katze aus dem Sack: er erklärt nicht „nur“, daß es „zu früh“ sei, den bewaffneten Kampf in Chile zu organisieren; sondern überhaupt darüber zu diskutieren ist schon „zu früh“!

Die erste Erklärung der „KP“ Chiles nach dem Putsch enthielt einige Töne, die sich abhört nach einer positiven Überzeugung ihrer Politik in einigen Punkten auszuheben das Volk „nicht verpflichtet sein, ... die institutionelle Situation wiederherzustellen, die bis gestern bestand“. „Schaffung bewaffneter Streitkräfte und einer Polizei neuen Typs“; es habe „auch reformistische Tendenzen“ gegeben, „die in diesem oder jenem Moment sogar in der Aktion der Volkregierung auftraten“; usw.). Bestätigt hat sich indes die Skepsis, die damals im Kommentar des ARBEITERKAMPF zu dieser Erklärung geäußert wurde:

„Man muß sogar zweifeln, ob nicht die chilenischen Revisionisten nach einer Phase der „Normalisierung“ ganz und gar zu ihrem früheren Reformismus zurückkehren werden.“

Das ist, wie Teilbolins Aufsatz zeigt, schneller und nachhaltiger gewesen, als selbst in diesem Kommentar zum Ausdruck gebracht wurde. Man kann vielleicht einwenden, daß Teilbolin kein guter Beweis dafür sei, weil er heute im Ausland lebt, und daß die in Chile verbliebenen „KP“-Führer vielleicht eine andere Steuung dazu einnehmen. Dieser Einwand ist wahrscheinlich sogar bis zu einem gewissen Grad richtig – nämlich bis dahin, wo konkretes Verständnis der Revisionistenführung ein anderes taktisches Vorgehen bei Aufrechterhaltung ihrer grundsätzlichen Strategie abverlangt.

InnerWeg
BEWEGUNG
NR. 8

Chile:
REFORM oder REVOLUTION!

Die Revolutionäre der DKP sagen, daß man die Erfahrungen der chilenischen Unidad Popular Regierung nicht ausnutzen darf, daß das revolutionäre Volk der chilenischen Demokratie nicht sei. Das ist die falsche Meinung. Die chilenische Unidad Popular Regierung ist ein Beispiel für die Revolutionäre, die die revolutionäre Einheit der Bevölkerung gewonnen haben. Die chilenische Unidad Popular Regierung ist ein Beispiel für die Revolutionäre, die die revolutionäre Einheit der Bevölkerung gewonnen haben. Die chilenische Unidad Popular Regierung ist ein Beispiel für die Revolutionäre, die die revolutionäre Einheit der Bevölkerung gewonnen haben.

Vorstellung hat die internationale Arbeiterbewegung, daß die chilenische Unidad Popular Regierung ein Beispiel für die Revolutionäre, die die revolutionäre Einheit der Bevölkerung gewonnen haben. Die chilenische Unidad Popular Regierung ist ein Beispiel für die Revolutionäre, die die revolutionäre Einheit der Bevölkerung gewonnen haben. Die chilenische Unidad Popular Regierung ist ein Beispiel für die Revolutionäre, die die revolutionäre Einheit der Bevölkerung gewonnen haben.

Anteilnahme an:
1. Auflage 1973
2. Auflage 1974

in Vertretung der:
1. Auflage 1973
2. Auflage 1974

Anteilnahme an:
1. Auflage 1973
2. Auflage 1974

Die faschistische Junta in Chile läßt neue Massensammlungen durchführen. Am 1. Juli wurden innerhalb einer einzigen Woche 10.838 (!) Menschen verhaftet.

Über das Vorgehen der Faschisten berichten die Westberliner „Chile-Nachrichten“ vom 16.7.74: „Zur letzten Monats haben durch Santiago heimlich graublaue kleinfahrbare Fahrzeuge mit vergitterten Fenstern – Juveniles genannt – und Tiefkühlwagen der ECA (Staatliche Nahrungsmittelimportorganisation), die fast nicht mehr für Nahrungsmitteltransporte gebraucht werden und keine Nummernschilder haben. Wenn der Besatzung dieser Fahrzeuge irgendwem auf der Straße verdächtig vorkommt (z.B. jemand an einer Ecke wartet, was zu bedeuten kann, daß er ein subversives Treffen vorbereitet), dann halten sie an und nehmen die Person fest und prägen sie im fahrenden Auto. Ergeben sich bei diesem „Verhör“ keine Verdachtsmomente, kommt der Betreffende nach etwa drei Stunden wieder frei. Glaubt man, Verdachtsmomente gefunden zu haben, so kommt er in das neben der Kirche San Francisco gelegene Aufnahmefängnis, von dem aus es weiter geht in die Folterlager außerhalb der Stadt, unter denen Tota Verde das bekannteste ist. Dort wird die systematische Folter angewendet, danach verhört. Ergeben sich keine Anhaltspunkte, so kommt der Betreffende nach 14 Tagen ins vier Wochen zurück, je nachdem, welche Zeit man zur physischen Wiederherstellung braucht.“

Ende Juli wurden in Santiago die Urteile in einem Prozeß gegen über 70 „Angehänger der Unidad Popular“ vor allem Militärs, gesprochen. Drei frühere Angehörige der Luftwaffe und der frühere Vizepräsident der chilenischen Staatsbank, Carlos Lazo Frías, wurden zum Tode verurteilt; die Soldaten wegen „Hochverrat und Meuterei“ (ihnen wurde u.a. vorgeworfen, sie hätten „militärische Geheimnisse“ – wozu wohl die Putschvorbereitungen der Faschisten zählen dürften) an die Sozialistische Partei und die revolutionäre Organisation MIR weitergegeben, und Frías wegen angeblicher „Unterwerfung der Armee“.

67 weitere Angeklagte wurden zu z.T. sehr hohen Strafen verurteilt (genaue Angaben sind z.Z. nach der bürgerlichen Presse nicht möglich).

Dieser Prozeß schließt sich an eine Reihe weiterer an, die in den letzten Monaten durchgeführt wurden. So wurden im April fünf Genossen der Sozialistischen Partei (zwei Studenten, zwei Bauernführer und ein früherer Regierungsbeamter) zum Tode ver-

Chile: Neue Terrorwelle

urteilt, und weitere 16 Antifaschisten zu langen Haftstrafen verurteilt.

Im März waren in Temuco 14 Genossen, die angeblich dem MIR angehört oder ihn unterstützt hatten, zu langen Haftstrafen verurteilt worden.

Ende Mai begann ein Prozeß gegen 39 Mitglieder der „Unidad Popular“, die in El Teniente (größte Kupfermine Chiles) gearbeitet hatten. Ob dieser Prozeß inzwischen abgeschlossen ist, wissen wir nicht.

Die faschistische Junta selbst gibt nur wenig Informationen über solche Prozesse, aber selbst davon gelangt wiederum nur wenig in die bürgerliche Presse.

Die faschistische Junta steht offenbar vor zunehmenden Schwierigkeiten. Wie die „Chile-Nachrichten“ vom 16.7.74 berichten, sind die Reallohn der Werktätigen heute nur noch ein Drittel so hoch wie 1968/69. Dafür konnten die 5% der Chilenen mit den höchsten Einkommen ihren Anteil aus Volkseinkommen von 1967 bis 1974 verdoppeln von 22,7% auf etwa 50%. Die Inflation anoppiert, die Arbeitslosigkeit und der Hunger nimmt zu. Auch Regierungsbeamte und Polizisten, Stützen des Regimes, stehen einer raschen Verschlechterung ihrer Lebenslage gegenüber.

Die gewalttätige Senkung der Reallohn der Werktätigen trifft auch die kleinen und mittleren Industrien, die für den inneren Markt produzieren, und andere Kleinunternehmer, die auf den inneren Markt ausgerichtet sind. Während sich auch für diese Schichten, die zunächst zu den Stützen der faschistischen Junta gehörten, wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten ergeben, mündet sich das Großkapital, das Güter für den Export und für den Konsum der chilenischen Bourgeoisie produziert.

Auch in Chile, so wie in Portugal, Griechenland und nunmehr Spanien, geht die Tendenz unter diesen Umständen zu einer kontrollierten Ablösung des brutalsten Faschismus zugunsten eines mehr scheindemokratischen Regimes, das sich stärker auf die traditionellen bürgerlichen rechten Parteien, vor allem die Christdemokraten, stützen kann.

Die Junta versucht zunächst, ihre Ablösung zu entgehen, indem sich Mölder Pinochet Ende Juni zum Staatsüberhaupt machte und im Juli eine neue Regierung bildete, der im

wirtschaftlichen Bereich Vertreter der rechten Christdemokratie und der mit dem internationalen Kapital verbundenen chilenischen Großbourgeoisie angehören.

Es scheint aber, daß auch diese Lösung sich nicht stabilisieren wird, und daß es in nicht allzu ferner Zeit zu einem Regime unter Führung des extrem rechten Christdemokraten Führung der „KP“ wiedergebirt, gestützt auf rechte Kräfte in der Sozialistischen Partei.

In diesem Text heißt es u.a. (zitiert nach „horizont“): „Der größte Mangel der Unidad Popular war ihre Unfähigkeit, die Isolierung (!) der Arbeiterklasse zu verhindern und die Mehrheit der Bevölkerung zu überzeugen, sie zu unterstützen. Dabei hatten die Auffassungen der ultralinken Kräfte, die einen Druck auf die Unidad Popular und die Regierung ausübten (!), ein entscheidendes Gewicht.“

„Auf politischem Gebiet dienten die sektiererischen und engen Auffassungen des linken Opportunismus dem Zweck, das Volk zu isolieren und zu drängen (!) die Christdemokraten in eine Politik der unannehmlichen Opposition zur Volksregierung.“ – „In der Volksbewegung fehlte es an Verständnis für die innere Lage und die spezifischen Merkmale (!) der chilenischen bewaffneten Organe. Das erschwerte die Zusammenarbeit zwischen der Volksbewegung und den patriotischen und verfassungstreuen Kräften der Streitkräfte.“

Die allgemeine Isolierung der Arbeiterklasse widerspiegelt sich in der Isolierung der verfassungstreuen Elemente innerhalb der Streitkräfte und im Vorrang der Putschisten.“

Diese vorgebliche Selbstkritik ist in Wahrheit nur ein bedenkenloser Angriff auf die revolutionäre Linke, der das makabre Vorwurf gemacht wird, sie habe nicht zur „Druck“ auf die UP-Regierung ausgeübt (wie denn?), sondern auch noch die Christdemokraten, die Hauptpartei der chilenischen Bourgeoisie, zur Opposition gegen die UP-Regierung „gedrängt“. Der Text ist zugleich ein Aufruf, noch unrealistischer, noch opportunistischer, sozusagen noch unmarxistischer an die bürgerliche Armee und überhaupt an den bürgerlichen Staat heranzuziehen, und verstärkt das „Bündnis“ mit der Hauptpartei der Bourgeoisie, den Christdemokraten, zu suchen.

„Lotta Continua“ schrieb darüber hinaus am 23. Juni, daß wahrscheinlich die „Radikale Partei“ und die „Izquierda Cristiana“ (Christliche Linke), die der „Unidad Popular“-Regierung angehört, den Text nicht unterschrieben haben. In der größten UP-Partei, der Sozialistischen Partei, wo es schon vor dem faschistischen Putsch eine starke linke Strömung

gab, haben sich die politischen Meinungsverschiedenheiten seither noch weiter vertieft und kann von einer einheitlichen Stellung zu den im Text angesprochenen Fragen nicht die Rede sein.

Daraus ergibt sich, daß die angebliche „Erklärung der Parteien der Unidad Popular“ in erster Linie den Standpunkt der revisionistischen Führung der „KP“ wiedergebirt, gestützt auf rechte Kräfte in der Sozialistischen Partei.

In diesem Text heißt es u.a. (zitiert nach „horizont“): „Der größte Mangel der Unidad Popular war ihre Unfähigkeit, die Isolierung (!) der Arbeiterklasse zu verhindern und die Mehrheit der Bevölkerung zu überzeugen, sie zu unterstützen. Dabei hatten die Auffassungen der ultralinken Kräfte, die einen Druck auf die Unidad Popular und die Regierung ausübten (!), ein entscheidendes Gewicht.“

„Auf politischem Gebiet dienten die sektiererischen und engen Auffassungen des linken Opportunismus dem Zweck, das Volk zu isolieren und zu drängen (!) die Christdemokraten in eine Politik der unannehmlichen Opposition zur Volksregierung.“ – „In der Volksbewegung fehlte es an Verständnis für die innere Lage und die spezifischen Merkmale (!) der chilenischen bewaffneten Organe. Das erschwerte die Zusammenarbeit zwischen der Volksbewegung und den patriotischen und verfassungstreuen Kräften der Streitkräfte.“

Diese vorgebliche Selbstkritik ist in Wahrheit nur ein bedenkenloser Angriff auf die revolutionäre Linke, der das makabre Vorwurf gemacht wird, sie habe nicht zur „Druck“ auf die UP-Regierung ausgeübt (wie denn?), sondern auch noch die Christdemokraten, die Hauptpartei der chilenischen Bourgeoisie, zur Opposition gegen die UP-Regierung „gedrängt“. Der Text ist zugleich ein Aufruf, noch unrealistischer, noch opportunistischer, sozusagen noch unmarxistischer an die bürgerliche Armee und überhaupt an den bürgerlichen Staat heranzuziehen, und verstärkt das „Bündnis“ mit der Hauptpartei der Bourgeoisie, den Christdemokraten, zu suchen.

In einer Situation, wo sich innerhalb der chilenischen Bourgeoisie e l b t die Möglichkeit einer kontrollierten Ablösung der Junta durch ein Regime des Christdemokraten Frei entwickelt, heißt es im Text: „Wir wünschen, daß die Gesamtheit (!) der Christdemokraten sich völlig in die Widerstand und in die Antifaschistische Front einbringen möge“. Der Text verkündet zwar grobkörnlich: „Die Urheber der faschistischen Barbarei werden sich verantworten müssen.“ (Leute wie Frei, mit dem sich die Revisionisten ja „verbinden“ wollen, gehören demnach anscheinend nicht zu den Verantwortlichen für den faschistischen Putsch?) „Das Volk wird dafür sorgen, daß jedes Verbrechen, jede Mißführung getreue Würde, jede verletzte Freiheit, jeder erlittene Angriff und jeder Übergriff geahndet werden.“

Die Bourgeoisie, repräsentiert gerade auch durch die Christdemokraten, ist allerdings daran interessiert, eine eventuelle Ablösung der Junta so kontrolliert wie möglich durchzuführen, den faschistischen Staatsapparat möglichst intakt zu halten und die faschistischen Mörder ihrer Bestrafung zu entziehen. Wir sehen das in Portugal und erleben es jetzt noch deutlicher in Griechenland.

Um eine solche Entwicklung zu verhindern, muß man auf den revolutionären, bewaffneten Sturz des Faschismus durch die mobilisierten Massen orientieren, statt auf eine kontrollierte Ablösung des Faschismus durch die Bourgeoisie selbst.

Die chilenischen Revisionisten aber steuern mit ihrer Anbiederung gegenüber der „Gesamtheit der Christdemokraten“ genau auf eine solche Lösung zu. Im Text werden entsprechend die Fragen offen gelassen, „welchen endgültigen Charakter der Kampf um den Sturz der Diktatur annehmen wird“ und welche Kampfformen anzuwenden sind (Dazu heißt es nur, daß „alle Formen des Kampfes angewandt werden können“).

Es wird also die Frage offen gelassen, daß nur der revolutionäre bewaffnete Sturz des Faschismus zu wirklichen demokratischen Veränderungen führen kann, während der Weg des „Bündnisses“ mit den Christdemokraten und der kontrollierten Ablösung der Junta bestenfalls im Zustand vor dem Antritt der UP-Regierung bestehen könnte – eine Verhöhnung der tausendfachen Opfer des chilenischen Volkes durch den faschistischen Putsch und Terror! Es ist offensichtlich, daß die chilenischen Revisionisten den zweiten Weg gehen wollen.

„Demokratische Plattformen“ in vielen Regionen

Die „Demokratische Junta“ ist ein Zusammenschluß der in mehreren Regionen bereits existierenden „Demokratischen Plattformen“ (Mess Democráticas).

In Andalusien, der größten spanischen Provinz, hat sich Anfang Juni eine solche „Demokratische Plattform“ gegründet, die aus einer bereits seit Jahren arbeitenden „Demokratischen Versammlung“ hervorgegangen ist. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz zur Gründung der „Demokratischen Plattform in Andalusien“ stellten sich folgende Gruppen und Organisationen vor:

- Sozialistische Allianz Andalusien (ASA). Diese Organisation wurde erst vor kurzem gebildet. Sie wird von bürgerlichen Liberalen geführt und soll für Anhänger in „bürgerlichen Kreisen“ werben, zu denen die traditionellen linken Parteien keinen Zugang haben.

- Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE). Sie war während der spanischen Republik die größte politische Partei überhaupt. Auch heute würde sie kein Meinungsumfragen, die allerdings skeptisch zu beurteilen sind, bei Wahlen die höchste Stimmenzahl erreichen. Diese einst scharf antiklerikale und antimilitaristische Partei (für fortgeschrittenster Führer war Largo Caballero) hat den Weg aller sozialdemokratischen Parteien durchgemacht und arbeitet heute auf einem kleinbürgerlich-reformistischen Niveau. Sie hat „aus parteiinternen Gründen“ auch in Andalusien nicht einmal die Gründungserklärung der „Demokratischen Plattform“ unterschrieben.

- Sozialistische Gewerkschaft U.G.T. Diese illegale Gewerkschaft sammt noch aus der Zeit der spanischen Republik und hat es unter den Schlägen des Franco-Regimes nicht mehr geschafft, ihre früheren Mitglieder wiederzugewinnen. Sie hat

weniger Einfluß als die

- Gewerkschaft „Arbeiterkommissionen“, die heute bei der Organisation von Streiks und Arbeiterdemonstrationen, Fabrikbesetzungen usw. die entscheidende Rolle spielen. (Die Vertreter der Sozialistischen Gewerkschaft U.S.P. – Syndikale Arbeiterunion – kamen nicht zu der Pressekonferenz).

- Christliche Partei; diese früher klar faschistische – ausgerichtet Partei hat einen Führungswechsel hinter sich. Sie würden jetzt für „Mitbestimmung in allen Bereichen“ kämpfen, sagten ihre Vertreter, sowie für einen „Sozialismus“, der Gewissensfreiheit und alle anderen bürgerlichen Freiheiten garantiere.

- Kommunistische Partei Spaniens (PCE).

- Internationale Kommunistische Partei (PCI), eine linke Abspaltung der PCE, ebenso wie die Gruppe „Bandera Roja“ (Rote Fahne), denen die spanische KP zu „bürokratisch“ und zu wenig aktiv ist. (Bandera Roja) arbeitet auf internationaler Ebene eng zusammen mit der französischen „Révolution“, der italienischen „Avanguardia operaia“, dem britischen „International Socialist“ und dem schwedischen „Förbundet Kommunist“). Zumindest bei der „Bandera Roja“ ist uns bekannt, daß hier kein konsequenter Bruch mit dem Revisionismus vorliegt. Z.B. vertritt „Bandera Roja“ genauso wie die revisionistische PCE die falsche These, daß der Tod des ehemaligen Regierungschefs Blanco eine „Provokation“ gewesen sein muß – aus dem einfachen Grund, um nicht über revolutionäre Gewalt reden zu müssen und deren Rolle herunterzuspielen.

Ganz auf dieser Linie liegt auch die „Kritik dieser beiden Gruppen auf der Pressekonferenz an den „Maoisten“ in Portugal, denen sie vorwarfen, gegen die portugiesische Junta zu kämpfen. Zwar sei die portugiesische Regierung nicht die „ideale Lösung“, aber „ein wichtiges Instrument zur Erreichung der sozialistischen Gesellschaft“ (nach „FAZ“, 4.6.74).

In Katalonien, wo die Organisation „Bandera Roja“ entstand, soll es übrigens eine starke Rückkehrbewegung von BR-Mitgliedern in die PCE geben...

Im Gegensatz zu den Erklärungen der „Demokratischen Junta“ klingen in den Worten der andalusischen Plattform einige etwas „linkere“ Töne an. So lehnen sie den „Dialog mit dem Regime“ (des Franco-Faschismus), auch mit seinen „liberalen“ Vertretern strikt ab. Die von der Regierung Arias angekündigten „Liberalisierungsmaßnahmen“ seien reine Täuschungsmanöver; im Laufe der schon 35 Jahre dauernden Diktatur Francos habe es immer schon einige Minister gegeben, die liberaler gewesen seien als die große Mehrheit ihrer Kampagne. Das sei das alte Spiel der Diktatur. Die Regierung Arias unterscheide sich in nichts Wesentlichem von den früheren Regierungen, doch sei sie wegen des bevorstehenden Todes von Franco die letzte der Franco-Epoche. Der Frankismus sei ohne Franco nicht möglich; die Monarchie unter Juan Carlos solle zur Fortsetzung des Diktators werden, auch dagegen kämpfe die andalusische Opposition (nach „FAZ“, 4.6.74).

Auch die Stellungnahme der andalusischen Opposition zum Heer, einer der Hauptstützen des faschistischen Regimes, ist einige Töne realistischer als die Stellungnahme der „Demokratischen Junta“ bzw. der PCE-Führung selbst: was sicher mit der größeren Basisnähe dieses regionalen Komitees zu erklären ist. So wurde auf der Pressekonferenz geäußert, in Spanien könne man nicht damit rechnen, daß wie in Portugal das Heer den Umsturz durchführe; in Spanien müsse das Volk den „demokratischen Umbruch“ erreichen. Das spanische Volk sei darauf politisch besser informiert und vorbereitet als das portugiesische. Die Bemerkungen der Opposition könnten lediglich darauf gerichtet sein, das Heer zu „politischer Neutralität“ zu bewegen. Man erwarte nicht, daß die spanischen Militärs die Demokratie kämpfen würden – hoffe aber, daß sie in Zukunft nicht weiter die bedingungslosen Verteidiger der Diktatur sein wollten. Das portugiesische Beispiel sei in diesem Punkte zumindest „verheißungsvoll“ (nach „FAZ“, 4.6.74).

Als Hauptredner auf dieser Veranstaltung traten die aus dem spanischen Bürgerkrieg als „Pasosarios“ (Pasosismen) bekannte und heute in Moskau lebende Vorsitzende der PCE, Dolores Ibarruri, und der Generalsekretär Carrero Sosa. Beide äußerten sich immer wieder in der Hoffnung, daß es nach dem Beispiel Portugals auch in Spanien bald zu einer „unblutigen Ablösung“ des Franco-Regimes durch eine „Regierung der Versöhnung“ komme. Zwar führe Spanien keinen Kolonialkrieg, der bei den Soldaten, wie bei ihren portugiesischen Kameraden, zum ausbrechenden Moment für eine Aufstandsbewegung werden könne, aber es gebe auch in der spanischen Armee Zeichen (und Wunder?) einer Bewußtseinsveränderung und Grund zu der Hoffnung, daß es eines Tages zu einer kameradschaftlichen und „patriotischen“ Annäherung zwischen Volk und Armee komme, und daß die Kinder wie in Portugal rote Nelken auf die Gewehre der Soldaten stecken könnten (nach „FAZ“, 25.6.74).

Der Traum von der roten Nelke im Gewehrlof

Die Tatsache, daß sich die putzenden portugiesischen Soldaten zum Teil rote Nelken in die Gewehräufe steckten als ein Zeichen des Sieges über die faschistische Diktatur, hat offenbar den Phantasien der revisionistischen Führer über die Rolle des bürgerlichen Heeres neuen Auftrieb gegeben. Dabei werden die besonderen Bedingungen für diese Entwicklung im portugiesischen Heer (die Erfahrungen in einem mörderischen Kolonialkrieg und eine einflußreiche demokratische, zum Teil sozialistische Bewegung im Heer) höchstens am Rande und möglichst gar nicht erwähnt.

Ende Juni führte die „Exil-KP“ Spaniens in Genf eine Großveranstaltung durch, zu der 15.000 bis 20.000 Spanier aus allen europäischen Ländern kamen, vor allem Arbeiter (Emigranten). Diese Großkundgebung war als Machtdemonstration der PCE und gleichzeitig als eine Ausrichtung der eigenen Anhänger auf das Programm der Partei nach dem Tode Francos gedacht.

Als Hauptredner auf dieser Veranstaltung traten die aus dem spanischen Bürgerkrieg als „Pasosarios“ (Pasosismen) bekannte und heute in Moskau lebende Vorsitzende der PCE, Dolores Ibarruri, und der Generalsekretär Carrero Sosa. Beide äußerten sich immer wieder in der Hoffnung, daß es nach dem Beispiel Portugals auch in Spanien bald zu einer „unblutigen Ablösung“ des Franco-Regimes durch eine „Regierung der Versöhnung“ komme. Zwar führe Spanien keinen Kolonialkrieg, der bei den Soldaten, wie bei ihren portugiesischen Kameraden, zum ausbrechenden Moment für eine Aufstandsbewegung werden könne, aber es gebe auch in der spanischen Armee Zeichen (und Wunder?) einer Bewußtseinsveränderung und Grund zu der Hoffnung, daß es eines Tages zu einer kameradschaftlichen und „patriotischen“ Annäherung zwischen Volk und Armee komme, und daß die Kinder wie in Portugal rote Nelken auf die Gewehre der Soldaten stecken könnten (nach „FAZ“, 25.6.74).

Tatsache jedoch ist, daß gerade in der spanischen Armee die Bürgerkriegsdelegierten und die Todfeinde gegenüber allen Demokraten, Sozialisten und Kommunisten nach wie vor dominierend ist und durch die falangistischen Generäle wach gehalten wird. Das untere und mittlere Offizierskorps hat kaum irgend eine besondere Stellung gegenüber den über hundert faschistischen Generälen der spanischen Armee. Die Treue der Armee zum Führer der faschistischen „Bewegung“, zum „Generalissimo Franco“, ist absolut. Unter diesen Bedingungen von einer „Verbrüderung“ zwischen Volk und Armee zu schwärmen, ist schon gemeingefährlich. Falls es tatsächlich zu einem „Stilhalten“ der Armee bei einer Ablösung des spanischen Faschismus durch eine bürgerlich-zivile Regierung kommen sollte, so wird das auf Anweisung von höchster Regierungsebene und im Auftrag der spanischen Bourgeoisie geschehen, ähnlich wie auch die griechische Armee und ihre Fohrgeneräle beim griechischen Machtwort „stillehalten“ haben – das heißt, sich im Hintergrund zur weiteren Verfügung halten!

Santiago Carrillo lobte in seiner Rede auch den von Franco Mitte Juni abgesetzten Generalabschab Diaz Alegria, dem er seinen „ethischen Respekt“ ausdrückte „für dessen Persönlichkeit als moderner Militär, der nicht mit den Sporen ruhest und der den guten Geschmack hat, den Spanien nicht mit der Vorsehung des Bürgerkriegs zu drücken“ (zitiert nach „FR“, 24.6.74).

Diaz Alegria bekam nach seiner Absetzung zahlreiche Monokel ins Haus geschickt, als ein Zeichen, daß bestimmte oppositionelle Kreise in ihm den künftigen spanischen Staatpräsidenten Spinoza als Monokelträger sahen.

Diaz Alegria galt in der Tat als „Gemäßigter“ innerhalb der spanischen Generäle. Diaz Alegria stürzte aber eine Gesetzesvorlage, mit der sowohl Franco als auch die gesamte Regierungsmannschaft einverstanden gewesen war, gegen die sich jedoch offenbar die faschisti-

schen Generale massiv zur Wehr setzten, was Franco dann zum „Einlenken“ veranlaßte. In dem Gesetzentwurf geht es um die Neuorganisation der „nationalen Verteidigung“ („Koordination der Teilstreitkräfte“), die Diaz Alegria offenbar mehr der zivilen politischen Gewalt unterordnen wollte. Er wollte dem zivilen Ministerpräsidenten (ein Amt, das Franco erst vor einem Jahr aus seiner Macht- und Amtersfülle abgab) ein hochqualifiziertes „Berater“ gremium zur Seite stellen, die „Junta der Staatschefs“ der Teilstreitkräfte (Armee, Marine und Luftwaffe). Dieser „Junta“ wollte er selbst als Generalschef und direkter Kontaktmann zum Ministerpräsidenten vorsehen. Die reaktionären Generale witterten in diesem Gesetz eine Beschneidung ihrer eigenen und der Rechte des Oberbefehlshabers Franco, seiner Generalkapitäne (Befehlshaber der Militärregionen) und der Truppenkommandeure zugunsten der „Intellektuellen“ des Generalstabs als Helfer eines zivilen Ministerpräsidenten.

An der schließlich erfolgten Absetzung des Generalstabschefs werden zum einen die Widersprüche innerhalb des faschistischen Führungselites deutlich, d.h. die Auseinandersetzung zwischen den „Ultras“ und den „gemäßigten“ Faschisten, jedoch auch die noch vorhandene Stärke der ersten.

Die Absicht von Diaz Alegria ließ also darauf hinaus, die starke Machtposition der faschistischen Generalität insofern zu beschneiden, als sie der zivilen politischen Regierung direkt unterstellt werden sollte. Damit wäre die Armee taktischen Veränderungen im Konzept der Bourgeoisie direkter verfügbar gemacht worden. Daß dieser Plan am Widerstand der reaktionären Generalität gescheitert ist, deutet darauf hin, daß die spanische Bourgeoisie auch bei einem eventuellen Taktikwechsel (sog. „demokratische Öffnung“) mit dem Widerstand dieser Generale zu rechnen hat.

MACHTKÄMPFE UNTER DEN POLITISCHEN ERBEN FRANCO

MACHTKÄMPFE UNTER DEN POLITISCHEN ERBEN FRANCO

Ratten haben ein zähes Leben. Doch auch das Leben der Ratte Spaniens, Francisco Franco, ist trotz der täglichen Bemühungen von 15 Ärzten nicht zu retten. Der Tod Francos dürfte höchstens noch eine Frage weniger Monate sein. Der designierte Nachfolger Franco ist der Bourbonenprinz Juan Carlos, ein Enkel des letzten spanischen Königs Alfons XIII., der zur Zeit der spanischen Republik das Land verlassen mußte. Der Vater von Juan Carlos, Don Juan, hält sich selbst allerdings für den rechtmäßigen Thronfolger. So geht auch eine Spaltung quer durch die Monarchisten Spaniens: Der Vater, Don Juan, der im portugiesischen Exil lebt, tritt für eine liberale „demokratische Monarchie“ nach britischem Vorbild ein, während der Sohn Juan Carlos von Kind an im Geiste der faschistischen „Bewegung“ (Movimiento) erzogen wurde und nach dem Tod Francos dessen Politik weiterführen soll.

Nun hat sicherlich die monarchistische Staatsform – formal war Spanien übrigens während der ganzen Periode der Franco-Diktatur Monarchie (das oberste Beratungsgremium ist der „Rat des Königreiches“) – keine viel größere Funktion als die einer „heiligen Reliquie“, d.h. sie soll höchstens zur Festigung der „Autorität“ des Staates dienen (politische Integration der Monarchisten), ohne daß die Adels- und Prinzen-Sippe auf entscheidenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte bekommen hätte. Dazu kommt, daß der spanische Prinz offenbar an der Erbkrankheit der spanischen Königshäuser seit dem Mittelalter leidet, nämlich an mittlerem Schwachmann, was ihn auch den Spottkennern „pelele“ (Hampelmann) eingebracht hat.

Nach längerem Zögern und offenbar auf Drängen des Ministerpräsidenten Arias Navarro entschloß sich Franco (der wohl doch schon die Engel singen hörte), von seinem Krankentbett aus, dem „pelele“ den Posten des Staatschefs zu übertragen. Damit hat sich Franco allerdings selbst noch nicht entmachtet. Er hat nach wie vor bei allen auftretenden Streitfragen mit dem Prinzen das letzte Wort. Noch ist überhaupst unklar, ob die Übertragung der Staatsgeschäfte nur vorübergehend für die Dauer seiner Krankheit gelten soll oder ob sie endgültig sein wird. In jedem Fall ist Franco bis zu seinem letzten Atemzug unumschränkter Herrscher Spaniens, da ein großer Teil der Machtbefugnisse an seine Person gebunden ist.

So kann er z.B. auch heute noch, ohne einen Menschen zu fragen, Gesetze jeder Art erlassen. Es heißt, das die „Nachfolgegesetze“ (und die Bestimmungen über die Vertretung Francos bei Krankheit) entgegen allen offiziellen Behauptungen eher unklar und widersprüchlich seien („FAZ“, 29.7.74). Das deutet auf seine große Angst hin, seine unumschränkte Macht an irgendeine andere Person weiterzugeben und zeigt, wie wenig stabil das Franco-System trotz jahrzehntelanger Herrschaft in seiner Spitze ist.

Ungachtet dessen sind die Dia-chochenkämpfe innerhalb der herrschenden Claque im vollen Gange. So passtellten Kuriositäten folgender Art: Francos rechtsradikaler Schwiegersohn, der Marquis von Villaverde, wollte dem Regierungschef Arias Navarro den Zutritt zu Francos Krankentbett verweigern. Dieser mußte erst mit seiner polizeilichen Befehlsgewalt drohen, um an seinen Herrn ranzukommen („FAZ“, 9.7.74). Die Ultras, zu deren führenden Vertretern ein Teil von Francos Familie, der Alcalaingist Giron (ehemaliger Arbeitsminister und einflussreicher Indu-

strie) auch auf, zu diesem Krieg, noch wird auch die Subversion, die schon mitten unter uns ist, beziegen. Wir müssen unflexibel und unduldsam sein.“ („FAZ“, 22.5.74). Er griff die Regierung Arias scharf an und warnte vor dem „Geist der 12. Februar“. An diesem Tag hatte Arias im Ständeparlament unter anderem Bürgermeisterwahlen und politische Vereinigungsmöglichkeit versprochen. Er polemierte gegen die „schurkische Freiheit“ und forderte z.B. die Wiedereinführung der Vorzensur der Zeitungen (die durch das Pressegesetz von 1966 abgeschafft wurde).

Besonders die spanische Presse, die seit einiger Zeit größere Freiheit in der Berichterstattung erhalten hat, ist das Ziel aus terroristischer Aktion ultrarechter Gruppen. So wurde Anfang Juli das Lager eines Buchvertriebers durch eine Zeitlindernbombe in die Luft gejagt. Dieser Buchvertrieb lieferte auch oppositionelle Druckschriften aus. Im August 1973 hatte es eine ganze Welle von Anschlüssen gegen bestimmte Buchhandlungen gegeben. In Barcelona wurden anonyme Drohbrieffe an angeblich 6.000 Läden

Spania. Diese Zeitung hatte Gerüchtelementiert (1), nach denen der Erzfascist Giron unter Hausarrest stehe. Allein die Erwähnung dieses Gerüchtes trug der Zeitung 14 Tage Publikationsverbot ein. Man muß jedoch davon ausgehen, daß solche spektakulären Auseinandersetzungen zwischen den beiden Flügeln seltener sind als die „stillen Kompromisse“, die eingegangen werden.

Ein wichtiger Teilbestand ist jedenfalls, daß die soziale Basis der Faschisten, insbesondere der Ultras, immer mehr abgenommen hat, was in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem immer breiter werdenden Kämpfen des spanischen Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung steht. Springers „Welt“ charakterisierte diese ideologische Schwächeposition des Faschismus in Spanien in folgender Weise:

„In seiner jüngsten Ansprache sagte Arias Navarro eine treffende Wahrheit: In der Politik kenne ich kein größeres Risiko als das der Leere.“

„organischen Demokratie“ erklärt wurde. Angeblich sollte dieses Grundgesetz eine Angleichung an die „westlichen Demokratien“ bringen, wobei der „Pöbel“ wie Zulassung politischer Parteien, Versammlungsfreiheit, usw. ausgearbeitet wurde, denn dafür sei das „spanische Volk noch nicht reif“. Diese „organische Demokratie“ ist eine Ausgeburt der Ideologie des „Movimiento“. Sie baut auf den „organischen Gruppen“ – Familie, Syndikat und Gemeinde auf, statt auf „unorganischen“ politischen Parteien. Auf lokaler Ebene dürfen die Spanier ein Drittel der Gemeinderäte „wählen“ (die sog. „Familienvertreter“). Die beiden anderen Drittel werden je von den Berufsständischen (z.B. Anwälte, Architektenkammern usw.) und den syndikalen Zwangsorganisationen in die Rathäuser delegiert. Zugelassen zur Wahl des Gemeinderats sind nur verheiratete Männer und Ehefrauen. Die Kandidaten müssen unvorbestraft, politisch „unbelastet“ sein und – ihre Wahl selbst finanzieren! Da die spanische Bevölkerung den Humberg dieser Wahlen weitgehend durchschaut, ist die Wahlbeteiligung meist sehr gering. So sank z.B. in Madrid die Beteiligung an den „Gemeinderatswahlen“ von 34 % im Jahre 1968 auf 30 % im 1970 und auf 27 % 1973. Im Ständeparlament wird nur etwa ein Fünftel der Abgeordneten von den direkt „gewählten Familienvertretern“ gebildet. Die durchschnittlich geringe Wahlbeteiligung deutet auf den Fehlschlag dieses „Demokratisierungs“programms hin.

Seit 1968 kursiert in den Cortes ein „Diskussionspapier“ über die Zulassung politischer Vereinigungen. Politische Vereinigungen allerdings nur im Rahmen der „Verfassung“, d.h. im Rahmen des faschistischen Movimiento. So unglücklich es klingt, aber es ist bisher nicht einmal den regime-treuen Parteigängern erlaubt, sich politisch als Gruppe oder Vereinigung zu konstituieren. Franco selber löste nach dem spanischen Bürgerkrieg die Falange-Partei auf und ersetzte sie durch die diffuse „Nationale Bewegung“, in der es inzwischen neben den Erzklerikalen auch „reformistische“ Strömungen gibt. Schon eine freie politische Betätigung solcher Gruppierungen wird als Gefahr fürs Regime betrachtet.

Mit dem Regierungsantritt von Arias Navarro, dem Nachfolger des von einem ETA-Kommando hingerichteten Franco-Stattalters Carrero Blanco, wurde der jahrelang tonangebende Opus-Dei-Flügel („faschistische“ Faschisten) aus der Regierung hinausgesäubert. Carrero Blanco war der Führer des Opus-Dei gewesen, obwohl er stets von sich behauptete, daß er „allen und keinem“ gehöre. Die Entmachtung des reformistischen Flügels der Faschisten ist auf eine seit Jahren bestehende Kritik seitens der Ultras zurückzuführen (das Regime habe an „Autorität“ verloren usw.) und wurde durch den Tod des zweiten Mannes im Staat durch die Hand „subversiver Kräfte“ enorm bestärkt (weswegen einige „linke“ Opportunisten im Zusammenhang mit der Hinrichtung Carrero Blancos auch von einer „Provokation“ sprechen, also eine Position in dieser Frage beziehen, die nicht die Zuspitzung der Widersprüche im Staatsapparat – oben auch durch diese Hinrichtung vorangebracht – begreifen kann). Die Zusammensetzung des Arias-Kabinetts bedeutet einen klaren Rechtsruck innerhalb der Regierungschique. Doch auch die Arias-Faschisten, die sog. „Neuen Technokraten“ (im Vergleich zu den alten „Technokraten“ des Opus-Dei), kamen nicht umhin, das Spiel mit den Scheinreformen weiterzutreiben. Arias war übrigens lange Zeit Polizeichef Spaniens und später Innenminister.

Mit dem Regierungsantritt von Arias Navarro, dem Nachfolger des von einem ETA-Kommando hingerichteten Franco-Stattalters Carrero Blanco, wurde der jahrelang tonangebende Opus-Dei-Flügel („faschistische“ Faschisten) aus der Regierung hinausgesäubert. Carrero Blanco war der Führer des Opus-Dei gewesen, obwohl er stets von sich behauptete, daß er „allen und keinem“ gehöre. Die Entmachtung des reformistischen Flügels der Faschisten ist auf eine seit Jahren bestehende Kritik seitens der Ultras zurückzuführen (das Regime habe an „Autorität“ verloren usw.) und wurde durch den Tod des zweiten Mannes im Staat durch die Hand „subversiver Kräfte“ enorm bestärkt (weswegen einige „linke“ Opportunisten im Zusammenhang mit der Hinrichtung Carrero Blancos auch von einer „Provokation“ sprechen, also eine Position in dieser Frage beziehen, die nicht die Zuspitzung der Widersprüche im Staatsapparat – oben auch durch diese Hinrichtung vorangebracht – begreifen kann). Die Zusammensetzung des Arias-Kabinetts bedeutet einen klaren Rechtsruck innerhalb der Regierungschique. Doch auch die Arias-Faschisten, die sog. „Neuen Technokraten“ (im Vergleich zu den alten „Technokraten“ des Opus-Dei), kamen nicht umhin, das Spiel mit den Scheinreformen weiterzutreiben. Arias war übrigens lange Zeit Polizeichef Spaniens und später Innenminister.

Arias kündigte in seiner Rede vor den spanischen Cortes am 12. Februar verschiedene „Reformen“ an. Künftig sollten die Bürgermeister und die Vorsitzenden der Provinzräte nicht mehr vom Innenminister ernannt, sondern direkt gewählt werden. Er versprach den nationalen Syndikaten, daß sie sich demnächst ihre Statuten selbst demokratischem Wege selbst schaffen dürften und sich damit dem Charakter „freier Gewerkschaften“ annähern dürften. Außerdem sollen gewisse Staatsämter unvereinbar mit einem Sitz in den Cortes werden (die Machtverteilung in diesem Bereich schreift zum Himmel). Außerdem wärmte er die Ankündigung politischer Vereinigungsfreiheit für (regime-treue) politische Gruppen auf.

Das, was unseres Lesachters einzig Beachtung verdient, ist die „Liberalisierungsbewegung“ der spanischen Bourgeoisie verdient, ist der Kampf auf dem Pressemarkt.



Machtkämpfe unter den politischen Erben Franco

strieller) und der kürzlich in den Ruhestand versetzte Oberbefehlshaber der berüchtigten Guardia Civil, Iniesta Cano, gehören, werfen Arias Navarro u. a. vor, Juan Carlos zu früh zum Staatsoberhaupt „gemacht“ zu haben, weil das ein Autoritätsverlust für die Franco-Monie (81 Jahre) bedeute. Doch die Kritik an Arias aus dieser Ecke betrifft im weiteren seine ganze Politik der sogenannten „Öffnung“ (apertura), d.h. eine vorsichtige „Liberalisierung“, die jedoch ohnehin aus mehr Gerede als aus tatsächlichen politischen Schritten besteht. Aber selbst das ist diesen Leuten schon zuviel.

Blas Finat, ein von Franco persönlich zum Mitglied des Nationalrates (oberstes Gremium des Movimiento) und Mitglied der Cortes (spanisches Ständeparlament) ernannter Erbkämmerer (er ist zugleich Anführer rechtsradikaler Schlägerbanden), witterte im Vortritt der Ultras Spaniens Mitte Mai in Madrid vor 300 ausgewählten Zuhörern: „Die Stunde der Caudillos („Führer“) und der Krieger ist gekommen. Zu diesem Kampf rufo

verschiebt, in denen gefordert wurde, die „roten Bücher von Marx, Neruda und Camus aus den Schaufeln zu nehmen“, sonst würde das Geschäft angeht. In mehreren Fällen machten Terrorgruppen (eine „Nationalsozialistische Partei Spaniens“, bzw. ein „Kommando Adolf Hitler“) diese Drohung auch wahr („SZ“, 9.8.73).

Es ist offensichtlich, daß es ein verschärftes Tauziehen zwischen den Ultras und dem „reformistischen“ Flügel der Stützen des faschistischen Franco-Regimes gibt, das sich in dem Maße verschärft, wie die zunehmende physische Fäulnis Francos fortschreitet. Dabei sind die Erfolge der einen und der anderen Seite unterschiedlich. Ein Erfolg der Ultras war zweifellos die erwähnte Absetzung des als „liberal“ geltenden Generalstabschefs Diaz Alegria und seine Ersetzung durch den Scharfmacher Vallejo (Kämpfe bereitete in der „Blauen Division“ mit den Hitlertruppen an der Leningrader Front) sowie das kürzlich ausgesprochene Verbot der in Málaga erscheinenden Tageszeitung „Sol de

Aber genau das ist es, was Spanien zur Stunde kennzeichnet: die Leere. Die Falange ist tot – der Apparat des Movimiento strahlt wenig aus“ („Welt“, 20.6.74).

Den regierenden Faschisten Spaniens ist seit langem klar, daß sie sich allein mit den Mitteln des Terrors und der Knebelung der politischen Freiheiten nicht langfristig halten können – doch sie haben Angst, das „Ventil“ zu öffnen, weil sie hinweggefegt werden könnten.

Die Politik der „Öffnung“ – oder die Angst, sich vom Fleck zu rühren

Es hat im Laufe der letzten zehn Jahre in Spanien mehrmals Analyse gegeben, eine Scheinliberalisierung durchzuführen, die aber allemal hier in den Ansätzen und bei den schönen Worten stecken geblieben sind.

1966 erließ Franco ein „Staatsgrundgesetz“, demzufolge Spanien zur

Der „Kampf zweier Linien“ in der spanischen Presse

Wie bereits erwähnt, wurde 1966 die offizielle Vorzensur der Zeitungen abgeschafft. Es können jedoch weiterhin Publikationsverbote und hohe Bestrafungen ausgesprochen werden, wenn uniebene Artikel und Informationen veröffentlicht werden. Gerade unter der Regierung Arias ist es z. B. wieder zu einem generellen Verbot aller ausländischen Zeitungen gekommen.

Jedoch gerade in den letzten Monaten passieren erstaunliche Dinge innerhalb des spanischen Pressewesens. So hat besonders der Sturz der faschistischen Caetano-Regierung in Portugal ganz neue Töne in bestimmten Zeitungen entfacht. In riesigen Leitern stand auf den Titelseiten: „Freiheit in Portugal“ („¡Libertad en Portugal!“), „Cambio“ (16) (nach „FAZ“, 11.5.74). Es wurde in solchen Blättern ausführlich über die Vorgänge in Portugal informiert. Die regierungstreuen Zeitungen böhmten sich hingegen, alle Details auszugraben, in denen sich das spanische vom früheren portugiesischen Regime unterscheiden hätte, um nicht die „verhängnisvolle“ Parallele zu einem ähnlichen „Schicksal“ der spanischen Regierung aufkommen zu lassen.

Die Kommentare in den Zeitungen der Ultras bestanden vor allem in der Warnung an die spanische Regierung, keine liberalen Tendenzen aufkommen zu lassen. Die Zeitschrift „Fuerza Nueva“ („Neue Kraft“) machte die „Liberalisierungstendenzen“ von Caetano für den Umsturz verantwortlich und meinte, die Zeitungen, die den Machtwechsel in Portugal so begeistert feierten würden, schreiben zwar über das Nachbarland, meinten aber das eigene.

Außer der in bestimmten Zeitungen breiten Berichterstattung über Portugal („die Portugallie“, wie sie ironisch genannt wird), ist eine zunehmende Berichterstattung über Streiks, Tarifauseinandersetzungen, die Forderungen nach Streikfreiheit der Arbeiter usw. sowie auch eine recht genaue Berichterstattung über die Tagungen der „Demokratischen Opposition“ (z. B. auch in „Cuadernos para el Diálogo“) auffallend.

Spanische Genossen berichten, daß

seit einiger Zeit sogar das „Udenkbar“ geschieht, daß Schriften marxistischer Klassiker offen in spanischen Buchläden zu haben sind, so die „Monographien“ von Mao-Tse-Tung, „Lenin, Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ sowie auch verschiedene Marx-Schriften. Verantwortlich für derlei „subversive Freiheiten“ ist der Informationsminister Cabanillas, der als der liberalste des Arias-Kabinetts gilt. Doch ist das Gewähren solcher bisher unbekannten Freiheiten für die spanische Presse (bei allen Rückschlägen und Teilkompromissen mit den Ultrarechten wie das Verbot der Zeitung „Sol de España“ zeigte) ohne Frage im Rahmen einer allgemeinen Konzeption der spanischen Bourgeoisie zu sehen. Es ist ganz eindeutig, daß die allgemeine politische Diskussion über die Zukunft Spaniens auf diese Weise angekernt werden soll.

Interessant ist auch ein Zeitungsprojekt, (das allerdings bisher noch nicht zur Ausführung kam), das von der bürgerlich-demokratischen Opposition Spaniens organisiert worden ist. Seit zwei Jahren soll die Zeitung „El País“ („Das Land“) als Tageszeitung in Madrid erscheinen. „El País“ soll ein „seriöses Informationsblatt“ nach dem Vorbild großer europäischer Zeitungen werden. Das Grundkapital der Zeitung von etwa 7 Mill. Mark ist an etwa 400 Aktionäre breit verstreut. Kein Aktionär besitzt mehr als 5 % des Kapitals, die meisten haben nur eine einzige Aktie. Den vorläufig größten Anteil hat der Besitzer einer Kaufhauskette, Präsident der Gründungsgesellschaft und zweitgrößter Anteilhaber ist der bürgerlich-liberale Verleger José Ortega Spottorno, ein Sohn des Philosophen Ortega y Gasset.

Unter den Aktionären sind vor allem Politiker aus den „gemäßigten“ Gruppen des Regimes, frühere Minister wie Fraga Iribarne und Castiella. Ebenfalls auffallend ist die Zahl „liberaler“ Schriftsteller und Intellektueller, die mit von der Partie sind. Auch die Schwester des von der Guardia Civil ermordeten oppositionellen Dichters Gerardo Lora ist Aktionärin. Das Projekt wartet nur noch auf die Unterschrift des Informationsministers, und die Regierung weiß, daß die Pressionen auf eine so breit gestreute Eigentümergruppe schwierig sind. (nach „FAZ“, 17.5.74).

Ob die Arias-Regierung den Startschuß für dies Zeitungsprojekt gibt, wird von den weiteren Auseinandersetzungen mit den Ultrarechten abhängen.

Spanien und die EG

Die blutige Zerschlagung der Volksfront-Regierung in einem dreijährigen Bürgerkrieg (1936 - 39) durch die faschistischen Franco-Truppen hatte starke Empörung in der internationalen Arbeiterbewegung hervorgerufen. Ein Zeichen der Solidarität und Anteilnahme am Kampf der spanischen Arbeiterklasse waren die „Internationalen Brigaden“, Kampftruppen (Sozialisten und Kommunisten) verschiedener europäischer Arbeiterklassen, die auf der Seite der Volksfront gegen die Franco-Faschisten kämpften.

Nach dem 2. Weltkrieg war Spanien durch Liquidierung seiner wichtigsten außenpolitischen Freunde und Stützen - die deutschen und italienischen faschistischen Regimes - international weitgehend isoliert. Verschiedene europäische kommunistische Parteien forderten sogar eine Invasion Spaniens und die Absetzung Francos. Die UNO beschloß einen „diplomatischen Boykott“ der spanischen Regierung. Die USA (und der Vatikan) waren die ersten, die mit Spanien wieder internationale Verträge abschlossen. 1953 wurde zwischen Madrid und Washington ein Stützpunktabkommen geschlossen, durch das Spanien in das westliche „Verteidigungsbündnis“ integriert wurde. Es waren auch die USA, die in den ersten Jahren des Bündnisses durch umfangreiche Kredite den spanischen Kapitalisten hilfreich unter die Arme griffen.

Das Abkommen lief 1968 aus, die Verhandlungen über die Bedingungen eines neuen Abkommens zogen sich wegen unterschiedlicher Erwartungen beider Seiten zwei Jahre hin. Das schließlich zustande gekommene Abkommen von 1970 erfüllte in keiner Weise die Erwartungen der spanischen Bourgeoisie.

Die USA waren nur zu Krediten von 20 Millionen Dollar jährlich (teils in bar, teils in Schiffen, Flugzeugen oder Panzern) bereit. Die spanische Regierung hatte 1968 noch das Zehnfache verlangt. Außerdem gewährten die USA einen 125 Millionen-Dollar-Kredit für eine „Reform“ des Schulwesens in Spanien. Auch war Washington nicht bereit, einen förmlichen „Verteidigungsakt“ oder eine eindeutige „Schutzverpflichtung“ gegenüber Spanien einzugehen. Die einzige Konzession bestand in der Übergabe der amerikanischen Stützpunkte in spanischen Besitz und Verwaltung. Die geschwundene „Geberlaune“ der USA ist in einem Zusammenbruch

„ostpolitischen Endspurt“ und die rasche Normalisierung der „wirtschaftlichen, konsularischen und diplomatischen Beziehungen“ zu den RGW-Staaten, die als Kunden für spanische Orangen, Schuhe, Schiffe und Lastwagen interessant seien.

„Es wäre naiv, diese Märkte zu vernachlässigen, solange wir mit dem Gemeinsamen Markt (der EG + Red.) noch kein zufriedenstellendes Ergebnis erreicht haben.“ (Nach FR, 10.3.73).

Aber Mitglieder der EG kann Spanien nur schwer werden, solange dort der offene Faschismus herrscht. Die europäischen Kapitalisten können es sich nicht leisten, ein offen terroristisch regiertes Land offiziell in ihren Kreis aufzunehmen, weil sie sonst zu sehr an Glaubwürdigkeit vor den europäischen Arbeitern verlieren würden, der als die EG ganz als ein demokratisches und soziales Bündnis „zum Nutzen aller“ verkaufen möchten.

Während der sechziger Jahre, als in Spanien die „Technokraten“ des Opus Dei eine dominierende Stellung in der Regierung hatten, kam es zu recht lebhaften Kontakten auf hoher Ebene zwischen dem damaligen Außenminister Lopez Rodó und z. B. Außenminister Scheel. Spanien wurde in dieser Zeit auch an die EWG assoziiert. Doch durch die Hiniaus „säuberung“ des Opus Dei aus der Regierung ist es auch hier wieder zu einem Rückschlag bzw. zum Einfrieren bestehender Beziehungen gekommen.

Die „Frankfurter Rundschau“ schrieb kürzlich: „Spaniens Wunsch nach einer Vollmitgliedschaft in der EG der Neuen und vielleicht auch von der einzigen Bündnispolitik mit der USA hinweg zur NATO, rückt erst mit

Erfolge der spanischen Arbeiterklasse im Kampf gegen wirtschaftliche Not und politische Unterdrückung

Anfang Juli mußte die spanische Regierung unter dem Druck einer breiten Streikbewegung ihren Ende November verhängten Lohnstopp zurücknehmen. Die Löhne sollten danach nur im Rahmen der gestiegenen Preise erhöht werden. Diese Rate wurde auf 15 % fixiert. Durch massive Streiks vor allem in der Metallindustrie (bei British Leyland in Pamplona alle 5 Wochen, bei SEAT, und bei Audi) mußten Lohnerhöhungen von 20 % zugestanden werden. Die spanischen Arbeiter hatten ursprünglich fast das Doppelte verlangt, 20% ist allein die

Doppelte Verlangt, 20% ist nicht die Inflationsrate in diesem Jahr. Sogar die staatlichen Zwangsindukate unterstützten an verschiedenen Orten die Forderungen der Arbeiter. Diese erstaunliche Tatsache hängt mit der „Unterwanderung“ der staatlichen Syndikate durch Obstruktion vor allem der „Arbeiterkommissionen“ und der sozialistischen Gewerkschaft U.G.T. zusammen.

Am 7. Juli vernichteten mehrere hundert Arbeiter in Madrid, das Syndikatgebäude zu stürzen, um ihrer Forderung nach einer vorläufigen Revision des Tarifvertrages Nachdruck zu verleihen. Sie wurden allerdings von starken Polizeieinheiten daran gehindert.

Neben Lohnforderungen spielten in letzter Zeit auch politische Forderungen nach Streikfreiheit eine große Rolle. Auch Solidaritätsstreiks mit besetzungsgeheimen Kollegen haben an Bedeutung zugenommen. Vor allem der Fall der Glasfabrik „Elsa“ hat eine bedeutende Solidaritätsbewegung ausgelöst. Die 517 Arbeiter dieser Glasfabrik kämpften seit März für einen neuen Tarifvertrag. Sie arbeiten dort

an einem vollzogenen Machtwechsel mit her.“ („FR“, 23.7.74).

In diesem Zitat drückt sich recht gut die Sicht der westeuropäischen Bourgeoisien aus, unter Rücknahme auf die Haltung „ihrer“ Völker, insbesondere der sozialistischen und kommunistischen Teile der Arbeiterbewegungen.

Weiter legt die „FR“ dann dar, welche wirtschaftlichen Nachteile Spanien wegen seiner Nicht-Mitgliedschaft in der EG hat.

Die Einfuhrpreise der Neuen-Gemeinschaft für Früchte und andere landwirtschaftliche Produkte Spaniens

- Aufnahmestopp für spanische „Gastarbeiter“, die von der BRD von Belgien, Niederlande, Großbritannien und Frankreich verfrachtet wurde (Spanien ist auf die Lösung seines Arbeitslosenproblems durch „Export der Arbeitskräfte“ aus politischen Gründen und wegen der Deviseneinnahmen stark angewiesen).

Die „FR“ zitiert einen spanischen Kolonialisten: „Die Pflicht beweisen, daß die Handelsverträge kein Ersatz für politische Verträge mit dem Gemeinsamen Markt sind.“ Die wirtschaftliche Lage in Spanien verschlechtert sich gerade zur Zeit in wachsendem Maße. Die Deviseneinnahmen sinken (allein in den letzten 6 Monaten um 1,5 Mrd. Mark) wegen der von der EG „gesparten“ Emigranten. Die Einnahmen durch das Tourismusgeschäft sind ebenfalls rapide gesunken. Das wirtschaftliche Wachstum beträgt nur noch 6% statt der geplanten 10%.

Die spanische Bourgeoisie wälzt die Kosten der derzeitigen Krise auf die Arbeiterklasse ab. Doch die spanische Arbeiterklasse setzt sich dagegen sehr entschieden zur Wehr.

unter extremer Hitze und verdienten so wenig, daß sie alle einer Nebenbeschäftigung nachgehen mußten. Die Arbeiter verlangten daher eine lineare Lohnerhöhung von 5000 Peseten (etwa 225 Mark). Als sie streikten, wurden sie entlassen.

Aus Solidarität mit den gefeuerten Kollegen der „Elsa“-Fabrik gab es Anfang April im Industriegürtel von Barcelona Sympathiestreiks in 47 Betrieben, die von einer enorm starken Kampfbereitschaft der spanischen Arbeiter kündeten, wenn man das Risiko für die Arbeiter unter dem Faschismus bedenkt, der z. B. für gewöhnlich bekanntgewordene Streikführer für ein Jahr in Gefängnisse sperrt, ihre Existenzgrundlage zerstört usw. Die „El-

Arbeiter mußten wieder eingestellt werden, lediglich drei „Streikführer“ sollten nicht wieder eingestellt werden. Am 10. Juli, also vier Monate nach Beginn der Auseinandersetzungen, berichtete die bürgerliche Presse hier, daß fast 20.000 Arbeiter im Industriegürtel von Barcelona für die Wiedereinstellung der drei Streikführer streikten - natürlich bedroht von einem starken Polizeieinsatz, daß es aber offenbar nicht wage, einzugreifen.

Insgesamt ist die Stimmung in der spanischen Bevölkerung sehr kampfbereit. Die für Oktober beschlossene Erhöhung des Schulgelds an Privatschulen (die meisten spanischen Familien müssen ihre Kinder an teure Privatschulen mangels staatlicher Schulen schicken), die vor kurzem erfolgte Erhöhung der Milch- und Brotpreise sowie der Untergrundbahnfare usw. dürften nicht gerade zur „Beruhigung“ beitragen. Es ist mit einem „heißen Herd“ zu rechnen. Und das kommt ökonomische wie politische Faktoren in brisanter Weise zusammen.

Spanien/Portugal-Kommission, Kf 1/Gruppe Hamburg

Spanische Genossen berichten, daß

Ein Beispiel faschistischer „Wohltätigkeit“

Zum 32. Jahrestag des faschistischen Sieges über die spanische Republik (1. Oktober 1971) - der als Nationalfeiertag begangen wird - kündigte Franco in einer umfangreichen Rede eine Generalamnestie für alle politischen und kriminellen Häftlinge an. Die bundesdeutsche bürgerliche Presse war voll des Lobes über so viel Großmütigkeit. „700.000 Spanier jubeln dem Staatschef zu“, so Springer „Welt“ (2.10.71).

Zehn Tage später druckte die „Frankfurter Rundschau“ in der Leserbriefspalte eine interessante Stellungnahme der „Spanien-Kommission der Amnesty International“ ab. Amnesty schreibt dort: „Alle Häftlinge, die während ihrer Haftzeit Disziplinarstrafen erhalten, werden vom Gnadenakt Francos nicht automatisch betroffen. Über diese entscheiden die lokalen Gefängnisbehörden.“

(Wie die entscheiden, kann man sich an fünf Fingern abzählen, d. Red.). Nach unseren Recherchen hat die große Mehrheit der politischen Häftlinge Spaniens derartige Disziplinarstrafen erhalten. Darunter fallen die Inimiken verschiedener Gefängnisse, die wegen Haftbedingungen (Zensur-

maßnahmen) in Hungerstreik getreten sind, wie auch die Inhaftierten Priester...

Die Wehrdienstverweigerer, die in Spanien mit Gefängnis bestraft wurden, waren vom „Gnadenakt“ ohnehin nicht betroffen. Außerdem gibt Amnesty an, daß die offiziell angegebene Zahl von damals 426 politischen Häftlingen als viel zu niedrig angesehen werden muß. Zum Schluß schreibt Amnesty noch den lakonischen Nachsatz: „Acht Tage nach der Verkündung des Gnadenaktes fehlen Anzeichen dafür, daß - wie angekündigt - ein Drittel aller politischen Gefangenen sofort die Freiheit erlangen sollte.“

Also ein Windel von vorn bis hinten. Dies ist nur ein Beispiel, wie das faschistische Regime in Spanien scheinbare Liberalität vorstuscht, um die Massen an sich zu binden und der bürgerlichen Presse Westeuropas die Gelegenheit gibt, Lobesworte über das Franco-Regime zu berichten. Ähnlich wie mit dieser „großen Geste“ ist es mit allen Ankündigungen und Versprechungen über eine angebliche Liberalisierung, Zulassung von politischen Verbänden, usw. in der Praxis abgelaufen.

Unser Weg



Amis raus aus Indochina

Anläßlich der ungeheuerlichen Bombardierungen und Terrorangriffe der US-Imperialisten auf nordvietnamesische Städte Ende Dezember 1972 wurden in vielen Städten der ganzen Welt Protestdemonstrationen durchgeführt. In Hamburg am 6.1.73. Im Rahmen einer Vietnam-Kampagne des KB wurde diese Broschüre erstellt und hauptsächlich im Straßenverkauf und bei Diskussionen angeboten.

Die Broschüre umfaßt die auf der Demonstration vom KB gehaltenen Rede, einen ARBEITERKAMPF-Artikel, die Erklärung der Demokratischen Republik Vietnam zum „Neuen Punkte Abkommen“ eine Zusammenfassung über die Beendigung des Krieges und der Wiederherstellung des Friedens in Vietnam.



Amis raus aus Indochina

KONTAKTADRESSEN

Bremen:
F. Köpelt
205 Bremenhaven 1
Postfach 00 31 00
Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmehndorf
Flensburg:
Peter Petersen
230 Flensburg
Postfach 02 25 83
Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 00 07 47
Hamburg:
Postadresse:
J. Heints
2 Hamburg 13
Huttbahn 38
Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postfach 00 63 1 A
Oldenburg:
Th. Pinggus
26 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Bremen:
Arnold Neugebhorn
26 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof
Büchertisch
Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße“
34 Göttingen
Ago Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr
Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postfach 60
Lübeck:
s/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Müritzer 68
Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60
Weitere Vertriebsgruppen!

Besonders zwei Ereignisse der letzten Wochen in Portugal machen deutlich, daß das neugebildete Kabinett unter starker Führung der Militärs der „Offiziersbewegung“ dramatisch „durchgreifen“ will, um eine Stabilisierung der Situation in Portugal zugunsten der Bourgeoisie zu erreichen. In erster Linie richten sich die Angriffe gegen die revolutionären Organisationen und dabei besonders gegen die MRPP, eine Organisation, die in den letzten Monaten sehr gut besucht Demonstrationen und Kundgebungen durchführte und deren Zeitung „Luta Popular“ immerhin in einer Auflage von 100.000 Stück (wöchentlich) verkauft wird.

Die neue Regierung verhängte Anfang August ein Publikationsverbot gegen verschiedene Zeitungen, die über eine Demonstration der MRPP berichtet hatten. Nach dem „neuen“ Informationsgesetz (das die alte faschistische Zensur fast vollständig

PORTUGAL:

Revolutionäre Linke soll isoliert und zerschlagen werden

gen Zeitungen, sowie bei Rundfunk- und Fernsehredaktionen, Solidaritäts- erklärungen für die Redaktionen der verbotenen Zeitungen wurden abgegeben und sogar Proteststreiks angekündigt.

Es fand dann eine „Unterredung“ von Mitgliedern der Provisorischen Regierung mit verschiedenen Chefredaktoren und Verlegern statt. Es heißt, daß die Regierung sich von dieser „Unterredung“ sehr befriedigt zeigte. Das Publikationsverbot wurde schon nach einem Tag wieder aufgehoben.

Das Publikationsverbot trifft die MRPP jedoch nicht unvorbereitet. Diese Organisation hat sich die Illusionen über den portugiesischen Frühling gemacht. Außerdem hat die MRPP eine vierjährige Erfahrung im illegalen Herstellen und Vertrieb der Zeitung. Während andere linke Organisationen nach dem Putsch ihre Zeitungen durch Kioske, usw. offen verkaufen ließen, gab die MRPP den Verkauf nie aus der Hand. Die Tatsache, daß die MRPP auch nach dem Putsch „Vorwärts walteten“ ließ und konspirative Formen der Arbeit aufrechterhielt, nahmen die Revisionisten der Cunhal-Partei PCP zum Anlaß, der MRPP vorzuwerfen, die Organisation scheue das Licht der Öffentlichkeit und sei gegen die Demokratie, weil die letztlich dieselben Ziele wie die Faschisten verfolgen würde (!).

Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine“ schreibt zu dem Vorfall: „Martyrer kann Spínola jetzt am wenigsten brauchen... Ein Zwischenfall wie dieser zieht mit Sicherheit Protestkundgebungen nach sich und gibt der Polizei mit ebensolcher Sicherheit Gelegenheit zu weiteren Beweisen der Härte. Solche Härte wirkt wie eine staatliche Hilfe bei der Formierung einer linken Opposition...“ (FAZ, 16.8.1974).

Schon am 7.8. war eine Demonstration der MRPP gegen das faschistische Pressegesetz und für die sofortige Freilassung des bereits kurz nach dem Putsch inhaftierten Chefredakteurs von „Luta Popular“, Saldanha Sanchez, verboten worden und das Verbot mit bewaffneter Polizei, Militärpolizei und Armeeeinheiten durchgesetzt worden. Bis tief in die Nacht wurde der Kundgebungsplatz und die ganze Innenstadt im Belagerungszustand gehalten (siehe Foto).



Faschistische Polizisten der „PSP“ sperren den „Rossio“ (Platz der Innenstadt von Lissabon) mit dem Gewehr im Anschlag ab, um die geplante Solidaritätskundgebung mit Angola zu verhindern.

Der zweite Vorfall – die bisher schärfste Demonstration staatlicher Gewalt – betraf wiederum die portugiesische revolutionäre Linke: Bei einer am 15. August trotz Verbot durchgeführten Demonstration für die sofortige Unabhängigkeit der portugiesischen Kolonie Angola schossen Elitetruppen der portugiesischen Polizei, die PSP, blind in die Demonstration. Dabei wurde ein Demonstrant getötet und fünf weitere zum Teil schwer verletzt!

Dieses Vorgehen bedeutet eine ungeheure Provokation, zumal wenn man sich aus dem Anlaß der Demonstration, Unabhängigkeit der Kolonien, klarmacht – ein Ziel, für das Spínola gerade vor kurzem noch eine „zuckende Rede“ gehalten hat.

Man fragt sich, ob dieser Schuß nicht im wahrsten Sinne nach hinten losgehen wird. Die „Kommunistische“ Partei, die Sozialdemokratische und die Demokratische Volkspartei haben das Vorgehen der Polizei inzwischen scharf verurteilt und die Regierung tischte das Märchen auf, „bewaffnete Provokateure“ hätten das Feuer auf die Polizei eröffnet, und diese habe lediglich das Feuer erwidert („FR“, 17.8.74).

Diese Vorfälle zeigen, daß die portugiesische Bourgeoisie auf ein schnelleres Tempo bei der „Normalisierung der Lage“ dringt. Dabei steht sie vor der Schwierigkeit, daß sie bisher nur in geringem Maße über die Institutionen und Kontrollapparate verfügt, die eine mehr „friedliche Zählung“ der Arbeiterklasse und des Volkes durchsetzen könnten, wie reformistische Gewerkschaften oder eine massenhaft verankerte sozialdemokratische Partei.

Die Gewerkschaften bestehen erst in der Form der Büros und der eingesetzten Führungen, während die Streiks bisher noch von der Arbeiterklasse selbst, z.T. mit der Unterstützung der MRPP geführt werden. Die sozialdemokratische Soares-Partei verfügt noch kaum über eine organisierte Mitgliederbasis. Sie war bis zum Putsch eine unbedeutende Emigrantengruppe und wurde erst 1973 durch die westdeutsche SPD auf ihre Aufgabe als „bürgerliche Partei der Arbeiterklasse“ vorbereitet.

Die Bourgeoisie ist derzeit in elementarer Weise auf die tatkräftige Hilfe der revisionistischen PCP angewiesen, die als einzige Partei sich im

antifaschistischen Widerstand einigermaßen profiliert hat und über einen Einfluß in der Arbeiterklasse verfügt. Die PCP erwies sich, wie wir mehrfach berichteten, dieses Vertrauens „würdig“.

Doch die Bourgeoisie hat nicht vor, langfristig auf die PCP zu setzen. Das geht z.B. daraus hervor, daß die Soares-Partei systematisch zunächst als „linke“ Alternative zur PCP aufgebaut wird, (die einzige Form, heute „Lorbeeren“ in Portugal zu gewinnen) während die PCP durch ihr demagogisches Auftreten gegenüber der Arbeiterklasse, ihren Streiks und der revolutionären Linken abwirtschaften soll. Die Führung der sozialdemokratischen Partei kritisierte z.B. die Pressezensur und das Verbot von „Luta Popular“, während die Revisionisten das Pressegesetz selbst mit verabschiedeten und ständig aus allen Rohren gegen die revolutionäre Linke schießen.

Der „Avante“, das Organ der PCP, wurde noch nicht als einziges Mal verboten, während „República“, das Organ der Sozialdemokraten schon mehrmals „gekuppelt“ wurde – (auch eine Form der Propaganda...)

Weil jedoch der ganze Mechanismus einer bürgerlichen Kontrolle über die Arbeiterklasse noch keineswegs eingepreist ist und die spontane Kampfbereitschaft unter der portugiesischen Bevölkerung nach wie vor besteht, muß die Bourgeoisie verstärkt zum Mittel der repressiven Gewalt greifen. Dies dürfte jedoch schädliche Illusionen über den Charakter und die Absichten der derzeitigen portugiesischen Regierung zunehmend zum Verschwinden bringen.

Ein Beispiel für die Entschlossenheit großer Teile der portugiesischen Volks, die alten Zustände nicht wiederkehren zu lassen, war die „Revolution“ der inhaftierten Geheimpolizisten im Gefängnis von Lissabon. Diese ehemaligen Follower und Spitzel hatten die Freiheit, sich zu beschweren, daß sie im Knast sitzen müssen (unter allerdings furchtlichen Bedingungen), während Argenossen frei herumlaufen dürfen oder geflohen sind. Sofort nach Bekanntwerden dieses Aufstandes – versammelt sich eine große Menschenmenge vor dem Gefängnis und rief in Sprechchören: „Laßt sie ruhig rauskommen“, „Mit auch rechnen wir gleich ab!“

Spanien/Portugal-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

wiederherstellt – siehe AK Nr. 47) kann die Regierung jederzeit hohe Geldstrafen oder Publikationsverbote gegen Zeitungen verhängen, die „regierungsfeindliche“ Meldungen bringen oder die Streitkräfte „verunglimpfen“. Betroffen von dem Verbot waren die Zeitung der sozialdemokratischen Soares-Partei „República“, sowie die bürgerlichen Zeitungen „Diário de Lisboa“ und „A Capital“ und die Zeitung der MRPP „Luta Popular“. Das Verbot erzeugte erhebliche Unruhe und Proteste bei den Arbeitern und Journalisten der über-

hoben – allerdings nur bei den bürgerlichen Zeitungen. Das Verbot der MRPP-Zeitung „Luta Popular“ blieb bestehen!

Der Schachzug scheint gegückt: erst „quer Beet“ und massiv in die nach dem Putsch recht fortschrittliche portugiesische Berichterstattung reinknallen, um einen Effekt der Einschüchterung zu erzielen. Dann sich verhandlungsbereit zeigen und dabei eine Entsolidarisierung der Betroffenen herbeiführen, um den „Hauptfeind“, die revolutionäre Agitation und Propaganda, mundtot zu machen.

Argentinien:

Erfolgreiche Aktion der ERP

Von der argentinischen Guerillaorganisation ERP (Revolutionäre Volksarmee) werden neben den seit Jahren immer wieder erfolgreich durchgeführten Entführungsaktionen zunehmend auch andere bewaffnete Aktionen bekannt. (Allein in Buenos Aires wurden von 1968 bis Ende 1973 59 Entführungen durchgeführt, die für die ERP ca. 35 Mio. Mark einbrachten. Die jüngste Aktion dieser Art war die Entführung des Produktionschefs der argentinischen Daimler-Benz Niederlassung im Juli dieses Jahres, deren Ausgang noch nicht bekannt ist.)

Ein Höhepunkt der Kämpfe nach dem Tode Perons war die erfolgreiche Besetzung einer Munitionsfabrik durch 70 Kämpfer der ERP in Cordoba, Mitte August dieses Jahres. Die ERP konnte 150 Maschinengewehre erbeuten und 2 Geiseln nehmen. Trotz einer sofort eingeleiteten Großfahndung (ein Riesenaufruf von Polizei und Armee wurde eingesetzt, die Grenzen nach

Bolivien wurden gesperrt) fehlt von den „Tätern“ jede Spur („Welt“, 14.8.74). Der Erfolg dieser Aktion dürfte nicht zuletzt darin begründet sein, daß in Cordoba die linke und sozialistische Bewegung sehr stark und die ERP hier in besonderem Maße verankert ist.

Etwas gleichzeitig mit der Aktion in Cordoba versuchte die ERP einen Angriff auf ein Regimentshauptquartier der Faltschirmjäger in Catamarca, der jedoch scheiterte. Es kam zu zwei Tagen langen Kämpfen zwischen ERP einerseits und Polizei und Armee andererseits in den Bergen der Provinz Catamarca.

Präsidentin Peron hat bereits umfangreichere „Antiguerillaaktionen“ angekündigt. Die ERP ist aber allen Erfahrungen nach darauf vorbereitet – selbst durch die faschistische Unterdrückung durch die Militärdiktaturen vor dem Amtsantritt der Peronisten konnte sie nicht zerschlagen werden. ●



Protestdemonstration am 1. Sept. 73 der Mieter in Tower Hill

„Socialist Worker“ 8.9.73

England

DM 42.000,— Geldstrafe für Mieterstreik

Anfang August verhängte der High Court („Hoher Gerichtshof“) eine Geldstrafe von DM 42.000,— (6.985 Pfund) gegen elf Führer des Mieterstreiks in der Bergarbeiterstadt Clay Cross. David Skinner – einer der elf – trum Urteil: „Wenn der Finanzprüfer des Distrikts seine Gerichtsvollzieher zu um nach Hause schickt, riskiert er tödliche Auseinandersetzungen. Einem Engländer Hohn ist seine Berg. Wenn er unsere Löhne pfändet, wird sich die Schlinge der Arbeitslosen in Clay Cross verlängern, denn wir werden nicht arbeiten, um eine Tory-Strasse zu bezahlen.“

Dieses Urteil ist der vorläufige Höhepunkt einer bereits zwei Jahre andauernden Auseinandersetzung zwischen Behörden und streikenden Mietern. Im Oktober 72 trat unter der Regierung Heath der sogenannte „Housing Finance Act“ in Kraft, ein Gesetz über die Mieten im staatlichen Wohnungsbau (in England wohnen rund 7 Millionen Menschen in staatlichen Gebäuden). Dieses Gesetz, das eine

erhebliche Steigerung der Mieten in zwei Schüben vorsah, fiel zeitlich zusammen mit dem im sogenannten „Antinflationsgesetz“ angeordneten Lohn- und Preisstopp. Bekanntlich waren es damals allerdings nur die Löhne, die tatsächlich gestoppt wurden, während die Preise immer schneller stiegen (damals um ca. 10 %). Das Mietgesetz war somit Teil eines großangelegten Angriffs der englischen Kapitalistenklasse auf die Lebenslage der Arbeiterklasse.

Gegen das neue Mietgesetz entstand im Herbst 72 eine breite spontane Mieterbewegung. Nach dem „Socialist Worker“ (Wochenzeitung der Gruppe „International Socialists“) traten damals mehrere Tausend Mieter in Mieterstreik – d. h. sie zahlten die angeforderten Erhöhungen nicht. Aktionskomitees wurden gegründet, Veranstaltungen und Protestdemonstrationen durchgeführt.

Eine wichtige Rolle bei der Organisation der Empörung – allerdings

auch bei der Desorientierung des Kampfes später dann – scheinen die sogenannten „Councils“ (übersetzt etwa Stadträte) gespielt zu haben. Diese Councils werden direkt von der Bevölkerung gewählt, haben aber andererseits – als Gremien des kapitalistischen Staatsapparates – arbeiterfeindliche Maßnahmen zu treffen. So mußten sie eigentlich im Falle des Housing Finance Act für die Durchsetzung der Mieterhöhungen in den Distrikten sorgen. In Arbeiterwohnvierteln sind die Councils häufig von „linken“ Labour-Leuten besetzt, auch die CP (revisionistische Communist Party) stellt einige der Councilors. Im Oktober 72 lehnten es immerhin 50 linke Councils ab, der Durchführung der Mieterhöhungen zuzustimmen. Sie forderten stattdessen die Mieter auf, die Mieterhöhungen nicht zu zahlen und führten Protestveranstaltungen durch.

„DIE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN GEWEHRLÄUFEN!“

Nachdruck von Texten zu den politischen Problemen des breiten Kampfes der Arbeiterklasse. Seit Ende Januar der diesjährige Kampfes, insbesondere auch der Schlußkampf von Ende 1973 und 1974 in einem Jahr, der die Arbeiterklasse in eine Situation der politischen Krise versetzt hat.

Dieses Heft ist in der Kampfabteilung der Arbeiterklasse zu beziehen. Preis 2,00 DM. Versand 0,20 DM. Bestellschein bei der Kampfabteilung der Arbeiterklasse zu beziehen. Preis 2,00 DM. Versand 0,20 DM. Bestellschein bei der Kampfabteilung der Arbeiterklasse zu beziehen.

Verlag „ARBEITERKAMPF“

Der Kampf der Mieter von Tower Hill/Kirkby

Alle Mieter von Tower Hill traten im Oktober 72 in den Mietstreik. Der Council von Kirkby (im übrigen der Wahlbezirk Wilsnos) hatte diesen Streik anfangs sogar unterstützt, schwenkte allerdings im Laufe des Jahres 73 um und setzte später alles daran, den Streik zu hintertreiben und sich offen für die Interessen des kapitalistischen Staates einzusetzen:

- Er schickte Drohhriefe an die Mieter.
- Er lud einzelne Mieter zu „Gesprächen“ ein, um mit ihnen die „rückständigen“ Zahlungen zu verhandeln.
- Er drohte mit dem Gerichtsvollzieher und Zahlungsbefehlen usw.

Im August 73 beschloss der Council mit fünf gegen drei Stimmen (von 20 Councilors waren nur acht zur Abstimmung erschienen!), beim Liverpooler Landgericht zu beantragen, die rückständigen Mieten per Lohnpfändung einzutreiben.

Am 1. September führte die von den Mietern selbst organisierte „Tower Hill Unfair Rents Action Group“ eine Protestdemonstration durch, an der sich 600 Menschen beteiligten.



Protestierende Councilors von Clay Cross

Protestierende Councilors von Clay Cross

Laut „Socialist Worker“ vom 8.9.74 waren zu diesem Zeitpunkt nur noch rund 500 Mieter am Streik beteiligt. An diesen Zahlen läßt sich leicht ablesen, daß die Einschüchterung durch den sozialdemokratisch beherrschten Council Früchte getragen hatte.

Im November 73 wurden 36 Mieter von Tower Hill vom Gericht geladen. Sie sollten Aussagen über ihren Verdienst und ihre finanzielle Situation machen und ihre Zustimmung zur Lohnpfändung geben. Im Falle einer Weigerung, vor Gericht zu erscheinen, drohte man mit Gefängnis. In mehreren Fällen hatten beide Ehepartner Ladungen erhalten, so daß bei einer Weigerung die Gefahr bestand, daß die Kinder in staatliche Fürsorgeheim einweisung werden würden, nachdem beide Elternteile ins Gefängnis gewandert wären.

Mitte Dezember 1973 – kurz vor Weihnachten – wurde dann gegen den Bauarbeiter Brian Owen, 27 Jahre, Vater von zwei Kindern, Haftbefehl erlassen. Polizisten hielten ihn frühmorgens aus dem Haus und schleppten ihn ins Gefängnis. Noch ein zweiter Mieter wurde ins Gefängnis gebracht, aber wieder entlassen, als er seinen Widerstand gegen das Gericht aufgab.

In anderen Bezirken Englands hatten die Gerichte hohe Geldstrafen gegen rebellierende Councils verhängt:

- 500 Pfund (ca. 3.000 DM) im schottischen Cowdenbeath.
- 3.000 Pfund (ca. 30.000 DM) in Clydebank in Schottland wegen der Weigerung des Councils, die erste Mieterhöhung durchzuführen.
- Noch einmal 200.000 Pfund (ca. 120.000 DM) im Januar 74 gegen den Clydebank Council wegen seiner Weigerung, den zweiten Schub Mieterhöhung einzutreiben.

In der Regel führten diese Strafen dazu, daß die Councils Aufgaben und wohl inzwischen der Housing Finance Act in ganz England als mehr oder weniger durchgesetzt gelten muß. (Leider existiert unseres Wissens keine gründliche Analyse der tatsächlichen Ergebnisse dieser Kämpfe in der linken und kommunistischen Bewegung Englands.)

Die Kämpfe von Clay Cross

Eine Ausnahme hinsichtlich der Standfestigkeit der Councilors und der Hartnäckigkeit der Kämpfe bildet die Mieterbewegung in Clay Cross. Clay Cross ist eine kleine Bergarbeiterstadt bei Liverpool, in der die Arbeitslosenrate durch Gruben-schließungen außerordentlich hoch ist.

Die elf Councilors – fast alle Bergarbeiter – hatten sich seit Oktober 1972 geweigert, für die 1.400 Mieter ihres Bezirks höhere Mieten einzutreiben; sie gaben auch nicht nach, als im August 1973 eine Strafe von ca. 7.000 Pfund (ca. 42.000 DM) gegen sie verhängt wurde.

Durch dieses Urteil galten sie offiziell als abgesetzt. Trotzdem antworteten sie weiter als Councilors, von der Bevölkerung von Clay Cross wurden sie weiterhin anerkannt.

Daraufhin schickte die Tory-Regierung Ende 73 Patrick Skillington als offiziellen Regierungsvertreter nach Clay Cross, um die Mieterstände einzutreiben.

Skillington bekam kein Bein an den Boden. Er wurde von allen Councilors und deren Büros boykottiert. Auf seiner ersten Pressekonferenz trieben ihn die Councilors durch Fragen in die Enge. Schließlich

Kriegsverbrecher Nixon stolpert über „Watergate“-Einbruch

Nach fast anderthalb Jahren Tarnziehen um die „Watergate-Affäre“ mußte US-Präsident Nixon, nun auch von der eigenen Partei fallen gelassen, zurücktreten. Sein „Ständemittel“: „Rechenschaft“ des US-Kongress, „lang. Vermutlich Mißbrauch des CIA, Unterdrückung von Beweismaterial, illegale Einschaltung in Ermittlungen des FBI und der Staatsanwaltschaft, Bestechung, Zahlung von Schweigegeldern u.a.m. Zuletzt drohte ihm sogar sein Ausschluss aus der Rechtsanwaltskammer (Nixon war früher Rechtsanwalt) und eine strafrechtliche Verfolgung.

Einige bürgerliche Journalisten bringen in dieser Situation den traurigen Mut auf, den ganzen Vorgang auch noch als Beweis dafür hinzustellen, wie „lebenstüchtig“ doch im Grunde die „Demokratie“ in den USA sei.

Tatsächlich hat sich gezeigt:

- 1. daß US-Regierung, FBI und CIA, bis zum Hals in den kriminellen Machenschaften stecken – Einbrüche, Spitzeltruppe, Diebstahl, Bestechung, usw. zur einzige Punkte zu nennen.
- 2. daß auch nach Bekanntwerden der Vorgänge um „Watergate“ noch über ein Jahr verging, bevor der stinkende Leichnam aus dem „Weißen Haus“ entfernt wurde.
- 3. daß die schwerwiegendsten Verbrechen der Nixon-Regierung – die Vernichtung des vietnamesischen Hafens Haiphong, die Bombardierung von Hanoi, die Bombardierung Kambodscha, die Drahthierrolle beim faschistischen Putsch in Chile – gar nicht zur Debatte standen.

Das sind gewöhnliche Verbrechen für einen US-Präsidenten. So hatte Kennedy seine „Schweinbuckel-Affäre“ (er ließ von Exilbambasern und CIA einen Überfall auf Kuba durchführen). So hatte Johnson seinen „Tonkin-Zwischenfall“ (er ließ das Mörchen von einem Überfall nordvietnamesischer Kriegsschiffe auf US-Schiffe erfinden, als Vorwand für die Bombardierung Nordvietnams und die Ausweitung der US-Aggression gegen Südvietnam).

Auch die „kleineren“ Verbrechen, die jetzt Nixon und seiner Bande zur Last gelegt werden, dürften zum festen Bestandteil des politischen Lebens der USA gehören:

- Nixons Finanzminister Connally ließ sich 2 Mio. Dollar (etwa 3 Mio. Mark) von der Milchindustrie als Dank dafür bezahlen, daß er eine Erbschaftsteuer von 100 Millionen auf die Milchpreise – Subvention durchsetzte.
- Nixons „innenpolitischer Mitarbeiter“ John Ehrlichmann arrangierte für Nixon den Einbruch in die Praxis des Psychiaters von Daniel Ellsberg – Ellsberg hatte die „Pentagon-Papiere“ über die US-Kriegsführung in Indochina bekannt gemacht; bei seinem Psychiater hoffte man, Stoff für eine Schmutz-Kampagne gegen Ellsberg zu finden. Ehrlichmann bekam deshalb Ende Juli 74 eine Gefängnisstrafe von 20 Monaten aufgeschoben.
- Als Nixon im Mai 1972 die verbrecherische Verfassung des nordvietnamesischen Hafens Haiphong anordnete, organisierte seine „Mitarbeiter“ (richtiger: Komplizen) eine Kampagne mit gefälschten Leserbriefen und Zeitungsanzeigen, in denen angeblich „Bürger“ ihre Zustimmung zur Vernichtung Haiphongs äußerten.
- Der Konzern ITT, der zu den Drahthierrollen des faschistischen Putsches in Chile gehörte, ließ sich eine große Bestechungssumme kosten, damit die Nixon-Regierung ein „Anti-Trust“-Verfahren gegen den Konzern unterdrückte.
- Nixon ließ dem CIA-Agenten Howard Hunt, der beim „Watergate“-Einbruch erwischte wurde, als Schweigegeld von mindestens 75.000 Dollar zukommen. Hunt, langjähriger CIA-Agent mit umfassender internationaler „Erfahrung“, wird u.a. auch mit dem Gouverneur von Alabama, Wallace in Verbindung gebracht. Wallace hatte bis zu dem Anschlag (er ist mittlerweile gelähmt) als wichtiger Konkurrent Nixons beim Kampf um die Präsidentschaft gegolten.

Ein besonderes Licht auf die Situation wirft die Meldung von US-Zeitungen, daß Außenminister Kissinger und der frühere „Verteidigungsminister“ Laird einander gegenseitig die Telefone abhören und ihre Mitarbeiter bespitzeln ließen.

Es sei daran erinnert, daß die Vorgänge um die Ermordung von Präsident Kennedy (1963) als geklärt wurden, in die offenen Kräfte des Finanzkapitals, des CIA usw. verwickelt waren. Ebenso wenig wurden zahlreiche weitere politische Mordtaten (z.B. an Martin Luther King) jemals aufgeführt.

Deshalb sollte man auch der aufregenden Story von den cleveren Reportern Woodward und Bernstein („Washington Post“) mißtrauen, die angeblich sozusagen im Alleingang durch fleißige und raffinierte „Recherchen“ die ganze Affäre ins Rollen gebracht haben. So taucht denn auch in der Story von den tapferen und listigen kleinen Reportern an entscheidender Stelle ein „Mr. X“, ein „geheimnisvoller hoher Regierungsbeamter“, als wichtiger Informant auf. Einige Vermutungen besagen, daß es sich bei diesem Informanten um FBI-Chef Gray selbst gehandelt habe. Jedenfalls ist offensichtlich, daß der Sturz Nixons im Sumpf der Geheimdienste, der bürgerlichen Parteien, des Polizeapparat und der tausendfachen Verbindungen zum Finanzkapital entschieden wurde.

Im Hintergrund: wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten

Eine Reihe von politischen Hintergründen des Regierungswechsels wurde schon in den letzten Monaten sichtbar. Es geht dabei u.a. um folgende Fragen:

- Maßnahmen zur Meisterung der aktuellen wirtschaftlichen Krise;
 - Abdrücken von der „Entspannungspolitik“, vor allem gegenüber der Sowjetunion;
 - Einschränkung der Vollmachten des Präsidenten.
- Die USA verzeichnen gegenwärtig die höchste Inflationsrate seit 25 Jahren (etwa 12 %) und den stärksten Produktionsrückgang seit 16 Jahren (-7 % im 1. Vierteljahr 74, -1,2 % im 2. Vierteljahr). Gleichzeitig ist die höchste Zahl von Streiks seit dem Korea-Krieg zu verzeichnen.
- Vor allem die Autoindustrie und die Baubranche sind schwer betroffen. Der größte Auto-Konzern der Welt, General Motors, meldete im 2. Quartal 74 einen Gewinnrückgang um 62%. Insgesamt haben zwar die „Großen“ des US-Imperialismus 1973 noch ein sehr gutes Geschäft gemacht: die

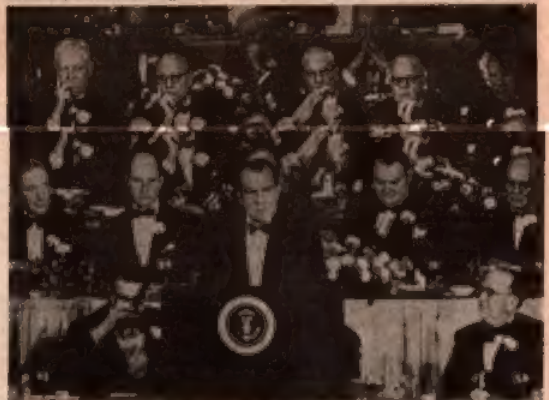
Nixon-Regierung wurden außerdem nach dem Rücktritt von Shultz die Kompetenzen des Außenministeriums (Kissinger) für Fragen der Außenwirtschaftspolitik erweitert.

Übrigens bewerteten im Juli 74 rund 83 % der befragten US-Amerikaner die Wirtschaftspolitik der Nixon-Regierung „negativ“ (laut „FAZ“ vom 25.7.) – also eine sicher mindestens ebenso starke Ablehnung wie gegenüber der „Watergate-Affäre“!

In den „Entspannungsverhandlungen“ zwischen USA und Sowjetunion ist in den letzten Monaten eine spürbare Abkühlung eingetreten. Kritik an der „Entspannungspolitik“ über z.B. US-Verteidigungsminister

Schlesinger, Senator Jackson (Demokratische Partei) und George Meany (Chef der „Gewerkschaft“ AFL/CIO). Sie kritisieren die „Entspannungspolitik“ als zu weichelnd; als „Zugeständnis an den Osten“ etc. – Zum Sprecher dieser Richtung scheint sich Senator Jackson machen zu wollen, der eine Präsidentschaftskandidatur bei den Wahlen 1976 (falls es nicht vorher Neuwahlen gibt) anstrebt. Er trat mit der Behauptung auf, daß Kissinger der Sowjetregierung bei den Verhandlungen über die „Einschränkung“ der Raketen-Rüstung „geheime Zugeständnisse“ gemacht habe. Zur Absicherung seiner Politik unternahm Jackson vor kurzem eine Reise in die VR China.

Als wichtiger Beschluß ist zu verzeichnen, daß der US-Kongress (das Parlament) die Gewährung der sogenannten „Meistbegünstigungsklausel“ und die Gewährung von Krediten an die Sowjetunion abgelehnt hat. Die „Eximbank“ der USA hat daraufhin die Kreditgewährung an die Sowjetunion vorerst eingestellt, wovon vor allem Erdgas-Projekte in Sibirien betroffen sind. Auf Druck des „Kongress“ hat das US-Handelsministerium im Juli den Export von Polizeiausrüstungen in die Sowjetunion unter den „Export Administration Act“ gestellt, was praktisch einem Export-Verbot gleichkommt. – Auch die Getreidelieferungen der USA an die Sowjetunion (vor



Nixon in seiner Glanzzeit: Als die Kapitalisten ihn noch stützten...

500 größten Unternehmen, die 76 % der Arbeiter und Angestellten der USA beschäftigen, konnten eine Gewinnsteigerung um 39 % (Mineralölkonzerne: 53,3 %) melden. Aber heute macht sich allgemein wachsende Sorge vor einer wirtschaftlichen Krise bemerkbar.

Welche Maßnahmen die Bourgeoisie dagegen einschlagen will, ist unklar. Die Diskussion geht um „Ankerung der Konjunktur“, „strikte Stabilitätspolitik“, „Einsparungen an den Staatsausgaben (5-10 Mrd. Dollar bei einem Gesamthaushalt von 300 Mrd. Dollar ...), Steuererhöhungen für „Arbeitnehmerinkommen“ (um zugleich die Lohnforderungen der Werktätigen zu „mildern“), teilweise Wiedereinführung eines „Lohn- und Preis-Stops“.

Nixons Nachfolger Ford hat die Fortsetzung der „Stabilitätspolitik“ angekündigt. Die Mehrheit der demokratischen Partei scheint demgegenüber für das „Ankerbein der Konjunktur“ einzutreten.

Es ist bezeichnend, daß dem Sturz Nixons die Abkühlung fast seiner gesamten wirtschaftspolitischen „Mannschaft“ voranging. Finanzminister Connally, wegen „Watergate“ schwer belastet, trat schon vor Monaten ab. Sein Nachfolger George Shultz wurde im Mai dieses Jahres durch William Simon abgelöst. – Herbert Stein, Leiter des „Wirtschaftsverständigenrates“ der Nixon-Regierung, wurde etwa zur selben Zeit durch Alan Greenspan abgelöst. Greenspan tritt für eine „strikte Stabilitätspolitik“ ein und plädiert für eine „3-jährige Wachstumsphase“... – Innerhalb der

allen 1972) sind starker Kritik ausgesetzt.

Ebenfalls im Juli hat der „Senat“ der USA einen Gesetzesentwurf gebilligt, der ihm das Veto-Recht bei Abkommen mit dem Ausland sichert, mit atomarer Technologie zu tun haben – das Gesetz richtet sich offenbar dagegen, daß Nixon bei seinem Ägypten-Besuch im Juni zugesagt, die USA würden Ägypten beim Bau eines Kernkraftwerkes helfen (ein Abkommen, das vor allem von den Zionisten scharf kritisiert wurde).

Im Zusammenhang mit der Einschränkung der Vollmachten des Präsidenten schließlich ist ein schon im November 73 gegen den Einspruch Nixons von „Senat“ und „Kongress“ beschlossenes Gesetz zu erwähnen, daß den Einsatz von US-Truppen ins Ausland, sofern er länger als 30 Tage dauert, von der Zustimmung des „Senats“ abhängig macht. Mit diesem Gesetz wird, weit entfernt von „friedlichen Absichten“, lediglich eine stärkere Kontrolle der Bourgeoisie über die Staatsgeschäfte, vor allem über die „Fragen von Krieg und Frieden“, angestrebt.

Der Rücktritt Nixons wirkt nicht nur als Schlaglicht auf einen kleinen Teil der schmutzigen Machenschaften des US-Imperialismus, sondern ist auch ein Zeichen der verstärkten Widersprüche, denen die Imperialisten nach innen und außen gegenüberstehen. Die eigentliche Auseinandersetzung um den weiteren politischen und ökonomischen Kurs des US-Imperialismus dürfte jetzt erst einsetzen.

Gefängnisrevolten in Frankreich

Das Verbrechen ist „der Kampf des isolierten einzelnen gegen die herrschenden Verhältnisse“ (Marx/Engels)

Seit Mitte Juli erlebt Frankreich heftige Gefängnis-Revolten. Französische Zeitungen schreiben vom „Mai 1968“ der Häftlinge. In den ca. 40. – größtenteils blutigen – Auseinandersetzungen mit der Polizei vernichteten die Gefangenen die Öffentlichkeit auf ihre miserable Lage während und nach der Haftzeit aufmerksam zu machen. Die Regierung unter Giscard d'Estaing, die „keine Reformen unter dem Druck von Revolten und Streiks...“ zugehen wollte, legte Anfang August ein „Reformprogramm“ vor. Mit angeblich geplanten Gesetzen und Zusagen über eine in Zukunft „humanere“ Behandlung der Gefangenen wird sich jedoch wiederum davor gedrückt, Geld für die Behebung der Mängel in den Gefängnissen zu investieren.

Die Zustände in den Gefängnissen...

Von den 172 Haftanstalten in Frankreich sind ca. 90 % über 100 Jahre; in Rom befindet sich sogar ein belagertes Gefängnis aus dem 13. Jahrhundert! Für Neubauten ist – wie immer bei nicht profitierenden Objekten – „kein Geld“ vorhanden.

Die Gefangenen müssen also mit Nässe, schlechter Hygiene und überbelegten Zellen vorlieb nehmen. Kramer Ausdruck ist z.B., daß im Pariser Gefängnis Saintes, der 939 Gefangene zugelassen ist, 3.000 (!) Gefangene „untergebracht“ sind. Schlechtes Essen, mangelhafte medizinische Versorgung, kaum Kontakt zur Außenwelt und die oft brutale Behandlung durch fauchstische Wärter und Aufseher verschlimmern diesen Zustand weiter.

Für einen Monatslohn von DM 80,- müssen die Gefangenen 8 Stunden täglich arbeiten. Selbst diese spärliche Summe kann aber nicht gespart werden. In französischen Gefängnissen müssen die Gefangenen sogenannte „Deckkosten“ für ihren Zwangsarbeitslohn entrichten. Der viel gepriesene „neue Start ins Leben“ nach der Haftzeit muß oft genug ohne einen Pfennig angetreten werden. Als ehemaliger Häftling Arbeit, eine Wohnung und auch Anschluß an Menschen zu finden, ist eine weitere Hürde für den Gefangenen.

Bei Häftlingen, die ihre gesamte Strafe abtun müssen, beträgt die Rückfallquote dementsprechend auch 50 %!

Als die Zustände verschlechternd kommt hinzu, daß die Zahl der „Verbrechen“ ständig steigt. In den Jahren 1963 bis 1972 allein um 156 %. Der kapitalistische Staat in Frankreich, wie überall, ist schnell im Festnehmen und (linker) aber nicht gewillt, den Gefangenen eine menschenwürdige Behandlung und rasche Urteilsprechung zukommen zu lassen. In französischen Gefängnissen sitzen 40 % Untersuchungshäftlinge, die seit Monaten, wenn nicht seit Jahren, auf ihre Prozesse warten!

Ein Teil der Gefangenen sieht einen „Ausweg“ dann auch nur noch im Selbstmord. Der französische Gefängnisarzt Huert hat bei einer Untersuchung festgestellt, daß sich alle 10 Tage ein Gefangener das Leben nimmt. Zumeist sind es Jugendliche, die zum erstenmal mit den Zuständen in den Gefängnissen konfrontiert sind.



Minister Jean Lecanuet, ... wieder der Erpressung nach der Gewalt weichen ...

... und der Kampf dagegen

So sehr man auch bemüht war, durch Zensur von Rundfunk und Zeitungen die Meldungen über die Aufstände zu unterdrücken und von einem „offensichtlichen Mangel an greifbarem Motiv“ zu lächeln („Frankfurter Rundschau“, 31.7.),

sprachen sich die Revolten doch blitzschnell in den Gefängnissen herum und riefen neue „Unruhen“ hervor. Das Vorgehen der Gefangenen war fast überall einheitlich, sei es in Nîmes, in Clermont-Ferrand, in Lille in Paris, in Lyon, Marseille oder sonstwo. Die Gefangenen verweigerten die Arbeit, weigerten sich, nach Rundgängen in ihre Zellen zurückzukehren, kletterten auf die Dächer und zündeten ihre Zellen an.

Andere Möglichkeiten, auf ihre schlechte Lage und Behandlung aufmerksam zu machen, gibt es für die Gefangenen nicht. Eine Demonstration hinter sechs bis zehn Meter hohen Mauern ... ? Beschwerdebriefe an das Justizministerium ... ? Beides ausweglose Unterfangen ... !

Positiv – wenn auch vom Gefängnispersonal aus Eigeninteresse initiiert – kommt hinzu, daß die Wärter und Aufseher in den Streik getreten sind. Sie fordern bessere Bezahlung, bessere Ausbildung und formelle Gleichstellung mit der Polizei. Ihr Monatslohn schwankt derzeit zwischen 750,- und 1.500,- DM. Die Ausbildungszeit beträgt lediglich 9 Wochen, unterbrochen von einem „Praktikum“. Diese Ausbildung findet auf einer besonderen Schule, der „Strafvollzugsschule“ in Fleissies-Comte, statt. Hier ist man bemüht, eine „Rechts- und Ordnungphilosophie ehemaliger Legionäre und Frontkämpfer“ aufrechtzuerhalten („FR“, 31.7.).

So miserabel „ausgebildet“, fachistisch aufgeheizt und bei „spärlicher Kost“ gehalten, soll das zukünftige Gefängnispersonal die Gefangenen dann zur Raison bringen.

Die Reaktion des Staates

Gegenüber den Gefängnis-Revolten erklärte die Regierung ihre Absicht, „weder der Erpressung noch der Gewalt (zu) weichen“ (Jean Lecanuet, Justizminister). So scheute man sich auch nicht, die Polizei mit Knüppeln, Tränengasbomben und vom Innenminister Poniatowski extra ausgehängten Schießbefehl bei „Fluchtgefahr“ loszuschicken. Bilanz dieses Einsatzes: mindestens 7 Tote und ca. 40 Verletzte. Selbst die bürgerliche „FR“ weiß zu berichten, daß „... die Todesurachen bei einigen als mysteriös bezeichnet wurden.“

Drei dieser „mysteriösen“ Fälle sind bekannt geworden: Mitgefängene machten die Polizei auf den schlechten gesundheitlichen Zustand eines Häftlings aufmerksam. Es wurde dieser Mitteilung jedoch keine Beachtung geschenkt. Vom Gefängnis konnte später dann nur noch der Tod festgestellt werden. Weiter wur-

de bekannt, daß nicht – wie zu Anfang gemeldet – in Clairvaux ein Jugoslawe und ein Afrikaner durch Mitgefängene erschlagen wurden, sondern offensichtlich durch Polizeikugeln starben.

An Reformen versprochen wurde: – liberalere Regelung bei Rundfunk- und Fernsehempfangen, – gestockte Korrespondenzmöglichkeiten, – mehr Familienbesuche,



Wesentlichere Flammenzeichen: Gefängnisunruhen in Lille

Der Staat war jedoch im weiteren nicht in der Lage, ohne ein noch stärkeres Blutbad anzurichten, die Revolten in den Griff zu bekommen. Schrieb z.B. die „Welt“ am 5.8. noch hochfrouf, daß in allen Haftanstalten Ruhe herrsche, so konnte man am 6.8. bereits von einem neuen Aufstand lesen. Ende Juli hat Giscard d'Estaing vor Journalisten beteuert, sich für mehr „Menschlichkeit“ und mehr Rechte für die Gefangenen einzusetzen. Das erste „Reformprogramm“ seit 1945 wurde dann am 9. August vorgelegt.

Das Reformprogramm ist jedoch bestenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Fast alle Reformen, die Geld kosten, sind außen vor gelassen worden. Darunter fallen u.a. Neubauten und Modernisierung der Haftanstalten. Das Problem der überfüllten und verrotteten Zellen soll in Zukunft so „gelöst“ werden, daß man Straftaten wie Scheckbetrug, Steuerhinterziehung u.ä. (also vor allem Verbrechen von Kapitalisten!) nicht mehr mit Gefängnis ahndet, sondern mit Geldstrafen. Das wird natürlich wiederum die Staatskasse auffüllen.

– ein Gesetz soll vorbereitet (!) werden, welches die Zahlung einer Altersversicherung regelt, – es soll mehr Augenmerk auf die Berufsausbildung innerhalb der Gefängnisse gelegt werden, – besseres Essen und bessere medizinische Versorgung, – die minimalen Löhne sollen angehoben werden, – es sollen in Zukunft Arbeitsbeschäftigungen ausgestellt werden, auf denen die Zeit der Inhaftierung nicht vermerkt ist.

Insgesamt dürfte es Giscard d'Estaing geschafft haben, die Kosten für den französischen Strafvollzug in etwa – wie bisher – auf 0,74 % (!) des Jahreshaushalts zu belassen. Des weiteren sind viele bisherige „Kritiker“ bereits beruhigt, die Aufstände allerdings auch erloschen. Die französischen Gefangenen werden merken, was Versprechen und Wirklichkeit in Zukunft sein werden.

Leitung der Betriebszellen Beierdorf, K.B./Gruppe Hamburg

Antimperialistisches Festival der Irischen Republikanischen Bewegung

Vom 22. Juli bis 3. August hatte die Sinn Féin (Offiziell) zu einem antimperialistischen Festival eingeladen, dessen erste Woche in Dublin (Republik Irland) und dessen zweite Woche in Belfast (Nordirland) stattfand. Zahlreiche Organisationen hatten Delegationen entsandt; u.a. aus Puerto Rico, Zambabwe, Zypern, Frankreich, Katalonien (französischer Teil), Bretagne, England, Wales, Schweden, Holland, Schweiz, Italien, USA und Westdeutschland. Unsere Organisation war sowohl auf einer offiziellen Delegation als auch darüberhinaus mit mehreren internationalen Genossen, die privat nach Irland gekommen waren, auf diesem internationalen Treffen vertreten.

Ziel dieses Festivals war es, wie es im „United Irishman“, dem Organ der Sinn Féin (O) hieß: „... den weiten Umfang der imperialistischen Aktivitäten, die Auswirkungen des Imperialismus in ganz Irland aufzuheben; vor allem für die Menschen im Ausland, aber auch für unser eigenes Volk.“

Das Festival sah sich bereits lange Zeit vor seinem Startfests einer wüsten Verleumdungskampagne gegenüber. Vor allem die englische Presse hatte mit Schlagzeilen wie „Terror-Festival“ und dergleichen ein heftiges publizistisches Feuer entfacht. Aber auch westdeutsche Zeitungen, denen man ansonsten keine sonderlich große Aufmerksamkeit gegenüber dem internationalen anti-imperialistischen Kampf nachsagen kann (im Gegensatz beispielsweise zur bürgerlichen Presse in Frankreich und Italien), schrieben über das geplante Treffen – und klärten dabei die „heißen Informationen“ der englischen Geheimpolizei wieder. Die „Frankfurter Rundschau“ schrieb u.a.: „Eine der wichtigsten Aufgaben des Kongresses soll die Schaffung eines internationalen Zentralfonds für den Austausch von Propagandamaterial sein. Britische Sicherheitsbeamte in Nordirland befürchten jedoch, daß es dabei nicht bleiben werde, sondern daß auch die Aktivierung der militärischen Zusammenarbeit der beteiligten Gruppen erörtert werden solle.“

Indes war weder das eine noch das andere der Fall. Öffentlich ging es der bürgerlichen Presse gegen der generellen Hetze gegen „linke Terroristen“, zu der sie sich alles und jedes zunutze macht, im besonderen darum, den internationa-

len Teilnehmerkreis des Festivals durch Einschleicherung möglichst klein zu halten. In dieser Richtung lagen dann auch die Bestrebungen der englischen „Sicherheitsbehörden“, die Teilnehmer aufzufindig zu machen und schon an der Durchreise durch England zu hindern. Soweit bekannt wurde, ist dies bei insgesamt 13 westdeutschen und französischen Genossen gelungen, die in Dover und anderen Orten von englischen Grenzbehörden zur Rückreise gezwungen wurden – aber an der Tatsache, daß rund 140 ausländische Genossen am Festival teilnahmen, sieht man, daß dieses Vorhaben zu über 90% fehlergeschlagen ist.

Die zwei Wochen des Festivals haben reichlich Gelegenheit geboten, ein genaueres Bild über die Situation im Süden und im Norden Irlands zu erhalten, sowie auch die Politik der Republikanischen Bewegung besser verstehen und einschätzen zu können. Dies begreifen wir auch als das Hauptgebot unserer Teilnahme: das, was wir während dieser zwei Wochen in Dublin und Belfast gesehen und gehört haben, in unserem Land zu verbreiten, um darüber die Solidarität mit dem antiimperialistischen Kampf des irischen Volkes zu stärken und selbst aus diesem Kampf zu lernen.

Besonders unser Aufenthalt in Belfast hat uns die direkte Unterjochung eines Teils des irischen

Volkes (im Norden) durch den britischen Imperialismus sehr konkret erfahren lassen. In Belfast herrscht permanenter Kriegszustand. Rund 15.000 britische Soldaten halten allein diese eine Stadt besetzt, haben Dutzende von Straßensperren errichtet, patrouillieren Tag und Nacht mit schußbereiten Schnellfeuerwaffen und Panzerwagen durch die Wohnviertel, durchstöbern die Häuser und demolieren die Wohnungseinrichtungen, verhaften und ermorden. Seit 1969 sind nach Angaben der Sinn Féin (O) über 1.000 Menschen in Nordirland erschossen worden – bei einer Gesamtbevölkerung in diesem Gebiet von nur 1,5 Millionen.

Der militärischen Unterjochung entspricht das soziale Elend in Nordirland. Vor allem die katholischen Viertel, wie Lower Falls, Turf Lodge und die Market-Arre in Belfast, sind davon betroffen. Die Arbeitslosigkeit reicht in einigen dieser Viertel bis über 30 % der arbeitsfähigen Bevölkerung. Ergebnis der kolonialen Ausbeutung. Große Wohngebiete inmitten von Belfast sind regelrecht verstaubt; viele der ehemaligen Bewohner sind hier aufgrund des Terrors der britischen Armee und der unwürdigen Lebensbedingungen schon fortgezogen, in der Hoffnung, irgendwo anders in Nordirland, in der Republik Irland oder gar im Ausland Arbeit und Wohnung zu finden. Die britische Regierung hat das auch nicht dem Zufall überlassen und der tagtägliche Terror der britischen Armee zielt auch bewußt auf eine Vertreibung der Wohnbevölkerung. Das ist eine der Auswirkungen, die sich mit der Integration Irlands (Nord und Süd) in die „Europäische Gemeinschaft“ ergeben hat, und die bereits lange vorher geplant und betrieben wurde: „Stadtplanung“ im EG-Stil, weil die Kapitalisten just an dieser Stelle ein Transport- und Handelsnetz „brauchen“.

Aus der Ansprache des KB auf der Abschlusveranstaltung des Festivals

Im Verlauf des Festivals sind außer den zahlreichen wertvollen Informationen auch Fragen aufgetreten, die wir nicht auf die gleiche Weise beantworten können wie die Republikanische Bewegung. Wir wollen wir nicht verschweigen. Aber wir glauben nicht, daß solche politischen Meinungsverschiedenheiten in einer sektiererischen und dogmatischen Weise gegen die Solidarität ausgespielt werden dürfen. Politische Differenzen gibt es und wird es geben, aber eine politische Auseinandersetzung steht der Solidarität nicht entgegen. Sie ist im Gegenteil unerlässlich, wenn wir voneinander lernen wollen.

Wir wollen jetzt nicht eine Bilanz des Festivals ziehen. Wir werden alles das auswerten, was wir hier gehört und gesehen haben, und wir werden es vor öffentlichen und öffentlich diskutierten. Was wir jetzt schon sagen können ist, daß nach unserer Meinung solche internationalen Treffen noch intensiver genutzt werden müssen. Wir sind deshalb den irischen Genossen dankbar, daß sie einen wichtigen und richtigen Schritt in diese Richtung unternommen haben. Es gibt so viele Dinge, die wir international miteinander zu diskutieren haben.

Indes hat der britische Imperialismus sich durch all seinen Terror immer verhafter gemacht – aber seiner erfolgreichen Niederrückung steht immer noch das große Problem der Spaltung der Arbeiterklasse entlang ihrer religiösen Einstellungen gegenüber, der Spaltung zwischen Protestanten und Katholiken, die vom Geldack und aberlei reaktionären Elementen kräftig geschürt wird, weil sie gegenwärtig wie in der ganzen Vergangenheit der beste Garant für das Fortbestehen der imperialistischen Herrschaft ist. Es gibt vorerst nur mehr schmale Ansätze, diese Spaltung zu überwinden, obwohl die protestantischen Arbeiter gegenüber ihren katholischen Klassenbrüdern wahrlich nicht als „privilegiert“ gelten können, wie es in der bürgerlichen Presse unseres Landes zuweilen zu lesen ist, um die Lüge eines „Religionskrieges“ zu untermauern. Auch in den protestantischen Wohnvierteln herrscht unter den Arbeiterfamilien Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, wenn auch in etwas geringerer Maß als in den katholischen Vierteln.

Eine andere Lage der bürgerlichen Presse ist die, daß es in Nordirland um eine Front geht, bei der moralischste Terroristen (linke, natürlich) auf der einen Seite und die Bevölkerung und die britischen „Sicherheitskräfte“ auf der anderen Seite stehen. Die Wirklichkeit zeigt aber ein anderes Bild; zeigt, daß die tatsächlichen Terroristen die britische Armee und einige faschistische (rassistisch und antisemitische) Horden sind und daß die „Terroristen“ abgetriebenen Revolutionäre in großen Teilen der Arbeiterchaft (vorerst vor allem der katholischen) über große Sympathie verfügen. Auch das haben wir selbst erfahren, als wir in Belfast ebenso wie in Dublin mit viel Gastfreundschaft aufgenommen wurden.

Genossen der Delegation des KB

OUR FIGHT IS YOUR FIGHT; YOUR FIGHT IS OUR FIGHT - TO VICTORY

Athiopien:

„Revolution von oben“

Nachdem es in Äthiopien von Februar bis April dieses Jahres zu Massenkämpfen gegen die Feudal-Diktatur gekommen war, hat im Juli die Militär unmittelbar die Kontrolle über das Land übernommen, zahlreiche reaktionäre Politiker zum Rücktritt gezwungen und verhaftet und „Reformen“ angekündigt.

Die Massenkämpfe in Äthiopien hatten im Februar mit Demonstrationen und Streiks von Taxifahrern und Lehrern gegen die Teuerung, für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen begonnen. Im März weitete sich diese Bewegung zu einem Generalstreik aus, der von den Gewerkschaftsführern schließlich mit einem Abkommen abgeschlossen wurde, das vor allem die politischen Forderungen unerfüllt ließ, bzw. auf der Ebene allgemeiner Versprechungen blieb. Einzelne Kategorien der Arbeiterklasse kämpften deshalb weiter. Gleichzeitig kam es in den ländlichen Gebieten zu Bauernaufständen, die die Feudal-Diktatur weiter erschütterten.

Schon Ende Februar hatte es auch Militär-Revolutionen gegeben. Dabei zeichneten sich zwei Tendenzen ab: revolutionär-demokratischen Bestrebungen von breiten Massen der Soldaten stießen Bestrebungen der militärischen Führung gegenüber, die rückständige Feudalherrschaft unter militärischer Kontrolle durch „Reformen“ zu überwinden, die einer kapitalistischen Entwicklung den Weg öffnen sollen; die also die Kräfte der Rückständigkeit und Anarchismen beschneiden soll, um so die Ausbeuterherrschaft in Äthiopien lebensfähig zu halten.

Nachdem die Massenkämpfe abgeflaut waren, übernahm Ende Juni die Armee-Führung in einem offenbar weitgehend unblutigen Putsch die direkte Kontrolle über die politische Macht. Zahlreiche feudale Politiker wurden abgesetzt und verhaftet – so Außenminister Menasse Hailu, der Vorsitzende des „Kaiserlichen Rates“ Asrat Kassa, des „Berater“ des Kaisers Mesfin Silachi, der Senatspräsident Zewge Gebre-Hiwot, Verteidigungsminister Abaye Abebe und schließlich auch Ministerpräsident Makonnen. Neuer Ministerpräsident wurde Imru, der selbst zum Feudal-Adel gehörte.

Abgesetzt wurden auch zahlreiche Militär- und Polizeiführer.

Die Militärführung erklärte es als ihr Ziel, Äthiopien in eine „konstitutionelle Monarchie mit demokratischen Grundsätzen“ umzuwandeln. Die Korruption soll beendet werden, es soll eine „Landreform“ durchgeführt werden und es soll ein „Abbau der Klassenunterschiede“ betrieben werden. Es soll eine Amnestie für politische Gefangene und Exilierte „nach Überprüfung“ (!) geben.

Eine neue Verfassung soll ausgearbeitet werden.

Unterstützt wird die Militärführung dabei offenbar von den Gewerkschaftsführern und vom Kleinbürgertum. Anscheinend unterstützen aber auch bürgerliche und selbst feudalistische Kräfte die kontrollierte Abkündigung des alten rückständigen Systems durch einen „modernen und effektiveren Staat. Laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 9.7. sprach sich auch die Regierungszeitung „Ethiopian Herald“ für eine Regierungsbeteiligung der Militärführung und für eine „wohlwollende Diktatur im allgemeinen Interesse unserer Gesellschaft“ aus.

Diese Diktatur richtet sich, neben der Niederhaltung reaktionärer Elemente (die noch über starke Privatarmeen in den ländlichen Gebieten verfügen), auf die Unterdrückung jeder konsequent demokratischen Bewegung, vor allem in Teilen der – relativ kleinen – äthiopischen Arbeiterklasse und unter Studenten und Lehrern.

Philippinen:

Bomben gegen die Rebellen

Die von den USA ausgerichtete und „berastete“ Luftwaffe der Philippinen hat im Juli vier Tage hintereinander die Hauptstadt der Insel Mindanao, Cotabato, bombardiert, nachdem Rebellentrupps die Stadt besetzt hatten. Hunderte von Menschen wurden bei dem Bombardement getötet und verletzt, Tausende Flüchtlinge aus der Stadt.

Das reaktionäre Regime der Philippinen führt seit mehreren Jahren einen Ausrottungskrieg gegen die Befreiungsbewegung auf den südlichen Inseln der Philippinen. Im Februar die Stadt Jolo – Hauptstadt der gleichnamigen Insel – durch die Luftwaffe ihren Erdboden gleichgemacht worden war, wobei mindestens 10.000 Menschen getötet worden sein sollen, (vgl. AK 42, S. 12).

Wie wenig Mord und Terror die Volksbefreiungsbewegung brechen können, zeigt eine kleine Meldung der „Frankfurter Allgemeinen“, wonach Ende Juli Rebellentrupps die Stadt Upi auf Mindanao, 15 km von Cotabato entfernt, besetzen konnten.

Der Volksbefreiungskampf und der Terror des reaktionären Regimes auf den Philippinen wird in der bürgerlichen Presse bewußt totgeschwiegen. Über die Besetzung von Upi z. B. brachte die „Frankfurter Allgemeine“ eine Meldung von knapp acht Zeilen, andere Zeitungen brachten gar keine Meldungen.

Welches direkte Interesse der BRD-Imperialismus am Verschweigen der Vorgänge hat, beleuchtet die folgende kleine Meldung aus der „Bild“ vom 5.8.74:

Filipinos in deutscher Uniform

op. Mente, 5. August
Soldaten von den Philippinen werden künftig bei der Bundeswehr ausgebildet. Sie erhalten kostenlos Verpflegung, Uniform und Unterkunft.

■ Ende 1973 wurden Papiere bekannt, nach denen westdeutsche und österreichische Kapitalisten groß in die rhodesische Stahlproduktion einsteigen wollen.

Unter „der direkten Beteiligung von Kikicher, des Neunkircher Eisenwerks und einem Deutsche Bank-Teilhaber“, sowie der „Staatlichen Vereinigten Österreichischen Holz- und Stahlwerke (Vöest)“ (Spiegel) vom 3.6.74 soll die Stahlerzeugung verdoppelt werden.

„Die Deutschen sollten dafür die hintergewonnenen Produktionskapazitäten abschöpfen dürfen.“ (Spiegel)

So stellen die „Boykottmaßnahmen“ gegen Rhodesien einen weiteren Beweis imperialistischer Vertragspolitik dar.

■ Verträge werden eingehalten oder gebrochen, je nachdem, ob es den Imperialisten nützt oder nicht!

HSW-Betriebszeile
KB/Gruppe Hamburg

Terrorurteile in Südkorea

Seit Juni dieses Jahres läuft in Südkorea eine Welle von Prozessen gegen Angehörige der demokratischen Opposition dieses vom US-Imperialismus besetzten faschistischen Landes. 55 Urteile wurden im Juli gesprochen, darunter 14 Todesurteile! Im August gingen die Prozesse weiter, und etwa 200 Aburteilungen mindestens werden noch erwartet. Unter den Angeklagten und Verurteilten finden sich ein früherer Staatspräsident Südkoreas, ein oppositioneller Präsidentschaftskandidat (von den „Wahlen“ 1971), ein Bischof, Professoren, Pfarrer, Studenten. Sie alle sind angeklagt, das faschistische Regime bekämpft zu haben.

Diese Terrorprozesse sind die Reaktion des Park Chung Hee-Regimes auf die Studentendemonstrationen seit Oktober '73 und eine sich daran entwickelnde demokratische Protestbewegung. Die Studentendemonstrationen hatten zunächst dazu geführt, daß Park Chung Hee sein Regime umgeben hatte und einige scheinbare „demokratische Zugeständnisse“ machte. So wurde u.a. der verhaftete Geheimdienst-Chef Lee Hu Rak abgesetzt.

In der so entstandenen Atmosphäre trat die demokratische Opposition kühner und offener auf. Prominente Oppositionspolitiker und Intellektuelle traten öffentlich mit Kritik am Regime auf. Es wurde von diesen Kritikern eine Unterschriftensammlung in Gang gesetzt, in der die Aufhebung der diktatorischen Verfassung des Landes gefordert wurde. Innerhalb kurzer Zeit konnten eine halbe Million Unterschriften gesammelt werden.

Diese Vorgänge veranlaßten einige ausländische Kommentatoren, vorläufig schon, das faschistische Regime überhaupt auf dem Rückzug zu sehen. Indessen erließ das Park Chung Hee-Regime am 8. Januar '74 eine Anordnung, die jede Kritik an der Verfassung verbietet. Die Höchststrafe ist 15 Jahre.

Im April wurde nach neuen Studentendemonstrationen der „Nationaldemokratische Studentenverband“ des Landes verboten. Jede „Förderung“ des verbotenen Verbandes (z. B. „Sympathieausdrückungen“, Teilnahme an Studentendemonstrationen u.a.) ist mit der Todesstrafe bedroht.

Am 11./12. April meldete die „Süddeutsche Zeitung“, daß bis dahin „34 Politiker, Geistliche, Schriftsteller, Journalisten, Studenten und Studentinnen“ entsprechend der Diktatur-Verordnung vom 8. Januar verurteilt worden waren, viele zur Höchststrafe von 15 Jahren.

Im Juni begann ein Krieggericht-Prozess gegen 55 Mitglieder der demokratischen Opposition. 14 von ihnen wurden zum Tode verurteilt, unter ihnen der bekannte Dichter Kim Tschai Ha. 15 Urteile lauteten auf lebenslänglich, 26 mal wurden Strafen von 20-25 Jahren ausgesprochen. Unter den letzten sind zwei japanische Staatsbürger – ein Student und ein Journalist.

In neuen Prozessen im August wurden bisher Bischof Daniel Tji, Geschichtsprofessor Kim Dong Gil, ein Pfarrer zu je 15 Jahren verurteilt. Ein anderer Professor wurde zu zehn

Jahren verurteilt. Der frühere Staatspräsident Südkoreas, der 76-jährige Yun Po Sun, wurde „mit Rücksicht auf sein Alter“ zu „nur“ drei Jahren verurteilt. Er, der selbst zu den reaktionären Wegbereitern der Militärdiktatur Park Chung Hee's gehörte, hatte in letzter Zeit Kritik am Regime geübt.

In einem weiteren Prozeß wurden 13 Menschen zu Gefängnisstrafen von zehn bis 20 Jahren verurteilt. In einem kommenden Prozeß soll der im August '73 durch den südkoreanischen Geheimdienst aus Japan verschleppte Oppositionspolitiker Kim Da Jung vor Gericht gestellt werden. Er war bei der Fälschung der „Präsidentenwahlen“ 1967 und 1971 Gegenstand der Vorwürfe gegen Park Chung Hee, daß er die damaligen Wahlen als „nicht demokratisch“ bezeichnet hatte!

Mit der Verschärfung des faschistischen Terrors, zu dem die Verurteilung selbst von „gemäßigten“ bürgerlichen Oppositionellen gehört, will das Park Chung Hee-Regime vermeiden, daß es dasselbe Ende nimmt wie die Syngman Rhee-Clique, die 1960 nach Studentendemonstrationen gestürzt wurde.

Die Studenten hatten sich damals mit Massendemonstrationen an die Spitze einer Bewegung gegen Korruption, „Wahl“fälschungen und „Mißwirtschaft“ gesetzt. Höhepunkt war der March von 30.000 Studenten in der Hauptstadt Seoul zur Villa des Diktators Syngman Rhee. Die Polizei schütete ein Blutbad an, indem sie in die Demonstration hineinschoß. Nach offiziellen Angaben wurden dabei 112 (!) Menschen getötet und 750 verletzt. Wenig später mußte Syngman Rhee seinen Rücktritt bekannt geben.

Sein Nachfolger wurde der oben erwähnte, kürzlich zu drei Jahren Haft verurteilte, Yun Po Sun. Er bereitete durch reaktionäre Maßnahmen den Boden für den Militärputsch vor, mit dem im Mai 1961 – genau ein Jahr nach dem Rücktritt von Syngman Rhee – die Diktatur Park Chung Hee's errichtet wurde.

Südkorea ist in wirtschaftlicher Hinsicht eine Kolonie des japanischen Imperialismus. Militärisch wird es von US-Imperialismus besetzt gehalten, als wichtiger strategischer Brückenkopf zum Aufmarsch gegen China und gegen die Sowjetunion.

Die demokratische Opposition strebt demgegenüber Demokratie und nationale Unabhängigkeit an. Die Politik des sozialistischen Nordkorea, das konkrete Vorschläge zur Wiedernationale Unabhängigkeit an. Die Politik des sozialistischen Nordkorea, das konkrete Vorschläge zur Wiedernationale Unabhängigkeit an. Die Politik des sozialistischen Nordkorea, das konkrete Vorschläge zur Wiedernationale Unabhängigkeit an.

Das faschistische Regime Südkoreas versucht, diese Bewegung zu zerstören, indem es jeden Kontakt zu den Landsleuten im Norden – z.B. Besuche bei Verwandten in Nordkorea – mit harten Strafen bedroht und als „Spionage“ anklagt.

Namibia:

Neues Massaker der südafrikanischen Faschisten aufgedeckt

Nach einem Aufenthalt bei der Befreiungsbewegung von Namibia (Südwafrika), SWAPO, haben zwei schwedische Filmjournalisten einen Dokumentarfilm vor.

In ihm wird der mörderische Charakter des südafrikanischen Faschismus deutlich.

■ In einem Dorf von Namibia wurde von der südafrikanischen Armee die gesamte Bevölkerung erschossen. Durch diese Terroraktion sollte der Kampf der SWAPO in diesem Gebiet unterbunden werden.

Der einzige Überlebende berichtet in dem Film: „Einen Tag im vergangenen September kamen die südafrikanischen Soldaten hierher. Wir mußten uns alle in einer Reihe aufstellen. Auch alle Frauen und Kinder. Nach der Erschießung wurden die Leichen gestapelt und verbrannt.“ („FR“, 26.7.74)

Der Überlebende – ein 74 Jahre alter Mann – lebt und kämpft heute mit der SWAPO in Sambia! Das zeigt deutlich, daß selbst derartige Massaker der Faschisten es nicht vermögen, den Widerstand der Schwarzen zu brechen!

Das Ziel des Terrors ist die Erhaltung der Herrschaft über Namibia, denn „das Land ist reich an Minde-

ren wie Diamanten, Uran, Zink, Kupfer, Mangan und Blei, an deren Ausbeutung sich zahlreiche westliche Unternehmen beteiligen.“ („FR“, 26.7.74)

Gerade in diesem Zusammenhang wird ein besonderer Aspekt westdeutscher „Entwicklungshilfe“ deutlich:

■ Zur Zeit hält sich die SPD-Bundes-tagsgewählte von Bothmer in Südafrika auf. Sie wurde eingeladen von der Progressiven Partei Südafrikas (einer „Schwesterpartei“ der SPD).

„Hinter der Progressiven Partei steht die mächtige Oppenheimer Gruppe, die ihrerseits die Goldminen und Diamantenkonzerne „Anglo American Corporation“ und „de Beers Corporation“ kontrolliert. Zu de Beers gehören auch die ausgedehnten Diamantenfelder in Südwafrika.“ („FAZ“, 24.7.74)

Derartige Politik ist die SPD beweist einmal mehr, daß es ihr nicht um die Völker der unterdrückten Nationen geht, sondern um deren Unterdrückung.

HSW-Betriebszeile
KB/Gruppe Hamburg

Rhodesien:

Weißer Minderheit terrorisiert schwarze Mehrheit

Am 30. Juli fanden in Rhodesien Parlamentswahlen statt. Wahlberechtigt waren ca. 82.000 Weiße, von den ca. 5,7 Mill. Schwarzen durften gerade 7.000 wählen!

Das Ergebnis stand also fest:

- absolute Mehrheit der Parlamentssitze für die Weißen (50 Sitze)
- 16 Sitze für die schwarze Bevölkerungsmehrheit. Von diesen 16 Sitzen wurden acht durch die, von der weißen Bourgeoisie abhängigen, „Hauptlinge“ schwarzer Stämme ernannt.

Im Namen der sogenannten „freien Presse“ lißt allerdings die „Frankfurter Allgemeine“, („FAZ“) feststellen:

„Rhodesien ist durchaus eine demokratische Republik, ... In dem Sinne, daß ein frei gewähltes Parlament die Regierung bestimmt und stützen kann.“ („FAZ“ 30.7.74)

Rhodesien ist neben Südafrika und

Rhodesien ist neben Südafrika und dessen Kolonie Namibia (Südwafrika) sowie den portugiesischen Kolonien die letzte direkte Bastion der weißen Rassisten in Afrika.

Seit der einseitigen „Unabhängigkeits“-Erklärung durch die weiße Bourgeoisie des Landes vom englischen „Mutterland“ herrscht die Regierung Smith mit faschistischem Terror über die schwarze Mehrheit (in Rhodesien leben ca. 250.000 weiße Europäer und 5,7 Millionen Afrikaner).

Der General:

■ Ähnlich wie Südafrika ist Rhodesien reich an wertvollen Bodenschätzen (Chrom, riesige Felder hochwertiger Eisenerze, Steinkohle etc.). Die weiße Bourgeoisie beutet diese Bodenschätze rigoros aus. Das schwarze Proletariat – meistens Minen- und Landarbeiter – ist dabei unmenslichen Arbeits- und Lebensbedingungen unterworfen. Jede Auflehnung dagegen wird von der Polizei brutal unterdrückt.

■ Bei einer Kundgebung schwarzer Arbeiter für gewerkschaftliche Forderungen in der Stadt Gwelo wurde ein Afrikaner erschossen, ein weiterer verletzt (nach „Frankfurter Rundschau“ vom 5.6.74).

– Gegen den Befreiungskampf der Afrikaner wurden 60.000 Schwarze in KZ's (sog. „Weißdörfer“) inhaftiert!

„Hauptling Chwesho, der sich dieser Umwälzungskaktion widersetzt, wurde in einem Geheimprozeß zu 15 Jahren Haft verurteilt.“ („FR“ 26.7.74).

Der „Boykott“ der Imperialisten

Seit der „Unabhängigkeitserklärung“ wird Rhodesien von den imperialistischen Staaten „boykottiert“. „So hat der amerikanische Kongress den Import von rhodesischem Chrom und anderen Mineralien untersagt. In Tokio wurden japanische Industrielle davon gewarnt, gegen die Rhodesien-Sanktionen der Vereinten Nationen zu verstoßen.“ („FAZ“ 2.8.74).

Es gibt ein Wirtschaftsembargo, „das die Vereinten Nationen 1966 mit großer Mehrheit gegen die Rebellen-



Vertreibung der Schwarzen in Konzentrationslager

republik verhängt hatten, um das weiße Minderheitsregime von Premier Ian Smith in die Knie zu zwingen.“ (Spiegel Nr. 23, 3.6.74).

Hiermit versuchen die Regierungen der imperialistischen Länder den Afrikanern und der eigenen Bevölkerung vorzugaukeln, das terroristische Regime in Rhodesien isolieren zu wollen.

Daß ein solcher „Boykott“ aber weitgehend nur auf dem Papier steht und die Imperialisten heute schon versuchen, mit der weißen Minderheit „zusammenzuarbeiten“, beweisen folgende Tatsachen:

■ „Zwei deutsche Schiffe haben ... im ersten Quartal dieses Jahres an verbotenen Transporten von rhodesischen Erzen in die USA teilgenommen.“

Der Sanktionsausschuß („der UN“) veröffentlichte eine Liste von insgesamt zehn Schiffen, denen für die ersten drei Monate 1974 solche Verträge vorgeworfen werden.“ („FR“ 27.5.74).

Telegramme der Minister teil, wir glauben den Versicherungen nicht mehr zu glauben, daß die Demokratie retten wollen, aber was tut die Regierung?" - "Ich kriege eine Unruhe, wenn ich daran denke, was da passiert ist. Es ist klar, daß wir vor einem existenziellen Plan stehen, der von Personen vorbereitet und finanziert worden ist, die ganz oben im Staatsapparat sitzen. Man soll nicht kommen und uns erzählen, daß man diese Leute nicht kennt. Man will sie nicht schlagen, weil es der Mehrheitspartei so in den Kram paßt!"

Dies sind einige Kommentare, die ein Journalist des großbürgerlichen (1) Zeitung „La Stampa“ (gehört zum großen Teil dem Fiat-Konzern) in einem Freizeit-Heim der Eisenbahner in Turin zu hören bekam („La Stampa“, 6.8.74).



Während der Protestkundgebung in Bologna. Die Texte lauten: „Die Auftraggeber des Terrorismus schlagen“ und „Die Post- und Fernverkehrs-Arbeiter sagen ‚Schluß‘ zu den faschistischen Verschwörungen – raus mit den Namen der Auftraggeber“

Das italienische Volk gibt sich nicht damit zufrieden, allgemein „gegen die Gewalt“ Stellung zu nehmen. Es nennt hier „Rox und Rector“ die Faschisten und die Mörder, und ihre Auftraggeber und Komplizen im Staatsapparat und im Großkapital zu finden.

Staatsapparat und im Großkapital zu finden. Selbst die beiden wichtigsten Zeitungen der Bourgeoisie, „Corriere della Sera“ und „La Stampa“ (beide weitgehend im Besitz der beiden größten italienischen Konzerne Montedison und Fiat) tragen dieser Tatsache Rechnung und klagen die Komplizen- und Auftraggeber des Terrorismus und Teilen des Staatsapparats an, die eine wirksame Bekämpfung der Faschisten bis heute verhindert hat und so vielen „unschuldigen Menschen“ das Leben gekostet hat.

Geradezu symbolisch in diesem Sinn ist der Leitartikel des „Corriere“ vom 14. August, in dem unter der Überschrift „Keine entgegengesetzten Extremismen mehr“ förmlich die Lüge zu Grabe getragen wird, daß am Terror der „Extremisten von rechts und links“ schuld seien, die „nicht gegenseitig hochschaukeln“ etc. (eine Lüge, die der westdeutschen Presse, „Wunde der Liberalen“, immer noch lieb und wert ist!). U. a. heißt es in diesem Artikel: „Es stimmt nicht, daß in Italien der Terrorismus ein ‚Phantom ohne Gesicht‘ ist. Die 97 Extremisten, die seit dem 1. Januar dieses Jahres verhaftet wurden, sind alle von der extremen Rechten. Die wahre Gefahr, die dem Staat droht, trägt die Merkmale der extremen Rechten.“

Hierzu ist anzumerken, um nicht die Spuren zu verwischen, daß der „Corriere della Sera“ in der Vergangenheit bei der Verurteilung der Demagogie von den angeblichen „entgegengesetzten Extremismen“ war als deren Fortsetzer er sich jetzt zu betätigen scheint.

In der Reaktion der bürgerlichen Presse kommen zum einen Besorgnisse der Bourgeoisie zum Ausdruck, sich nicht von einigen der Kontrolle entzogenen faschistischen Abenteurern das Tempo und die Art der Putschierung diktieren zu lassen. Zum anderen zeigt sich in dieser Reaktion eine Anpassung an die Stimmung der Massen (auch des Kleinbürgertums), die sich nicht auf die Dauer mit Lügen und immer denselben Verschwörungen abgeben lassen wollen, sondern die endlich

reale Maßnahmen zur Unterdrückung des faschistischen Mordterrors verlangen.

Schon nach dem Mordanschlag in Brescia kam diese Stimmung darin zum Ausdruck, daß auf den örtlichen Protestkundgebungen, und vor allem auf der Trauerfeier in Brescia selbst die Vertreter der Hauptpartei der Bourgeoisie, der Christdemokratie (DC) mit wütenden Pfeifkonzerten und Sprechchören empfangen wurden.

Denn für die DC natürlich sehr „desorganisierende Phänomen“ wiederholte sich nach dem neuen Mordanschlag in „Italcus“.

So wurde am 5. August, am Tag der Protestdemonstrationen in ganz Italien, in Bologna (etwa 30.000 Demonstranten) der örtliche DC-Chef Manbini so kräftig ausgepöft, daß er seine vorbereitete heuchlerische Trauerrede nicht halten konnte. Er räumte da rauffein noch während der Kundgebung beleidigt ab und erklärte gegenüber der Presse, Bologna sei „keine toleran-



Die Faschisten sind Mörder. Links der ausgebrannte Wagen, rechts die 12 magedachten Leichen

Was ist „Ordine Nero“?

Die faschistische Terrororganisation „ordine nero“ („Schwarze Ordnung“) hat in einer Erklärung die „Verantwortung“ für den D-Zug Rom-Brenner übernommen, bei dem 12 Menschen verbrannten.

„Ordine nero“ ist die Nachfolge-Organisation der verbotenen „Ordine nuovo“ („Neue Ordnung“). „Ordine nuovo“ wurde 1956 von MSI-Mitgliedern gegründet, denen die neofaschistische Partei zu „gemäßigt“ war. Der Führer der „ordine nuovo“ wurde Pino Rauti. Ende 1969 – kurz vor der „strage di stato“ (Anschlag auf die Mailänder Landwirtschaftsbörse) – wurde sich die „ordine nuovo“ offiziell auf und trat in den MSI ein, wo Rauti einen Posten im Parteivorstand einnahm. Im März 1972

verhaftet unter dem Verdacht, an der „strage di stato“ beteiligt gewesen zu sein, aber nach wieder freigelassen.

Unterdessen hatte sich, schon Anfang 1970, „ordine nuovo“ erneut gegründet, so daß sich ein Spiel mit veränderten Rollen vermuten ließ (ein Teil von ON war in den MSI gegangen, ein anderer Teil setzte die alte Politik rechts vom MSI fort).

Ende 1973 wurde „ordine nuovo“ nach dem Gesetz über den „Wiederaufbau“ der aufgelösten faschistischen Partei verboten. Die meisten Führer von „ordine nuovo“ hatten allerdings vorher noch Gelegenheit sich der Verfolgung zu entziehen.

So tauchte bald eine „neue“ Organisation unter dem Namen „ordine nero“ auf, mit dem alten

Zeichen (die Buchstaben ON und das Rutenbündel) der Faschisten. Statt der Monatszeitung „ordine nuovo“ erschien jetzt – mit demselben Direktor, Salvatore Franchini – die Zeitung „anno zero“ („Jahr null“). Sie hatte dieselbe Botschaft wie die alte Zeitung: „Unsere Ehre heißt Treue“ (eine SS-Parole). In ihrem Programm heißt es u. a.: „Das Ideal, das Siedri ist die Errichtung einer hierarchisch organisierten Welt, mit einer veränderten Rolle der Streitkräfte und mit einer raschen und endgültigen Lösung der Überbevölkerung und Revolte der farbigen Völker“. – Die ersten Nummern dieses Hetzblattes konnten sogar „legal“ erscheinen.

„Ordine nero“ ist wahrscheinlich mehr als nur die Nachfolgeorganisation von „ordine nuovo“. Es scheint gelungen zu sein auch andere faschistische Gruppen (SAN, MAR etc.) unter diesem Namen neu zu formieren und enger zusammenzuschließen.

sind viele Tatsachen bekannt geworden. Über einige wird in AK 45 berichtet.

Von neuem Vorgehen sei hier nur stichwortartig bekannt gemacht: Andreotti gab während der letzten Regierungskrise (vgl. AK 44) in einem Interview mit der Zeitung „Il mondo“ die Tatsache bekannt, daß immer noch die 157.000 (nach anderen Angaben 200.000) Akten- und Geheimdienst aus dem italienischen Geheimdienst u. a. gegen bürgerliche Politiker, gegen Kirchenfürsten, und natürlich gegen Gewerkschaftsführer, gegen linke Politiker angelegt worden waren (die Akten enthielten privatisches und „intimste“ Einzelheiten und „Beobachtungen“ über diese Personen). Die Existenz dieser Akten wurde in Zusammenhang mit einem gescheiterten Putschplan 1964 (an dessen Spitze der damalige Geheimdienstchef De Lorenzo, Mitglied der neofaschistischen MSI, stand) öffentlich bekannt. Das italienische Parlament beschloß daraufhin die Vernichtung dieses Materials. Dies war, wie Andreotti nun (unklar, warum) bekannt gab, bisher nicht geschehen – wurde aber nun angeblich nachgeholt. Die Akten wurden im Verbrennungsofen des römischen Putschplan „Famisco“ verbrannt. Es ist allerdings unverständlich, daß nicht noch irgendwo Dubletten und Kopien der Akten aufbewahrt werden.

Der Geheimdienst (SID) kannte schon seit 1969/70 die faschistischen Putschpläne, die angeblich erst 1973 „aufgedeckt“ wurden. Im Juni 1969 wurde im Haus von Eugenio Rizzardi (der zu der im Oktober 73 „aufgedeckten“ Verschwörungsgruppe „Rosa del vento“ – „Windrose“ – gehörte, vgl. dazu AK 39, S. 5 ff.) in Padua ein „Bouquet“ mit 400 Namen von linken Politikern die am „Tag X“ ermordet werden sollten) und ein faschistisches „Programm“ gefunden. Von dem Material, das dem 1973 „entdeckten“ der „Windrose“ schließlich genau entspricht, wurden nur

Kopien angefertigt, die in irgendwelchen Aktenordnern vergraben.

Im April 1970 erfuhr der SID von einem „Aktionsplan“ des sogenannten MAR („Revolutionäre Aktionsbewegung“). Es handelt sich dabei um einen umfangreichen und detaillierten Putschplan. Der MAR war Paganelli, eine zentrale Figur bei der Koordinierung des faschistischen Terrors. Erst im März 74 entschloß sich der Staat, Paganelli zu verhaften.

An diesen Beispielen zeigt sich erneut, wie der Staatsapparat, vor allem der SID, die Faschisten und deren Verschwörungen genau kennt, wie schlicht (solange es ihm paßt) und wie ausnutzt.

In Frankreich lebt (nach letzten Meldungen soll er verhaftet worden sein) der Faschist Giannettini, gegen den in Italien Haftbefehl besteht. Er war mit Ventura und Frodo eng befreundet, die als Verdächtige wegen des Bombenanschlags vom 12. Dezember 1968 auf die „Bancarella“ (Bank für den Wirtschaftsbank (16 Tote)) im Geheimdienst (SID) aufgeführt wurden. Er hat in der Vergangenheit als „Informant“ des Geheimdienstes (SID) gearbeitet. Zugleich aber war er Agent des SID, von dem er nach eigenen Angaben noch bis März dieses Jahres sein statisches Gehalt (ca. 4.000 Mark) bezog. Giannettini behauptet, er habe an NATO-Konferenzen in Brüssel und Bonn (Italien) teilgenommen. Er habe in der BRD u. a. die Schule für Panzertruppen, das Kommando des „Bundesgrenzschutz“ und die Schule für „Psychologische Kriegführung“ in Koblenz besucht.

Die Regierung gibt zu, daß Giannettini für den SID gearbeitet hat, verneint aber, seine Bedeutung zu mindern – es sei nur ein kleiner „Informant“ gewesen.

Am 19. Juli dieses Jahres wurde der faschistische Rechtsanwalt Degli Occhi verhaftet. Sein Name tauchte bereits in Zusammenhang mit der Verschwörung des MAR (1970) auf.

Degli Occhi wurde vor seiner Verhaftung mehrmals zum faschistischen Bombenanschlag von Brescia verhört. Er stand außerdem in Zusammenhang mit einem geramischlichen Lager der Faschisten in den Abruzzen, das kurz nach dem Mordanschlag von Brescia der Polizei „aufgedeckt“ wurde, wobei der berüchtigte Terroristenführer Giancarlo Esposito (den der Staat bis dahin trotz zahlreicher nachgewiesener Verbrechen immer wieder laufen gelassen hatte!) von den Carabinieri erschossen wurde.

Die im Lager geschnappten Faschisten belasten Degli Occhi, er habe das Lager finanziert. Es wurde bewiesen, daß Degli Occhi zumindest einen Scheck über 600.000 Lire (etwa 2.400 Mark) an Esposito ausgestellt hatte.

Mit Degli Occhi kommt man in der „Hierarchie“ des italienischen Faschismus sehr weit nach oben. Er war der Führer der sogenannten „magazziniere divisione“ („Schweigende Mehrheit“), die 1971 in Mailand zwei große reaktionäre Massenkundgebungen organisieren konnte, dann aber nach einfluß verlor, weil sich viele „Konservative“ und verhetzte Kleinbürger, die Anfangs den Rufen der „Schweigenden Mehrheit“ gefolgt waren, vom zunehmenden faschistischen Mordterror abgelehnt fühlten.

Mit der „Schweigenden Mehrheit“ hatten auch zahlreiche rechtsbürgerliche Politiker, vor allem der DC (und natürlich des MSI) sympathisiert und zusammengearbeitet.

Auch gegen den Stellvertreter von Degli Occhi in der „Schweigenden Mehrheit“ Luciano Bonino war der Haftbefehl erlassen (er ist flüchtig). Ende Juni wurde Zicari, einer der bekanntesten Journalisten des „Corriere della Sera“, verhaftet. In der Haft: Er hatte zusammengekauft, „Informant“ des Geheimdienstes SID tätig gewesen zu sein.

Faschisten und Staat sind Komplizen

Über die Komplizenschaft von Staat und Faschisten in Italien

Zusatz war einer der eifrigsten Verfechter der These von den „entgegen gesetzten Blättern“. Nur eine Woche vor seiner „Beurlaubung“ hatte Zicari eine neue Lügengeschichte in die Welt gewetzt: es habe einen Kontakt zwischen dem (1972 unter immer noch ungeklärten Umständen ums Leben gekommenen) linken Vertreter Feltrinelli und dem Faschisten Fumagalli (Chef des MAR – s.o.) gegeben, Feltrinelli sei mit Fumagalli befreundet gewesen und habe ihm Geld gegeben. Tatsächlich kannte Feltrinelli – wie seine Witwe Inge Schönthal mitteilte – einen Fumagalli, aber nicht den Faschisten, sondern einen linken Galerie-Besitzer (Mitglied der PCI), dem Feltrinelli einige Bilder abkaufte.

In Brescia mußten die beiden Stellvertretenden Polizeichefs Purificato und Diamante aus den Ermittlungen über das Massaker vom 28. Mai zurückgezogen werden, weil sie „persönlich in die Angelegenheit verwickelt“ seien. Insbesondere wird gefragt, warum von der Polizei die Durchsuchung der Papierkörbe auf dem Kundgebungsplatz in Brescia nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden war (die Bombe steckte in einem der Papierkörbe).

Der Untersuchungsrichter Arca, in dessen nicht eben „unparteiischen“ Händen die Ermittlungen über das Massaker von Brescia immer noch liegen, ist für seine rechtsradikalen Neigungen berüchtigt. Sein Sohn gehört zu einer Gruppe faschistischer Jugendlicher, die wahrscheinlich in engem Zusammenhang mit dem Bombenanschlag steht (ein Mitglied dieser Gruppe, Silvio Ferrari, floh eine Woche vor dem Massaker mit seinem Moped in die Luft, als er eine größere Menge Sprengstoff transportierte).

Die italienische Illustration „L'Espresso“ enthielt, daß der Großkapitalist Cefis (Präsident des Konzerns Montedison, der DC-Rechten um Fanfani nahestehend) einen „heißen Draht“ zum SID hat. Er bekommt „Geheimakten“ des SID gegen Politiker u.a. regelmäßig vorgelegt.

Gegen Cefis läuft außerdem eine Untersuchung wegen illegaler Parteifinanzierung.

Weitere Faschisierung – als „Kampf gegen den Faschismus“ getarnt

Einige Kommentare bürgerlicher Politiker und in der bürgerlichen Presse lassen vermuten, daß starke Kräfte innerhalb der Bourgeoisie und des Staates bemüht sind, den faschistischen Terror stärker unter Kontrolle zu bringen, um ihre eigenen langfristigen Faschisierungspläne nicht von ein paar faschistischen Abenteurern gefährdet zu lassen.

Tatsächlich sollte man aber diese Seite, die vor allem in der Verhaftung zahlreicher faschistischer Terroristen (weit über 100 seit Jahresanfang) zum Ausdruck kommt, nicht überschätzen.

In erster Linie benutzen Bourgeoisie und Staat nämlich den von ihnen frisch entdeckten „Kampf gegen den Faschismus“ dazu, den Staatsapparat weiter zu zentralisieren und vor allem den Unterdrückungsapparat weiter auszubauen, was auch letzten Endes nicht gegen die Faschisten, sondern gegen die Arbeiterbewegung richten soll.

So wurde nach dem Massaker von Brescia eine „Anti-Terror-Abteilung“ gegründet. An der Spitze dieser Abteilung steht Emilio Santillo, ein berüchtigter Rechter.

Nach dem Anschlag auf den „Italicus“ botte die DC alte Pläne zur Erweiterung der gesetzlichen Möglichkeiten gegen politischen „Terror“ hervor. Und zwar soll die Gesetzgebung, die bisher schon gegen die Mafia gilt, auf den politischen Bereich erweitert werden. Damit können u.a. „Spezialüberwachung“, „Aufenthaltsbeschränkungen“ und „Vorbeugehaft“ gegen „subversive Elemente“ angedroht werden. Die reformistische Linke (PCI und PSI) lehnen dieses Gesetz bisher ab und verlangen eine klare antifaschistische Definition, die es nicht erlauben soll, dieses Gesetz gegen die Linke anzuwenden. Genau das ist aber der von der DC beabsichtigte Zweck.

Als weitere Maßnahme beabsichtigt die DC eine stärkere Zentralisierung der verschiedenen Geheimdienste und Polizei-Apparate beim Innenministerium (z.Z. Taviani, DC).



Italienische und deutsche Genossen besetzten im Juni das italienische Konsulat in Frankfurt. Im 1. Stock ist die Parole „MSI FUORILEGGE“ (Verbot des MSI) zu sehen. Unten ist ein Transparent mit der Parole „Antifaschisten die Faust geballt – Gegen Faschismus hilft nur Gewalt“ zu sehen.

Kampagne zum Verbot des MSI

Nach dem Massaker von Brescia hat sich eine breite Kampagne unter der Parole „MSI fuorilegge“ (Verbot des MSI) entwickelt.

Zahlreiche Fabrikkräfte, auf betrieblicher und regionaler Ebene, haben diese Forderung unterstützt. Ebenso haben einige Kommunisten sich hinter diese Forderung gestellt. Auf zahlreichen Studenten-Versammlungen sind entsprechende Resolutionen verabschiedet worden.

Aber auch verschiedene örtliche und regionale Gewerkschafts-Gremien (vor allem der CGIL, die den Revisionisten nahe steht) haben die Forderung nach Verbot des MSI unterstützt. Ferner wird diese Forderung unterstützt von bürgerlichen Gruppen der ACLI („Linkskatholiken“), von der PSI-Linken, vom PCI-Senator Tornatore (der diese Forderung auch auf einer Sitzung des ZK seiner Partei vertritt), einzelnen Sektoren der PCI.

Das ist bemerkenswert, weil die PCI-Führung sich gegenwärtig mit

Eine Kette faschistischer Anschläge

aus AK 45, 2. 8/9 (11.6.74)

Zu den faschistischen Terrorakten mit tödlichem Ausgang kommen noch zahlreiche Anschläge, bei denen es nur durch Zufälligkeiten nicht zu weiteren Blutbädern kam. So haben die Faschisten z.B. oft Bombenanschläge auf Züge unternommen, die im Falle des „Gelingens“ mit Sicherheit viele Todesopfer gefordert hätten.

So unternahmen die Faschisten in der Nacht vom 8. auf den 9. August 1969, sozusagen als Generalprobe auf das Massaker in der Mailänder Landwirtschaftsbank, Bombenanschläge gegen neun Züge. Bei dem

Massaker gegen neun Züge. Bei dem Explosionen gab es zwölf Verletzte.

Am 22. Oktober 1972 verübten die Faschisten mehrere Bombenanschläge gegen Züge, die Arbeiter aus ganz Italien zu einer zentralen antifaschistischen Demonstration nach Reggio di Calabria brachten. Nur zufällig richtete keiner der Sprengsätze Schaden an.

Im April 1973 explodierte ein Zündsatz in den Händen von Nico Azzi, der sich auf das WC des Zuges Turin-Rom zurückgezogen hatte, um dort eine Bombe zusammenzubauen. Die Masse des Sprengstoffs explodierte glücklicherweise nicht. Azzi hatte offenbar beabsichtigt, die Bombe mit einem Zeitzünder gerade in einem Tunnel zur Explosion zu bringen, was verheerende Folgen gehabt hätte. Azzi war zur Zeit des Anschlags Mitglied der MSI. Persönliche Kontakte verbanden ihn mit den Terroristen der „SAM“ („Aktionstruppe Mussolini“), einer faschistischen Bombenleger-Bande. Der Bombenanschlag sollte offenbar eine Art

Berichtigung

Im Artikel „Linker Zusammenbruch“ (AK 47, 3. 2) findet sich im zweiten Absatz ein Fehler. Statt „Abspaltung von proletarischen Parteien“ muß es dort heißen: „Abspaltung von parlamentarischen Parteien“.

Mailänder Massaker

Die rechtsradikalen Putschvorbereitungen in Italien haben sich bis zur „sozialdemokratischen“ Hamburger „Morgenpost“ rumgesprochen. In ganz großer Aufmerksamkeit (vgl. nebenstehenden Abdruck) brachte die „Mopo“ am 31. Juli 74 (!!) die brandheiße Meldung, daß in Italien eine rechtsradikale Gruppe namens „Wiedrome“ „jetzt“ (!) auflief.

Im ARBEITERKAMPF konnte man allerdings diese heiße Meldung schon im November vorigen Jahres (AK 36) lesen. Wahrscheinlich handelt es sich bei der „Mopo“ nach SPD-Mannier um Berichterstattung „mit Augenmaß“?

„Aufruf“ für die wenige Tage später (am 12. April 1973) stattfindende faschistische Provokation in Mailand sein, wobei ein Polizist durch eine Handgranate getötet wurde (s.o.).

Am 26. November 1972 wurde auf Grund eines Telefonanrufs eine Bombe im Zug Venedig-Rom entdeckt und konnte unschädlich gemacht werden.

Am 29. Januar 1974 verübten Faschisten einen Bombenanschlag auf die Bahnlinie Mailand-Bari in der Nähe von Pescara. Der Maschinist eines Güterzuges hatte „ein zylindrisches Objekt“ auf den Schienen gesehen. Wenige Minuten zuvor hatte der Güterzug „Freccia del Sud“ die Strecke passiert. Er hätte die Bombe auslösen sollen, zum Glück war nur der Zünder explodiert, nicht aber der Sprengsatz von 7-8 kg.

Am 22. April 1974 scheiterte ein Massaker auf einem doppelten Zufall. Die Faschisten hatten in der Nähe von Prato (Toskana) eine Bombe an der Bahnstrecke Bologna-Florenz angebracht. Es scheint, daß der Zündwerk durch einen Güterzug beschädigt wurde, der auf einem Nebengleis fuhr, und daß die Faschisten sich daraufhin entschlossen, die Bombe direkt zu zünden. 20 Meter Schienen flogen in die Luft. Der Schnellzug Paris-Rom konnte wenige hundert Meter vor der Explosionsstelle gestoppt werden. Die faschistische Terror-Bande „Ordine nuovo“ erklärte, die Bombe gelegt zu haben.

Nach einer weit verbreiteten Ansicht kommt außerdem die Entladung des „Freccia del Sud“ bei Gioia Tauro 1970 auf das Konto eines faschistischen Anschlags. Demals gab es sechs Todesopfer.

Kraft erhoben. Auch einzelne Sektoren der PCI und mehr noch der von den Revisionisten gelenkten Gewerkschaft CGIL haben diese Forderung unterstützt.

»Anzeige Buch



392 Seiten (Buchformat)

Preis 8,- DM

Dieser Band enthält zwei neue Arbeiten über eine der wichtigsten Perioden der Klassenkämpfe in Deutschland. Damit legt der KOMMUNISTISCHE BUND erstmals eine ausführliche Analyse der Klassenkämpfe dieser Zeit vor, die auch über seine Einschätzung dieser Kämpfe Aufschluß gibt.

Besonders Gewicht wird auf die Untersuchung der Rolle der Sozialdemokratie sowie auf eine korrekte Darstellung der Politik der KPD gelegt – insbesondere was das Jahr 1923 angeht.

Das hat sich als um so notwendiger erwiesen, als die KPD recht ausführliche Schriften von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Autoren geschrieben wurden – einschließlich der in der DDR veröffentlichten – erhebliche politische Mängel und Fehleinschätzungen enthalten.

Was bisher fehlte: Arbeiten der jungen kommunistischen Bewegung der BRD, die sich grundriss mit der konkreten Entwicklung der Klassenkämpfe in Deutschland auseinanderzusetzen und qualifizierte klare Einschätzungen dieser Kämpfe geben.

Vor allem und die in diesem Band erstmals veröffentlichten Arbeiten mit dem Blick auf die Ursachen geschieden, die für die kommenden Klassenkämpfe in den Erfahrungen der Sozialisten zu ziehen sind, die das deutsche Proletariat nach dem 1. Weltkrieg und zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat durchleben müssen.

So tragen die beiden großen Abschnitte am Ende des Bandes die Überschriften:

„DIE LEHREN DES HAMBURGER AUFRUDES“
„DIE ARBEITERBEWEGUNG MUSS IHRE VERLORENEN SCHLACHTEN ANALYSIEREN, UM NICHT WEITER ZU VERLIEREN“

Dieser letzte Abschnitt setzt sich besonders mit den Einschätzungen kritisch auseinander, die von linken Gruppen zu den Klassenkämpfen vor mehr als 50 Jahren abgegeben haben. Durch die revidierte Darstellung des Ueberbaus durch die Einschätzungen und durch die Kritik der Positionen, welche Organisationen zu diesen Kämpfen, stellt der Band auch einen Beitrag zur politischen und ideologischen Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Bewegung der BRD dar.



„Kampftag“ in Italien

Am 24. Juli wurde von den Gewerkschaften der „Kampftag“ durchgeführt. In der Regel gab es vierstündige Streiks, sowie Demonstrationen und Kundgebungen. Die Arbeiter, die von den Maßnahmen der Regierung Rumor besonders hart betroffen sind (trotzdem der gesamte Tag auch in verschiedenen Städten wurde der Streik auf 24 Stunden ausgedehnt). Der Kampf gegen die Ausländerungsmaßnahmen der Regierung Rumor, die durch Steuererhöhungen etc. 3000 Mrd Lire (12 Mrd Mark) aus den italienischen Werksstätten herauspressen will, geht weiter.

Wie in AK 47 berichtet, war der Streik am 24. Juli der regionalen Streiks vom 3.-15. Juli relativ niedrig, vor allem in den großen und kampfstarken Betrieben. Der Streik wurde aber von den Arbeiterparteien mit der Politik der Gewerkschaftsführungen, die keinen konsequenten Kampf gegen die Ausländerungsmaßnahmen der Rumor Regierung wolle. Zugleich schienen sich darin aber

noch Tendenzen zur Resignation anzudeuten.

Der „Kampftag“ vom 24. Juli hatte demgegenüber offenbar eine wieder gewachsene Streikbeteiligung zu verzeichnen, trotz des beginnenden Ferienzeit. „Der Streik erreichte eine starke „Rückeroberung“ – auch in Situationen wie bei Mirafiori (FIAT-Werk – Auto AK), wo die Kritik an den gewerkschaftlichen Entscheidungen am 9. Juli (Tag des regionalen Streiks in Turin – Auto AK) die Form einer gefährlichen Ablehnung des Streiks durch die Massen annahm.“ („Lotta Continua“, 25.7.74)

Teilweise hielt die in den regionalen Streiks sichbare Tendenz allerdings noch an. So war z.B. die Streikbeteiligung in dem als kampfstark bekannten Metallbetrieb „Italcantieri“ in Taranto (Süditalien) relativ niedrig, aus Florenz wurde eine „geringe Teilnahme der größten und traditionell am besten gewerkschaftlich organisierten Betriebe“ an der Demonstration berichtet („Lotta Continua“, 25.7.74).

tion berichtet („Lotta Continua“, 25.7.74).

Zu massiven Protesten gegen die Redner des Gewerkschaftsführungen auf den Kundgebungen – wie während der Regionalstreiks – kam es diesmal nicht. In einigen Städten, vor allem in Neapel, wo der CGIL-Sekretär Lama sprach (die CGIL ist die mit der revisionistischen PCI verbundene Gewerkschaft), hatten die Revisionisten starke „Ordnungs“-Truppen organisiert, die Schlägertruppen gegen „nicht genehmigte“ Parolen und Provokationen ausrichteten.

Bourgeoisie und Gewerkschaftsführungen ist es vorerst gelungen, den Forderungen der Werktätigen nach Generalstreik und anderen konsequenten Kampfmaßnahmen gegen die Ausländerung zu entgegen zu stehen und sich in die Ferienzeit hineinzusetzen, wo viele Betriebe geschlossen sind. Es scheint ihnen aber bisher nicht gelungen zu sein, Resignation zu verbreiten und den Kampfwillen gegen die Ausländerungsmaßnahmen abzuwürgen. Die „Stunde der Wahrheit“ kommt im Herbst, wenn die Arbeiter aus den Ferien in die Betriebe zurückkehren und die Ausländerungsmaßnahmen wirksam zu werden beginnen.

Terrorurteil gegen Genossen von „Lotta Continua“

Carlo Panella, ein führender Genosse der italienischen kommunistischen Organisation „Lotta Continua“, soll für vier Jahre und einen Monat ins Gefängnis, weil er eine Demonstration angekündigt hatte, die dann von der Polizei mondschwarzgeknipst wurde! So urteilte Anfang Juli ein Gericht in Genua.

Am 4. März 1972 sollte in Genua eine Solidaritätsdemonstration für den Anarchisten Valpreda stattfinden, der seit Dezember 1969 inhaftiert war, wegen eines von Fachleuten begangenen Bombenanschlags auf eine Mailänder Bank (16 Tote!) in „Unterabrechnung“.

Die Polizei verbot diese Demonstration jedoch und knüpfte sie brutal auseinander, wobei es natürlich auch zu Selbstverteidigungsaktionen der Demonstranten kam.

Carlo Panella hatte diese Demonstration polizeilich angemeldet. An der Demonstration selbst hatte er nicht teilgenommen, weil er – wie auch Zeugen bestätigten – krank im Bett lag.

Als Anmeldebild der Demonstration wurde eine Forderung aus dem „moralischen Beihilfe“ („Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung“) verurteilt. Die dann Anfang August vorgelegte schriftliche Urteilsbegründung sah allerdings noch anders aus: „moralischer Beihilfe“ war unverschämte „materielle Beihilfe“ geworden. Das Gericht behauptete, Genosse Panella habe doch an der Demonstration teilgenommen. Zwar gab es keinen „Zeugen“, der Panella gesehen haben wollte. Stattdessen schloß das Gericht messerscharf: es sei „undenkbar“, daß ein führender Genosse von „Lotta Continua“ einer Demonstration seiner Organisation fernbliebe! Also war Panella da. Wenn er aber dabei war, so hat er sicher auch „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ etc. geleistet.

Dieses Urteil erinnert in der Macht mit dem Urteil gegen Horst Mahler, mit dem ein Gericht „bewies“, daß

Mahler als „führender Kopf der Baader-Meinhof-Gruppe“ natürlich auch an Banküberfällen teilgenommen haben müsse – auch wenn es dafür weder Zeugen noch Beweise gibt!

Im Prozeß wegen der Demonstration vom 4. März in Genua wurden außer Panella weitere Genossen verurteilt. Ein Genosse der Studentenbewegung zu 7 Monaten und 150 000 Lire (600 Mark) Geldstrafe, drei Genossen – darunter zwei führende Genossen von „Lotta Continua“ – zu je 6 Monaten.

Diese Urteile, vor allem die Verurteilung des Genossen Panella, haben breite Empörung weit über die revolutionäre Linke hinaus hervorgerufen, so daß auch die reformistischen Parteien und Gewerkschaften zu Protesten veranlaßt waren.

An einem in Genua gebildeten „Komitee für die Befreiung von Carlo Panella“ nehmen außer verschiedenen Organisationen der revolutionären Linke auch die revisionistische Partei PCI, die Sozialistische Partei PSI, die Einheitsgewerkschaft der Metallarbeiter FIM der Gewerkschaftsbund CGIL-CISL-UIL, Magistratura Democratica (Demokratischer Richterverband), die Radikale Partei (PR), die Jugendorganisationen von PCI und PSI und die CGIL-Schulergewerkschaft teil.

In einer Erklärung verurteilte die FIM „den klar vorliegenden Charakter, den das Urteil sowohl gegenüber Panella als gegenüber dem demokratischen und antifaschistischen Charakter der Demonstration vom 4. März 1972 ausdrückt“.

Die PSI erklärte, daß die Verurteilung Panellas eine „Wiedereinführung des Konzepts der Genierungshetze“ bedeute.

Solche Stellungnahmen zeigen, bei aller reformistischen Beschränktheit, daß es in Italien eine breite demokratische Front gibt, die menschen- und solidarisch auf die antidemokratischen Anschläge der Bourgeoisie reagiert.



Der große Coup der Gewerkschaftsführung: Linker BR-Vorsitzender abgewählt

Bei Texaco hat die Gewerkschaftsführung einen lange geplanten Coup gelandet. Auf der Betriebsversammlung am 9. August 1974 wurde der Betriebsratsvorsitzende Kynast, Vertreter einer kämpferischen Politik für die Kollegen, unter bemerkenswerten Umständen abgewählt, von seiner Freistellung abgelehnt und aus dem Personalwirtschaftsausschuss (Auswahl zur Durchlenkung der mittel- und langfristigen Personalpolitik der Kapitalisten) ausgebüxt. Dieser Akt hat eine lange Vorgeschichte. Er muß im Zusammenhang gesehen werden mit den jahrelangen Kämpfen im Betriebsrat um eine dem Kollegen sitzende Politik mit den Auseinandersetzungen um die Arbeit in den Vertrauensleutkörpern Hauptverwaltung, Wilhelmsburg und Grubbrook und mit der damit umhergehenden Verleumdungskampagne, die von der Gewerkschaftsführung gegen die Linken überhaupt geführt wird, und die bei Texaco ganz besondere krasse Formen angenommen hat.

Wie kam es dazu?

Das auslösende Moment war ganz sicherlich die empfindliche Prestigeschlappe in der diesjährigen Aufsichtsratswahl, die Kynast und Trampert, ebenfalls freigesellter Betriebsrat, der IG-Chemie-Führung und den von ihr protegierten Grubbrook Betriebsratsmitgliedern Kuch und Kosedowski beigebracht hatten. Nach einer von Kynast und Trampert sorgfältig vorbereiteten und konsequent durchgeführten Kampagne gegen den Mitbestimmungsschwindel gingen nahezu 60 % der Kolleginnen und Kollegen in der Texaco-Hauptverwaltung und Wilhelmsburg nicht zur Wahl (Vergl. AK 46).

Diese Prestigeschlappe veranlaßte die Gewerkschaftsführung, gegen Kynast und Trampert ein Ausschlußverfahren in Gang zu setzen (Vergl. AK 47). Die Auseinandersetzungen zwischen den Texaco-Linken und der IG-Chemie-Führung plus betrieblichem Anhang haben eine ängstliche Vorgeschichte. Den ersten schiefen Konflikt brachten bereits die Auseinandersetzungen in den Vertrauensleutkörpern Hauptverwaltung und Wilhelmsburg in der Tarifrunde 1973 (siehe AK Nr. 34). Damals weigerte sich die Gewerkschaftsführung, ein von den Vertrauensleuten der Hauptverwaltung ausgearbeitetes Papier über wirtschaftliche Daten zu veröffentlichen und eine Mobilisierung an der Basis zu betreiben.

Im November 1973 führte die Verleumdungskampagne der IG-Chemie ihren Schluß gegen die Linken bei der Reichhold Albert Chemie AG, wo sie den Antrag auf Ausschluß von K. K. legierten und Kollegen ihm folgte am 2. Januar 1974 der Ausschluß von

drei linken Kollegen aus dem Vertrauensleutkörper Grubbrook der Texaco. Verantwortlich für diesen Coup des IG-Chemie-McCarthy von Kodolitsch und seine Vasallen Volkman (Reichhold) sowie Kuch und Kosedowski (Texaco-Grubbrook). Mit den gemäßregelten Kolleginnen und Kollegen solidarisierte sich der Vertrauensleutkörper der Texaco-Hauptverwaltung in seiner Resolution vom 8. Januar 74, nachdem von Kodolitsch vergeblich versucht hatte, das Zustandekommen der Resolution durch das Sprengen der Sitzung zu verhindern (siehe AK Nr. 38).

Die Resolution des Vertrauensleutkörpers der Texaco-Hauptverwaltung vom 8. Januar 1974 (abgedruckt ebenfalls in AK Nr. 38) nahm der Vertrauensleutkörper des Texaco-Mineralölwerkes Grubbrook zum Anlaß, auf seiner Sitzung vom 18. Januar 1974 unter der Leitung des Herrn von Kodolitsch und der Grubbrook Betriebsratsführer Kuch und Kosedowski auf Vorschlag des ehemaligen Betriebsratsabgeordneten Obes ein Flugblatt zu verabschieden, worin dem damaligen Betriebsratsvorsitzenden der Hauptverwaltung, Kynast, Zusammenbruch mit „Chaoten“, Verfolgungswahn und „Geisteskrankheit“ vorgeworfen wird. Dieses Flugblatt wurde am 23. Januar 1974 vor allen Texaco-Betrieben in Hamburg verteilt. Gleichzeitig tauchten in der Hauptverwaltung, in Grubbrook und in Wilhelmsburg zwei anonyme Flugchriften auf, die aber auch

auf den Maschinen der Verwaltungsstelle der IG-Chemie gedruckt worden waren (siehe AK Nr. 42). In einem dieser Pamphlete dessen Urheberhaft von Kodolitsch zugab wurde der Betriebsratsvorsitzende der Hauptverwaltung Kynast beschuldigt, er habe den Grubbrooker Kollegen auf

der Vertrauensleutsetzung am 2. Januar 1974 Nazimethoden unterstellt.

Als die Verwaltungsstelle der IG-Chemie glaubte, Herr von Kodolitsch und seine Freunde hätten vorerst genug auf die Linken eingedroschen und noch bevor sich die Linken mit geeigneten Schritten wehren konnten, verboten die Gewerkschaftsführer kategorisch jede weitere öffentliche Auseinandersetzung zwischen „IG-Chemie-Mitgliedern“, also den Linken einerseits und der Verwaltungsteilnahme und ihrem rechten Anhang um Betrieb auf der anderen Seite. Gleichzeitig leiteten die Gewerkschaftsführer eine Reihe sogenannter „Schlichtungs-Verfahren“ ein, um dem beabsichtigten Ziel, die Linken hinter verschlossenen Türen endgültig fertigzumachen und auszuschalten (Vergl. AK Nr. 44). Da die „Schlichtungsverhandlungen“ zu keinerlei Rücknahme der Obes- und Kodolitsch Provokationen führte, erwirkte Kynast sowohl gegen Obes als auch gegen von Kodolitsch einseitige Verfügungen, die es den beiden untertänig, ihre Behauptungen gegen ihn weiterhin zu verbreiten (siehe AK Nr. 44).

In der Betriebsratsarbeit reichen die Auseinandersetzungen der Linken mit den rechten Sozialdemokraten, denen später die Gewerkschaftsführung zu Hilfe kam, bis in die Wahlkampagne des Frühjahr 1972 zurück. Seiteneinsteiger in den Betrieb anonymer Schmähchriften gegen Kynast, den späteren Betriebsratsvorsitzenden. Die Spuren ihrer Urheberchaft ließen sich bis in das Büro des vorherigen Betriebsratsvorsitzenden der Texaco-Hauptverwaltung, Sandberg, zurückverfolgen. Sandberg, rechter Sozialdemokrat und Mitglied der „Gewerkschaft Handel Banken und Versicherungen“ (HBV), hat als DDR-Funktionär jeden Linken und Arbeiterbestens mit den Kapitalisten zusammen, indem er als BR-Vorsitzender die Betriebsversammlungen ausfallen ließ und alles unterdrückte, was die Gewerkschaftsführung für richtig hielt.

Nachdem die überwiegend Linken der IG-Chemie-Liste 1972 die BR-Wahl gewonnen und Sandberg abhatten, verfolgte er mit seinem Kumpel Preschhof, einem „leitenden Angestellten“ und früheren CDU-Stadtrat in Pinneberg, der auf einer sogenannten „unabhängigen“ Liste kandidiert hatte, skrupellose Obstruktionspolitik gegen die IG-Chemie-Betriebsräte mit Kynast an der Spitze. Seinen ersten Versuch, Kynast zu Fall zu bringen, startete Sandberg am 23. Januar 1973 mit einem Mißtrauensantrag gegen Kynast, den er in der Personalabteilung hatte tippen lassen. Kynast sei seiner Aufgabe als Betriebsratsvorsitzender nicht gewachsen, behauptete er. Außerdem habe er keine Ahnung von Außenablage, dafür aber eine „kompromisslose“ Einstellung „gegenüber dem Arbeitgeber“ (je, wie schlimm!), durch die er die „vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber“ restlos zerstört hätte.

Damals stimmten die IG-Chemie-Kollegen zwar noch geschlossen für Kynast, sodaß der Antrag abgelehnt werden konnte, doch die IG-Chemie-Führer „rieten“ Kynast schon damals, zurückzutreten und das bei den Betriebsratswahlen 1972 „gewonnene Kapital nicht restlos zu verpielen“ (Schreiben der Verwaltungsstelle vom 30. Januar 1973 an alle „der IG Chemie angehörenden Mitglieder des Betriebsrats der Texaco-Hauptverwaltung“).

Im Juli 1973 hoben die linken Betriebsräte der IG-Chemie mit den Stimmen des DAG Betriebsrats die Freistellung des BR Tenge auf, der als rechter Sozialdemokrat offen zum Obstruktor von Sandberg und Preschhof übergang, und statt der Erfüllung seiner Betriebsratsarbeit seine Freistellung dazu benutzte, um gegen die Linken im Betrieb zu hetzen und dadurch zeigte, daß ihm die Vertretung der Kollegen-Interessen schiefgefallen war. Die IG-Chemie-Führer und zwei Wilhelmsburger SPD-Betriebsräte solidarisierten sich mit ihrem Parteifreund Tenge, darunter Lindhorst, dem die IG-Chemie-Führer zuvor ein Stipendium an der Hochschule für Wirtschaft und Politik mit archaischen Karriere im DGB-Apparat in Aussicht stellten. Um die Texaco Angestellten gegen ihre linken Betriebsräte aufzuheizen, argumentierten von Kodolitsch und sein rechter Anhang, hinter Tenges Abwahl steckten „Chaoten“. Sie ließen offenbar nach Absprache mit der Personalabteilung ohne Zustimmung des Betriebsrats

oder der IG-Chemie-Vertrauensleute nachts auf den Schreibtischen Hunderte von Exemplaren der antikomunistischen Hetzbrochure „Wer und was steckt dahinter“ (Nachdruck mit Kommentar siehe UNSR-WEG Nr. 23) verteilen. Als die Linken sich dagegen wehrten und in einer Erklärung des Vertrauensleutkörpers Rechenschaft von der Verwaltungsteilnahme forderten, erließen Verwaltungsteilnehmer Holst auf einer Betriebsratsitzung und forderte, der BR möge dem „unverantwortlichen Tena“ der Linken Einhalt gebieten. Doch mehrere Mißtrauensanträge gegen die Linken mit Kynast an der Spitze scheiterten, da die Rechten, angefangen vom Ex-CDU-Stadtrat Preschhof über Sandberg und Tenge bis hin zum zukünftigen DGB-Karrieristen Lindhorst mit Anhang über maximal 7 Stimmen verfügten, denen 5 linke IG-Chemie- und 2 DAG'er gegenüberstanden. Die Chance zur Abwahl verlor ihnen die Betriebsratsmitgliedin Burfelde, ein inzwischen nachgerückt ordentlichen BR-Mitglied. Stünde zwischen den rechten und linken Werten wendend, stimmte sie damals mit den Linken. Bei der Abwahl von Kynast am 9. August 74 hat sie sich dagegen wieder einmal – diesmal volens volens endgültig – auf die Seite der Rechten geschlagen und diesen die benötigte achte Stimme geliefert. Der Preis: Diese Leute mußten sich anschließend zur BR-Vorsitzenden wählen!

Atmosphäre „Setzungsgewalt“ der IG-Chemie-Führer

Zerlegt man die „Ausschlußbegründung“ der IG-Chemie-Führer gegen Kynast und Trampert in ihre Bestandteile, so ergeben sich 28 Einzelbehauptungen, die leicht zu widerlegen sind (siehe auch AK Nr. 47). Die Einzelbehauptungen lassen sich in fünf Kategorien einteilen. Kynast und Trampert hätten sich in ihren Flugblättern „direkt und grundätzlich“ gegen die Mitbestimmung überhaupt gewandt, so hätten entgegen ihrer Pflicht, die Wahl „positiv zu fördern“, zum Wahlboykott aufgerufen, so hätten damit gegen den Gedanken von „Demokratie in Staat und Gesellschaft“ verstoßen.

Bewerin-Schmidt, Flensburg:

Jugendvertreter gefeuert!

Am 7.7.74 teilte die Geschäftsleitung dem Kollegen N. bisherigen Jugendvertreter und DruPa-Jugendgruppenleiter sowie dem Kollegen F. neuen Jugendvertreter mit, daß sie beide trotz bestehender Kündigungsschutz wegen angeblicher „Beschäftigungsmangel“ nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen würden (die Kollegen standen noch im Lehrverhältnis). Der Kollege N. erhielt nach seiner Gehliefenprüfung am 11.6. Hausverbot. Der Kollege F. durfte nach Ablegung seiner Prüfung am 24.6. die Arbeit gar nicht erst aufnehmen. Das Ziel der Kapitalisten ist eindeutig die Zerschlagung der fortschrittlichen Jugendvertreter-Arbeit. Die Kollegen sind jetzt gezwungen, sich möglichst schnell eine neue Arbeitsstelle zu suchen, weil keiner von DM 200, Arbeitslosenunterstützung monatlich leben kann.

Ziel der Geschäftsleitung: Konsequente Gewerkschaftsarbeit zerschlagen!

Die wirklichen Gründe für die Kündigungen liegen in der Jugendvertreter- und Gewerkschaftsarbeit der Kollegen. Dazu schrieb der Kollege N. in seiner persönlichen Stellungnahme an alle Kollegen:

„Die tatsächlichen Gründe für meinen Rauschmiß sind meiner Meinung nach:

Das gemeinsame Auftreten der Lehrlinge gegen Ausbildungsmissstände, z.B. ausbildungsfremde Arbeiten, für ihre Forderungen nach Einstellung von Kollegen für den Postdienst, die Einhaltung der Ausbildungspläne.

Regelmäßige Jugendversammlungen oder Lehrlinge als Forum zur Diskussion der betrieblichen Konflikte und Wege der Durchsetzung ihrer Forderungen.

Die Geschlossenheit der Lehrlinge beim Aufstellen der Forderung nach theoretischem Unterricht. Die Vorbereitung dieser Fragen in der gewerkschaftlichen Jugendgruppe und das Eingreifen der Jugendgruppe bei der Organisation der Vertrauenswahlen und der Tarifrunden auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene.

Der Keim eines geschlossenen Auftretens in der Belegschaft wurde von der Geschäftsleitung zerschlagen durch das Verbot von Lehrlingsversammlungen, systematische Kündigung der Auszubildenden und Anfeindung der Jugendvertreter.

Je gegen die Jugendvertretung. Mit diesen Angriffen wird die Zerschlagung der Gewerkschaftsarbeit bei Severin Schmidt betrieben, andere fortschrittliche Kollegen, Vertrauensleute und Betriebsräte eingeschleiert.“

Erstmal während der Amtszeit des bisherigen Jugendvertreters N. stellten die Auszubildenden einmal Forderungen auf, z.B. gegen die Ausbildungsmissstände wurden Lehrlingsversammlungen zur Diskussion der Probleme mit allen Lehrlingen genutzt. Ein weiteres wichtiges Mittel war die DruPa-Jugendgruppe, in der der Kollege N. aktiv mitarbeitete. Dort bereiteten die Jugendlichen ihr Vorgehen zur Durchsetzung ihrer Forderungen vor. Dort wurden auch Fragen, die die gesamte Belegschaft betreffen, z.B. die Rationalisierungsmaßnahmen behandelt.

Die Durchführung der Vertrauenswahlen und die Einberufung von Mitgliederversammlungen zu Tarifrunden gehen auf die Aktivitäten der Jugendgruppe zurück.

Als im Herbst 1973 die Auszubildenden mit großer Einheitlichkeit die Einführung des theoretischen Unterrichts forderten, die Geschäftsleitung die Lehrlingsversammlungen zur Schließung und den theoretischen Unterricht insgesamt abzuleiste, schrieb der DRUCKARBEITER (Okt. 73): „Die Geschäftsleitung zeigt sich so hart, weil es ihr gar nicht mehr um den theoretischen Unterricht geht... Es geht hier um mehr. Auf der Jugendversammlung ist zum erstenmal eine Forderung aufgestellt worden, die mit relativ großer Einheitlichkeit (Unterstützungsmehrheit) verteidigt wurde. Es kommt der Geschäftsleitung mit ihren Maßnahmen darauf an, zu verhindern, daß der etwaige Schule macht, nicht nur unter den jungen Kollegen.“

Nach dem Verbot von Lehrlingsversammlungen, der systematischen Entlassung der Auszubildenden nach ihrer Abschlussprüfung, dem Hausverbot gegen einen Betriebsrats-Kandidaten, stellt der Rauschmiß zweier Jugendfunktionäre einen weiteren Schritt zur Zerschlagung einer an den Belegschaftsinteressen orientierten Gewerkschaftsarbeit dar.

Entlassung zweier Jugendfunktionäre auf einen Schlag – das ist alles, was übriggeblieben ist vom § 78a des Betriebsverfassungsgesetzes. Der § 78a wurde im Januar in das BetrVG (Betriebsverfassungsgesetz) eingelegt und gibt Jugendvertretern und Be-

triebsräten nach Beendigung ihrer Ausbildung erweiterten Kündigungsschutz. SPD-Regierung und Gewerkschaftsführung jubelten ihm als „bedeutsame Reform der sozial-liberalen Regierung“ hoch.

Die „Unterstützung“ des Betriebsrats...

Keinerlei Unterstützung erhielten die beiden Kollegen von seiten der Betriebsratsmehrheit. Der Kollege N. schrieb dazu in seiner persönlichen Stellungnahme:

„Dienstags nachmittag beriet der Betriebsrat u.a. über meine und die Kündigung des Jugendvertreters P. Obwohl ich ausdrücklich um die Möglichkeit zu einer Stellungnahme gebeten hatte, lehnte die Mehrheit des Betriebsrates dieses ab. Aufgrund meiner Kritik gegenüber Kollegen an der fehlenden Unterstützung der Forderungen der Auszubildenden, z.B. theoretischer Unterricht, Postdienst, durch den BR (Betriebsrat), der Angriffe von BR-Mitgliedern gegen Kollegen, die gegen die Kündigung der Auszubildenden auftraten der mehrheitlichen Zustimmung zu Kündigungen, scheinen diese Kollegen kein Interesse zu haben, mich auch nur zu hören.“

Die Entlassungen sind vom Betriebsrat nicht als Angriff auf die Vertreterorgane der Belegschaft zurückgewiesen worden. Ganz im Gegenteil: Die Lügen fortgesetzt, die schon vor der Jugendvertreterwahl aufgestellt worden sind. Die Jugendgruppen hätte „Wahlmanipulation“ und „Schlebung“ bei der Wahl bestritten. Die Jugendvertretung hätte diesen Herren „Arbeitervertretern“ nämlich auch nicht!

Unmittelbar nach dem Hausverbot der ehemaligen Jugendvertreter und IG Druck-Jugendgruppenleiter N. verabschiedete die Jugendgruppe eine Erklärung, in der sie sich mit den entlassenen Kollegen solidarisierte. Sie kritisierte, daß den Kollegen (zum damaligen Zeitpunkt) noch kein Rechtsschutz durch die Gewerkschaft gewährt wurde und forderte die „offiziellen Vertreter unserer Gewerkschaft“ dazu auf, „den Kollegen sofort jede gewerkschaftliche Unterstützung zukommen zu lassen.“ Die Betriebsrats Stock und Mantwitz (beide Mitglieder des Ortsvorstandes der DruPa) rissen die Erklärungen von den Wänden in Werk I und II ab. Einige Betriebsräte meinen bestimmen zu können, was aufgehängt wird und was nicht, und üben damit eine politische Zensur aus, im Sinne der Erhaltung des sog. „Betriebsfriedens“.

der allein den Kapitalisten dient. Tatkraftige Unterstützung für die Kapitalisten leistete der Betriebsrat zusammen mit Günther Metzinger (2. Landesbezirksvorsitzender der DruPa), indem er dem Kollegen N. den Zutritt zur Betriebsversammlung verweigerte, weil dieser ja Hausverbot habe! Auf Betriebsversammlungen hat der Betriebsrat Hausverbot, und es hätte genügend Möglichkeiten gegeben, den Kollegen N. trotz Hausverbot an der Betriebsversammlung teilnehmen zu lassen und ihm damit die Möglichkeit zu einer Stellungnahme vor der Belegschaft zu geben!

... und die „Solidarität“ der Gewerkschaftsführung

Die gekündigten Kollegen müssen jetzt einen Arbeitsgerichtsprozeß anstrengen. Ein solcher Prozeß bedeutet eine starke Belastung für die Kollegen, er ist finanziell, und zum zweiten sind sie es pöblich, die sich rechtlich verteidigen müssen, die faktisch in die Verteidigung gedrängt werden. Nach anfänglicher Prozeß-Verschleppung durch die Gewerkschaftsführung haben die beiden Entlassenen nun Rechtsschutz von der IG DruPa erhalten. Das bedeutet aber, daß die Kollegen den Vertretern der DGB-Rechtsstelle eine Vollmacht für den Arbeitsgerichtsprozeß übermitteln müssen, so daß sie selbst keinen entscheidenden Einfluß auf den Prozeßverlauf haben. Wahrscheinlich werden die Prozesse auch noch getarnt geführt. Weiterhin müssen wir den Ausgang eines solchen Arbeitsgerichtsprozesses klar im Auge haben. Auch wenn die Kollegen „Recht“ erhalten, ist ihre WiederEinstellung im Betrieb keinesfalls erreicht. Denn die Geschäftsleitung kann anführen, daß durch den Prozeß das Vertrauensverhältnis „vollständig zerstört“ worden und daher eine weitere Zusammenarbeit unmöglich“ sei. Diese zynische „Argumentation“ wird in der Regel von den Gerichten akzeptiert. Dann kommt es zum Vergleich – die Kollegen erhalten eine Abfindung, die für ehemalige Lehrlinge besonders niedrig ausfallen dürfte. Die Geschäftsleitung hat ihr Ziel damit erreicht: die Gewerkschaftsarbeit bei Severin Schmidt ist durch die Entlassung konsequenter Gewerkschaftler zurückgeworfen!

Gewerkschaftliche Aufgabe demgegenüber ist es, die entlassenen Kollegen auf jede erdenkliche Weise zu unterstützen. Hierfür ist die Gewähr des Rechtsschutzes nur ein Teil, zumal der Ausgang des Prozesses klar auf der Hand liegt. Pflicht von Ge-

werkschaftern ist es zu erst einmal, diese Entlassenen zurückzuweisen als Angriff auf die gewerkschaftliche Arbeit und die Verteidigungsmacht der Belegschaft.

Aber nichts dergleichen. Auf die Stellungnahme einer Betriebsrats auf der Betriebsversammlung hin, die die Entlassenen als offenen Gesetzesbruch der Geschäftsleitung kennzeichnete und Günther Metzinger als Vertreter unserer Gewerkschaft zu einer Erklärung aufforderte, waren sich Betriebsrat Marquardsen und Metzinger darin einig, daß von offenem Gesetzesbruch nicht die Rede sein könnte. Das (ganze) sei vielmehr eine „Frage der Auslegung“, und man müsse „letzt auf den Arbeitsgerichtsprozeß warten“. In diesem Fall – wo die Kapitalisten sich über eine eindeutige Bestimmung des BetrVG hinwegsetzen – von „Auslegungssache“ zu sprechen, ist Zynismus und Heißt gegen die Kollegen arbeiten.

Vor allem aber: jetzt zu empfehlen, einfach auf den Arbeitsgerichtsprozeß zu warten, das wahrscheinlich in der einen oder anderen Weise negativ für die Kollegen ausgehen wird, heißt dem Ziel der Geschäftsleitung entgegenzukommen.

Die Kollegen sind raus aus dem Betrieb, und die Gewerkschaftsarbeit ist zumindest vorerst lahmgelegt! Die „Solidarität“ der Gewerkschaftsführung ging so weit, daß der Ortsverein Flensburg inzwischen die IG Druck-Jugendgruppe zerschlagen hat, indem er alle Jugendfunktionäre ihrer Ämter entthalt! Mit diesem Schlag gegen die konsequentesten Vertreter einer an den Interessen der Belegschaft orientierten Politik leisteten die Gewerkschaftsführer dem Ziel der Kapitalisten handfeste Schützenhilfe. Denn es geht darum, die fortschrittlichen Kollegen einzuschüchtern.

Die Auswirkungen dieser Maßnahmen zeigen sich bei dem Größteil der fortschrittlichen Kollegen daran, daß sie davor zurückweichen, sich offen mit den Entlassenen zu solidarisieren und für die anstehenden Forderungen einzutreten. Diesen Tendenzen entgegenzutreten und die Fortsetzung der bisherigen Arbeit im Interesse der Belegschaft zu erreichen, wird die nächste dringliche Aufgabe vor allem der angegriffenen Kollegen sein.

Im nächsten ARBEITERKAMPF werden wir ausführlicher über die Zerschlagung der DruPa-Jugendgruppe und die daraus folgenden Konsequenzen berichten.

Druckseite, KB / Gruppe Flensburg

Reichhold, Hamburg: Neues Terror-Urteil verhindern!

Die Hamburger IG-Chemie-Führer wollen die ausgeschlossenen ex Reichhold-Kollegen um weitere 1.000 DM erleichtern, sowie die Einschließungsschraube gegen linke Kritiker weiter anziehen. Zu diesem Zweck haben sie vom Hamburger Landgericht einen sogenannten „Beauftragungs-Antrag“ gestellt, der weisend wiederum auf einer vor Gericht erwirkten „Einstweiligen Verfügung“ fußt, die den Ausschluß von Reichhold-Linken aus dem Kreis von kritischen Argumenten gegen die Hamburger IG-Chemie-Führung unterbindet (vgl. ARBEITERKAMPF Nr. 44, S. 8). Gegen diese „Einstweilige Verfügung“ hat der Rechtsanwalt der Reichhold-Linken inzwischen Widerspruch vor Gericht eingelegt.

Formalistisch haben sich die Reichhold-Linken an diesen gerichtlichen Beschluß bisher gehalten, d.h. sie haben keine der ihnen „verbundenen“ Äußerungen über die Gewerkschaftsführung wiederholt. Inzwischen wurde allerdings der „Verband ehemaliger Gewerkschafter“ (vgl. AK 47, S. 19) gegründet, der namens seines Vorstandes übrigen kein Reichhold-Kollege – eine Dokumentation herausbrachte („Rat der Götter...“, leider schon vergriffen), in der u.a. die Einstweilige Verfügung der IG-Chemie dokumentiert und kommentiert wird. Selbstverständlich wird darin aus der Sicht der Reichhold-Linken argumentiert, die IG-Chemie-Führung nimmt nun (zu recht) an, daß unter den Mitgliedern des „Verbandes“ „ausgeschieden“ auch von ihr ausgeschlossene Arbeiter von Reichhold sind und insoweit auch etwas mit der Broschüre zu tun haben. Deswegen hätten die Reichhold-Linken (oder einige von ihnen?) zumindest als Anführer, Mittler und Gehilfen bei der Broschüre gewirkt.

Und jetzt kommt der „Killer“, der gemeinsame Coup von IG-Chemie-Führung und Gericht: Die einzelnen Reichhold-Linken zugestellt, „Einstweilige Verfügung“ ist gar nicht vollständig gewesen. Es ist demnach den Reichhold-Linken nicht nur verboten worden, bestimmte Äußerungen über die IG-Chemie-Führung „unterlassen“, sondern ebenfalls verboten, diese Äußerungen „gegenüber Dritten aufzustellen, aufstellen zu lassen, zu verbreiten und zu verbreiten zu lassen.“ Diese Formulierung wäre fehlerhaft in der „Einstweiligen Verfügung“ vergangen worden. Diesen „Nagel“ erhielten die Reichhold-Linken zu-

sammen mit dem Beauftragungs-Antrag. Der Begriff „aufstellen oder verbreiten zu lassen“ ist natürlich weitaus schwammiger gehalten und läßt u.U. sehr weitreichende Interpretationen zu. Würde die IG-Chemie-Führung mit ihrem „Beauftragungs-Antrag“ vor Gericht durchkommen, würde hier ein sehr grundsätzlicher Urteil zustandekommen, das unmittelbar auch die Freiheit der kommunistischen Propaganda ganz allgemein tangiert. Denn die IG-Chemie könnte gleichermaßen argumentieren, daß „ausgeschieden“ z.B. einige der Reichhold-Linken im KB wären und/oder mit ihm zusammenarbeiten, womit eine Möglichkeit gefunden wäre, für unliebsame Aussagen z.B. im ARBEITERKAMPF ritzige Kollegen bestrafen zu lassen, was selbstverständlich gewisse Rückwirkungen auf die kommunistische Presse hätte.

Es muß versucht werden, durch sozialistische Unterstützung der Reichhold-Linken ein solches Terror-Urteil zu verhindern.

Über unsere Presse werden wir rechtzeitig den Prozeß-Termin bekanntgeben und fordern schon jetzt dazu auf, im Gerichtssaal die notwendige Öffentlichkeit herzustellen!

Weiterhin bitten wir namens der Reichhold-Linken um weitere finanzielle Unterstützung, um die Verbote der IG-Chemie-Führung, die Kollegen durch immer neue Prozesse finanziell kaputtzumachen, zu durchbrechen.

Betriebsrat Reichhold, KB/Gruppe Hamburg

Spenden bitte an: Hamburger Sparkasse, „Lotterielieferanten Reichhold“ (1290/120 060 c/o M. Jenschke und H.J. Bok)



Sie haben den Präsidenten...

Schallplatte einer Hamburger Agit-Prop-Gruppe mit 4 Agitationsliedern

Die Nazifelle Carraro Blasso Trüffeln Etwas Fuchswort, das reinigt

Preis DM 5,- zusätzl. Porto

erhältlich im ARBEITERBUCH

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents Verlag ARBEITERKAMPF 2. Hamburg 13, Rüttenbahn 38, vorant. Redaktionsrat Kai Ehlers, Aufbau 13.800 Erscheinungswort: dreiwöchentlich Verkaufspreis: 80 Pf., Verlagskosten: 60 Pf. Druckerei: Kilo Nr. 481 878 J. Reents, und Postfachkonto Hamburg Nr. 240 508 J. Reents

Hamburger Stahlwerke:

Werkverbot für fortschrittlichen Vertrauensmann

BETRIEBSRAT UND VK-LEITUNG ALS SPITZEL DER KAPITALISTEN

Mit Schreiben vom 16.6. erteilte die Geschäftsleitung der Hamburger Stahlwerke (HSW) dem gewerkschaftlichen Vertrauensmann N. D. „vorläufiges Werkverbot“, und zwar mit „sofortiger Wirkung“. N. D. habe angeblich – so der Brief – durch (nicht näher dargelegte) „Handlungen und Äußerungen den Betriebsfrieden gefährdet“.

Die Geschäftsleitung wehrt weitere „arbeitsrechtliche Konsequenzen“ vor, sobald die „Ermittlungen des Betriebsrates und der VK-Leitung“ unverzüglich abgeschlossen sind, daß wir ein Urteil darüber fällen können.“

Zweifelloos werden die HSW-Bosse den gewerkschaftlichen Vertrauensmann versuchen aus dem Betrieb zu feuern, da er – im Gegensatz zur derzeitigen Mehrheit im Vertrauensrat (VK) und Betriebsrat – bisher bemüht war, die Rechte und Interessen seiner Kollegen zu vertreten. Diese Kündigung (vorerst „Suspendierung“ und „Werkverbot“) steht in einer langen Reihe politischer Kündigungen bei HSW, vornehmlich Betriebsräten und Vertrauensleuten, die alle nicht bereit waren, sich als Instrument der Kapitalisten-Interessen von der Geschäftsleitung mißbrauchen zu lassen.

Dem Unbegreiflichen wird es zunächst merkwürdig vorkommen, daß die Bosse sich bei ihren Kündigungen auf die „Ermittlungen“ der sogenannten „Arbeitsnehmer-Vertreter“ (die eigentlich die Aufgabe hätten, solche Kündigungen zu verhindern) stützen. Die Kapitalisten noch das „Material“ dafür zu liefern. Bei HSW ist das üblich und inzwischen sogar sogar gerichtlich notariell (vorm Arbeitsgericht) tauchen die Bosse gewöhnlich mit Betriebsräten und Vertrauensleuten als „Kronzeugen“ gegen fortschrittliche Kollegen auf.

Durch eine ganze Reihe rechtswidriger, krimineller Aktionen, die von den HSW-Bossen, gemeinsam mit der IG-Metall-Führung eingefädelt und durchgeführt wurden, haben diese Herrschaften es geschafft, im Laufe von knapp zwei Jahren

die ehemals linken Mehrheiten in Betriebsrat und gewerkschaftlichem Vertrauensrat zu zerschlagen, die Kollegen zu feuern (auch wenn deswegen regelmäßig z.T. hohe Geldstrafen als Abfindung nach gerichtlichem Urteilsspruch gezahlt werden mußten).

Auch die Vorgeschichte dieser neuesten politischen Kündigung ist typisch für die Verhältnisse bei HSW. Kurz nach Erscheinen einer Betriebsausgabe des METALLARBEITERS (Branchenzeitung des KB) bei HSW, lauchte VK-Vorsitzender Schuhknecht (CDU) daß dem Kollegen N. D. auf und legte ihm ein „Revers“ mit einem folgenden Wortlaut zur Unterschrift vor:

„Hiermit versichere ich, daß ich keine Informationen von der VK Sitzung am 13. Juni 1974 an den KB, die KPD, die KPD/ML, den KBler und die DKP weitergegeben habe. Ich werde das auch in Zukunft nicht tun.“

N. D. verweigerte die Unterschrift und verwies auf eine Diskussion darüber auf der nächsten VK-Sitzung. Danach befragt, bestätigten die anderen Mitglieder, daß sie von diesem „Revers“ nichts wüßten, kein Beschluß darüber vorliege etc. Schuhknecht handelte direkt im Auftrag der Geschäftsleitung und dies in seiner Eigenschaft als VK-Leiter. Per se gibt's nicht Die politische Unterdrückung und die gewerkschaftliche Situation drängen die Parallelen zur Nazizeit auf, haben mehr mit der „Deutschen Arbeitsfront“ (faschistische Pseudo-Gewerkschaft) als mit sogenannten freien Gewerkschaften zu tun. Ungeachtet Schuhknecht ist ein Kreatur der Hamburger IG-Metall-Führung von keinem Kollegen gewählt sondern vom Gewerkschaftsverband eingesetzt, nach dem die VK gewählte VK-Leitung aberkannt und auf Betreiben Schuhknechts und einiger rechten Sozialdemokraten im Betriebsrat listlos gefeuert wurde.

Betriebsrat HSW, KB/Gruppe Hamburg

Tarifrunde in der Stahlindustrie:

Der Kampf gegen den großen Lohnraubfeldzug beginnt

Am 15. Oktober läuft in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens und Bremen der bestehende Lohn- und Gehaltsarbeitsvertrag aus. Die Tarifrunde für ca. 210 000 Arbeiter in der Stahlindustrie hat begonnen. Die Vertrauensleute der IG Metall haben die Diskussion in einer Reihe von Betrieben eröffnet, und erste Forderungen bis zu 20 Prozent mehr Lohn und Gehalt sind aufgestellt. Für die Arbeiter heißt es, den Kampf gegen die Lohnraubpolitik der Kapitalistenklasse zu organisieren.

Auf der anderen Seite hat der propagandistische Feldzug der Kapitalistenklasse zur Senkung des Reallohns bereits begonnen und wird sich noch verstärken. Die Regierung Schmidt/Genscher muß den Beweis antreten, ob sie in der Lage ist, diese Politik gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen.

Die bürgerliche Presse, kapitalistische Wirtschaftsinstitute, die Bundesregierung, die CDU/CSU-Opposition - alle sind sich darüber einig, in den kommenden Tarifrunden muß der bereits eingeleitete Lohnraub forciert werden. Die Stahlindustrie hat dabei eine besondere Bedeutung, da hier getriggerte Abschlüsse „Signalwirkung“ haben auf die Abschlüsse in der Metallindustrie, wo die Tarife zum 31. Dezember 1974 auslaufen. Steigende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie das Geschrei um die neue „Steuerreform“ sind dabei die wesentlichen Instrumente, um die Zielsetzung der Kapitalisten in der Arbeiterklasse durchzusetzen.

In der Sitzung der „Konzertierten Aktion“ vom 27. Juni gaben Vertreter der Regierung und der Kapitalisten die Richtung an, mit der die Konjunktur und damit die Gewinne der Kapitalisten gesteigert werden sollen. Stärkung der Investitionen (Friedrichs: „Stabilitätspolitik kann nicht mehr so sehr Investitionsbeschränkungspolitik sein“). Dem dient zum einen der neue Bundeshaushalt. „Die Zunahme des Staatsverbrauchs (Personalausgaben) muss zugunsten der öffentlichen Investitionen gebremst werden“ (Zitate aus „Welt“ vom 28.6.). Die Politik der „Konzentration“, wie sie Helmut Schmidt mit der Regierungserklärung vom 17. Mai den Kapitalisten versprochen, kommt hier zum Zug. Personalabbau und Lohndrückerei im öffentlichen Dienst. Streichung von Ausgaben in der Bildungspolitik, im sozialen Wohnungsbau etc. zugunsten von Investitionen (Subventionen) für die Kapitalisten.

Voraussetzung hierfür ist ebenfalls die Senkung der Kosten in den Betrieben (Friedrichs: „Die Notwendigkeit verstaatlichter Investitionen muß aber allgemein bei den künftigen einkommenspolitischen Entscheidungen berücksichtigt werden“, „Welt“, 28.6.). Mit einer fokussierten Rationalisierungspolitik - besonders auch in der Metallindustrie - „mit Kurzarbeit und Entlassungen wird die Kosten senken“, so liegt mittlerweile die Arbeitslosigkeit wesentlich höher, als in den öffentlichen Statistiken angegeben. Neben den 450 000 Arbeitslosen (Zahlen für Juni) sind nämlich bereits 125 000 ausländische Arbeiter entlassen, die in den offiziellen Angaben nicht enthalten sind, da sie die BRD verlassen mußten. Darüber hinaus gibt es 200 000 Kurzarbeiter (Zahlen nach „Welt am Sonntag“ vom 21.7.74). Die Arbeitslosenquote ist mittlerweile fast bei 3 % angelangt.

Entscheidende, über längere Zeit wirksame Kostenenkungen sollen die kommenden Lohnrunden bringen. Auch hier haben die Kapitalisten die volle Rückendeckung der Schmidt/Genscher-Regierung, die rechtzeitig in großer Koalition mit der CDU/CSU das Steuergerangel beendete zugunsten der „Jahreslöhnerreform“.

Diese „Reform“ der Besteuerung soll der wesentliche Hebel zur Senkung des Reallohns in den Tarifrunden werden. Das Vorgehen ist einfach und wirksam zugleich: Vortübergehende Steuersenkungen zum Jahresanfang 1975 bei vielen Arbeitern, sollen als Ersatz für weniger Lohnprozente erhalten. Das folgende Zitat ist dafür typisch: „Ebenso müssen bei einer Ausgabenerhöhung von 8 % die inneren Tarifhöhrungen im öffentlichen Dienst unter 8 % bleiben (hinzu kommen nämlich noch Strukturveränderungen und Mehrausgaben aufgrund der Arbeitszeitverkürzung). In Bonn glaubt man, solche Tarifhöhrungen mit dem Hinweis auf die verprozentigte Steuerentlastung durch die Durchschnittshaushalts durch die Steuerreform realisieren zu können.“ („Unternehmerbrief“ des BDI vom 4.7.).

Und an anderer Stelle: „Eine wesentliche Rolle für die Kosten- und Ertragsituation kommt sicherlich der nächsten Lohnrunde zu. Sie bietet die einzigartige Chance, durch Steuererleichterungen die reale Einkommenssituation der Arbeitnehmer zu verbessern und gleichzeitig durch verminderten Lohnkostendruck die Er-

tragslage in den Unternehmen zu stärken, ohne der Preisentwicklung neue Nahrung zu geben.“ („Unternehmerbrief“ vom 18.7.).

Was hier Verbesserung der „realen Einkommenssituation“ bedeutet, ist ein simpler Trick: Vortübergehende Steuererleichterungen, die mit jedem Mehr an Lohnprozentsatz schnell wieder aufgefressen sind (zur „Steuerreform“ vgl. AK 46), sollen die Lohnhöhrungen drücken. Dadurch sparen die Kapitalisten nach Schmidt's Angaben ca. dreizehn Milliarden DM an Lohnkosten, denn so hoch veranschlagt Schmidt die Summe, die sich aus den „Erleichterungen“ ergibt. Zum Jahresende 1975 spülten werden diese dreizehn Milliarden DM durch die Steuerprogression wieder aufgeholt. Man schlägt so zwei Fliegen mit einer Klappe: die Kapitalisten sparen Lohnkosten, die Steuereinnahmen werden ebenfalls nicht geringer. Zahlen muß nach diesen Plänen die Arbeiterklasse.

„Das Jahrhundertwerk der Steuerreform“ erweist sich als offensichtlich der Betrug der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse.

Bewährungsprobe von Kanzler Schmidt

Ein wesentlicher Grund des Scheiterns der Brandt-Regierung war die in den Augen der Kapitalistenklasse unzureichende „Mäßigung“ der Forderungen der Arbeiter. Von Helmut Schmidt und seinem „Gewerkschaftskabinett“ wird diese „Mäßigung“ erwartet. Die Einflußnahme der Bundesregierung auf die Gewerkschaften, die Verquickung von sozialdemokratischer Regierungspolitik und sozialdemokratischer Gewerkschaftsführung, darauf legt ein Teil der Hoffnungen der Kapitalistenklasse in den anstehenden Lohnrunden. Die Erklärung von DGB-Chef Oskar Vetter, es gebe „keine Differenzen“ zur Bundesregierung (vgl. AK 45, „Das Gewerkschaftskabinett“) war hoffnungsvoller Beginn.

Wenn dann der IGM-Vorsitzende Loderer in der ihm eigenen markigen Weise schreibt, „Die Grenze des Zumutbaren ist nun erreicht“ und sich gegen „die Verquickung tarif- und steuerpolitischer Fragen zur Wehr“ setzt („Metall“ 12, 11.6.74), so ist es natürlich kein Wunder, daß die reaktionäre Presse Zeter und Mordio schreit und als „Anschlag auf die Regierung“ wertet (Springer-Presse). Woher im Gegenzug Loderer entri-

Wobei im Gegenzug Loderer sofort dementiert: „Diesen Standpunkt aber, wie mehrfach geschehen, als Anschlag auf den neuen Bundeskanzler Schmidt zu werten, ist „bleicher Hohn“.“ („Frankf. Rundschau“ 26.6.74).

Der massive Versuch, die Reallohne in dieser Tarifrunde zu kürzen, hat erst begonnen. Der sozialdemokratischen Bundesregierung kommt dabei die Aufgabe zu, diese durchzusetzen. Die Tarifrunden Ende 1974/1975 sind für die Regierung Schmidt/Genscher die große Bewährungsprobe.

Die „unstrukturierten“ Äußerungen Loderers sind nur Ausdruck des Konflikts, in dem sich die Sozialdemokratie befindet bei der Erfüllung der Ziele der Kapitalistenklasse die Arbeiter an sich zu binden.

Hohe Forderungen in der Stahlindustrie

Dieser Konflikt spiegelt sich auch in den Gewerkschaften wieder. Der

Resolution der Vertrauensleute der Rheinstahl-Gießerei in Melderich

„Die Vertrauensleute begrüßen die Aufforderung der Großen Tarifkommission, die Tarifsituation für die Eisen- und Stahlindustrie in den Betrieben zu beraten. Wir stellen fest, daß seit dem letzten Tarifabschluß bereits eine permanente Diskussion in der Gesellschaft stattfindet.“

Diese Diskussion hat folgende Kernpunkte. Nach Berechnungen der Planungsgruppe Gesellschaftspolitik des Ministeriums für Soziales - Gesundheit und Sport in Rheinland-Pfalz gingen von der letzten Tariflohnhöhung 2 1/2 Prozent für zusätzliche Steuern 2 1/2 Prozent für zusätzliche Sozialabgaben und 7 1/2 Prozent für die erhöhte Inflationsrate verloren, d.h. die letzte Tariflohnhöhung von elf Prozent hat praktisch zu einer Reallohnsenkung geführt.

Demgegenüber steht eine extreme hohe Gewinnexplosion der Eisen- und Stahlindustrie. Nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaft stieg die Produktion in der Eisen- und Stahlindustrie 1973 gegenüber 1972 um 8,3 Millionen Tonnen. Unter Berücksichtigung einer leicht angestiegenen Belegschaftszahl bedeutet das eine Produktivitätssteigerung von 13,3 Prozent. Das Argument der Unternehmer von der gegangenen Rohstoff- und Personalsteigerung wird durch folgende Zahlen widerlegt. Laut „Handelsblatt“ vom 3. April 1974 sanken die Rohstoffkosten bei der Thyssen AG von 62,2 Prozent auf 60,8 Prozent im Jahre 1973. Im gleichen Zeitraum gingen die Personalkosten von 22,1 Prozent im Jahre 1972 auf 21,3 Prozent 1973 zurück.

Die durchgeführten Preiserhöhungen bei Eisen und Stahl 1973 waren einen nicht unbeträchtlichen Teil zu der guten Gewinnlage bei Allen im ersten Halbjahr 1974 wurden die Stahlpreise bereits um 3 Prozent erhöht. Auch darf nicht vergessen werden,

daß sich die Arbeitsproduktivität weiterhin erhöhen wird.

Die bis über das Ende des Jahres 1974 voraussehbare Nachfrage nach Eisen und Stahl garantiert eine Auslastung der Kapazität in diesem Industriezweig.

An diesen Tatsachen sei auch an der weiter steigenden Inflationsrate. Diese muß sich die diesjährige Lohnforderung orientieren. Sie darf nicht einer zweifelhafte Stabilitätspolitik wegen reduziert werden.

Die Lohn- und Gehaltsforderungen für die Tarifrunde 1974 müssen demnach sein: 80 Pfennig je Stunde + 105 DM je Monat mehr als Sozialbeitrag für alle Lohn- und Gehaltsgruppen, plus 10 Prozent mehr Lohn und Gehalt.

Einerseits kommen wir mit dieser Forderung den Kämpfen der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen entgegen, die Lohnhöhrungen nicht noch wesentlich größer werden zu lassen. Andererseits wird hiermit dem Vorgehen der oberen Lohn- und Gehaltsgruppen Rechnung getragen, eine möglichst hohe Auswertung der Tariflohnhöhung zu erzielen.

Wir sind der Meinung, daß diese Forderung als klare Lohn- und Gehaltsforderung herauszutreten ist und nicht mit notwendigen Forderungen zur Verbesserung des Mantelvertrages verwechselt werden darf. Es ist selbstverständlich, daß Verbesserungen des Mantelvertrages weiterhin anzustreben sind und aber das Durchsetzen solcher Verbesserungen darf nicht auf Kosten unbedingt notwendiger Lohn- und Gehaltssteigerungen gehen.

Wir fordern die IG Metall auf, in diesem Sinne den kommenden Lohnkampf vorzubereiten.“

(nach Westberliner „Extra-Dienst“, 30. Juli '74)

Klage gegen Gewerkschaftsausschlüsse bei Opel - Bochum

Im Frühjahr 1972 waren bei Opel - Bochum Betriebsratswahlen. Zu diesem Wahlkreis kandidierte außer der IGM-Beiratsliste unter Liste 2 die „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in der IGM“. Fünf Kandidaten dieser Liste wurden als Betriebsräte und als Ersatzbetriebsräte gewählt.

Daraufhin wurden drei Kollegen am 13.1.73 vom Vorstand der IGM ausgeschlossen, dies wurde am 14.12.1973 vom Beirat der IGM bestätigt. Gegen diesen Ausschluß haben die drei Kollegen inzwischen Klage erhoben.

Wie wir der Klageschrift entnehmen, war dem Ausschluß folgendes vorgegangen: Die Kandidatur auf der Liste der „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter“ war die Antwort auf die undemokratische Aufstellung der offiziellen IGM-Liste.

Dieses ging nicht, wie es bei der Wahl von Arbeitern selbstverständlich sein sollte, aus einer Diskussion mit den Kollegen und Gewerkschaftsmitgliedern hervor. Stattdessen hatten die alten Betriebsratsführer und der Wahlvorstand in einer „geschlossenen Versammlung“ weit außerhalb des Betriebes im IGM-Schulungszentrum Sprockhövel unter sich die 50 Kandidaten der IGM-Liste ausgewechselt. Das Ergebnis wurde dann einer Vertrauensleuteversammlung (ca. 400 Kollegen) zur Genehmigung vorgelegt. Eine Diskussion war selbst für die Vertrauensleute (geschweige denn für die einfachen Gewerkschaftsmitglieder) nicht mehr vorgesehen. Die BR-Führer legten die Liste vielmehr insgesamt im Block zur Abstimmung vor. Dieses Vorgehen wurde von einigen Kollegen in der Diskussion im Beirat sowie in Flugblättern scharf kritisiert.

Es wurde die oppositionelle Liste aufgestellt, da die IGM-Führer zu einer Korrektur ihres Vorgehens nicht bereit waren.

Das zeigte sich etwas später sehr deutlich darin, daß die noch ausstehende Betriebsversammlung, auf der die Zusammenfassung und das Zustandekommen der IGM-Liste hätte diskutiert werden können, vom Betriebsrat auf drei Tage (!) nach dem Schlusstermin für das Einreichen von Wahlvorschlägen angesetzt wurde.

Eine Änderung der offiziellen Wahlliste durch die Arbeiter im Betrieb war also nicht mehr möglich.

Dieses undemokratische Vorgehen stieß bei der Belegschaft auf relativ breite Ablehnung, was man aus dem Wahlergebn ablesen konnte: Die Liste „oppositioneller Gewerkschafter“ erhielt 1 949 Stimmen (von 14 500) und ging damit als zweitstärkste von elf Listen nach der IGM (8 283 Stimmen, 28 Sitze) aus der Wahl hervor.

Die IGM-Führer begründeten den Ausschluß der drei Kollegen mit der Kandidatur auf der oppositionellen Liste. Das ist aber nur ein Vorwand, es gab insgesamt elf Listen, auf denen teilweise auch IGM-Mitglieder kandidierten. Außer den drei Kollegen und einem weiteren spanischen Arbeiter, der auch auf der Liste „oppositioneller Gewerkschafter“ kandidiert hatte, mit niemandem deswegen aus der IGM rausgerufen. Die tatsächlichen Ausschlußgründe liegen in der von den Kollegen vorgebrachten Kritik am Betriebsrat. Damit zeigt sich auch dieser Ausschluß ein Teil der in letzter Zeit systematisch betriebenen Zerschlagung der sich herausbildenden innergewerkschaftlichen Opposition.

Genommen des IKAN (Arbeiterhilfe) Hamburg

BOESCH-HÜTTENWERKE, Dinslaken

50 Pfennig/Stunde zusätzlich/10 % Prämieklausele höchstens 9 Monate Laufzeit (diese Forderungen stellten die

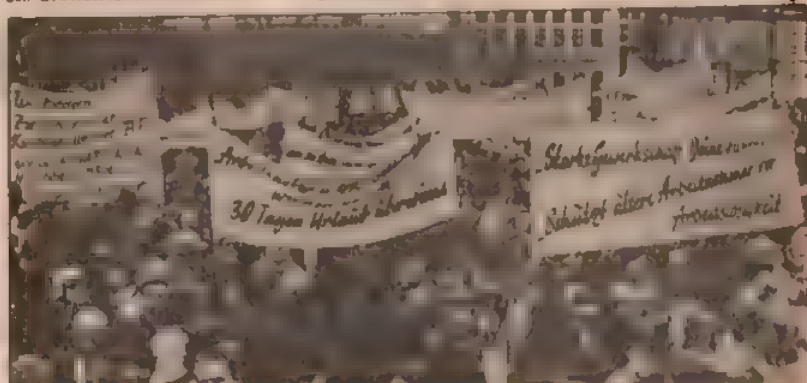
Vertrauensleute der Boesch-Maschinenbetriebe auf, um sie auf der Vollversammlung abzustimmen)

Die Kollegen der Rheinstahl-Gießerei in Melderich fordern „50 Pfennig je Stunde + 105 DM je Monat mehr als Sozialbeitrag für alle Lohn- und Gehaltsgruppen, plus 10 % mehr Lohn und Gehalt (plus Kosten)“.

An den Forderungen wird deutlich, daß die Lohnraubkampagne der Bourgeoisie bei den Arbeitern nicht in der gewünschten Weise verfangen hat.

Die Bourgeoisie wird gemeinsam mit den Gewerkschaftsführern gewaltige Anstrengungen unternehmen müssen, um die Forderungen der Stahlarbeiter auf „das rechte Maß“ zu reduzieren, um einen Lohnraubabschluß zu verwirklichen.

Es ist nicht auszuschließen, daß in den diesjährigen Lohnrunden der IG Metall die Stahlindustrie zum Zentrum kampferhebender Auseinandersetzungen gemacht wird zum ersten mal in der Geschichte der Stahlindustrie Verhandlungen in der BRD. Der Stahl



So war's im April 1974: Streikende Metallarbeiter versammelten sich vor dem Bremer Forchhaus

GEW nach Mainz: Das letzte Wort müssen die Mitglieder haben Teil 2

Wie bereits im letzten AK berichtet, vernichten die Führer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zur Zeit auf kaltem Wege noch bestehen die demokratischen Rechte innerhalb der GEW zu zerschlagen. Als Instrument dient ihnen dazu eine auf dem Bundeskongress der GEW Anfang Juni in Mainz verabschiedete Satzungsänderung. Da die Mehrheit der Delegierten dieses Kongresses nicht gewählt wurde, sondern aus regionalen Gewerkschaftsführern bestand, lieh sich selbst als Delegierte ernannt hatten konnten auf dem Kongress Beschlüsse nach dem Geschmack der Gewerkschaftsführer gefaßt werden, die den einzelnen Landesverbänden nicht ohne weiteres die Satzungsänderung aufzuzwingen 2/3 Mehrheit finden würden, so vor allem die obligatorische Einführung einer Vertreterversammlung als oberstes Organ in allen Landesverbänden (s. auch die Übertragung von Gewerkschaftsausschüssen auf Landesebene, „neutrale“ Schiedskommmissionen, mit denen Ausschüsse reibungslos gehandhabt werden können).

Der langfristige bedeutsame Punkt der neuen Bundesatzung aber ist die Abschaffung der Selbständigkeit der Landesverbände. Im neuen § 7 heißt es jetzt: „Alle Gliederungen der GEW sind die Landesverbände verpflichtet, die Satzungen einzuhalten und die Beschlüsse der GEW durchzuführen.“ Das un-demokratische Verfahren, mit dem die neue „Organisationsstruktur“ der GEW auf dem Mainzer Kongress durchgesetzt wurde, wird damit zum Prinzip innergewerkschaftlicher Arbeit überhaupt erklärt. Die „Willensbildung“ hat in Zukunft von oben nach unten zu erfolgen – die Basis wird nunmehr auch offiziell zum Befehlsempfänger der übergeordneten Gremien erklärt. Mit diesen Satzungsänderungen soll die GEW an das „normale“ DGB-Niveau angepaßt werden.

Bislang ist die GEW ein Kartell aus 11 Landesverbänden, d.h. „die Landesverbände der GEW sind nicht verfassungsmäßige Gliederungen einer für das gesamte Bundesgebiet zuständigen Zentrale, sondern selbständige und unabhängige Organisationen mit uneingeschränkter Zuständigkeit in den meisten verbandspolitischen und finanziellen Angelegenheiten, wozu auch der Erwerb der Mitgliedschaft gehört.“ (Kommission für eine Neustrukturierung der GEW, Drucksache 4 des Mainzer Kongresses.) Diese Organisationsstruktur entspricht der Tatsache, daß laut Grundgesetz ausschließlich die Bundesländer für das Schul- und Ausbildungswesen zuständig sind (Artikel 30, 70 und 74), in dem fast alle GEW-Mitglieder beschäftigt sind.

Die Begründung für die mit der neuen Satzung geplante Zentralisierung der GEW ist deshalb auch zu dürftig, um nicht den Verdacht zu wecken, da steckt etwas anderes dahinter. Bei dieser Tendenz zum Länderübergreifenden, zum Überregionalen (gemeint ist eine Tendenz zur bildungspolitischen Zentralisierung in der BRD) darf sich die Bundesorganisation nicht mehr allein auf Koordinierung beschränken, sondern sie muß in ihrer Struktur und in ihrer Organisationsform dieser Aufgaben wahrnehmen können. Ohne Satzungsreform (1) oder Satzungsbruch (11), „Erziehung und Wissenschaft“, 2/74).

Das Pudels Kern

Das Pudels Kern

Welche Aufgaben die GEW in Zukunft bundesweit „ohne Satzungsbruch“ tatsächlich wahrnehmen will, verrät der Hamburger GEW-Vorstand nach Verabschiedung der neuen Satzung in Mainz ganz unverheimlich. „Wenn die GEW ihre Handlungsmöglichkeiten voll verwirklichen will, so kann das nur geschehen, wenn sie ein Organisationsniveau besitzt, mit dem sie gewerkschaftsfeindliche Gruppen oder solche, die die GEW für ihre Zwecke einzusetzen wollen, in Schranken weisen kann, und wenn sie Mindestbedingungen einheitlichen Handelns gewährleisten kann.“ (D. Wunder in: „Die Mainzer Beschlüsse – Grundlage für eine erfolgreiche Weiterarbeit der GEW“, „HLZ“ 10/74).

Eigentlicher Zweck der Mainzer Beschlüsse – Abschaffung der Autonomie der Landesverbände, Abschaffung der Mitgliederversammlung in Hamburg, Einführung von Schiedskommmissionen etc. – ist also, mit Hilfe von organisatorischen Maßnahmen eine bessere Kontrolle über die Mitglieder zu erhalten, d.h. ihre noch vorhandenen demokratischen Rechte zu zerschlagen und sie gegebenenfalls aus der GEW zu schreiben und unter „Mindestbedingungen einheitlichen Handelns“ in einen Kartell strammenden Antikommunisten bei allen GEW-Mitgliedern zu verankern.

Auch in der Vergangenheit haben die GEW-Führer sich in Hamburg diesen politischen Kurs gefahren und, wie wir konnten, die Mitglieder für die gewerkschaftsfeindlichen Ziele eingesperrt, nur ging das eben nicht. Die Satzungsreform (1) oder Satzungsbruch (11) wie die GEW-Führung ja selbst bemerkt Gerade im letzten halben Jahr häuften sich in Hamburg diese Schweinereien (vgl. AK 39/40), nicht ohne Empörung und Widerstand bei den Mitgliedern auszuüben.

Mit der neuen Bundesatzung soll nun diese Praxis der Gewerkschaftsführer „legalisiert“ werden.

Für diese Entmündigung der Mitglieder und Formierung der Gewerkschaft würde der Vorstand keine Mehrheit unter den Mitgliedern finden. Der Hamburger Vorstand findet das auch aus eigener Erfahrung trotz

massiver antikomunistischer Hetze hat er es im April 73 nicht geschafft, mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit die Hauptversammlung zugunsten einer Vertreterversammlung zu liquidieren. Auch die ersten von ihm betriebenen Gewerkschaftsausschüsse haben die Mitglieder nicht bestätigt (vgl. AK 39).

GEW-Führer versuchen, Mitglieder übers Ohr zu hauen

Aus diesen Erfahrungen hat die Gewerkschaftsführung (zu Recht!) geschlossen, daß eine Formierung der GEW nicht mit Zustimmung der Mitglieder möglich ist, sondern daß zu diesem Zweck das Mittel des Betrugs, ja des Bruchs der bestehenden Satzungen notwendig ist. Dieser Teil des Manövers war der Mainzer Bundeskongress und die auf ihm durchgeführten Änderungen der Bundesatzung.

Der zweite Teil des Plans beginnt mit der Behauptung der Gewerkschaftsführer, die Mainzer Beschlüsse seien jetzt schon unmittelbar geltende Bestandteile der einzelnen Landesatzungen – die Mitglieder der einzelnen Landesverbände werden also vor angeblich „vollendete Tatsachen“ gestellt.

Suggestiv schreibt der Hamburger Landesvorstand: „Dieser § 7, der zum Moment (1) seiner Annahme in Mainz geltendes Satzungsrecht darstellt, bedeutet für Hamburg: seit Mainz gibt es keine Hauptversammlung mehr, wenn wir uns nicht selbst aus der GEW ausschließen wollen (1)“ („HLZ“ 10/74).

Hier wird schlichtweg gelogen: die Mainzer Beschlüsse sind nicht Satzungsrecht für die einzelnen Landesverbände, solange diese nicht nach in ihrer Satzung vorgeschriebenem Verfahren dem zugestimmt haben. Der Unterschied Landesverbände – Bundesorganisation wird hier einfach unterschlagen und der Akt der Abstimmung auf dem Kongress zum „Schicksalsschlag“ für die Hamburger Mitglieder gemacht.

Tatsächlich ist der Versuch der Landesverbände, über die Mainzer Beschlüsse die einzelnen Landesatzungen mit einem Strich zu ändern, ein klarer Bruch aller bestehenden GEW Satzungen. Denn nach bestehendem Recht können nur die einzelnen Landesverbände selbst ihre Satzungen ändern und sonst niemand. In Hamburg z.B. müssen laut Satzung 1/2 der bei der letzten Hauptversammlung (1) anwesenden Mitglieder einer Satzungsänderung zustimmen (§ 55 der Hamburger Satzung).

Diese Regelung entspricht noch am ehesten dem bürgerlichen Verstand, nach dem für Satzungsänderungen die Zustimmung von „dreiviertel (1) der erschienenen Mitglieder erforderlich“ ist (BGB § 33, 1). In den übrigen Landesverbänden ist das Recht jedes Mitglieds, unmittelbar über die Satzung mitzentscheiden, dadurch schon ausgehöhlt, daß nur 2/3 der jeweiligen Vertreterversammlung zur Satzungsänderung nötig sind.

Diese Verpflichtung, die Satzungsänderungen gemäß den in den einzelnen Landesverbänden vorgesehen Bestimmungen in der Vertreterversammlung bzw. Hauptversammlung zur Abstimmung zu stellen, wollen sich die GEW-Führer mit dem Hinweis auf die „vollendeten Tatsachen“ des Mainzer Kongress entziehen. Und so behaupten die GEW-Führer froh: „Hamburg seit Mainz ohne Hauptversammlung“ („HLZ“ 10/74).

Wir dennoch an dieser „Autorität“ zu zweifeln wagt, dem wird mit Gewerkschaftswachstums gedroht: „Wer jetzt alles daran setzt, die Mainzer Be-

schlüsse in Frage zu stellen, die umzuinterpretieren (11) und 1977 rückgängig zu machen, der lenkt die GEW in einer bildungspolitisch kritischen Situation von ihren Aufgaben ab.“ („HLZ“ 10/74). Wenn dieses „Argument“ nicht überzeugend ist!

Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie

Viele Kollegen, gerade unter den aktiveren, haben sofort nach Mainz begonnen, „das Beside aus der Sache zu machen“. Sie argumentieren, die Beschlüsse seien nun mal gefaßt ohne einen Gedanken über die Rechtmäßigkeit und Bedeutung dieser Beschlüsse und Bedeutung dieser Beschlüsse zu verlieren – und jetzt müsse man „im Rahmen der vorgegebenen Satzung möglichst viel an Demokratie herauszuholen. Häufig ist auch zu hören, wenn man nicht vor Mainz die Kraft gehabt habe, die neue Satzung zu verhindern, so müsse man sie jetzt halt akzeptieren. Bestenfalls könne man auf der nächsten Bundesvertreterversammlung 1977 die Satzung wieder ändern.

So ähnlich sich diese Kollegen auch um eine fortschrittliche Ausrichtung der GEW bemühen mögen, mit den angeführten Argumenten unterstützen sie objektiv das Vorgehen des Vorstands und schwächen den demokratischen Widerstand gegen die geplante Entmündigung der GEW-Basis.

Diese Kollegen haben zwar recht, wenn sie sofort versuchen, auf die „neue Satzung“ einfach zu nehmen. Zweifelslos ist es unbedingt erforderlich, mit den GEW-Führern fortzusetzen, um jeden Zentimeter bei der „Interpretation“ und Umsetzung der „neuen Satzung“ zu kämpfen.

Aber wir bezweifeln, daß dieser Kampf Erfolg hat, wenn man gleichzeitig widerstandlos bereit ist, die „Tatsachen“, die die Gewerkschaftsführer geschaffen haben anzuerkennen. Wenn nicht die Masse der Kollegen das wahre Ziel der Mainzer Beschlüsse und ihr völlig undemokratisches Zustandekommen erkennt, werden die demokratischen Kräfte in der GEW in der Auseinandersetzung um die Verwirklichung der neuen Satzung gegenüber dem Vorstand den Kürzeren ziehen.

Die Kollegen, die meinen, jetzt sei es zu spät, „man hätte vor Mainz“ vergessen, das es gerade die völlig undemokratische Taktik des Vorstands war, die Mitglieder in Mainz mit der neuen Satzung zu überfallen, und daß die Mitglieder sowieso kaum in Mainz vertreten waren: da die

des Vorstands war, die Mitglieder in Mainz mit der neuen Satzung zu überfallen, und daß die Mitglieder sowieso kaum in Mainz vertreten waren, da die Zusammensetzung des Kongresses vom Vorstand manipuliert war. Der ganze Coup war doch so angelegt, daß die Mitglieder erst mal keine Chance hatten, ihn zu verhindern. Wer aber daraus folgert, man dürfe jetzt nicht kämpfen, rechtfertigt damit nachträglich das Vorgehen des Vorstands und kriecht seinem „Legitimus“ auf den Leim.

Falsch gehen auch die „Realpolitiker“ unter den GEW-Kollegen, die meinen, es komme vor allem es darauf an, „möglichst viel an Demokratie aus der Satzungsentwicklung herauszuholen“. Zu diesen „Realpolitikern“ gehören wir zu erwarten auch die dem KBW nahestehenden Kollegen. Den Kampf um die Demokratie in der Gewerkschaft von vorn herein auf die faktische Frage wie kommen wir am besten mit der neuen Satzung aus“, zu beschränken, bedeutet Kapitulation vor den Realitäten des Vorstands.

Zudem ist es eine gefährliche Illusion anzunehmen, die Mitglieder könnten ein demokratisches Wahlverfahren z.B. für die in Mainz dekretierte „Delegiertenversammlung“ durchsetzen, wenn sie vorher gegen das un-demokratische Zustandekommen der „neuen Satzung“ nicht alle ihre Kräfte aufgeworfen haben. Umgekehrt wird auch Schluss daraus zu ziehen, daß die Mitglieder auf eine rechtliche Entscheidung über die Satzungsänderung bestehen und sie auch durchsetzen. d.h. also für Hamburg Abstimmung über alle Satzungsänderungen auf einer Hauptversammlung, umso eher werden es auch, falls sie sich für eine „Vertreterversammlung“ entscheiden, eine demokratische Zusammensetzung und ein ihren Interessen dienendes Wahlverfahren für diese Vertreterversammlung durchsetzen können.

Für illuzorien halten wir es auch, auf Zugeständnisse des Vorstands zu spekulieren, sozusagen im Tausch für ein „großartiges“ Überleben der Unversammlungen des Vorstands, Jede Politik, die auf solche „Zugeständnisse“ auf, wird nicht nur keinen Blumenglanz gewinnen, sondern es schwächt auch die Kampfkraft der demokratischen Kollegen. Jede Art

dieser Realpolitik, die nur „das Beste aus dem Bösen“ will, führt zu einer Niederlage in der Verwirklichung des Kräfteverhältnisses in der GEW.

Nicht verblüffen lassen!

Obwohl der Hamburger Landesvorstand eine offizielle Diskussion der Mainzer Beschlüsse bisher zu verhindern versucht hat, besteht offenbar ein starker Widerstand in der Mitgliedschaft gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie, konkret gegen die einfach befohlene „Durchführung“ der Mainzer Beschlüsse, so wie sie sich der Vorstand denkt. Das zeigte sich unerwartet deutlich auf der Vertrauensleuteversammlung vom 27.5. (vorletzter Schultag). Dort lagen mehrere Anträge von kreisvertrauensleutenkonferenzen auf Einberufung einer Satzungs-HV vor. Obwohl der Vorstand bereits erklärt hatte, er gebe keine Hauptversammlung mehr und er sei jetzt das allein beschließende Organ.

Alle Anträge wurden dann zugunsten eines Antrages eines Mitgliedes der Fachgruppe Hochschulen zurückgefochten. Es heißt da: „Die Vertrauensleuteversammlung der GEW Hamburg fordert den Vorstand auf, seinen Bericht vom 23.6.74 (mit dem der Vorstand sich selbst zur letztentscheidenden Instanz erklärt hatte – Ann. AK) unverzüglich zu revidieren und alle Schritte zu unterstützen, die von Organen der GEW Hamburg oder einzelnen Mitgliedern unternommen werden, um eine breite Meinungsbildung zu Satzungsfragen zu initiieren. Die Vertrauensleuteversammlung beantragt eine Hauptversammlung im Herbst dieses Jahres mit dem einzigen Tagesordnungspunkt Satzungsreform.“

Als klar wurde, daß dieser Antrag eine deutliche Mehrheit in der Vertrauensleuteversammlung finden würde, war der Vorstand schließlich betroffen über diese Einigkeit der demokratischen Kollegen. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als wieder einmal die „Notbremse“ zu ziehen mit Unterstützung der DGP-Provokateure Pit May (der hier gegen die Mehrheit seiner eigenen Parteigenossen agierte) zögerte er die Abstimmung solange hinaus, bis die Versammlung nicht mehr beschlußfähig war, da nach 22 Uhr nicht mehr abgestimmt werden darf. Über 80 Vertrauensleute forderten anschließend durch ihre Unterschrift eine neue Versammlung zum Thema „Mainz“.

Mittlerweile scheint sich sicher zu sein, daß Hamburger GEW-Mitglieder über eine Unterschriftenliste (es reichen laut Satzung 200) nicht nur eine Hauptversammlung zur Satzungsänderung einberufen und, falls notwendig, auch gänzlich gegen den Vorstand erzwingen werden.

Wir halten es für richtig und notwendig, daß die GEW-Mitglieder mit allen ihnen rechtmäßig zur Verfügung stehenden Mitteln darauf bestehen, daß ausschließlich auf einer Hauptversammlung darüber entschieden, ob und wie die Mainzer Beschlüsse Teil der Landesatzung werden oder nicht. Wir haben daher auch die bisherigen Schritte im Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie unterstützt.

Allerdings scheinen uns im bisherigen Vorgehen einige gefährliche Inkonsistenzen zu wirken. So haben wir in der Begründung des zuletzt antrags auf Einberufung einer Satzungs-Hauptversammlung. Nach dem Mainzer Antrag auf eine Anpassung (1) der Satzung des Landesverbandes Hamburg an die GEW Bundesatzung ergründet und an anderer Stelle „die Bereitschaft zu einer Satzungsreform ist von nahezu allen Gruppen (1) ausdrücklich erklärt worden. Sowohl die Fachgruppe Gymnasien als auch die Fachgruppe Hochschulen... haben der Einführung einer Vertreterversammlung grundsätzlich zugestimmt.“ Der Vorstand sollte auf dieser deutliche Kooperationsangebot eingehen.

Zum einen ist es nicht wahr, daß „nahezu alle Gruppen“ einer Vertreterversammlung zugestimmt hätten. Die Fachgruppe Gymnasien hat noch nie darüber diskutiert. Die Argumente, die die Linken vor einem Jahr gegen eine Delegiertenversammlung gebracht haben und bisher von niemandem widerlegt oder zurückgegriffen worden, waren also das einzige „Kommen“.

Wir halten es für falsch, so un-demokratisch gerade in der Frage einer Vertreterversammlung, die vor einem Jahr von den Mitgliedern abgelehnt wurde, der Entscheidung der Mitglieder auf einer Hauptversammlung auf diese Weise vorzugreifen.

Wenn dann noch einzulegen im Namen der „Anpassung“ an die Mainzer Beschlüsse, auch als eine „Anpassung“ an eine Politik der Unterdrückung der demokratischen Rechte der Mitglieder und der rechten Formierung der Gewerkschaft!

Welchen Sinn soll es haben, mit der Forderung nach einer Satzungs-Hauptversammlung auf demokratischen Rechten zu bestehen und gleichzeitig die Abschaffung dieser Rechte als notwendige Anpassung darzustellen? Mit diesen Argumenten verhindert man doch gerade die Mobilisierung der Mitglieder zur Teilnahme an der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung. Auch wenn man glaubt, daß nicht mehr drin ist als „Anpassung“, so ist es dennoch notwendig, den un-demokratischen Inhalt der neuen Satzungsbestimmungen und die brutale Machtpolitik, mit der sie durchgepeitscht werden sollen, anzugreifen. Andernfalls besteht überhaupt nicht die Chance, den Widerstand in der Mitgliedschaft gegen die gegenwärtig praktizierte Gewerkschaftspolitik soweit zu entwickeln, daß sich das Kräfteverhältnis einmal entscheidend ändert.

Hauptversammlung oder Vertreterversammlung?

Das opportunistische Einweichen mancher fortschrittlicher Kollegen auf den Vorstandskurs in der Frage einer Vertreterversammlung macht eine Diskussion dieser Frage keineswegs überflüssig!

Wir sehen nirgends ein Argument, das überzeugend für die Abschaffung der Hauptversammlung spricht. Wenn GEW-Vorstände Frister die Hauptversammlung als „undemokratisch“ diffamiert, weil dort ja nur die „aktiven“ Kollegen ihre Mitgliedsrechte wahrnehmen, so scheint uns das gerade für die Hauptversammlung und die mit ihr gegebene Möglichkeit, die Basis zu mobilisieren, zu sprechen. Eine von der Basis abgehobene Funktions-„demokratie“ wird selbst dann nicht besser, wenn in ihre Linke die Mehrheit haben – worauf einige Kol-

Hauptversammlung oder Vertreterversammlung?

legen annehmend spekulieren!

Zum stillschweigenden Fallnamen der Hauptversammlung haben sicherlich die schlechten Erfahrungen auf Hauptversammlungen im letzten Jahr beigetragen. Hier geht offensichtlich die Rechnung des Vorstands auf, der diese Hauptversammlungen durch systematische Provokationen chaotisiert hat, um so „beweisen“ wie schlecht die Hauptversammlung funktioniert. Es ist aber eine Illusion, mit besseren Erfahrungen auf einer Vertreterversammlung zu rechnen, zumindest bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis in der Gewerkschaft.

Wenn sowohl die Gewerkschaftsführer als auch einige Linke in der GEW sich von der Vertreterversammlung politische Vorteile versprechen, dann ist offensichtlich eine der beiden Kalkulationen falsch und geht nicht von den Realitäten aus. Wir vermuten stark, daß die GEW-Basis realistisch ist!

Die Bedingungen für ein Durchbrechen des Plans der Gewerkschaftsführer scheinen uns in Hamburg am günstigsten zu sein, die Unrechtmäßigkeit des Vorstandsbeschlusses vom 25.6. – die Hauptversammlung für nicht mehr existent und gleichzeitig den Vorstand voll allein handlungsfähig zu erklären – liegt auf der Hand. In seiner Unversammlbarkeit hat hier der Hamburger Vorstand also sehr auf jeden Anchein der Rechtmäßigkeit verzichtet und pure Machtpolitik demonstriert. Allerdings müssen die Mitglieder auf der Feststellung dieser Unrechtmäßigkeit bestehen, wenn alleine werden sie ihre Rechte nicht erhalten.

Wir meinen, daß ausgehend von Hamburg tatsächlich die Chance besteht, der gesamten GEW die Mainzer Beschlüsse zu Fall zu bringen. Das würde eine reale Demokratisierung des innergewerkschaftlichen Lebens bedeuten. Dieses Ziel scheint uns unbedingt den Versuch wert zu sein.

Einblick in die Diskussion des KB/Gruppe Hamburg



Göttingen/Holtenauer Berg:

Ein Beispiel für den „sozialen Wohnungsbau“ im Kapitalismus

In den letzten Jahren – besonders 1973 – hat sich die Wohnungssituation der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung mit niedrigem Einkommen weiter verschlechtert, auf der einen Seite werden billige verkehrsgünstig gelegene Altbauwohnungen „weggekauft“, um Büros, Geschäfte oder Eigentumswohnungen Platz zu machen. In Göttingen z.B. haben wir statt Wohnungen jetzt Hotels und die Gothaer Versicherungen in der Innenstadt, damit Göttingen zu einer „Einkaufsmetropole in Südniedersachsen“ wird. Auf der anderen Seite werden kaum noch Sozialwohnungen gebaut wegen Kürzung der öffentlichen Mittel bei einem enormen Anstieg der Bau- und Bodenpreise. Die Mieten im sozialen Wohnungsbau aber steigen immer mehr, mittlerweile müssen viele Arbeiter schon die Hälfte des Lohns für Miete ausgeben. Dann liegen diese Neubaugelände meistens verkehrsunfähig am Stadtrand, soziale Einrichtungen (wie Kindergärten, Jugendzentren, Altenreffpunkte, Krankenhäuser usw.) fehlen, und die Bewohner haben oft jahrelang unter Baudeck und Baulärm zu leiden. Unter diesen Bedingungen sind in vielen Städten Mieterinitiativen entstanden, die angefangen haben, einen Abwehrkampf gegen die dauernde Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zu führen. In den meisten Fällen ist es jedoch gelungen, diesen Mieterbewegungen die Spitze zu brechen durch Einhalten in Verhandlungen mit der Stadtverwaltung, den Wohnungsbauverwaltungen und den Parteien oder durch kleine Zugeständnisse. Dort, wo das nicht mehr gelang und die Bewegung gegen Wohnungsmisstand und Wohnraumverknappung relativ breit ist wie z.B. in Frankfurt/Main (s. K. 42), vereinen sich Stadt-Blockräte, bürgerliche Parteien und Polizei, die fortschrittlichen Kräfte durch ideologische Hetze in den bürgerlichen Zeitungen zu isolieren und die Bewegung brutal zu zerschlagen. Durch Demonstrieren und Anbahnung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes soll von vornherein verhindert werden, daß die Arbeiterklasse daran geht, im allgemeinen öffentlichen Bereich den Kampf gegen die Kapitalistenklasse aufzunehmen.

Die Lage der Mieter auf dem Holtenauer Berg

Der Holtenauer Berg, eine Siedlung im Sozialen Wohnungsbau, ca. 5 km von der Stadtmitte entfernt, wurde ab 1967 bebaut – großteils als „Demonstrationsbauvorhaben des Bundesministers für Raumordnung und Städtebau“ angekündigt. Die Bauleitung hatte die „Niedersächsische Heimstätte“, Bauherr war die Städtische Wohnungsbau GmbH Göttingen, eine städtische „gemeinnützige“ Wohnungsbau-Gesellschaft, und die „Volkshäuser“.

Von Anfang an war die Unruhe unter den Mietern sehr groß wegen Baudeck und Baulärm, wegen fehlender Kindergärten (erst seit 1973/74 gibt es zwei) und schlechter Spielplätze, und weil es zunächst kein Einkaufszentrum gab. Außerdem liegt die Siedlung ziemlich dicht an der Autobahn Hannover-Kassel und seit Herbst 1973 ist der neue Autobahnzubringer eröffnet, der direkt (in 5 m Abstand) an den ersten Häuserblocks der Europaplatz vorbeiführt. Der Lärm ist unerträglich, die Wohnungen haben nicht einmal Doppelfenster. Im April 1974 ist zwar ein 3 m hoher Erdwall direkt vor den Häusern aufgeschüttet worden, aber der bringt natürlich keinen Lärmschutz.

Jetzt streiten sich die NILEG (ehemals Niedersächsische Heimstätte) und die Stadt darum, wer Schuld an dieser Fehlsituation hat und den notwendigen Lärmschutz bezahlen soll. Vor allem aber die Mieten im „sozialen“ Wohnungsbau machen fast allen Mietern stark zu schaffen. Seit 1969 haben sie sich schon viermal erhöht. Mittlerweile kostet eine 4-Zimmerwohnung von 86 qm DM 471,- mit Heizung (1968 noch DM 355,-). (In den Großstädten sind die Mieten zwar noch höher, aber in Göttingen sind die Löhne auch niedriger.) Die meisten Mieter sagen, das sei doch nicht mehr „sozial“. Dagegen argumentieren die Stadt und die Städtische Wohnungsbau mit der „Kostenmiete“. Es gibt keine festen Richtsätze mehr für die Mieten, sondern sie richten sich nach den Bau- und Instandhaltungskosten. Jede Erhöhung – vor allem die Erhöhung der Hypothekenzinsen durch die Banken – wird auf die Mieter abgewälzt. Der „soziale“ Wohnungsbau dient also dazu, die Profite der Bankkapitalisten und Banken zu sichern und schließlich bedeutet die „Kostenmiete“ durchwegs, daß die Wohnungsbauwirtschaft keinen Profit macht. Bausubstanz freigelegt, daß sie nur 4% Gewinn ausbilden darf während der restliche Gewinn nur investiert werden darf.

Der Profit ist verteilt auf Kosten wie „Mietensparmaßnahmen“, „Instandhaltungskosten“ usw. Die Städt. Wohnungsbau hatte 1972 Rücklagen und Rückstellungen von ca. 4 Mio DM und es hat beinahe keine in Göttingen-Gleimlar 24 Eigentumswohnungen gebaut. Wovon wohnt?

Die Neue Heimat ist immerhin



untersucht werden und dabei besonders die Politik der „Göttinger Betriebszeitung“ (eine kommunistische Gruppe, die inzwischen vom KBW gehört) und unser eigenes zaghafte, unschlüssiges Herangehen kritisiert werden.

Von uns aus wurde bis vor kurzem keine selbständige Stadtteilarbeit (Verkauf des ARBEITERKAMPF, eigene Untersuchungsarbeit) am Holtenauer Berg gemacht. Auch die GBZ beschränkte sich fast nur auf eine Arbeit im Mieterkreis. Der Mieterkreis selbst versuchte in der Hauptsache, über die Organisation von Mieterversammlungen und durch Flugblätter ein gemeinsames Vorgehen gegen die dauernden Mieterhöhungen zu erreichen.

Der offene Brief

Ausgangspunkt für die Gründung des Mieterkreises war die erste Mieterhöhung vom 3.4.1973, die mit der Erhöhung der Hypothekenzinsen durch die Städtische Sparkasse, Erhöhung der Betriebskosten und Erhöhung der Wasserpreise durch die Stadtwerke begründet wurde. Das waren bei einer 4-Zimmerwohnung z.B. DM 25,-. Die „Göttinger Betriebszeitung“ (GBZ) rief in einem Extraflugblatt dazu auf, sich diese Mieterhöhung nicht mehr gefallen zu lassen, eine Versammlung einzuberufen und ein Aktionskomitee zu gründen. Einige Mieter (Arbeiter, Angestellte, Studenten) zeigten sich daraufhin mit der GBZ zusammen und schrieben ein Flugblatt, auf dem die Mieterhöhung für unberechtigt erklärt wird und die Mieter befragt werden, ob sie mit der Mieterhöhung einverstanden sind. Der größte Teil der Mieter der städtischen Wohnungsbau war nicht einverstanden mit der Erhöhung. Der Mieterkreis rief zu einer Vollversammlung auf, zu der ca. 75 Mieter kamen. Dort wurden folgende Forderungen aufgestellt:

1. sofortiger Mietstopp, keine weiteren Mieterhöhungen mehr;
2. sofortige Aufhebung der 5- und 15-Jahresklausel im Mietvertrag;
3. mehr Sozialwohnungen;
4. nicht eine Kostenmiete, sondern eine Miete, die sich nach dem Einkommen richtet, ist sozial;
5. Wahl eines Mieterrates, der die tatsächliche Interessenvertretung der Mieter ist. Der Mieterrat muß sich eine eigene Satzung geben können;
6. als Nebenforderungen wurden aufgestellt: mehr soziale Einrichtungen z.B. Aufstellen von Ruhebänken für ältere Leute, mehr und qualitativ bessere Kinderspielplätze.

Überdachte der Bushaltestelle. Es wurde beschlossen einen offenen Brief an die Städtische Wohnungsbau, das Sozialministerium und die Parteien zu schreiben, der von möglichst vielen Mietern des Holtenauer Berges unterschrieben ist, und einen Infostand am Holtenauer Berg zu machen. Gleichzeitig wurde der Mieterkreis um mehrere Mieter erweitert und von der Vollversammlung wurde aufgefördert, den offenen Brief zu formulieren und den Infostand zu errichten. Die Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Die Unterschriftensammlung hatte einen großen Erfolg, von den 683 Mietern des Holtenauer Berges unterschrieben ca. 500 den offenen Brief. Aber die Arbeit mit dem offenen Brief lebte. Es reicht ja nicht, Forderungen an die Wohnungsbau und die Parteien zu stellen, die von 500 Mietern unterstützt werden, sondern es kommt gerade darauf an, an den Interessen der Mieter eine breite politische Diskussion über die Ursachen der dauernden Mieterhöhungen, die Funktion des „sozialen“ Wohnungsbaus und die

Politik der bürgerlichen Parteien zu entwickeln. In diesen Fragen im Mieterkreis und unter den Mietern politische Klarheit zu schaffen, wäre insbesondere die Aufgabe der Kommunisten gewesen, auch gegenüber der Angst einiger Mieter, der Mieterkreis könnte „zu politisch“ werden und sich damit isolieren. Dagegen hätten wir anhand der Erfahrungen mit dem offenen Brief zeigen müssen, daß unser Gegner (die Wohnungsbau, der Rat, die Parteien) Politik machen, und zwar gegen die Mieter, und daß die Isolation zu einer Mieterinitiative nur durch Information über jeden kleinen Schritt, durch eine breite Einbeziehung der Mieter in die Arbeit und die Initiierung von Hausversammlungen, Gespräche mit den Nachbarn usw. zu überwinden ist.

Wie die SPD die Interessen der Mieter vertritt

Die Wohnungsbau antwortete auf den offenen Brief mit dem lapidaren Hinweis, daß die Mieten durch das Wohngeld im wesentlichen „einkommensgerecht“ seien. (Ein Lohn bei den niedrigen Wohngeldmieten, abgesehen davon, daß das Wohngeld eine Profitsicherung für die Hausbesitzer ist).

Die SPD lehnte die Forderung nach einkommensgerechter Miete rundweg ab, bot aber ein Gespräch mit dem Mieterkreis über „Mildbestimmung“ an. Der Mieterkreis soll ein „Modell für Mieternormbestimmung“ entwickeln und sich daran halten. Diese Taktik der SPD zu enttönen, wäre Aufgabe der Kommunisten gewesen.

Im Mieterkreis selbst herrschte ziemlich die Hilfllosigkeit. Es wurde hin und her diskutiert wie können wir mehr Mieter ansprechen? In jedem Flugblatt stöhnte Appelle wie: „Gemeinsam sind wir stark“, „nur wenn wir weiterhin zusammenhalten, können wir etwas erreichen.“ Die spontane Bewegung unter den Mietern ging aber schon wieder zurück, auf der zweiten Mieterversammlung waren noch 50 Mieter.

Nach einer kontroversen Diskussion stimmte der Mieterkreis dem Gespräch mit der SPD zu – allerdings nur offen vor den Mietern und über die Forderungen des offenen Briefes. Es zeigte sich, daß der Mieterkreis keine einheitliche politische Perspektive entwickelt hatte. Natürlich sind die politischen Vorstellungen in so einem Gremium sehr unterschiedlich, deshalb muß eine offene Auseinandersetzung an den Problemen und die politischen Vorstellungen in so einem Gremium sehr unterschiedlich, deshalb muß eine offene Auseinandersetzung an den Problemen der Mieter geführt werden und vor allem der Standpunkt der Arbeiterklasse zum Ausdruck gebracht werden, in diesem Fall über die Einschätzung der SPD. Wenn man aber wie die GBZ auf eigenständige Agitation und Propaganda verzichtet, leistet man entweder eine vollkommen abstrakte Kritik oder weicht opportunistisch zurück – aus Angst sich zu isolieren. Die Folgen können klare politische Vorbereitung der Diskussion, lediglich Sammlung von Einzelargumenten. Die SPD kam natürlich mit ihren Sachverhaltungen wie „Kostenmiete“ und versuchte die Mieter durch eine akademische Diskussion über volkswirtschaftliche Probleme einzuschleichen. Ihre besondere Taktik war die, jede Frage aus dem politischen Zusammenhang zu reißen, als Einzelproblem darzustellen und den Mieter zu isolieren.

Schließlich entlarvte sich die SPD allerdings selbst, als Ratsherren Kohl sagte, eine am Einkommen des Hauptverdieners orientierte Miete sei ungerecht, denn würden die Familien, wo alle Familienmitglieder arbeiten, trotz der hohen Familieneinkommen eine niedrige Miete bezahlen. Dazu brachte er folgende Zahlenbeispiele: daß der Mann 2000 DM verdiente, die Frau 1500 DM. Daraufhin brach natürlich ein Sturm der Empörung los. Sie wollten sich mal als melden, die sozial verdienten, woher Herr Kohlmann denn eine Beispiele nahm usw. Ein weiteres Beispiel arbeitgeberfeindlicher Unverschämtheit war die Behauptung, die Frauen würden nicht wegen der hohen Miete arbeiten gehen, sondern weil sie sich emancipieren wollten oder zu Hause nichts zu tun hätten. Diese Selbstentlarvung der SPD haben wir aber nicht aufgegriffen, um die Reformversprechen der SPD zu entlarven.

und den Zusammenhang zu ihrer Politik gegen die Arbeiterklasse aufzuzeigen. Die GBZ hat die Mieterversammlung nachträglich sogar in einen Sieg umgemünzt, Nr. 44 „Holtenauer Berg-Mieter entlarven SPD-Stadtteil“. Der ganze Bericht geht auf die Schwierigkeit der Arbeit überhaupt nicht ein, sondern betreibt Jubelpolitik. Besonders bezeichnend ist die Selbstentwertung des Mieterkreises. „Der Mieterkreis hat den Kampf der Mieter gut organisiert, er hat 3 Mieterversammlungen abgehalten. Er hat den Unmut der Mieter in einem offenen Brief mit 6 Forderungen zum Ausdruck gebracht, der von fast allen Mietern unterschrieben ist und vor allem: er informiert die Mieter dauernd über seine Arbeit und macht ihnen immer wieder klar, daß nur durch gemeinsamen Kampf etwas zu erreichen ist. Weil er nicht losgelöst von den Mietern arbeitet, wird er auch von ihnen unterstützt. Die Mieter selbst verteilten Flugblätter und helfen bei der technischen Arbeit. Allerdings dürfen sie sich jetzt nicht einschließen lassen von den schönen Worten von Herbert Rössig und den SPD-Stadträten.“ Hier zeigt sich der Ökonomismus der GBZ hapern. Anzeichen der spontanen Bewegung, keine Einschätzung der konkreten Bedingungen, Hauptsache, es wird was gemacht, dann klappt schon. Schließlich verschleierte die GBZ völlig, daß der Mieterkreis meistens stellvertretend gehandelt hat und sich eben nicht auf die Mieter gestützt hat.

Die Politik der „Wohnungsbau“: Mieter spielen – Mieter isolieren

Die Städtische Wohnungsbau hat von Anfang an versucht, die Arbeit des Mieterkreises zu verhindern. Sie ließ besonders unter den alten Leuten verbreiten, daß Leute, die im Mieterkreis mitarbeiten aus den Wohnungen fliegen. Als der Mieterkreis in der Wohnung der Kirchgemeinde zweimal in der Woche Mietergespräche abhielt, drohte sie mit der Kirche mit Kündigung wegen „Untervermietung“. Auch der Bauwagen, den der Mieterkreis sich dann als Kontaktbüro beschafft hatte, wurde mit der Begründung, daß er auf dem Bau gebraucht würde, von der Baufirma weggeschafft. Er stand dann wochenlang unbenutzt herum. Schließlich schickte die Wohnungsbau am 12.7.73 einen Rundbrief an alle Mieter, in dem sie dem Mieterkreis Lügen, Unterstellungen und falsches Zahlenmaterial vorwarf. Durch „Argumente“, wie, daß das Institut für Bauforschung sei zur Überwachung eingeschaltet gewesen, wurde das Institut für Bauforschung sei zur Überwachung eingeschaltet gewesen und die Baukosten seien durch öffentliche Ausschreibungen ermittelt worden, versuchte sie die Taktik zu verschleiern, daß die Städtische Wohnungsbau über die „Kostenmiete“ die Profite der Bankkapitalisten mitfinanziert hat. Erst auf diesen Brief antwortete der Mieterkreis öffentlich, und kennzeichnete den Rundbrief der Wohnungsbau als Spaltungsversuch. Gegen alle anderen Angriffe der Wohnungsbau aber hatte der Mieterkreis nicht unternommen. In einer Kritik an der Arbeit des Mieterkreises wurde auszuweisen erkannt, daß zu einer Verbreiterung der Basis notwendig ist, stärker an die Mieter heranzuführen, z.B. über Hausversammlungen und Gespräche mit den Nachbarn. Dieser Ansatz wurde nicht konsequent genug vorangeführt, so daß die Resignation über die Zersplitterung der Mieter sich durchsetzte. Hier zeigt sich wieder, daß es falsch ist, sich als Kommunist auf eine Arbeit im Mieterkreis zu beschränken. Dadurch haben wir viele Mieter nicht erreicht und konnten die Lage der Mieter nur über die Teilnahme des Mieterkreises einschätzen.

Auch andere richtige Ansätze in der Arbeit des Mieterkreises wie eine Informationsveranstaltung zum neuen Wohngeldgesetz wurden nur halbherzig engagiert und standen nicht im Zusammenhang einer kontinuierlichen Arbeit.

Die Erpressung der Ölkonzerne und die Heizkostenenerhöhung

Einen neuen Aufschwung nahm die Arbeit des Mieterkreises im November 73, als die Städtische Wohnungsbau die Erpressung der Ölkonzerne zum Anlaß nahm, eine Heizkostenenerhöhung um bis zu 50% auszurollen, gegen die sie zu 80% mit Gas

heilmittel (eine andere Wohnungsgemeinschaft auf dem HB) machen mit. Sie sollten sogar 100% mehr Heizkosten bezahlen.

Diese Aktion der Mieter wurde also etwas klarer und konkreter durchgeführt als die Arbeit mit dem Offenen Brief.

Zeitweise kamen auch neue Mieter zum Mieterkreis. Diese positiven Ansätze – wie z.B. die Einbeziehung von anderen Mietern in die Arbeit – vorführen allerdings zu einer Überschätzung der eigenen Kräfte und einer Unterschätzung der Wohnungsbau. Diese reagierte prompt mit einem Rundschreiben an alle Mieter, die die Einzugsermächtigung zurückgezogen hatten. Darin behauptete es, daß etliche Mieter die Unterschrift unter falschen Voraussetzungen gegeben hätten, daß die Unterschrift ohne die Angabe der EDV Nummer ungültig sei usw. Das Ziel der Wohnungsbau ist klar, die Mieter spalten. Jede noch so schwache Bewegung im Keim ersticken. Die Taktik die Mieter individuell vernichten, durch Lügen, Vorwürfen, unklare Formulierungen. Der Mieterkreis antwortete nur mit einem kurzen unklaren Flugblatt, in dem gesagt wurde, daß die Wohnungsbau spalten will und daß die Unterschriften trotzdem gilt. Die politische Bedeutung dieses Angriffes war also nicht klar, hier haben besonders die Kommunisten ihre Aufgabe nicht wahrgenommen. Es wäre notwendig gewesen aufzuzeigen, daß es sich um eine vorübergehende Maßnahme der Wohnungsbau handelt und nicht um eine Reaktion der Schwäche (wie ein Genosse der GBZ meinte), und den Zusammenhang zu den anderen Spaltungsversuchen der Wohnungsbau herzustellen. Zweitens hätten wir zu allen Mietern noch einmal hingehen müssen, über dieses Spaltungsmanöver diskutieren und klarstellen, daß die Kündigung der Einzugsermächtigung nach wie vor gilt. Die Folgen dieses falschen Vorgehens waren wie der Resignation, die Entschlossenheit war verpufft. Das wurde unterstützt dadurch, daß die Wohnungsbau die Erhöhung der Heizkostenpauschale vorläufig zurückzog, um

die Erhöhung der Heizkosten erst am Ende des Jahres abzurechnen. Die Heizkosten erhöhen sich also trotzdem, nur nicht sofort. Das ist kein Erfolg der Mieter, wie die GBZ in der „KVG“-Ordnung schreibt, sondern eine bewußte Taktik der Wohnungsbau, zur Verhinderung des Kampfes gegen die Heizkostenerhöhung.

Die bisher letzte Aktion des Mieterkreises mit Vertretern der Wohnungsbau, auf der eine Offenlegung der Heizkostenkalkulation verlangt wurde, ging von falschen Voraussetzungen aus, in einer Situation der Schwäche ohne breite Vorbereitung. Führt eine solche Versammlung nur zur Isolation der fortschrittlichen Kräfte und verstärkt im Endeffekt die Resignation noch. Genau das war der Fall.

Die selbständige Agitation und Propaganda im Stadtteil entwickeln

Was sich in der gesamten Arbeit des Mieterkreises gezeigt hat, ist die mangelnde Klarheit über die Bedingungen im Stadtteil heute, eine falsche Einschätzung des Kräfteverhältnisses. Die Arbeit war dementsprechend spontan und aktionslos und führte zu Hilflosigkeit gegenüber den tatsächlichen Aufgaben. Die Schaffung politischer Klarheit an jedem kleinen Beispiel wurde vernachlässigt und eine geduldige langwierige Überzeugungsarbeit in einzelnen Gesprächen und in Mieterversammlungen zur Überwindung der Zersplitterung wurde gar nicht erst begonnen.

Alle grundsätzlich richtigen Ansätze wie z.B. der Offene Brief oder die Kündigung der Einzugsermächtigung, wurden nicht weitergeführt, sondern endeten in Resignation, weil der Mieterkreis stellvertretend handelte und sich nicht in jeder Frage auf die Mieter stützte. Gerade die Kommunisten haben ihre Aufgaben hier nicht wahrgenommen. Die GBZ hat eine ökonomistische Politik gemacht und die spontane Bewegung

hochgejubelt (Womit sie konsequent beim KBW gelandet ist.) Die Arbeit der KAG im Mieterkreis beschränkte sich auf ein individuelles Anhängen an die GBZ. Wir leisteten zwar ab und zu eine interne Kritik an der GBZ, die hatte aber natürlich keine Auswirkungen. Von einer selbständigen Arbeit des KAG auch nur im Mieterkreis kann also gar nicht die Rede sein. Der öffentlichen Auseinandersetzung mit der GBZ wurde damit völlig ausgewichen und letzten Endes die Fehler der GBZ noch verstärkt. Vor allem aber die direkte Agitation und Propaganda mit dem ANBITERKAMPF zur alleinigen Stärkung des politischen Bewusstseins an allen Fragen des Klassenkampfes wurde von uns vollkommen vernachlässigt. Nur dadurch aber können wir es schaffen, auch nur einige der fortschrittlichsten Mieter zu gewinnen und von daher als Fundament zu schaffen für kommende Auseinandersetzungen und für eine selbständige Untersuchungsarbeit.

Redaktionsile Anmerkung

Wir können uns nicht mit allen Aussagen dieses Artikels unserer Göttinger Genossen identifizieren. Die Entwicklung der Mieterkämpfe am „Holtenser Berg“ in Göttingen ist u.E. relativ weit entwickelt (verglichen mit der Entwicklung anderer Städte, was sicher nicht ganz unabhängig von der Arbeit der Gruppe „Göttinger Betriebszeitung“ (GBZ, jetzt im KBW) zu sehen ist. Hier ist auch mal Anerkennung angebracht, statt einseitiger Nörgel, auch wenn es sich dabei um eine politische Gruppierung handelt, mit der wir in den meisten Fragen nicht gerade einig gehen. Wir sollten gerade nicht in die Position hineinschlüpfen, „kein gutes Haar“ an anderen linken Gruppen zu lassen. Das ist unglücklich, insbesondere in einer Situation wie hier: in der wir selbst noch nichts Rechtes ausgedacht haben.

Im Einzelnen: Wir meinen, daß es durchaus berechtigt ist, von einem „Erfolg“ bezüglich der Mieterbewegung zu sprechen, bzw. geht aus dem Artikel selbst nicht hervor, inwieweit

die GBZ „in Euphorismus gemacht“ übertrieben hat. Sicher ist richtig, daß die GBZ seit alterher einer Unkonziliationspolitik folgte, „kooptierte“ und von diesem auch gern als ein Musterbeispiel „konkreter Arbeit“ dargestellt wurde – vgl. Brief Nr. 11, daß diese Politik geprägt war vom „Bajubeln“ spontaner Bewegungen, rein ökonomischen Streiks, und andererseits durch die Unterdrückung militanter Bewusstseins, durch Herabsetzung des Klassenbewusstseins gekennzeichnet war und daß demzufolge auch konsequent die GBZ auch schließlich beim KBW gelandet ist. Doch darf unsere Kritik an dieser spontaneistischen und ökonomistischen Politik nicht darin bestehen, gewisse Aufwüchse zu „löschen“ und nur die Mängel zu sehen etc.

Falsch ist es u.E. auch, das teilweise Abbau der Mieterbewegung mit politischen „Fehlern“ der GBZ zu begründen. Das Aufklappen und Abdecken der Köpfe und Proteste liegt gewissermaßen in der Natur spontaner Protestbewegungen. Es ist eine Illusion, zu hoffen, daß es uns (der KAG) zukünftig gelingen wird, hierbei kurzfristig Wesentliches zu ändern.

Es ist bekannt, daß der KBW seine „Massenarbeit durch allgemeine Aufrufe „an die Bevölkerung“, durch Bezeichnung „aller Menschen“, durch „breite Aktionsknotenpunkte der Massen“ etc. pp. und das alles in scharfer und gewollter Abgrenzung zu jeder klassenmäßigen Politik, kommunistischen Propaganda usw. betreibt. Diesem in der „Marke des Jedermann“ vom KBW so verstandenen „demokratischen Kampf“ können wir nicht dadurch bezeugen, daß wir den Genossen ihren „kommunistischen Anspruch“ um die Ohren schlagen (Devise: hier hätte die GBZ doch das oder das tun müssen, schließlich sind die Kommunisten), sondern indem wir selbst solide kommunistische Massen- und Propagandaarbeit in der Praxis leisten.

AK-Redaktion

In Bremerhaven und Bremen ändern Schüler an den Grund- und Hauptschulen „enger zusammenrücken“. So umschrieb die „Nordsee-Zeitung“ den Plan des Bremer Bildungsensors Moritz Thape (SPD), die Klassenfrequenzen an diesen Schulen auf die von der „Kultusministerkonferenz“ festgelegte „Mebzahl“ von 33 Schülern je Klasse „auszufahren“. Als Ziel dieser Maßnahme wird von den bürgerlichen Bildungspolitikern die Behebung des akuten Lehrermangels in diesem Schulbereich angegeben, indem sie durch Klassenzusammenlegungen u.ä. Lehrer einsparen wollen. Tatsächlich verbirgt sich hinter dieser Maßnahme ein direkter Angriff auf die schulische Situation der Grund- und Hauptschüler.

Die Funktion hoher Klassenfrequenzen

„Die Schule ist kein gesellschaftlicher „Freiraum“ und kann es niemals sein. Schulfunktion und letztlich Machtfunktion. Die bürgerliche Schule ist durch die Klassenscharakter der Bourgeoisie bestimmt. Dies bedeutet Bildungsinhalte, die der Volkverdrummung und -aufklärung dienen, Unterdrückung der Arbeiterklasse von fröhlicher Kindheit an.“ (ARBITERKAMPF Nr. 24, Dez. 72).

Ein wirksames Mittel zur Unterdrückung der Arbeiterkinder sind überfüllte Klassen und hohe Klassenfrequenzen. Von der bundesdeutschen „Kultusministerkonferenz“ (KMK) wurden die dementsprechenden Meßzahlen für die Klassenstärke festgelegt:

Grund- und Hauptschulen 33 Schüler je Klasse, Realschulen 30, Gymnasien 26, Klasse 33, 7-10. Klasse 30, 11-13. Klasse 20. Diese Meßzahlen zeigen gleichzeitig die Erwartungen der Kapitalisten auf, die diese in das Auswahlverfahren in der bürgerlichen Schule stecken.

(Daß diese „Auswertung“ bereits in der Grundschule beginnt und vor allem den sozialen Aufstieg von Angehörigen der Arbeiterklasse verhindert, ist nicht ein Produkt des Zufalls oder einer „angeborenen niedrigen Intelligenz“ der Arbeiterkinder, wie uns bürgerliche Politiker vor allem von der CDU immer wieder weismachen versuchen, sondern das Ergebnis des bürgerlichen Bildungs- und Auswahlwesens.)

In den unteren Klassen des Gymnasiums besteht zwar noch ein re-

„Man kann sich natürlich kleinere Klassen wünschen“!

lativ hoher Anteil von Arbeiterkindern (etwa 15 - 20 %), doch bis zur Oberstufe hat sich der Anteil der Arbeiterkinder halbiert (auf 7-10 %).

Zur Funktion hoher Klassenfrequenzen und der bürgerlichen Schule überhaupt gehört die gezielte Unterdrückung der Arbeiterkinder und damit der Arbeiterklasse überhaupt. In einer Schule, die in jeder Beziehung auf die Interessen der Kapitalisten zugeschnitten ist, kann es für die Arbeiterkinder und die Kinder der übrigen Werktätigen keine Chancengleichheit geben, wie sie von den bürgerlichen Bildungspolitikern immer wieder beschworen wird.

Fortschrittliches Schulwesen in Bremerhaven?

Von den Bremerhavener SPD-Bildungspolitikern wird immer wieder betont, daß „Bremerhaven – was die fortschrittliche Schulpolitik betrifft – wieder die Spitze in der Bundesrepublik einnimmt“ wird, daß das weitere „Aufbau des fortschrittlichen Schulwesens in Bremerhaven“ vorangetrieben werde (so im „Halbzeit-Bericht“ der SPD-Stadtverordneten-Fraktion, Herbst 73). Doch wie sieht diese „ganz günstige Situation“ (Thape) aus?

Die Situation im Bremerhavener und Bremer Schulwesen ist – wie in den anderen Bundesländern auch – durch akuten Lehrermangel, überfüllte Klassen, Raumnot u.ä. gekennzeichnet. Um den akuten Lehrermangel zu Beginn des Schuljahres 73/74 zu beheben, ließ sich der SPD-Magistrat etwas ganz „Neues“ einfallen: Es zwei (total überfüllte) Schulen errichtete – so sogenannte „Möbilklassen“, d.h. im Hauskassenverfahren aufgestellte Klassenräume, in die die Schüler ausweichen mußten. Allerdings änderte auch diese mit viel Publicity in Angriff genommene Maßnahme nichts daran, daß in den dichtbewohnten Stadtteilen Bremerhavens – vor allem Arbeiterviertel mitunter über 40 Kinder in einer Grundschulklasse saßen. Die durchschnittliche Klassenfrequenz betrug hier 36 - 38 Schüler je Klasse, während sie im Stadttrangebiet bei 25/26 lag, wodurch sie als einzig im Bundesgebiet dastand – so die SPD-Bildungspolitikern – Klassenfrequenz von 29,3 Schülern je Grund- und

Hauptschulklasse zustande kam. (Grundschulklasse 30,2, Hauptschulklasse 27,9). An den GHR-Schulen müßten nach Angaben der Bremerhavener GEW im Dezember 1973 1.000 Überstunden pro Woche geleistet werden, gleichzeitig bestand ein Unterrichtsausfall von über 2.000 Stunden, an den Grundschulen fielen pro Klasse und Woche im Schnitt knapp 3 Unterrichtsstunden aus. Die Spitze lag bei 5 Kein Wunder, denn nach Angaben des „Zentralstellensamtrats“ Bremerhavens fehlten in jeder Schuljahr an den Bremerhavener allgemeinbildenden Schulen 136 Lehrkräfte. Gegenüber dem Schuljahr 70/71 verschärfte sich der Lehrermangel sogar noch. Kam damals auf einen Lehrer noch 21,6 Schüler im Schnitt, so waren es 73/74 schon wieder 22,5.

Wenn diese Zustände und Entwicklungen die „Fortschrittlichkeit“ des Bremerhavener Schulwesens ausmachen und es in anderen Bundesländern noch schlechter aussieht, werfen die Worte Thapes von der „ganz günstigen Situation“ Bremerhavens ein bezeichnendes Licht auf die Vorstellungen dieser bürgerlichen Politiker von „unumkehrbaren Bedingungen“ an den Schulen: es wird nur gerade soviel getan, daß die bürgerliche Schule ihre Klassenaufgabe erfüllen kann und daß nicht alles zusammenbricht.

„Man kann doch nicht so tun, als würde irgendwas verschlechtert“ (Thape)

Mit diesem und ähnlichen Sätzen versuchte Bildungsminister Thape, Freunde für seine Anordnung zu gewinnen, die Klassenfrequenzen an den Grund- und Hauptschulen auf 33 Schüler zu erhöhen. Im einzelnen sieht dieser Plan vor, außer der 1. Grundschulklasse und der 7. Hauptschulklasse, die mit 32 bzw. 30 Schülern ausgerichtet werden sollen, alle anderen Klassen im Durchschnitt mit 33 Schülern in neue Schuljahren zu schicken. Jede folgende Schuljahr werde jeweils ein Schüler weniger besetzt werden, so daß 1980/81 in jeder ersten Grundschulklasse 25 Kinder sitzen sollen.

Aufgrund dieses Beschlusses der Schulpolitik wird im neuen Schuljahr die Klassenstärke 33,5 Schüler

betragen (73/74: 30,2), wobei in den Schulfächerklassen im Schnitt 30,2 (73/74: 28,9) und in den übrigen 34,3 Schüler auf eine Klasse kommen. Die Wirklichkeit sieht aber noch viel trauriger aus. Die mit über 35 Schülern überhöhen schon überfüllten Klassen werden nicht konsequent auf die Meßzahl reduziert, und wenn dies geschieht, so geht dies aufgrund des Raum Mangels lediglich durch Nachmittagsunterricht, Umstellungen usw. Die Schulen am Stadtrand mit ihrer niedrigeren Frequenz (25/26) werden zum Teil noch härter getroffen, wenn hier die Meßzahlen durchgesetzt werden. Klassenzusammenlegungen und -neubildungen, Überweisungen „überschüssiger Schülerreste“ an andere Schulen werden die Konsequenzen sein.

Im allgemeinen werden Umverteilungen von Schülern, Neubildung von Klassen, damit verbundene Lehrerwechsel an der Tagesordnung sein, was vor allem für die auf teile Bezugsproportionen angewiesenen Grundschüler eine erhebliche Verschlechterung darstellt.

Durch die hohen Klassenfrequenzen werden sich die Lernbedingungen, die Möglichkeiten eines Lehrers, benachteiligte Kinder individuell zu fördern, auf den einzelnen Schüler gezerrt einzuheben usw., stark verringern.

Doch all dies stellt für den Bremer SPD-Bildungsminister Moritz Thape keine Verschlechterung dar. So äußerte er sich in einem Interview (NZ 15.6.74) folgendermaßen: „Der Punkt ist, daß wir im Interesse der Arbeit in der Schule es den Schülern ermöglichen, ein wenig selbst zu entscheiden, ob sie unter Verzicht auf die eine oder andere Stunde mit kleineren Klassen fahren wollen oder nicht.“ Und: „Seit etwa einhalb bis zwei Jahren wird nun darüber geklagt – auch von den Schülern –, daß nicht genug Lehrer da sind, und nun haben wir natürlich festgestellt müssen: wenn die Klassenfrequenzen nicht voll ausgefahren werden und darüber geklagt wird (!), daß nicht genug Lehrer da sind, müssen selbstverständlich (!) erst einmal die Klassenfrequenzen voll ausgefahren werden. Dann sind auch genug Lehrer da. Man kann nicht beides gleichzeitig haben, weil wir das nicht finanzieren können. Die Schuld an dieser Diskussion tragen diejenigen, die nicht bereit waren, eine etwa-

niedrigere Klassenfrequenz – auch jetzt auf längere Sicht gesehen – mit weniger Stunden auszugleichen.“ Hier macht Thape die unvermeidliche Rechnung auf, daß sich der Lehrermangel durch Erhöhung der Klassenfrequenzen und damit verbundene Verminderung der Klassenzahlen abbauen läßt, denn die Planstellen für Lehrer seien auf der Grundlage von Klassenstärken von 33 Schülern erstellt worden. Wenn man diese Meßzahl einhält, müßten auch genug Lehrer da sein. Punktum! So einfach ist bürgerliche Bildungspolitik!

Entweder kleine Klassen und höherer Stundenausfall – oder größere Klassen und niedrigerer Unterrichtsausfall, das ist die „Alternative“, vor die die Bevölkerung gestellt wird. Eine grundsätzliche Behebung der Schulmisse ist nicht drin (Thape). „Anderes geht das nicht!“. Angesichts dessen erweist sich das Gerede der SPD von „Priorität für die Bildung“, Chancengleichheit und die vielbeschworene „Verbesserung der Lebensqualität“ als laieres Gewäsch, hinter dem sich in Wahrheit eine Verschlechterung der materiellen und rechtlichen Situation der Werktätigen verbirgt. So entlarvt sich auch der angebliche Abbau des Lehrermangels durch die Thape'sche Anordnung als Lüge.

In der „NZ“ („Nordsee-Zeitung“) vom 5.7. heißt es unter der Überschrift „Lehrermangel noch stärker!“. Im Vergleich zum Schuljahr 73/74 zeichnet sich deutlich eine Verschlechterung ab. So werden im Bremerhavener Grundschulbereich für 342 Klassen 437 Lehrer benötigt. Am Ende des letzten Schuljahres war aber lediglich ein Bestand von 355 Lehrern für das neue Schuljahr abzusuchen. Selbst Schulleiter Walter Otte mußte eingestehen, daß die benötigten Lehrer nicht vorhanden sein werden, daß nur ein minimaler Anteil neu angestellt wird. Lehrermangel und Unterrichtsausfall werden sich verschärfen, und die Erhöhung der Klassenfrequenzen erweist sich als ein Überflüssiges. Die Bevölkerung über diese Mißstände hinwegzutäuschen.

Eltern werden aktiv

Die sich abzeichnende Verschlechterung im Bremerhavener Schulwesen durch den Beschluß Thapes führte zu einem relativ breiten spontanen Protest der Eltern an den Grundschulen. So wurden an drei Grundschulen über 2.000 Unterschriften gegen den Thape-Beschluß gesammelt.

Mannheimer Knast: Die Spitze eines Eisberges

Im September vorigen Jahres wurde der Untersuchungshäftling Hans Peter Vast tot in einer Zelle des Mannheimer Gefängnisses aufgefunden. Die Leiche war schwer, angeblich jedoch unerklärliche Verletzungen auf.

Bis zum heutigen Tag ist dieser Fall nicht aufgeklärt worden. Sogar die Staatsanwaltschaft in Mannheim mußte zugeben, daß man offenbar nicht genug ermittelt habe – auf gut Deutsch also gar nicht.

Aufgeklärt worden ist der Fall des Häftlings Hans-Peter Vast vom „Frankfurter Gefangenentrat“, einer Vereinigung ehemaliger Häftlinge und zwar im Zusammenhang mit neuen Gefangenenumhändlungen in demselben Gefängnis. So haben während der Pfingsttage 1974 regelmäßig Rotkomanandos des Wachpersonals rund 100 der 850 Häftlinge in ihren Zellen mißhandelt. Nach Angaben des Gefangenentrats soll der Häftling Hans-Peter Vast vom einem Aufseher erschlagen worden sein.

Außerdem soll ein weiterer Häftling im Mannheimer Knast in der Zelle gestorben sein und offenbar ebenfalls nicht an Altersschwäche.

Schließlich hat das Britische Generalkonsulat in Stuttgart am 7. Juni Angaben gemacht, daß ein britischer Häftling im Mannheimer Gefängnis vom Aufseher mißhandelt worden ist.

Zur Untersuchung dieser Fälle, die sich nicht mehr versuchen ließen, ist eine Sonderkommission eingesetzt worden. Die erste Tat dieser Sonderkommission war eine Nachrichtensperre zu verhängen. Als Begründung hörte man vom Leiter der Kommission, Oberstaatsanwalt H. Klaus, daß man „eine Sache hat, die so heißt, daß sie das „Schäufeln“ nicht verträgt.“ Offensichtlich soll also mit der Nachrichtensperre erreicht werden, daß sich der Fall so abklärt, daß bald keiner mehr darüber spricht und die Ermittlungen wie im Fall Vast eingestellt werden können.

Vorerst jedoch werden Aktivi-

Der Direktor des Mannheimer Gefängnisses und der Leiter der Wachmannschaften sind von ihren Posten versetzt worden. Der Herr Direktor nahm inzwischen (von Steuergeldern) bezahlten Urlaub. Die „FR“ vom 17.8. berichtet zudem, daß „mehrere Personen verhaftet“ worden seien.

Die Untersuchungskommission deckt natürlich die Verantwortlichen für den Zustand im Mannheimer Knast („den beiden Spitzenbeamten werden derzeit keine straf- oder disziplinarrechtlichen Vorwürfe gemacht“).

„Aus psychologischen Gründen“ sollen Gefangene, die Aussagen zu den Brutalitäten im Mannheimer Knast machen wollen, in andere Haftanstalten verlegt werden. Wohl um sie erstens „in anderen Haftanstalten“ voneinander zu isolieren und zweitens, um einer Solidarisierung der Gefangenen im Mannheimer Knast gegen ihre Schinder und deren Befehlsgelber zuvorzukommen.

Dieser „Mannheimer Skandal“ ist kein Einzelfall. Mißhandlungen, ja sogar Folter sind im Gefängnis der BRD an der Tagesordnung. So berichteten wir in früheren Ausgaben des ARBEITERKAMPFES schon öfter von Gefangenenumhändlungen, teilweise mit Todesfolge, in der berühmten Hamburger „Glocke“.

In den seltensten Fällen allerdings dringen diese Tatsachen „nach draußen“, da bei den Gefangenen jeder Kontakt zur Außenwelt geneigt und kontrolliert wird.

Ebenfalls im ARBEITERKAMPF berichteten wir darüber, daß Foltermethoden im Gefängnis immer ausgefeilter und noch wirksamer mit staatlicher Förderung entwickelt werden. Dabei geht „der Trend“ weg von äußeren Mißhandlungen und hin zu psychologischen Schinden, wahrscheinlich weil diese wirkungsvoller sind und schwerer nachgewiesen werden können. So wird z.B. an der Hamburger Universität die sogenannte „Camera Sclera“ entwickelt, ein

Raum, der jeden Schall nachhört, in dem der Gefangene nichts hört, nicht einmal seine eigene Stimme. Bereits nach einem Aufenthalt von einigen Stunden hat der Gefangene Depressionen und übersteigerte Angstgefühle, wenig später treten bereits Halluzinationen auf. Das von der bürgerlichen Justiz beabsichtigte Ziel mit dieser „modernen Folterkammer“ liegt auf der Hand. Schon nach sehr kurzer Zeit ist das Opfer dermaßen fix und fertig, daß er bereit ist, jede gewünschte Aussage „freiwillig“ zu machen.

Flüchtlingsrat der BRD
Beauftragter, K.B.-Gruppe Hamburg

Flucht nach vorn

Zu einer Flucht nach vorn trat inzwischen Gefängnis-Direktor Karl-Dieter König (Heilbronn) an. In einem „alarmierenden“ Offenen Brief macht er die Öffentlichkeit auf die unhaltbaren Zustände in seinem Gefängnis aufmerksam. Darin heißt es u.a.:

„... täglich kommt es zu Schwierigkeiten zwischen Gefangenen und Bediensteten, weil sich die Gefangenen mit Recht gegen die Zusammenlegung in Ein-Mann-Zellen wehren. Ich kann nicht länger zusehen, wie sich die Lage für beide Seiten verschärft.“

König beschreibt recht ausführlich die Zustände, die „die Lage für beide verschärft“, also einmal Ursache des Protestes und Widerstandes der Gefangenen ist, als auch Ursache für das ständige „schiefen“ werdende Vorgehen des Wachpersonals. Neben Personalmangel und Ausbildungsschwächen weist König auf die katastrophale Überbelegung des Heilbronner Gefängnisses hin. Zugelassen für 349 Häftlinge, müssen sich derzeit bereits 406 Häftlinge in den engen Zellen drängen. Die einzelnen Zellen haben nur 39 Kubikmeter Luftraum bei 7,6 qm Grundfläche. Vorgeschriebene Mindest-Richtgrößen (die tatsächlich ohnehin viel zu knapp bemessen sind) 22 Kubikmeter Luftraum bei elf qm Grundfläche.

Die wachsende Bourgeoisie – und mit ihr die sozialistische Regierung – denkt nicht daran, diese Zustände zu ändern.

Regierung denkt nicht daran, diese schlechten Verhältnisse, die täglich Kriminalität und Brutalität erzeugen, freiwillig zu ändern, denn die antworten ihrem Interesse. Ab und zu, durch einzelne Enthüllungen aufgeschreckt, setzen Justiz und Polizeibehörden alles daran, um zu versuchen, verschleiern, die Öffentlichkeit über die wahren Verhältnisse zu täuschen ...



itäten vorgeführt. Dabei spielt man auch mit verleihten Rollen. So muß die Staatsanwaltschaft Mannheim einen Ruffel einstecken wegen schlampiger Untersuchung, während die Sonderkommission, die direkt vom Baden-Württembergischen Justizministerium eingesetzt wurde, so beschreiben wird, als wenn sie die Ermittlungen zügig vorantreiben würde. „Offenbar ist die Sonderkommission mit ihren erst seit Freitag laufenden Ermittlungen schon weiter, als die Mannheimer Staatsanwaltschaft je gekommen ist.“ (FR, 13.8.74)

Dabei weiß das Justizministerium ebenfalls seit September letzten Jahres von dem „ungeklärten“ Tod des Häftlings, hat aber bisher nicht in die als „unzureichend“ erklärten Ermittlungen eingegriffen. Dies geschah erst am 21. August und weil die Gefangenenumhändlungen durch den Gefangenentrat publik gemacht wurden.

Die Vorwürfe des Gefangenentrats werden natürlich als „pauschale Behauptungen“ abgetan. Bisher hat die Sonderkommission nur davon gesprochen, in sechs Fällen von Gefangenenumhändlungen zu einem

Willkür der Justiz soll verstärkt werden!

– schärfere Strafen bei Protest gegen die westdeutsche Klassen- und Terror-Justiz

Die bayrische CSU-Regierung wird im Bundesrat einen Gesetzentwurf einbringen, wonach künftig alle Personen bestraft werden, die ihrer Empörung über ein „Urteil im Namen des Volkes“ Luft machen. Damit wird diese Form von Protest bekämpft wie er sich vor allem in politischen Prozessen gegen Arbeiter, Hausbesitzer, Studenten, Schüler oder sonstige „Redakteure“ äußert. Die Höchststrafen wegen „Ungebühr vor Gericht“ sollen demnach von 1000 auf 10000 Mark bzw. von drei Tagen auf drei Wochen Haft heraufgesetzt werden.

Weiterhin soll künftig der Vorwurf der „Ungebühr“ die Möglichkeit haben, zu einer Ausweisung aus dem Sitzungssaal zu führen und bis zu 24 Stunden inhaftieren zu lassen. Als dritte Maßnahme soll es künftig heißen: Verlei-

digern untersagt werden, politische Erklärungen abzugeben, die über den unmittelbar vorliegenden Fall hinausgehen.

Letztere Maßnahme ist ein Resultat der ständigen Hetzkampagnen gegen fortschrittliche Menschen und Kommunisten ohne viel Aufsehen über die Bühne zu bekommen. Erinnerung nur daran, daß in faschistischen Ländern wie Spanien, Chile usw. ständig Prozesse unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, in denen die faschistische Justiz unbelehrt „im Namen des Volkes“ „Recht“ spricht!

KB-Gruppe Frankfurt
Schülergruppe

Bestellt!

Beim VERLAG ARBEITERKAMPF

UNSER WEG Sondernummern

- **Bliss Selbstbestimmung**
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF
50 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 2,-
- **Die Emancipation der Frau in Palästina**
Von uns kommentierte und überarbeitete Propaganda-Broschüre der PFLP zu diesem Thema
24 Seiten DM 1,-
- **Chile: Vom „friedlichen Übergang“ zur faschistischen Militärdiktatur**
3. gebänderte und erweiterte Auflage 58 Seiten DM 4,-
- **Chile: Reform oder Revolution – Auseinandersetzung mit den „Strategen“ revisionistischer Parteien**
62 Seiten DM 3,-
- **Von Pinelli zu Fetrinelli – politischer Mord in Italien**
In einer präzisen politischen Analyse wird die „kapitalistische Strategie der Bomben, der Provokation und Bespitzelung, des geplanten politischen Mordes und Einsatzes faschistischer Kommandos“ im Kampf gegen die kommunistische und Arbeiterbewegung am Beispiel Italiens entlarvt.
44 Seiten DM 1,50
- **Zur Außenpolitik der VR China**
Ausführliche Stellungnahme zum Wandel der chinesischen Außenpolitik
Nachdruck von ARBEITERKAMPF Artikeln
50 Seiten DM 2,50
- **Amis raus aus Indochina!**
Nachdruck von KB-Reden, ARBEITERKAMPF-Artikeln und wichtigen Dokumenten
2. erweiterte Auflage, 26 Seiten DM 0,50
- **Nachdruck von Artikeln der KAB-Arbeiterzeitung zu zentralen Fragen der Arbeiterbewegung:**
Teil 1
Aus dem Inhalt:
„Links“opportunistismus in der Gewerkschaftsfrage muß zurückgewiesen werden.
Kampf dem Faschismus
Zur Rolle der SPD
„Zwei Fraktionen der Kapitalistenklasse“
Die Arbeiter brauchen ihre Partei – über welche politischen Differenzen muß diskutiert werden?
Europas Proletariat vor dem Sturm
58 Seiten DM 2,-
- **Teil 2**
Aus dem Inhalt:
Zur Gewerkschaftsfrage: Was ist „Ökonomismus“? Was ist los mit der „Mittelstandsfrage“?
Chines. Tsurunde 71: Ein großer Kampf und ein schwacher Abschluß
Volkskrieg und politische Lösung
Zur Kritik der RAF
15 Jahre KPD-Verbot
Aktionseinheit zur Metalltarifrunde 71 – Verlauf der Aktionskämpfe
Für das Bündnis von Intelligenz und Arbeiterklasse
62 Seiten DM 2,-
- **Der Metallarbeiter-Streik in Schleswig-Holstein 1968/69**
Erne ausführliche Analyse der Flensburger KB-Gruppe
18 Seiten DM 1,-
- **Wohnungsprobleme in der BRD**
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF mit März 72
4. erweiterte Auflage
(eine 5. Auflage wird vorbereitet)
64 Seiten Kleinformat DM 1,-
- **Schulenkampf**
Artikel des ARBEITERKAMPF Nr. 24 – 42 zu Fragen des Schulenkampfes
92 Seiten Kleinformat DM 2,-
- **Wem nützen die Bomben bei Springer?**
Nachdruck von Reden auf der Großveranstaltung des KB anlässlich der Bader-Meinhof-Kampagne der Bourgeoisie
32 Seiten DM 1,50
- **Zur Aufbau eines Sozialistischen Studentenbundes Teil 2**
40 Seiten DM 1,50
- **Zur Politik des KBW (NRP)**
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF und UNSER WEG
76 Seiten DM 3,-
- **Aktionseinheit oder „Partei“? – den Politik 7**
Internes Papier des Regionalkomitees Wasserkreis der „KPD“ gegen den KB
8 Seiten DM 0,50
- **UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung**
15
Ausführliche Analyse der Metalltarifrunde 1971 zur Oktoberrevolution im kommunistischen Bund
28 Seiten DM 1,50
- **16 / 17**
Zur Auseinandersetzung mit den ASG / München
40 Seiten DM 1,50
- **18**
Kampf zweier Linien in der KP China
Die Leistungsfähigkeit und die Arbeitsethik verbessern
Die politische Arbeit im Stadteil
32 Seiten DM 1,-
- **19**
Zur Faschismustheorie
32 Seiten DM 1,-

Bestellt!

- Anzahl
- 20 / 21 Zum 1. Mai 1973
Die chinesische Kulturrevolution
62 Seiten DM 2,-
- 22 Schädliche Mutationen über den Kampf der arabischen Völker
Kritik eines griechischen Genossen
Neue antikommunistische Broschüre
37 Seiten DM 2,50
- 23 Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD“
Selbstkritik Marie KDW
Propaganda der Faschisten
Arbeitsordnung Steinhilber & Voss
Berufsbildung in Stufen
Der Westeuropäische Chilo-Konferenz
48 Seiten DM 2,50

Bücher und Broschüren

- Politische Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Führung
120 Seiten Großformat DM 6,-
- Die chinesische Kulturrevolution
In Dokumenten, Nachdruck von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau“ aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten Großformat DM 6,-
- UNSER WEG Revisionsmaterial
180 Seiten Buchformat DM 6,-
- Die politische Macht kommt aus dem Gewehr
Nachdruck von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
260 Seiten Buchformat DM 6,-
- Gegen die schrittweise Feshisierung von Staat und Gesellschaft
Nachdruck von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Feshisierung von Staat und Gesellschaft
180 Seiten Buchformat DM 4,50
- Kampf des Faschismus
Nachdruck von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
360 Seiten Buchformat DM 8,50

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:

- Eine teilt sich in zwei
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten Buchformat DM 6,-
- Iran Popow - Als die Nacht verging
Der Roman umfasst einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinischen Reaktion“, dieser schwermütigen und finsternen Zeit für den russischen Proletariat die Revolution von 1905 folgte
Teil I und Teil 2 je DM 6,-
- Ernst Thälmann - Über Gewerkschaften
Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKEI, Juli 1929 zum Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einbeziehung in den reformistischen Gewerkschaften
100 Seiten Buchformat DM 3,-
- Hermann Rossmann - Schritt haben!
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunisten in der KPD.
100 Seiten Buchformat DM 3,-

Preis zusätzlich Porto zuzüglich

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des kommunistischen Bundes

- 8 Ausgaben DM 4,80
- 12 Ausgaben DM 9,60
- Förderabo für 8 Ausgaben ab DM 6,-
- Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,-

Die INTERNATIONALE Zeitung des kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

- 8 Ausgaben DM 4,80
- 12 Ausgaben DM 9,60
- Förderabo für 8 Ausgaben ab DM 6,-
- Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,-

UNSER WEG Zeitung des kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

- 8 Ausgaben DM 6,-

Anzahl

(Datum)	(Umsatz)

Verlags-Katalog

In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet außerdem auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Zum Kampf der „Zivildienst-Leistenden“

In der Verfassung der BRD ist das Recht zur „Kriegsdienstverweigerung“ verankert. Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ (Art. 4)

Hiermit wurde der nach der Niederlage des Faschismus weitverbreiteten antiautoritären Stimmung im Volk Rechnung getragen. Zu gleich war in dieser Bestimmung aber auch schon die zukünftige Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus und die Einführung der „Wehrpflicht“ angedeutet, denn sonst wäre eine solche Verfassungsbestimmung ja völlig überflüssig und absurd gewesen.

Im Zuge der Wiederaufrichtung wurde der Grundgesetz-Artikel über die „Kriegsdienstverweigerung“ dann so ausgelegt, daß in einem Prüfungs-Verfahren das „Gewissen“ des Verweigerers abgefragt wird. Die Kreiswehrersatzämter der Bundeswehr stellen dabei sinngemäß die Vorsitzenden der „Prüfung“. Gremien als „Prüfer“ in eigener Sache.

Bei der Prüfung werden im Allgemeinen politische Gründe nicht anerkannt (wenn man z.B. fragen verweigert, daß vom deutschen Imperialismus zwei Kriege ausgingen und heute wieder Nazi-Generäle in der Bundeswehr-Führung sitzen), sondern man muß „Gewissen“ vorlegen. Wenn man irgendwie „religiös“ ist, wird das besonders gern gesehen.

Beispielsweise z.B. die Frage: Nehmen wir mal an, Sie gehen nachts mit Ihrer Freundin spazieren, und plötzlich kommt ein Russe (Chineser o.ä.) aus dem Busch. Sie haben zufällig ein Messer dabei. Was tun Sie dann? — „I o d e Antwort kann darauf „falsch“ sein.

Trotz dieses Idioten-Kraus wurde die Zahl der Kriegsdienstverweigerer (KDV) von 167 im Jahre 1957 (als in der BRD zum ersten Mal wieder Soldaten eingezogen wurden) auf 2.777 im Jahre 1964 und auf 5.963 im Jahre 1967, unter der „Großen Koalition“.

Bis Mitte der 60er Jahre waren KVDler „astreine“ Pazifisten — Gläubige, Weggetretene etc., hauptsächlich Theologiestudenten, zukünftige Mediziner und andere Kleinbürger. Im Zuge der „Studentenbewegung“ — insbesondere dem Protest gegen den US-Völkermord in Vietnam — stieg die Zahl der KVDler rapide an, und die Organisationen der KVDler schafften teilweise den Schritt aus dem bisherigen kleinbürgerlichen „Pazi-Sumpf“ zu antiautoritären Bewegungen von z.T. beachtlicher Breite.

Hatten sich die KDV-Anträge von 1964 bis 67 verdoppelt, verunfachten sie sich von 67 bis 71 auf 27.653! Vor allem aber erhöhte sich der Anteil von KDVlern aus der Arbeiterklasse von fünf bis zehn Prozent Anfang der 60er Jahre auf 49,7% 1972, und mit der Zahl der Wehrgegnen wuchs auch der Widerstand der Bourgeoisie und ihrer Militärs gegen sie.

Kampf gegen die Militarisierung des Zivildienstes

Je höher und schneller die Zahl der KDVler anstieg und je mehr die politischen Verweigerungen zunahmen, entfalteten die reaktionären Presseorgane und vor allem damals noch die CDU die übelste Hetz Kampagne.

KDVler galten Ende der 60er Jahre als die „Druckberger“ der Nation. Doch es blieb nicht allein bei der Verteufelung von Menschen, die als Grundrecht des Grundgesetzes in Anspruch nahmen. So forderten die CDU-Abgeordneten Rommerkuchen, Ernst, Klepach und Draeger in ihrem „wehrpolitischen Schwerpunktprogramm“ 1969 eine Art Reichsarbeitsdienst für Zivildienstleistende ihr Plan.

Arbeitsdienst nicht nur in Krankenhäusern, Heil- und Pflegeanstalten, sondern auch bei der „Vorratung gegen Naturkatastrophen“ oder der „Verbesserung der Infra-Struktur“ (etwa Deich- oder Straßenbauarbeiten).

Zusammenfassung in Gruppen und Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften (Kasernen); gegebenenfalls einheitliche Arbeitsbeziehung (Umformierung) („Spiegel“ 24/69).

Daß diese Pläne ausgerechnet ein Jahr später in einem internen Papier des Bundesverwaltungsamtes wieder zu finden sind, dürfte von Interesse

sein. Denn nun waren ja die Regierungspläne in die Hände der SPD/FDP übergegangen. Es heißt dort:

„In jeder Region sollte ein zentrales Sammelager geschaffen werden. Die besonders Reaktanten (Aufsäger), die unwahrscheinlich gewordenen Dienstleistenden, sollen überdies in besonderen Lagern konzentriert werden.“ („Spiegel“ 5/70).

In aller Heimlichkeit setzten die Regierenden diese Pläne bereits Ende 1969 exemplarisch um. Am Rande des Heidedorfs Schwarzwald, 35 km nördlich von Hannover, wurde seit Oktober 69 ein ehemaliges Bundeswehr-Kasernen für 150 Ersatzdienstleistende hergerichtet. Ein gutes Dutzend massiver Baracken, mit Maschinen- und Stacheldraht umgeben und nur durch die ehemalige Wache zu betreten. Eingangsschild: „Vorurteil Ketten Sperre“ („Spiegel“ 5/70).

Nachdem die ersten 17 Lagerinsassen stichliche Petitionen und Beschwerden zum Bundesverwaltungsamt geschickt hatten, aber sich keine Besserungen ergaben, sondern Anfang 1970 sie sogar aufgefordert wurden, einen Wachdienst (!) rund um die Uhr zu organisieren, verweigerten die Ersatzdienstleistenden jederzeit

die Praxis der Prüfungsausschüsse die über Anträge von Verweigerern entscheiden. Über 85% der Anträge genehmigt würden, seien höchstens 10% der Antragsteller als überzogene Kriegsdienstverweigerer zu betrachten. In der Differenz liegt die Wurzel des Übels.“ („Spiegel“ 43/69).

Die feinen Herren in Uniform und Talar waren sich darin einig, daß eine „unnötige, moderne, aber strafte Menschenführung in der Truppe“ ebenso notwendig sei wie der Kampf gegen den „Mißbrauch der Gewissensfreiheit“. Deshalb schlugen die Ausschußmitglieder einen sog. „waffenlosen Dienst“ in der Bundeswehr vor. Der „Spiegel“ dazu: „Der waffenlose Dienst hätte allerdings militärischen Zuschnitt. In Sondereinheiten unter dem Befehl von Bundeswehr-Ausbildern würde vor allem Spätes-Arbeit verrichtet. Ödland kultiviert, Moore trockengelegt und Strände gesichert.“ Ähnlich wie der Reichsarbeitsdienst.“ („Spiegel“ 43/69).

Um die Verweigerungsquoten noch weiter nach unten zu drücken, schlugen die Militärschlappen vor, „daß der waffenlose Dienst fünf Monate länger als die Dienstpflichtszeit dauern müsse“.



Kriegsdienstgegnar Funknarr Wellhardt: „Religiöse Motivation zurückgegangen“ (Aug. 72)

neue Befehle. Der „Spiegel“ 7/70 schreibt zum Schwarzwald-Streit: „Zwei Wochen lang hatten erst die Lagerinsassen und dann nahezu 400 Ersatzdienstleistende in der gesamten Bundesrepublik gegen die parasitären Verhältnisse in Schwarzwald gestreikt.“

In Schwarzwald, so stand zu befürchten, sollte ein zentrales Sammelager eingerichtet werden.

Vergeblich versuchte das BVA, möglicher eingekerkert zu werden. Vergleich versuchte das BVA, den Streik der Kasernierungsgegner zu zerlegen. Die Aufständischen hielten sich weder durch Verpflegungsentzug, noch durch Strafandrohungen einschüchtern. Vorletzten Freitag versuchte das BVA das Lager mit Hilfe von Verweigerungs-Verfügungen an die Streikenden, jeder an einen anderen Ort zu rufen.

Aber die Streikfront blieb hart.

Der Streik war erfolgreich.

Das BVA erklärte am 1. Februar 1970:

„Das Lager findet keine Verwendung als Dauerunterkunft mehr. Es wird aufgelöst und es erfolgen keine weiteren Einberufungen mehr nach hier.“

Überlegungen der Militärschlappen

Vor Schwarzwald und dem CDU-Planen unterbreiten sich Ende 1969 die Militärschlappen H. Kunst und P. Hengsbach zusammen mit dem damaligen Verteidigungsminister Schröder ihre Köpfe über den Zivildienst.

Geheim sollte bleiben, wie wehrfrüh sich die Militärschlappen in dem Ausschuss gegeben hatten. Unter Vorsitz von Brigadegeneral Jürgens berieten sie mit, wie „Einstandsbescheid“, „Kampfkraft“ und „Erfüllung des Kampfauftrags“ der Bundeswehr erreicht werden können. Der Ausschuss idelle.

Die deutschen Schulen die „Moralität ethischer Kriegsdienstverweigerer“ sei das Ergebnis des gegenwärtigen gesellschaftskundlichen Unterrichts zumal in den Oberstufen der Oberschulen.

Einmalige Urteile deutscher Gerichte. Es hätten sich durch „höchstrichterliche Entscheidungen“ in zunehmendem Maße Unzulänglichkeiten ergeben.

Wie gehabt, die Kirchenfürsten rufen zu den Waffen, wenn die Bourgeoisie es will!

Das „neue“ SPD-Zivildienstgesetz

Am 9. August 1973 trat das „Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer“ (kurz: ZDG) durch Bundesgesetz im Bundesgesetzblatt in Kraft.

Diesem Gesetz gingen etliche Konzeptionen der verschiedenen Parteien, Kirchen etc. voraus (siehe oben).

Grundsätzlich waren sich alle bürgerlichen Institutionen einig, daß vom sog. humanitären Ersatzdienst zum regulären Arbeitsdienst zu kommen. Gegenüber dem alten Ersatzdienstgesetz und die Einsatzbereiche auf die Bundesbahn, die Post etc., Umweltschutz und die Berufswahlprüfung erweitert werden.

Damit könnten die unter der Kontrolle des Bundesverwaltungsamtes stehenden ZDLs direkt gegen die Arbeiterklasse als Lohndrücker und gegebenenfalls als Streikbrecher eingesetzt werden.

Ebenso wurden die Disziplinarstrafen verschärft. Bis zu fünf Jahren können Zivildienstleistende eingekerkert werden, wenn sie gegen „Recht und Ordnung“ der herrschenden Klasse verstoßen.

Den gilt es zu sagen, daß selbst das „außerordentliche Verhalten“ der Diensten bestraft werden kann, z.B. Teilnahme an einer „Chaoten“-Demo, Flugblattverteilung etc. Selbst der Justizgrundgesetz wegen einer Tat nur einmal bestraft zu werden, ist im ZDG aufgehoben.

So ist ein befristetes möglich, wegen Fortbleiben vom Dienst zum „Nachdienst“ bestraft zu werden, zudem als Disziplinarverfahren des BVA zu bekommen (z.B. Geldstrafe) und möglicherweise eine dritte Strafe, wenn Strafbefehl (!) gegen den ZDL gestellt wird (bis zu fünf Jahren).

Disziplinarmaßnahmen gegen ZDLs haben sich so und in Östingen, wo ZDLs zu 30 Minuten Gefängnis (auf drei Jahre Bewährung) verurteilt worden in Delmenhorst wurden 17 ZDLs zu je sechs Wochen

Ersetzung des Zivildienstes

Geht es nicht, dann wird die Bewährung durch 20 DM Geldstrafe (bei einem Verdienst von 165 DM) und 32 DM Verfahrenskosten.

In Hamburg wurde letztes Jahr der ZDL wegen angeblicher politischer Betätigung nach Salzgitter versetzt.

Personalakt eines ZDL wurden dem MAD („Militärisches Abschirmdienst“) zur Einsicht übergeben. Gerull, einer der führenden Bürokraten des BVA (lang bei Nachfrage diesen Fall „normal“ und „legal“).

Völlig verboten bleibt die politische Betätigung. Das ZDG ließ sich dabei zu einer besonders makabren Formulierung hinreißen. Es heißt im § 29:

Der Dienstleistende darf sich im Dienst nicht zugunsten oder zuungunsten einer politischen Richtung betätigen. Das Recht, im Gespräch seine Meinung zu äußern, unberührt.“

Es ist erlaubt, seine Meinung zu äußern, wenn es weder zugunsten noch zuungunsten einer politischen Richtung ist. Toll! Also inhaltlich, sonst wird die Verknackung! (Siehe auch Kasten: Abdruck aus „Kommentar zum ZDG“).

Im Sinne der Militarisierung der Gesellschaft wird die Bundeswehr gegenüber dem Zivildienst mit etlichen „Vergünstigungen“. So müssen ZDL einen Monat länger dienen haben keinerlei Ausbildungsmöglichkeiten gegenüber dem Bundeswehrdienstleistenden.

Ferner greifen die Militärs auch durch das „Recht auf Kneipendienstverweigerung“, indem sie systematisch in den letzten Jahren die Durchlaufquoten bei den „Gewissensprüfungen“ hochschraubten, so daß es heute bereits mehr als 10.000 nicht Anerkannte gibt.

„Durchschnittlich werden nur noch 40% der Antragsteller anerkannt.“ („ZDG“ 3/74).

Die „Wehrkunde“-Zeitschrift gibt dafür folgende logische Erklärung: „Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Prüfungsausschüsse seit etwa einem halben Jahr andere Maßstäbe anlegen.“ („Wehrkunde“ 5/73).

Die neuesten Überlegungen...

Im Mai/Juni dieses Jahres sind verschiedentlich Äußerungen laut geworden, die die Abschaffung des Prüfungsverfahrens für KDV fordern. Dabei wird in einigen Fällen richtig argumentiert, daß diese Verfahren der Willkür der Militärs Tür und Tor öffnen und das verbriefte Grundrecht auf Kneipendienstverweigerung noch mehr zu einem Ausnahmehrecht machen. U.a. will eine Reihe SPD-Abgeordneter im Bundestag einen

„Kneipendienstverweigerer“ der Willkür der Militärs Tür und Tor öffnen und das verbriefte Grundrecht auf Kneipendienstverweigerung noch mehr zu einem Ausnahmehrecht machen. U.a. will eine Reihe SPD-Abgeordneter im Bundestag einen entsprechenden Antrag stellen. Deswegen hört man eine Reihe SPD-Abgeordneter im Bundestag einen entsprechenden Antrag stellen. Deswegen hört man eine Reihe SPD-Abgeordneter im Bundestag einen entsprechenden Antrag stellen.

Nun ist es bekanntermaßen nicht so, daß die CDU allein die „bösen Militärs“ sind, und die SPD/ FDP „friedliebend“, und deshalb für die Abschaffung der KDV-Prüfungen eintreten. Unsere Meinung nach kommen hier vielmehr unterschiedliche Konzepte vor „Einseitig-Dienender“ zum Tragen. Die „antimilitaristische“ Argumentation aus



Schmidt: Gute Kameraden gefunden SPD/FDP kreieren entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als bloße Demagogie. Die SPD/FDP Regierung legt z.Z. noch gewisse Wert darauf, daß die himelstreichenden Mäße der im Gesundheitswesen der BRD „etwas beschönigt“ werden. Entsprechend kann es durchsichtige einige tausend Verweigerer mehr als LKW-Knacker in der kapitalistischen Krankenkassen- und Behördenpolitik gebrauchten. Vor allem wenn man bedenkt, daß selbst die reaktio-

näre Medizin eine wichtige Rolle in der Presse mitleide „Jagd der Gesundheitsbereich in einigen Jahren in der BRD zusammenbrechen würde.“

Die CDU/CSU indes denkt bei ihrer Konzeption vielmehr an die ideologische Seite der „jungen Männer“. Entsprechend dem ehemaligen Kapitalistenboß Berg, der erklärte, daß für die Kapitalisten gedienter Arbeiter ein besserer Arbeiter ist, orientierte sie darauf, möglichst alle „Nachwuchsarbeiter“ durch die „Schule der Nation“, wie Kiesinger



Ersatzdienststreik (Jan. 72)

sagte, also die Bundeswehr, zu schicken.

Wie allerdings die Verschlechterungen im Zivildienst zeigen (wie Kasernierung, schärfere Disziplinierung, etc.) existieren zwischen SPD/FDP und CDU keine wirklich alternativen Konzeptionen, statt dessen nur unterschiedliche Akzentuierung bei der Bewältigung kurz- und langfristiger Aufgaben der Kapitalistenklasse.

Die SPD unternimmt halt derzeit besonders die Aufgabe, die Ruesenlücken im Gesundheitswesen oberflächlich zu kitten, wobei sie den ZDL gleichzeitig ein neues Gesetz verschafft hat, nach dem selbst die minimalsten demokratischen Rechte entfallen und Pläne wie Schwarzwald zwar vorzeitig aufgeschoben, damit aber keineswegs aufgehoben sind.

ÖTV-Führung gegen Zivildienstleistende – und wie der Kampf organisiert werden muß!

ÖTV-Führung gegen Zivildienstleistende – und wie der Kampf organisiert werden muß!

Parallel zum 73er Zivildienstgesetz drehte die Gewerkschaftsführung den Kassen für Zivildienstleistende zu.

War es früher möglich, auch als ZDL in die Gewerkschaft einzutreten, verschickte der Hauptvorstand der ÖTV am 21.7.73 an alle Bezirks- und Kreisverwaltungen ein Rundschreiben, in dem ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß ZDLs und Wehrpflichtige nicht mehr in die ÖTV aufgenommen werden. Sie erfüllen angeblich nach § 4 der Satzung nicht die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft. Gemeint ist damit, daß ZDLs keinen Arbeitsvertrag, sondern einen Stellungsbefehl haben. Die „antimilitaristische“ Information Nr. 8/9 73 schreiben dazu:

„Bisher war es die Auffassung kompetenter Juristen, daß es zwar durchsichtig zweifelhaft sei, ob die Gewerkschaften berechtigt sind, ZDL zu organisieren, daß man aber solange sich niemand findet, der dagegen auftritt, die Aufnahmepraxis ruhig fortsetzen könne. Nofals könne man es auf eine gerichtliche Entscheidung ankommen lassen.“

Es stellt sich also die Frage, wer den ÖTV Hauptvorstand veranlaßt hat, eine stillschweigend geübte Praxis nun zu unterbinden und allen reaktionären Kreisverwaltungen ein Papier in die Hand zu drücken, hinter dem sich bequem verbergen können. Das Interesse der in der ÖTV organisierten Bediensteten hat diesen Brief ganz bestimmt nicht diktiert, denn die Spaltung von ZDL und den in den Einrichtungen Beschäftigten wäre die Abwendung der Arbeitsdienstkonzeption, der sich der Zivildienst immer mehr nähert. Die dubiose Doppelstellung der ZDL mit ihrer Verschiebung, Lohnrückgang und Streikbrechereffekt läßt sich nur durch die Solidarität aller Betroffenen aufheben und betreffen sind neben den ZDL hier alle Beschäftigten in den Einrichtungen, in

den die Gewerkschaften gewerkschaftliche Tätigkeit der für Verbesserungen im sozialen Bereich eintreten.“

Diese spalterische, arbeitserfindliche Tätigkeit der ÖTV-Führer, die offen den Militärs in die Hände arbeitet, kann ganz sicher nicht von den ZDL selbst gebrochen werden.

Wie der jüngste Versuch von 13 aktiven ZDL in Hamburg zeigt (siehe AK 46, Seite 28) ignorieren die Gewerkschaftsführer die Aufnahmeanträge oder verweisen auf das „Aufnahmeverbot“.

Anfang der 70er Jahre bildeten sich an verschiedenen Orten „Selbstorganisationen der Zivildienstleistenden“ – kurz SO. Insbesondere beim Streik gegen die Kasernierung in Schwarzwald spielte die SO eine Rolle, ebenso bei bundesweiten Aktionen gegen das SPD-Zivildienstgesetz.

Für die ZDL-Probleme hat die SO unbesondere Bedeutung, wenn man bedenkt, daß 600 ZDL in Hamburg auf über 100 Dienststellen verstreut arbeiten. Darüber hinaus sind sicherlich auch Zusammenhänge zur Gewerkschaftsfrage und Antimilitarismusfragen mit Soldaten von Bedeutung. In einigen Städten gibt es sog. Antimilitarismuskomitees von ZDL und Soldaten).

Im Wesentlichen sollten die Zivildienstleistenden allerdings dort politisch und gewerkschaftlich arbeiten, wo sie tagtäglich mindestens acht Stunden ihren Dienst verrichten – zusammen mit den Kollegen der Krankenhäuser, Altenheime und Anstalten.

In den Einrichtungen allerdings dort politisch und gewerkschaftlich arbeiten, wo sie tagtäglich mindestens acht Stunden ihren Dienst verrichten – zusammen mit den Kollegen der Krankenhäuser, Altenheime und Anstalten. In Hamburg gibt es solche Arbeitszusammenhänge schon an verschiedenen Krankenhäusern.

Nur über solche Betreibergruppenarbeit wird es auch langfristig möglich werden, von der Gewerkschaftsbasis aus, von den organisierten ÖTV-Kollegen Dampf hinter die Aufnahme von ZDL in die Gewerkschaft zu machen.

Neben dieser Perspektive des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes der ZDL an ihrer derzeitigen sozialen Basis (den Krankenhäusern und Anstalten) gilt es, den Kampf gegen die zunehmende Militarisierung und Finanzierung des Ersatzdienstes zu führen, den Kampf gegen alle staatlichen Versuche, auf „kaltem Weg“ einen Arbeitsdienst einzuführen, einen Kampf für die Abschaffung der KDV-Prüfungen.

Kernstück liegen hier selbstverständliche Aufgaben der Gewerkschaften. Da aber die ÖTV-Führer im Interesse der Bourgeoisie und ihrer Militärs – den ZDL jede Unterstützung und Solidarität verweigern, steht die Aufgabe des Aufbaus einer selbständigen Schutz- und Kampforganisation.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die SO dieser Aufgabe nur ungenügend gerecht werden konnte. In Zeiten schärferer Auseinandersetzungen (z.B. Schwarzwald-Streik), gelang es den Ersatzdienstleistenden, z.T. beschauliche starke Organisationen aufzubauen, die auch die örtliche und regionale Isolierung überwinden konnten – jedoch zerfielen die Gruppen immer wieder sporadisch erscheinende Zeitschriften einzelner ZDL-Gruppen verschwand wieder die politische Arbeit unter den ZDL konnte keine Kontinuität gewinnen.

Die alten Organisationen der Kneipendienstverweigerer, besonders der VK (Verband der Kriegswidriggegner) kümmernten sich in den Jahren 1969 bis 1971 aktiv um eine politi-

sche Arbeit zu leisten. Die konnte nur gelingen, indem revolutionäre Genossen die bürgerlichen Pazifisten aus den Vorständen dieser Verbände verdrängen konnten. Inzwischen hat sich auch – mit dem Abheben der Studenten- und Schülerrevolten – die Situation geändert.

Die Revolutionäre zogen sich auf andere Gebiete zurück, Pazifisten, Revisionisten (DKP/SDA), und „linke“ Sozialdemokraten „eroberten“ die Verbände zurück... . Zudem sind sie politisch tot, spielen im antimilitaristischen Kampf keine Rolle mehr, haben nahezu gänzlich auf jede Öffentlichkeitsarbeit verzichtet etc.

Das Scheitern beim Aufbau einer schlagkräftigen SO hat vor allem politisch-ideologische Ursachen, d.h. liegt im z.T. recht geringen Bewußtseins der ZDL selbst begründet. Hinzu kommen äußerliche Schwierigkeiten, wie z.B. die Zersplitterung und Isolierung der ZDL in Kleinstgruppen in vielen Krankenhäusern sowie die Tatsache, daß die ZDL nach anderthalb Jahren wieder ins Berufsleben zurückkehren. – Es ist eine allgemeine Aufgabe demokratischer, sozialistischer und kommunistischer Jugendarbeit, sich stärker und kontinuierlicher als bisher um den Bereich der Ersatzdienstleistenden zu kümmern.

Chemiekomitee, KB/Gruppe Hamburg in Zusammenarbeit mit Hamburger Zivildienstleistenden.

Wohnraumzerstörung in Göttingen

Vor kurzem wurde in der Göttinger Innenstadt ein „Hertie“-Kaufhaus eröffnet. Diese Kaufhausöffnung und die weiteren kurzfristigen Pläne einer Aufreißung des sogenannten Restaltviertels unter der Konzern-„Hertie“, „Jduna“ und „Geier“ stellt den bis her vollzogenen Aufriß der sogenannten „Stadtsanierung“ durch die Göttinger Stadtverwaltung dar. Für die werktätige Bevölkerung bedeutet der bürgerliche Schnack von der Sanierung jedoch nichts anderes als die Zerstörung des dortigen Wohnraums, nämlich billiger Altbauwohnungen.

Die Zusammenarbeit der „Hertie“, Kapitalisten und der Göttinger Stadt sah so aus, daß einigen Mietern in der Nachbarschaft des „Hertie“-Baugeländes gekündigt wurde, um die größtenteils ausländischen Bauarbeiter dort unterzubringen. Diese wiederum mußten für einen Platz in einem 4-Bett-Zimmer 120,- DM pro Monat bezahlen. Andere Mieter wurden vertreiben, um Einstellungs- und Bauleistungen zu errichten. Was sicherten die „Hertie“-Kapitalisten sich dabei aus dem Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum? Aus den ausländischen Arbeitern wurden Leistungen zu unzumessenen Bedingungen herausgepreßt, um das Kaufhaus möglichst bald fertigzustellen. So wurden 70-75 Stunden in der Woche gearbeitet, zeitweise sogar 16 Std. pro Tag. Mit Werbekampagnen und Parolen wie „Jugend-dynamisch-wohlfühlen“ und dem bestechenden Bürgerblatt „Göttinger Blick“, der von den „unaufhaltsamen Fortschritten“ der Bauarbeiten zu berichten wußte, verschoben die „Hertie“-Kapitalisten in Einklang mit den Behörden, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen und den Kaufhausrummel schmückhaft zu machen.

Daß die Stadtverwaltung Hand in Hand mit „Hertie“ gegen die Göttinger Bevölkerung vorging, zeigt auch das Taktieren der Stadtverwaltung bei den Plänen zur Verdrängung des alten Restaltviertels, wo ja heute das „Hertie“-Kaufhaus steht. Die Stadtverwaltung gab zunächst 750.000 DM für den Kauf des Restaltviertels und dann bei weiteren Verhandlungen noch einmal 300.000 DM – um wollte ein Rathaus mit Volkshochschule, dann mit einem Kaufhaus gebaut werden. Als der Stadtverwaltung endlich einfiel, daß das Rathaus zu teuer sein würde kamen als „Retter“ die „Hertie“-Kapitalisten. Die Verplanung des Restaltviertels begann mit dem Bau einer Fußgängerbrücke über die Berliner Straße, was ein „Geschenk“ von „Jduna“ an die Stadt war, wie die „Göttinger Allgemeine“ behauptet. Diese soll durch das Restaltviertel hindurch bis in den 1. Stock von „Hertie“ führen, wo aus diesem Grunde schon ein Loch im Treppenaufgang gelassen wurde. So konnte nun geplant werden, weil feststand, daß das ganze Viertel abgerissen werden will,



Ersatzdienstleistender Ivan vor der Zivildienstschule, Hamburg

Redaktionelle Anmerkung

Mit Veröffentlichung dieses Artikels unterstützen wir den demokratischen und gewerkschaftlichen Kampf der Zivildienstleistenden und werden dies auch in Zukunft tun. Nicht verbunden mit dieser Unterstützung ist eine allgemeine Befürwortung zur Verweigerung des Kriegsdienstes durch unsere Organisation. Prinzipiell befürworten wir auch weiterhin, daß unsere Genossen und Sympathisanten im allgemeinen zur Bundeswehr gehen, da dortin der größte Teil der Arbeiterjugend gezogen wird und es den Kommunisten und ihren Sympathisanten noch nie geschadet hat, die Waffentechnik der Bourgeoisie zu beherrschen. Revolutionäre und demokratische Arbeit und Propaganda innerhalb der Armee, insbesondere einer imperialistischen Armee, wie der „Bundeswehr“ – ist nach wie vor ein entscheidender Abschnitt kommunistischer Arbeit überhaupt.

AK-Redaktion

entgegen der verlogenen Behauptung der Stadtverwaltung, daß es noch keinen festen Plan gäbe.

Banken, Versicherungen und Kaufhäuser für Kapitalisten sind einträglicher als Altbauwohnungen für die Arbeiterklasse, das war das alte Motto der Sanierungspolitik der Kapitalisten und ihres Staates. Die Bevölkerung wird dabei vor vollendete Tatsachen gestellt.

Die „Sanierung“ des Restaltviertels ist jedoch nur die Spitze des Eisberges. Die Pläne der Göttinger Stadtverwaltung gehen soweit, langfristig den größten Teil der Göttinger Innenstadt abzureißen, um damit die billigen Altbauwohnungen einer profitträchtigeren Nutzung freizugeben. Neuer Wohnraum für die aus ihren Wohnungen vertriebene Bevölkerung wird kaum bereitgestellt, und wenn, dann sogenannte „Sozialwohnungen“ wie z.B. in der weit vor Göttingen gelegenen Großsiedlung „Holtenser Berg“, wo eine 4-Zimmer-Wohnung 475,- DM kostet. Die Mieten für diese Wohnungen werden laufend erhöht, soziale Einrichtungen wie Kindergärten, Altenheim, Häuser der Jugend usw. gibt es kaum und wenn, dann sind sie von den eng begrenzten Räumlichkeiten und der Betreuung durch Fachkräfte her völlig unzureichend, ein Hohn auf die sozialen Reformversprechen der bürgerlichen Parteien. Unlängst hat man direkt am „Holtenser Berg“ einen Autobahnüberführer fertiggestellt, so daß die Bewohner obendrein noch dem unerträglichen Lärm der vorbeiziehenden Autos ausgesetzt sind. Um zur Arbeit und zum Einkaufen zu kommen, muß man erst nach Göttingen hinein fahren, was teure Fahrgeide oder Benzin kostet.

Die Umiedung der werktätigen Bevölkerung aus den Altbauwohnungen in die weit vor den Städten gelegenen Siedlungen des „sozialen Wohnungsbau“ stellt also eindeutig einen Angriff auf ihr Lebensniveau dar, dem man nicht begegnen kann wenn man sich durch die Hinhaltetaktiken und Versprechungen der bürgerlichen Parteien täuschen läßt, sondern nur, wenn die Fragen von Vertreibung und Wohnungsspekulation und die Maßnahmen dagegen in solidarischer Form besprochen werden und die Sache in die eigene Hand genommen wird. Über den Kampf gegen die kapitalistische Wohnungsbaupolitik darf man sich jedoch keine Illusionen machen. Das brutale Vorgehen des bürgerlichen Polizeiapparates hat sich bei den Häuserkämpfen 1968 in Frankfurt und Westend und innerstädtisch in der Eckhoffstraße in Hamburg gezeigt (s. betreffende AK Artikel), wo versucht wurde, den Kampf mit Mitteln der rückwärtigen Gewalt, durch Isolierung der fortgeschrittenen Kämpfe und Hetzkampagnen in den bürgerlichen Zeitungen zu zerlegen. Bestirktungsbildung der KAG/ Göttingen

Der ARBEITERKAMPF hat schon in Analysen zu verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen der BRD die Haupttendenzen der politischen Struktur der BRD herausgearbeitet: hin zu ständig verschärfte politischer Reaktion und materieller Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung aufgezeigt. In diese politische Haupttendenz in der BRD reiht sich auch die Entwicklung ein, die das Gesundheitswesen in den letzten Jahren hin genommen hat. Die neue Medizin-Ausbildungsordnung (Medizin-AO), die neue Ausbildungsordnung für das Krankenhauspersonal, das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) und die äußeren Meilensteine der stattfindenden Veränderungen auf diesem Gebiet. In all diesen Fällen geht es darum, mit möglichst geringem finanziellen Aufwand des Staates und möglichst ohne Beschneidung der Gruppeninteressen vor allem der Ärzte und der Pharmaindustrie der rasch steigenden Kostenlawine des Gesundheitssektors Herr zu werden.

Das KHG nun zeigt besonders deutlich, wie der Staat die anfallenden Kostensteigerungen überwälzt auf die auf seine Unterstützung im meisten Angewiesenen die Versicherten und die Krankenhausbetreiber, und dabei eine Verschlechterung der Leistungsfähigkeit der westdeutschen Krankenhäuser in Kauf nimmt. Gleichzeitig wird an diesem Gesetz die „Reform“-Strategie des kapitalistischen Staates deutlich in einer Art „Gesundheitspolitik“ wird als den gesellschaftlichen Umsturz erregender Teilbereich nicht genutzt ohne Vorhandensein eines zusammenhängenden Konzepts für das Gesundheitswesen, wodurch eventueller Protest und politische Unzufriedenheit über diese Neuregelung sehr gut verschoben werden kann auf andere noch zu regende Bereiche. So hinkt dann die Kritik der Betroffenen immer hinter der Sozialpolitik des Staates hinterher!

Was ist passiert?

Am 23.6.72 wurde das KHG vom Bundestag verabschiedet. Damit wurde hauptsächlich die finanzielle Versorgung der Krankenhäuser neu festgelegt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten jährlich die Krankenkassen und die Krankenhausbetreiber (Vereinigung aller Träger der Krankenhäuser) gemeinsam die Höhe des Pflegekosten festgelegt, den die Krankenkassen pro Patient und Tag zu entrichten haben. Grundlage der Berechnungen waren die „Selbstkosten eines sparsam wirtschaftenden Krankenhauses“. Diese Berechnungen lagen regelmäßig weit unter dem realen

durchschnittlichen Verbrauch der Krankenhäuser. Bei diesen Berechnungen ging man still aus von der Zielvorstellung der Pflegekosten: „Die Krankenhausbetreiber oder deren Kostenträger aus gesundheitlicher, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gründen nicht mit den vollen Krankenhauskosten zu belasten“. Die bestehenden Defizite wurden regelmäßig von Bund und Ländern übernommen.

Nach dem neuen KHG nun sind die Krankenkassen verpflichtet, die gesamten laufenden Kosten der Krankenhäuser zu tragen (§ 17). Nach ersten Überschlagsrechnungen werden die Krankenkassen ihre Beiträge jährlich um ca. 20 % erhöhen müssen, um diesen Kostensteigerungen der Pflegekosten und den auf sie überwälzten finanziellen Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Pflegekosten steigen nach diesem Plan um 220 % zwischen 1965 und 1977.

In diesem Zusammenhang ist nur kurz darauf hingewiesen, daß von den Krankenkassenbeiträgen sowieso nur 1/3 aufgewandt wird für Krankenhausleistungen, 2/3 fließen in die Taschen der ambulanten Ärzte und der Pharma-Industrie. Aber unabhängig von anstehenden Reformen auch in diesen beiden Bereichen bleibt festzuhalten: das KHG hat letztlich die Konsequenz, die Kostensteigerungen in den Krankenhäusern voll auf die Versicherten abzuwälzen und damit gesamtgesellschaftlich aufgebracht Steuern einzusparen.

Die Reparatur- und Investitionskosten der Krankenhäuser sollen nach dem KHG zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden im Verhältnis 1 : 2 (§ 22). Die maximale vom Bund aufzubringende Summe wurde im Gesetz bereits gleich mit festgelegt: die Bundesmittel sollen 1973 nur 465 Millionen, 1974 550 Millionen Mark betragen.

1972 hatte die Krankenhausbetreiber ein jährlichen Bettenzuwachsbedarf von mindestens 35.000 jährlich berechnet. Die nach dieser Planung zur Verfügung stehenden Gelder reichen gerade für 10.000 Betten jährlich!

Gegen die Kostenverteilung von 1 : 2 protestierten natürlich erst einmal die Länder im Bundesrat. Sie verfügten eine weitere Belastung der Krankenkassen durch Ausweitung des Begriffs der Pflegekosten und würden ihnen damit jährlich weitere 20 Millionen Mark auf (vgl. FAZ v. 25.7.72). Den letzten beiden eben die Hände...

Nach § 8 und § 8 sollen die derart begrenzten staatlichen Zuschüsse nun nur nach einem von den Ländern bis Ende 1973 zu erstellenden Bettenbedarfsplan zu verteilen sein. Das Beispiel Westberlin mit seinem Entwurf

des Landestrankenhausgesetzes (LKG, letzter Entwurf März 1974) zeigt die konsequente Weiterführung der im KHG angelegten nationalen Strömung auf Länderebene deutlich.

Die Bettenbedarfsplanung des Westberliner Senats

Seit dem Ende der 60er Jahre schon lief in Westberlin die Diskussion um eine Reform der Bettenbedarfsplanung in den Westberliner Krankenhäusern. Dieser Ausgangspunkt aller „Reform“-Überlegungen war und ist die Notwendigkeit der Bettenverknappung aus Einsparungsgründen, und von hier aus wird nach Erklärungen gesucht für das offensichtliche Fehlen von Krankenhausbetten schon ohne weitere Verknappungspläne. So sprach 1969 Westberlins damaliger Senator für Gesundheit, Bodin, vom sog. „Schwammeneffekt“. In Westberlin seien zu viele Betten, deshalb seien sie immer voll und würden von den Ärzten und Krankenhausbetreibern aus eigenem Interesse immer vollbesetzt gehalten. Die Frage ist nur, was passiert, wenn Westberliner Ärzte und Krankenhausbetreiber – vorausgesetzt, ihr Egoismus sei wirklich die Ursache des starken Bettenmangels, wie es uns die zynische Argumentation Bodins weismachen will – weiter an ihrer Taktik festhalten unter den Voraussetzungen von noch weniger Betten nach einer Reform, die nicht auf die Verknappung solcher Praktiken zielt, sondern die Bettenlage für die Bevölkerung objektiv verschlechtert?

Daß es in anderen Bundesländern nicht anders zugeht, beweist schon die Schlagzeile in der „Zeit“ vom 5.10.73, unter der der Hamburger Gesundheitsminister eine ganz ähnliche Politik der Bettenverknappung in Hamburg propagiert: „Zu wenig Geld, zu viele Betten“. Kürzer kann man die hinter der „Reform“ stehenden Interessen wirklich nicht mehr benennen!

Im April 1972 veröffentlichte der Bodin-Nachfolger Wolters (inzwischen ist er avanciert zum Staatssekretär im Gesundheitsministerium) den „Diskussionsentwurf: Gesetz über die Krankenhäuser im Land Berlin“. Hier schlug er eine Streichung von 2.000 Betten in Westberlin vor bei einer Gesamtbettenzahl von 36.750. Im letzten Entwurf von Wolters-Nachfolger Patzelt ist diese Zahl gestiegen auf 3.219! Von diesen Streichungen sind hauptsächlich betroffen: Kinder (345 Betten), Frauen (1.507) und chronisch Kranke (ca. 1.917). Diese am meisten betroffenen Bevölkerungsgruppen haben ei-

STAATLICHE ANGRIFFE KRANKENHAUSPERSONAL

Zum Krankenhausfinanzierungsgesetz

was gemeinsam als sind noch nicht, nicht mehr oder nur teilweise in den Produktionsprozess einbezogen, und sie gehören zu den am schwächsten politisch organisierten Bevölkerungsgruppen, sie sind nicht profitabel, und sie können sich allein kaum wehren!

Die Hauptargumente für die Bettenverknappung und der angebliche Mißbrauch der Krankenhäuser als Pflegeinstitutionen und die ersuchte Pflegeeinrichtungen. In den letzten zehn Jahren ist die Liegezeit der Patienten von durchschnittlich 25 auf 19,6 Tage gesunken. Es ist auch sicher richtig, daß die Liegezeitverkürzung objektiv einen Fortschritt in der Medizin ausdrückt. Allerdings bedeutet die Liegezeitverkürzung im Kapitalismus nicht eine Verbesserung der Gesundheit der Patienten, denn unter kapitalistischen Produktionsbedingungen bedeutet jeder Tag, den der Arbeiter wieder früher in die Produktion eingegliedert werden kann, seine erneute Mehrwertproduktion für den Kapitalisten und Ausbeutung an unerschöpflichen, seine gerade wiederhergestellte Gesundheit wieder neu raubende Arbeitsbedingungen! In seinem Buch „Gesundheitswesen im Klassenkampf“ zeigt der KSV Westberlin in Auswertung vor allem der Quellen des statistischen Bundesamts der BRD die verheerenden gesundheitlichen Wirkungen der steigenden Arbeitszeiten in vier Haupttendenzen auf:

- 1 Die Krankenzustände steigen laufend, wobei aus den Quellen hervorgeht, daß die Arbeiter wesentlich häufiger erkranken als der Durchschnitt der Versicherten! Selbst Bodin mußte 1970 im Westberliner „Tagespiegel“ erklären: „Es sei wohl gesagt, die durchschnittliche Liegedauer zu verkürzen, dafür können nun die Patienten jedoch häufiger ins Krankenhaus.“
- 2 Die Art der Erkrankung verschiebt sich hin zu Herz- und Kreislauferkrankungen, großenteils psychosomatischen Ursprungs, Erkrankungen der Verdauungsorgane und der Atemwege. Alles Krankheiten, die verursacht werden durch den Stress, die Monotonie und Hitze des Arbeitstages, die sog. „Verschleißkrankheiten“, mit langer Rekonvaleszenzzeit.
- 3 Die Zahl der Betriebsunfälle ist ständig. Obwohl die Arbeiter nur 45,3 % der Bevölkerung ausmachen,

entfallen auf sie 79,3 % aller Betriebsunfälle!

Seit 20 Jahren sinkt die Lebenserwartung vor allem der bundesdeutschen Männer wieder, und das durchschnittliche Renteneralter liegt heute bereits bei 57 Jahren. Die Liegezeitverkürzung, die der Fortschritt der Medizin ermöglicht, wird also wieder wettgemacht durch die zunehmende Zahl der Erkrankungen überhaupt. Unter diesen Bedingungen kann eine Verknappung der Krankenhausbetten zwangsläufig zu einer weiteren Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung führen. Ein Krankenbett ergattern kann nur noch derjenige, der entweder die richtigen Beziehungen hat, oder der in Lebensgefahr schwebt und/oder operiert werden muß.

Aber auch das andere Argument, der Mißbrauch der Krankenhäuser als Pflegeinstitution (v.a. zur Bettenstreichung für chronisch Kranke benutzt) ist verschleiend sicher ist nicht, daß Gesunde nicht dieselben ärztlichen Einrichtungen benötigen wie Schwerkranke. Aber welche Ersatzmöglichkeiten plant der Westberliner Senat für die gestrichenen Betten? Es sollen 1.300 „Krankenheimplätze“ eingeführt werden, in den Häusern ausgerechnet, die der Senat wegen ihrer Unwirtschaftlichkeit nicht in den Bettenbedarfsplan mitaufgenommen hat! Zudem müssen die „Sochenheimbetten“, wie sie die ÖTV in ihrer Kritik zurecht bezeichnet, auch noch von den Patienten selbst getragen werden, und da sie nicht vom LKG unterstützt werden, betragen die monatlichen Kosten z. B. ca. 1.600 DM. Außerdem bleibt das Problem der Nachsorgeeinrichtungen für Gesunde, also nicht chronisch Kranke, in diesem Gesetz völlig unberücksichtigt. Für die völlig erkrankten steigenden „Verschleiß“-Kranken ist keine organisatorische Regelung gefunden worden, wo sie ihre Genesungszeit unter ausreichender ärztlicher Kontrolle und in der gebotenen Ruhe verbringen können. Die bisher dafür zur Verfügung stehenden Krankenhausbetten werden nun gestrichen.

Die Personalplanung im LKG

Aber das LKG gibt sich nicht mit einer Einsparung allein von Kranken-

Eade Mai warnte die bürgerliche Presse vor den Kosten der 40-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst. „Zwei Stunden weniger kosten Milliarden Mark“, (Welt). Ministerpräsident Fehring versuchte, die 1972 tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung wieder rückgängig zu machen. Die übrigen Ministerpräsidenten zogen nicht mit, wohl mit Rücksicht auf die Stimmung der Kollegen im öffentlichen Dienst, denen man nach dem 11%-Beschluß bei der Tarifrunde nun nicht auch noch die Nichtumführung der 40-Stunden-Woche zumuten konnte.

Eine waren sich alle öffentlichen Arbeitgeber, daß die Arbeitszeitverkürzung nur zum kleinsten Teil durch neue Stellen ausgeglichen wird, sondern man nur zu der Hauptrolle durch Rationalisierungsmaßnahmen und verschärfter Arbeitszeit „auf fangen“. Zwei Stunden weniger Arbeitszeit kosten in der 100.000-Mann-Verwaltung der Hansestadt nach den Worten von Vermögenssenator Eckström 100 Mio. Mark, „wenn wir die Arbeitszeit voll ausgleichen.“

Mit qualitativen Stellen will der Senat jedoch die Lücken an dort ausfüllen, wo Schicht- und Betriebsdienst geleistet werden bei der Polizei, im Strafvollzug, in den Krankenhäusern und bei der Müllabfuhr. Nach dem schon für die Arbeitszeitverkürzung von 43 auf 42 Stunden die Gesundheitsbehörde viel zu wenig Stellen zu spät bewilligt hat, ist abzusagen, daß auch jetzt nicht entsprechend neue Stellen geschaffen werden (sicherlich im Gegensatz zu Polizei!).

Das heißt, die Warnung vor den Milliarden, die die 40-Stunden-Woche kosten würde, dient nur zur Propaganda verschärfter Rationalisierungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst.

Den gleichen Propaganda-Effekt erzielt für das öffentliche Gesundheitswesen, soll die gleichzeitig lancierte Warnung haben: „Kranklein wird teuer, Klinikkosten in zehn Jahren 500 Mark pro Tag“ („Abendblatt“, 30.5.74). Die Warnung hatte natürlich den Zweck die „Kostenexplosion“ muß endlich gestoppt werden.

Die Ankündigung von Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst und im Gesundheitswesen folgte der Regie-

rungerklärung des neuen Kanzlers Schmidt auf dem Fuß, in der Schmidt zur „Sparsamkeit und Konzentration auf das Wesentliche“ mahnte. Ebenso Hamburgs Wirtschaftsminister Kern. Der Bau des Erzhafens Hansaport müsse Priorität vor anderen öffentlichen Bedürfnissen haben.

Die künstliche „Ökonomie“ war der erste große Kalleffekt, mit dem die Bourgeoisie die Propaganda-Kampagne zur psychologischen Abdeckung ihrer verschärften Angriffe auf die Lebensbedingungen der Werktätigen startete. Mit dem Regierungswechsel Brandt-Schmidt wird diese Kampagne fortgesetzt durch ein Trommelwerk von Sparmarktschreibern.

Bevorzugtes Objekt der bürgerlichen Spar-Politik ist im Moment das Krankenhaus.

Tatsächlich sind die Krankenhauskosten im letzten Jahren „explodiert“. Die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenkassen für die Krankenhäuser sind von 1965 bis 1972 von 2,4 auf 9,4 Milliarden DM, also auf das Vierfache, gestiegen, während die Ausgaben für ärztliche Behandlung (4,1 - 7,6 Mrd.) und für Arzneimittel (2,9 - 5,7 Mrd.) im gleichen Zeitraum jeweils „nur“ knapp verdoppelt.

In den letzten zwei Jahren sind die Krankenhauskosten weiter sprunghaft gestiegen. 1972 betrugen die „Pflegekosten“ an den Hamburger Krankenhäusern noch 80 Mark, heute belaufen sie sich auf 150 Mark!

Allerdings ist der sprunghafte Anstieg in den letzten zwei Jahren nicht gleichzusetzen mit der wirklichen Kostenentwicklung. Denn vor 1973 wurden die Pflegekosten durch staatliche Subventionen künstlich niedrig gehalten, ab 1976 können die nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz „kostensteigernd“ sein.

Die jetzigen starken Erhöhungen werden vorgenommen, um dieses Ziel zu erreichen.

Wenn die Pflegekosten 1983 tatsächlich auf 500 DM steigen, würden sich die Beiträge zur Krankenversicherung von jetzt 10% auf 20% erhöhen, also verdoppeln!

Wie kommt die „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen und speziell im

Bereich der Krankenhäuser zustande?

1 Durch den Fortschritt der medizinischen Wissenschaft können heute Krankheiten behandelt werden, die früher nicht zu beeinflussen waren. So führt z.B. die Entwicklung neuer Operationsverfahren oder der Intensivbehandlung zu einem außerordentlich hohen personellen und apparativen Aufwand. Dieser Kostenfaktor wird von der bürgerlichen Presse als der Entscheidende hingestellt, denn diese Entwicklung sieht wie ein „Naturgesetz“ aus, das unabhängig erscheint vom Gesellschaftssystem. Dabei wird verschwiegen, daß die Fortschritte der Medizin andererseits die Möglichkeiten zur Früherkennung und Vorbeugung vervielfacht haben, die bei einer konsequenten Anwendung viele Krankheiten vor ihrem Ausbruch verhindern könnten.

2 Trotz der „Fortschritte“ der Medizin nimmt die Zahl der Krankheiten laufend zu. Der Krankenhauszugang nahm z.B. von 1962 bis 1972 von 125 auf 152 pro 1.000 Einwohner zu. Die am stärksten angewachsene Gruppe der Herz- und Kreislauferkrankungen und der psychosomatischen („nervösen“) Leiden wird hier klassenneutral als „Zivilisationskrankheiten“ bezeichnet. In Wirklichkeit sind es auf die kapitalistischen Arbeits- und Lebensbedingungen zurückzuführen. Immer größere Arbeitszeiten und Anspannung am Arbeitsplatz, zwei Stunden täglich im Berufsverkehr, das erzeugt den Stress, der diese Krankheiten verursacht.

Die rückwärtige Vergiftung der Umwelt hat immer katastrophalere Auswirkungen. So steigt z.B. die Zahl der an Rachitis erkrankten Kinder in den Großstädten wieder an, wegen der Dunstglocken über den Industriellen Ball.

3 Die größten Preistreiber im Gesundheitswesen sind die Pharmakonzerne und die Elektrokonzerne, die die medizinischen Geräte herstellen. Monopolgewinne von 1.000% und kein Seltenheit bei manchen Arzneimitteln. Ein neues Krankenhaus mit allem Drum und Dran kostet heute 150.000 Mark, was z.B. ein kleinerer Leutnant für die Profite der Gerätehersteller bedingt.

4 Die straff organisierten „Presse-

Kapitalistische Rationalisierung

gruppe“ der niedergelassenen Ärzte und das gesetzlich festgelegte Monopol der ambulanten Behandlung sichern den Ärzten Einkommen, deren Abstand zu denen des Normarbeitsnehmers immer größer wird. 1959 betrug das durchschnittliche Einkommen der Ärzte das 5,5fache des Arbeitnehmers' Bruttoeinkommens, 1971 bereits das 6,5fache! Die Ausgaben der Krankenkassen für ärztliche Behandlung stiegen zwischen 1959 und 1971 von 1,67 auf 6,8 Mrd. Mark.

3 Der wesentlichste Faktor, der das Gesundheitswesen so teuer macht, ist demnach planlose, anarchische Organisation.

Trotz Einführung einiger mehr bescheidener – Vororganeuntersuchungen liegt das Schwergewicht der Medizin völlig auf der Behandlung, der Arzt tritt in Aktion, „wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist“.

Die ambulante ärztliche Versorgung ist völlig unzureichend. Bei einer durchschnittlichen Untersuchung- und Behandlungsdauer von drei Minuten werden viele Krankheiten übersehen. Die später nicht oder nur mit hohen Kosten zu heilen sind. So hat man z.B. festgestellt, daß 80% aller an Bluthochdruck Erkrankten nicht oder nicht ausreichend behandelt werden, obwohl die Krankheit unbehandelt in einem hohen Prozentsatz zu Herzinfarkt oder Hirninfarkt führt, und obwohl die Diagnose sehr einfach ist und es eine wirksame Therapie gibt.

Das Monopol der niedergelassenen Ärzte zur ambulanten Behandlung verhindert, daß die freien Einrichtungen der Krankenhäuser auch den ambulanten Patienten zugutekommen und daß staatliche Polikliniken eingerichtet werden, die die Versorgung planvoll, rationell und besser ambulant organisieren können.

Als Alternative zu den staatlichen Ambulatorien werden in letzter Zeit von der bürgerlichen Bourgeoisie sog. „Praxiskommunen“ propagiert. Darin werden aus das Personal und die Geräte von mehreren Ärz-

ten gemeinsam und damit rationaler genutzt. Das kommt aber nicht den Patienten zugute, sondern die beteiligten Ärzte können sich so Extraprofite sichern.

Wie könnten die Kosten für das Gesundheitswesen gesenkt werden? Theoretisch ganz einfach: Man müßte ein planvolles Gesundheitssystem einführen und die Ursachen für die gesellschaftlich bedingten Krankheiten beseitigen. Das würde bedeuten allgemeine, umfassende medizinische Aufklärung, umfassende medizinische Aufklärung, die die Schwere der Krankheit auf die Vorbeugung legen. Akkord, Nacht- und Schichtarbeit abschaffen, die Umwelt Reinhalt, Pharma- und Geräteindustrie und Apotheken verstaatlichen, die Ausbeuterfreiheit der Ärzte abschaffen usw. Im Kapitalismus ist eine solche Rationalisierung der gleichzeitig zur Verbesserung der medizinischen Versorgung nötig, natürlich nicht durchführbar.

Wie sieht stattdessen die kapitalistische Rationalisierung im Gesundheitswesen aus?

„Rationalisiert und rationalisiert“ wird allein der öffentliche Sektor des Gesundheitswesens. Die Monopolstellung der Ärzte, die Superprofite der Pharma- und Geräteindustrie werden nicht angetastet.

Immer wieder betonen die SPD-Führer, daß sie die Privilegien der Ärzte erhalten wollen. „Ich habe nie einen Zweifel gelassen, daß ich zur freien Berufsausübung der Ärzte stehen will.“

Planung bedeutet aber z.B. rationalisierte Verstaatlichung, auch nicht die ärztlichen Leistungsergebnisse. (H. Schmidt, Gesundheitswesen Nr. 77, 1. April 1974).

Das neue Arzneimittelgesetz wird zwar den Nachweis der Wirksamkeit eines Medikaments von den Herstellern verlangen, es ändert nichts an der Tatsache, daß die bürgerliche Bourgeoisie im Krankenhausfinanzierungsgesetz geschaltet, die Ärzte für wirtschaftliche

AUF DIE RECHTE VON UND PATIENTEN

haustetten zur Kostenenkung zufrieden. Für 1974 allein ist eine Nichtbezahlung von 300 frei werdenden Stellen vorgesehen. Die Gelder für Teilzeitarbeitsplätze sind schon mit dem 1.1.74 gestrichen. Diese Stellenverkürzung geschieht in aller Stille. Keine spektakulären Demonstrationen, sondern keine Bestätigung der geordneten Stellen mehr – wie überhaupt das gesamte LKG, auch die Bettenentziehungen, langsam und schrittweise eingeführt werden soll. Begründet werden die Stellenstrichungen mit steigender Rationalisierung und Automation auch in den Krankenhäusern, mit der sinkenden Bettenzahl und – als wichtigstem Grund – der notwendigen Kostenersparnis zugunsten (?) der Krankenkassen. Allerdings werden die Betten verringert (wenn nach dem LKG auch erst nach den Personaleinsparungen!), das Personal pro Bett steigt, aber bei dieser Rechnung bleibt unberücksichtigt, daß ja auch die Verweildauer der Patienten pro Bett ständig sinkt, und das heißt, daß das Personal in derselben Zeit pro Bett wesentlich intensivere Arbeit leisten muß als bisher. Gesunde können dem Pflegepersonal schon viele Arbeiten abnehmen, sie müssen nicht mehr gefüttert werden, können allein aufs Klo, können ihre Betten selbst machen usw.

Durch die Plattenstellungsverkürzung und der Mehrbelastung auf der anderen Seite entsprechende Ausbildungsplätze gegenüberstehen, die ebenfalls auf dem Prinzip der Kostenersparnis fußen, kann hier nur am Rande erwähnt werden 1970 verabschiedete der Westberliner Senat einen Stufenbildungsplan für das Krankenhauspflegepersonal, der das Verhältnis von Gelehrten zu Ungelernten sprunghaft zu Ungunsten der Gelehrten ansteigend ließ. Seit Jahren besteht beim Medizinischem Dienst der Numerus Clausus in der ganzen BRD, und 1972 wurde schließlich die neue Ärzte-AO verabschiedet mit der Stoßrichtung, die Ausbildungszeit zu verkürzen und damit den Ärzte-Austausch ohne Kostensteigerungen haben zu können. Beide Reformen gehen natürlich auf Kosten der Qualifikation der Auszubildenden und der Qualität der Versorgung der Bevölkerung.

Neben diesen Rationalisierungsmaßnahmen für das Krankenhauspersonal enthält der erste LKG-Entwurf

vom 1973 noch einige Anlässe zur „Mitbestimmung“ im Krankenhaus. Aber Wollers selbst benannte schon die „Grenzen“ seiner Mitbestimmungsvorstellungen. „Eine ausbalancierte Mitwirkung der verschiedenen Beschäftigten im Krankenhaus an die betreffenden Entscheidungsprozessen nicht in einem unauflösbaren Spannungszustand zur Effektivität der Krankenhausbetriebe“ (Berliner Stimme, 29.4.72). Die „Diskussionsbeiträge“ vor allem des Hartmannbundes in den Westberliner Tageszeitungen taten schnell ein übriges dazu, „Spannungsverhältnis“ ein wenig zu lösen durch die Beschränkung einer diskutierenden Klientel um den sterbenden Patienten in der endgültigen Vorlage vom März 1974 ist von paritätischer Mitbestimmung schon lange nicht mehr die Rede. Der Lärm um die „Demokratisierung“ des Krankenhauses ist verklungen, was geblieben ist, sind steigende Arbeitslasten und Rationalisierungen auf Kosten der Kollegen und Patienten.

Das wichtigste Ergebnis des KKG: Kostenersparnis für den Staat auf dem Rücken der Werktätigen

Das wichtigste Ergebnis des KKG und des LKG ist die riesige Kostenersparnis des Staates durch die Rationalisierungen und Umwälzung der Kosten auf die Krankenkassen bzw. deren Mitglieder.

Die politische Unruhe unter der Bevölkerung über die gesundheitliche Versorgung in der BRD, wie sie auch in der Herausgabe eines „Gesundheitspolitischen Programms“ des DGB im Mai 1972 zum Ausdruck kommt, aber auch die Unruhe der Kapitalisten über die zunehmenden Krankmeldungen in ihren Betrieben waren ein zusätzlicher politischer Druck für die Bundesregierung, das Chaos auf dem Krankenhaussektor anzugehen.

Die Form, in der das angegangen wurde, konnte auch in keiner Weise den ständigen Interessen der Ärzteschaft widersprechen. Da das KKG die Stellung der niedergelassenen Ärzte in keiner Weise angreift, die Mitbestimmungsforderungen auf Bundesebene nicht geregelt und auf Länderebene nicht berücksichtigt wur-

den, und da auch die Möglichkeit der privaten ärztlichen Behandlung weiter bestehen bleibt, kann selbst der „Hartmannbund“ mit diesem Gesetz sehr zufrieden sein. Seine ständigen Interessen konnte er auch eindeutig gegen rationalisierende Zentralisierungsversuche vor allem des „linken“ SPD-Flügels durchsetzen. In diesem Gebiet läßt sich auch ein gradueller Westwind beobachten. Bis vor 1970 fehlte dem Gesetz ein eindeutig feststehender Einzug und sich beide Parteien in der gemeinsamen gesundheitspolitischen Stoßrichtung. Die „Welt“ vom 9.9.72 berichtet zum CDU-Gesundheitsprogramm: „Die CDU kann der Aufgabe, klarzustellen, wie sie sich von der SPD unterscheidet, auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik nur in Grenzen nachkommen.“ Allerdings profiliert sich die CDU wesentlich stärker und gegen die SPD, „Lücken“ eindeutig als Vertreter der realistischen ständischen Ärzteschaft, vor allem der Niedergelassenen.

Das Gesetz ist eindeutig eine Verschlechterung der Lage der Pflichtverpflichteten und der in den Krankenhäusern Arbeitenden. Zum einen bedeutet die rasche Erhöhung der Krankenkassengebühren bei gleichbleibenden Steuerbelastungen eine Reallohnkürzung: Was früher von den Steuergebern finanziert wurde, muß nun zusätzlich durch Zahlungen aus dem Nettolohn aufgebracht werden. Zum anderen verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen der Krankenhausangestellten in derselben Zeit. Man muß sich zwar weniger Betten, aber mehr Patienten verorgen bei zusätzlichen Stellenkürzungen. Dies trifft natürlich nicht nur Schwestern und Pfleger, sondern auch das sonstige Personal der Krankenhäuser, einschließlich der Amputierten, die unter der absoluten Hierarchie des Krankenhauses oft nicht weniger zu leiden haben als das übrige Personal.

Und zum dritten durch das KKG verschlechtert, zwar ist die Liegezeitverkürzung objektiv ein Fortschritt in der Medizin, im Kapitalismus aber ein Mittel zur Steigerung der Ausbeutung. Zudem werden die weitere Bettenverkürzung, die steigende Personalbelastung und die fehlenden Nachsorgeinstitutionen sich negativ bemerkbar machen müssen.

Wie reagieren nun die Arbeiter- und Angestellten-Organisationen auf diese Angriffe?

Seit seinem im Mai 1972 herausgegebenen Gesundheitspolitischen Programm glänzt der DGB durch hartnäckiges Schwenken zu allen weiteren Konkretisierungen der „Reform“ vorstellungen des Staatsapparates auf dem Krankenhaussektor.

Das Programm enthält – wenn auch sehr vorsichtig und allgemein formuliert – wichtige politische Forderungen:

- die Forderung nach einem integrierten Gesamtkonzept für den Gesundheitssektor, mit Berücksichtigung des Vorworts, Früherkennung und Rehabilitation.
- die Forderung nach medizinisch-technischen Zentren, in denen ambulant versorgende Ärzte gemeinsam mit den Wissenschaftlern und Technik entwickelten Möglichkeiten an Interesse der Patienten voll ausschöpfen können, und die ihnen auch eine Verbindung zu den Krankenhäusern sein könnten.
- die Forderung nach Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung auch im Krankenhaus, usw.

Also Vorstellungen, deren Realisierung sich mit der Verabschiedung des KKG immer mehr als Illusion herausstellen mußte. Aber für diesen Fall hatte sich der DGB in dem Programm selbst vorgesorgt: die Hände gebunden. Auf S. 20 heißt es: „Der DGB begrüßt die mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz beabsichtigte Aufteilung der Kosten, wodurch die öffentliche Hand zur Zahlung der Vorhalte- und die Benutzer zur Zahlung der Benutzerkosten verpflichtet werden. Nur durch diese Aufteilung kann mit Hilfe des goldenen Zells über die Investitionsfinanzierung die Krankenhausplanung realisiert werden.“ Um die Krankenhausverweildauer zu senken, sollten die Benutzerkosten eine spezifische, jeweils diagnostisch-therapeutisch begründete Gruppennormen abdecken. Wird diese Dauer überschritten, erzielt ein Degressionsprozess ein.

Wet nimmt eigentlich die Kosten für die Krankenhäuser zu übernehmen hat, ob es im Interesse der von ihm zu vertrittenden Arbeiter ist, als wichtigste politische Zielgröße die Senkung der Verweildauer zu bestimmen, was eigentlich von den sonstigen DGB-Forderungen in diesem begünstigten KKG verwirklicht worden ist. Das alles und Fragen, die der DGB weder in der Broschüre noch in der Zeit danach je wieder aufgenommen hat.

Dagegen hat die Gewerkschaft ÖTV versucht, Einfluß zu nehmen in der Diskussion um die Entwürfe des LKG in Westberlin und nach der Erstellung der endgültigen Beschlußvorlage vom März 1974 hat sie eine Ablehnung dieser Vorlage veröffentlicht. Hauptargumente dagegen sind das fehlende integrierte Gesundheitssystem (die fehlende zentralisierte Planung und Verwaltung der Krankenhäuser und die fehlende Verbindung mit den ebenfalls reformbedürftigen Schulen des Gesundheits-

wesens – Gesundheitsämter und ambulante Versorgung), die fehlende Mitbestimmung der Krankenhausangehörigen einschließlich der Patienten.

Die Aktivität der ÖTV gegenüber dem Stillschaltungsantrag des DGB ist nicht zufällig. Die ÖTV ist viel stärker den Einflüssen ihrer an den einzelnen Krankenhäusern bestehenden Betriebsgruppen verpflichtet, und der Protest dieser von dem LKG direkt betroffenen Kollegen führte zu den Aktivitäten der ÖTV Gerade im letzten Jahr sind nicht nur verstärkte Schwestern, Pfleger und Dienstkräfte der ÖTV beigetreten, sondern auch Amputierten, die erkannt haben, daß ihre Interessen unter der realistischen Gesundheitspolitik des Westberliner Senats nie immer mehr in eine Reihe stellen mit den anderen Angestellten des Krankenhauses. Statistik. Eintritte in die ÖTV im Westberliner Rudolf-Virchow-Krankenhaus seit Oktober 73:

Krankenschwestern	22
Krankenpfleger	19
Lehrschwestern	13
Schüler	9
Techn. Betrieb	10
Wäscherei	9
Stationenhilfen	7
Küche	2
Arzt/M.A.	5
Badehaus	4
Sektionsgeh.	3
Gärtner	3
MTA	3
Hausverwaltung	3
Verwaltung	3
Unbekannt	10

Aber neben diesen gewerkschaftlichen Protesten gegen die Berliner Senatpolitik hat sich auch noch eine andere Kampfkraft als erfolgversprechend erwiesen: Über die Forderung, eine Kinderklinik in dem geschlossenen Westberliner Krankenhaus Bethanien einzurichten kam es zur Gründung eines Kampfkommitees „Für eine Kinderklinik um Bethanien“, an dem sich Ärzte, Schwestern, Pflegepersonal, Kreuzberger Bevölkerungsteile und politische Organisationsstellen beteiligten. Mit Demonstrationen, Kundgebungen, Flugblättern und einer Hausbesetzung leistete das Kampfkommitee sehr wichtige Öffentlichkeitsarbeit. Dies Kampfkommitee zeigt durch seine Arbeit, daß es nicht ausreicht, nur gewerkschaftliche Aktivitäten zu entfalten, sondern daß es entscheidend wichtig ist, den Kampf gegen die reaktionäre Gesundheitspolitik auch zusammen mit der davon betroffenen Bevölkerung zu führen.

KB/Westberlin

im Gesundheitswesen

chen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhausplafette (Krankenhausfinanzierungsplan – KKG) wurde 1972 verabschiedet.

Nach diesem Gesetz kommen nur noch die rentabel arbeitenden Krankenhäuser in den Genuß einer staatlichen Unterstützung, und diese soll nur die Kosten des Neubaus und der Erhaltung der Krankenhäuser tragen, während die Benutzungskosten allein durch die Pflegeplätze gedeckt werden müssen. Das hat zwei Folgen:

1. Die Sozialversicherten müssen das bisher vom Staat gedeckte Defizit in Höhe von zwei Mrd. DM direkt bezahlen, wodurch die Beitragssätze der Krankenversicherung erheblich ansteigen.
2. Die Krankenhäuser werden zur Rentabilität und damit zur Rationalisierung gezwungen. Nach dem KKG werden nur noch diejenigen Krankenhäuser staatlich gefördert, die in einem von der Bundesregierung aufgestellten Krankenhausbauplan aufgenommen sind. Ziel des Krankenhausbauplans ist die organisierte Bettenverknüpfung. Das Ziel wird durch die Schließung aller Krankenhäuser erreicht, die für die Bourgeoisie unrentabel sind. Es wird kein Krankenhaus mehr gefördert, das weniger als 100 Betten hat. Davon sind 44% aller Krankenhäuser mit 10,5% aller Betten betroffen.

Die unrentablen Krankenhäuser werden sofort rasch geschlossen. Die systematische Bettenverknüpfung ist das Mittel zur Verkürzung der Liegezeit. Die Zahl der Patienten nimmt je nicht als ungenügend. Aber müssen die reduzierten Betten „intensiv“ benutzt werden. Es werden immer mehr Patienten vorzeitig entlassen, da der Bett für noch dringendere Fälle gebraucht wird.

Schauer Planer haben ausgerechnet: Würde der Krankenhaussektor in der BRD ein Patient nur um einen einzigen Tag gesenkt, würden jährlich 2.000 Klinikbetten frei, könnte der

Fehlbestand an Klinikpersonal um 10.000 Krankenschwestern und Pfleger verringert werden, und insgesamt könnten pro Jahr 400 Mio. DM Pflegekosten eingespart werden.

Diese Rationalisierungsmodelle ist identisch mit dem kapitalistischen Konzern Klein, unrentable Betriebe werden stillgelegt, die Produktion in den Großbetrieben wird durch Intensivierung der Arbeit stattdessen erhöht.

Der Unterschied ist hier, daß nicht nur das Krankenhauspersonal durch die Verkürzung der Liegezeit zu leiden hat, sondern auch die Patienten. Nur ein Beispiel: Die angestrebte „Entlastung der Krankenhäuser von den Pflegefällen“, wie es zynisch im Gesundheitsministerium der Bundesregierung heißt, wird unmittelbar Folge der Bettenverknüpfung sein. Die Einrichtung entsprechender Nachsorgekliniken und Altpflegeheime, durch die allein eine solche Entlastung der Akut-Krankenhäuser zu verantworten wäre, wird zumindest noch Jahre auf sich warten lassen, wahrscheinlich wird sie für die armen alten Menschen nie Wirklichkeit, während die Betten bereits effizient wagnerschlüsselt werden.

Da die staatliche Förderung der auf der Grundlage der „aparamen Wirtschaftsförderung“ abhängig ist, wird so gleichzeitig ein Zwang zur inneren Rationalisierung ausgeübt.

Fabrikmäßige Organisation der Arbeit wird eingeführt, z.B. die Produktion von Mehlzeiten am Fließband und Akkordarbeit in der Wäsche. In Westberlin wurden bereits Zielstudien auf Station gemacht, um die maximale Leistungsfähigkeit des Pflegepersonals zu ermitteln.

Neben der allgemeinen Straffung, Zentralisierung und Rationalisierung mit Hilfe des KKG hat die SPD eine Reform der inneren Struktur der Krankenhäuser eingeführt. Diese Reform ist als „Klassensystem“ bekannt. Das Drei-Klassen-System wurde abgeschafft. Die Privatisierungen werden aufgelöst, alle Patien-

ten zahlen einen einheitlichen Pflege-

„Das Krankenhaus muß jedem Bürger gleichwertig und optimale Behandlung, Pflege und Unterbringung sichern, unabhängig davon, ob er Kassenpatient oder Selbstzahler (Privatpatient) ist. Maßstab für eine angemessene Versorgung darf nur die Art und Schwere seiner Krankheit, nicht aber seine wirtschaftliche und soziale Stellung sein. Diese Chancengleichheit zu sichern, ist ein vorrangiges Ziel sozialer, demokratischer Gesundheitspolitik.“ (Leitlinie des SPD zur Gesundheitspolitik)

In Wirklichkeit bleibt die Klassenpolitik im Krankenhaus erhalten. Über die sogenannten „Regelungen“ hinaus kann sich jeder Zahlungskräftige gegen Aufpreis in ein Einzelzimmer lassen, kann Telefon, Fernseher und Sonderessen fordern und – nicht zuletzt – auch die Behandlung beim Chefarzt kaufen.

Die Eingliederung der Privatpatienten auf den „Kassenstationen“ ist rational, ebenso die Berechnung der Krankenhauskosten nach einheitlichen Pflegepreisen.

Ebenso verhält es sich mit dem „Abbau hierarchischer Strukturen“ und der „Demokratisierung der Krankenhausleitung“. Die Kompetenzübertragung der bisher allein regierenden Chefsprache ist vom technokratischen Standpunkt aus nicht länger tragbar. Die Erwerbstätigen der Liquidationskosten auf die nachgeordneten Ärzte hat sich der „Klassenpolitik“ unter dem Personal ab, sondern erwartet aus dem Kreis der Privatpatienten und verläßt den Anreiz, möglichst viele Privatpatienten zu behandeln.

Das „Klassensystem Krankenhaus“ ist also eine typisch sozialdemokratische „Reform“. Kostenersparnis Maßnahmen werden als systemverändernde Reform verkauft, die den Unterprivilegierten (Chancengleichheit bringt). Zusammenfassend ist festzustellen: Die Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen treffen nur den öffentlichen Bereich. Der private Sektor („freie Praxis“, Pharma-Industrie usw.) bleibt unangestastet, obwohl gerade dieser nichtstaatliche Sektor wesentlich für die „Kostenersparnis“ in den Krankenhäusern verantwortlich ist.

Die hauptsächlichsten Rebell zur Kostenenkung und Bettenabbau, Liegezeitverkürzung und innere Durchdringung der Krankenhäuser: Das ist Maßnahmen muß der Vernichte durch höhere Beiträge und eine schlechtere stationäre Versorgung bezahlen. Auch die Arbeitsbedingungen

Reform des Gesundheitswesens

Obwohl von der SPD nach allen Erfahrungen mit ihren sonstigen „Reformen“ nichts anderes zu erwarten war, drängt sich doch die Frage auf, warum auch auf diesem Gebiet nur Schein-Reformen durchgeführt werden, die zu keiner nennenswerten Senkung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft führen und obendrein die Qualität des Gesundheitswesens noch verschlechtern.

Tatsache ist: Langfristig wäre Vorbeugen billiger als Heilen, und eine Vorstärkung der ambulanten Versorgung und der Pharma-Industrie würde ebenfalls entscheidend die Kosten senken und die Qualität verbessern. Die Bourgeoisie müßte also im Prinzip ein großes Interesse an einer grundlegenden Reform des Gesundheitswesens haben, denn die Ausgaben dafür erhöhen indirekt die Löhne und senken den Profit. Außerdem ist ein kleiner Arbeiter für das Kapital ein schlechter Arbeiter. Das unmittelbare Profitinteresse der Kapitalisten verhindert aber vernünftig jedoch in der Regel solche langfristigen Reformen.

Wenn die ethischen Reformer in der SPD dem Kapital gründliche Reformen schmackhaft machen wollen, indem sie vorrechnen, daß sie sich langfristig auszahlen würden, so zeigen sie, wie blind sie sind für die Klappe des Imperialismus, in der sie uns befinden.

Denn solche Reformen wie eine umfassende Vorwagnungsreform oder die Errichtung von staatlichen Ambulatorien würde immense Investitionen erfordern, die sich erst Jahrzehnte später bezahlt machen würden. Für solchen „Luxus“ hat die imperialistische Bourgeoisie kein Geld. Der BRD-Imperialismus will nicht aus dem Rennen um Platz 1 in der EG und einen „Platz an der Sonne“ in der Welt mal ein paar Jah-

re ausseren und das Gesundheitswesen in Ordnung bringen, um dann wieder in den Konkurrenzkampf einzusteigen – er wäre hoffnungslos überfordert.

Westberlin

Außerdem ist das Gesundheitswesen in der BRD noch relativ gut, (verglichen mit anderen kapitalistischen Staaten), so daß die Kapitalisten es sich leisten können, es verschlampen zu lassen, bis es zum Gegenstand von Arbeiterkämpfen wird, wie jetzt schon in Italien.

Hinzu kommt, daß durch den beliebigen Import ausländischer Arbeiter die Qualität, mit der die Arbeitskraft wiederhergestellt wird, für die Bourgeoisie an Bedeutung verloren hat.

Trotzdem werden die Werktätigen noch relativ „gut“ versorgt, Bettenverknüpfung und Liegezeitverkürzung wirken sich in erster Linie auf die nicht arbeitstüchtige Bevölkerung aus (Kinder und vor allem alte Menschen).

Obwohl eine weitergehende Verstaatlichung des Gesundheitswesens für die Kapitalisten durchaus kein Tabu ist, wie England und Schweden zeigen, ist sie in der BRD noch aus anderen Gründen unwahrscheinlich. Die britischen Standortverhältnisse sind so mächtig, daß es für die Regierung also harte Nüsse waren, ihren Widerstand zu brechen (was im Grunde von der Bourgeoisie auch gar nicht gewünscht wird, da sie an solchen kleinbürgerlichen Formationen als „Puffer“ zwischen Bourgeoisie und Proletariat interessiert ist).

Die Pharma-Industrie ist in der BRD zum größten Teil identisch mit den Chemie-Großkonzernen, die eine der mächtigsten Monopolgruppen der BRD bilden.

Die Pharma-Industrie profitiert besonders durch die Struktur des Arzneimittelmarktes, die durch die „freie Ärzteschaft“ geprägt ist. Deshalb besteht eine besonders enge Interessenkoalition zwischen chemischer Industrie und Ärzteschaft.

Gruppe Gesundheitswesen der Bezirksorganisation KB/Hamburg

Das Agrarsystem der EG — auf Kosten der Verbraucher und der Masse der Bauern

Bauern demonstrationen in vielen EG-Ländern der sogenannten „Rinderberg“ bei steigenden Verbraucherpreisen — erregten in letzter Zeit breites Interesse. In diesem Artikel soll über einige Hintergründe der Landwirtschaftspolitik im Rahmen der „Europäischen Gemeinschaft“ und über die Aktionen der Bauern dagegen berichtet werden.

Neue EG-Agrarpreise — Verschlechterung für die Masse der kleinen Bauern

Im März wurden — wie in jedem Frühjahr die EG-Agrar-Richt- und Interventionspreise neu festgelegt, und zwar wurden sie diesmal um durchschnittlich 8,45% erhöht.

Für etwa 93% aller Agrarerzeugnisse der BRD werden von der EG die Erzeugerpreise festgelegt. Nicht festgelegt werden die Preise für die Weiterverarbeiter, die Groß- und Einzelhändler für einige landwirtschaftliche Produkte werden nur Richtpreise festgelegt, um die der vom Bauer tatsächlich erzielte Erzeugerpreis schwanken soll. Für andere Produkte werden auch Interventionspreise festgelegt — unterschreitet der vom Bauer tatsächlich erzielte Preis diese Grenze, muß die EG dies durch Aufkäufe verhindern.

Aufgrund der Höhe ihrer bisherigen tatsächlichen Erzeugerpreise bringt die 8,45%ige Erhöhung vom März den Bauern faktisch nur 4,7% höhere Preise für ihre Produkte. Gegenüber den höheren Preisen des letzten Jahres ergibt sich für die Bauern sogar eine Verschlechterung. Im Mai lagen ihre Erzeugerpreise um 9,6% unter dem Vorgahr. Die Preise der Betriebsmittel der Bauern (Düngemittel, Dieselöl, Maschinen, usw.) hingegen lagen im Mai um 12% über dem Vorgahr.

Durchschnittlich liegt heute der Anteil der Erzeugerpreise an den Ladenpreisen bei unter 50% (und davon müssen die Bauern einen immer größeren Teil an ihre eigenen Lieferanten zahlen — siehe nebenstehende Graphik). Bei allen Produkten ist der Anteil der Bauern schon in den vergangenen Jahren immer mehr gesunken. Der Bauer erhält schon in den vergangenen Jahren immer mehr gesunken. Z.B. bei Kartoffeln von 69,7% in 1960/61 auf 58,1% in 1968/69, bei Schlachtfleisch und Fleischwaren von 58,9% in 1960/61 auf 54,6% in 1968/69 (beides Produkte, bei denen in dieser Zeit kaum eine weitere Veredelungsstufe eingeschaltet worden ist). Beim Rindfleisch liegt der Anteil der Bauern inzwischen bei rund 25%. Konzerne wie z.B. Unilever, Nestlé, Oetker, Coop und Edeka drücken die Preise der Bauern immer weiter und treiben gleichzeitig die Verbraucherpreise immer mehr hoch. Auf diese Weise nehmen diese Konzerne ihre Herrschaft über die Landwirtschaft immer weiter aus. Die kleinen Bauern arbeiten faktisch für diese Konzerne, auch wenn sie nicht unmittelbar Arbeiter der Konzerne sind.

1973 lagen die Einkommen pro Arbeitskraft in der Landwirtschaft durchschnittlich bei 20 000 DM im Jahr. Davon mußten die Bauern jedoch noch rund 25% investieren, um überhaupt noch eine Chance zu haben, einige Zeit weiter zu existieren. Sehr bedeutsam, und von der bürgerlichen Presse (wie auch vom „Deutschen Bauernverband“ — DBV) in der Regel unterschlagen, sind die Einkommensunterschiede zwischen den kleinen und den großen Bauern. Laut „Wald“ (3.6.74) betrug 1973 das Einkommen pro Arbeitskraft bei Betrieben unter 20 ha durchschnittlich 14 000 DM, bei Betrieben zwischen 20 und 50 ha 21 000 DM und bei Betrieben über 50 ha 27 000 DM. Diese Angabe ist noch dadurch verworren, daß bei den flächenmäßig kleinen Betrieben auch eine Anzahl sehr intensiver, hochspezialisierter Betriebe (z.B. Gartenbaubetriebe) enthalten ist, die abhöflich hoch verdienen. Wie die flächenmäßig großen Betriebe als Resultat kann man festhalten, daß die Masse der kleinen Bauern durchschnittlich nur etwa 2/3 eines durchschnittlichen Arbeitseinkommens bekommt. Dazu kommt noch, daß nach verschiedenen Untersuchungen die Wochenarbeitszeit eines Bauern bei 60 Stunden liegt, was also 1/3 von dem pro Tag bei einer 8-Stunden-Woche.

Zudem wird die kleinen Bauern mit viel höherem Neuzuwachs als die jährlichen Neuzuwächse — die Bauern leben also teil

weise von dem in vergangenen Zeiten ererbten Vermögen.

Die großen Bauern dagegen verdienen relativ gut, da sie viel rationaler arbeiten können, da sie z.B. den Einsatz von teuren Maschinen für ihre großen Flächen erst richtig lohnt, da sie z.B. Mengenrabatte beim Einkauf von Betriebsmitteln und ebenso beim Verkauf ihrer Produkte bekommen. Zusätzlich werden sie von der EG- und BRD-Agrarpolitik besonders gefördert. So sind die verschiedenen Vergünstigungen oft an die Betriebsgröße gebunden, wie z.B. das „einzelbetriebliche Förderungsprogramm“, das die Förderung von Betrieben erst ab einer bestimmten „Fördergröße“ und nach Genehmigung ihres „Betriebsentwicklungsplans“ vorsieht.

„Die Landwirtschaft leistet für das wirtschaftliche Wachstum unserer Volkswirtschaft alljährlich einen wichtigen Beitrag, indem sie Arbeitskräfte für andere Bereiche freisetzt. Dieser Strukturwandel ... ist auch in Zukunft eine wesentliche Voraussetzung für das weitere wirtschaftliche Wachstum.“

„Rinderberg“ — Für die Verbraucher Preistagestungen

Trotz der Rationalisierung auf Kosten der Kleinbauern in der Landwirtschaft nehmen die Verbraucherpreise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse weiter zu. Der Grund liegt darin, daß in unserem Wirt-

Die Wirtskräfte werden also mit vielfältigen Tricks zur Kasse gebeten, um das künstliche Hochhalten der Preise auch noch selbst zu finanzieren. Das nennt sich dann „freie Marktwirtschaft“.

Natürlich handelt es sich bei den „Bergen“ nur um scheinbare „Überschüsse“, denn in einem Land, wo der Bedarf der Volkswirtschaft noch keineswegs gesättigt ist (und wo außerdem in der Welt Millionen Menschen verhungern) gibt es in Wahrheit keine „Überproduktion“ von Lebensmitteln, sondern nur Lagerbestände, die zu den geforderten hohen Preisen unverkäuflich sind.

Der „Rinderberg“ entsteht als unmittelbare Folge des „Butterbergs“. Um den „Butterberg“ (der vor etwa zwei Jahren den Höhepunkt erreichte) abzubauen, ohne aber den Butterpreis senken zu müssen, wurden den Bauern „Prämien“ für das Umsetzen von der Milch auf die Schlachttierproduktion bezahlt. Nun bekam man, ohne den „Butterberg“ ganz loszuwerden, einen „Rinderberg“.

Zum Entstehen des „Rinderbergs“ hat außerdem die von den Kapitalisten betriebene Senkung der Mas-

25% hinzu. Diese Subvention soll es den Exporteuren ermöglichen, ihre Waren konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt zu platzieren. Im Gespräch war auch, 50 000 t Rindfleisch (ein Drittel der Lagerbestände) „zu Sonderbedingungen“ an die Sowjetunion zu vermarkten. Vorbild wäre die Verschleuderung von 200 000 t EG-Butter an die Sowjetunion vor zwei Jahren gewesen. damals wurde die Butter an die Sowjetunion zu Preisen verachtet, die um 3,40 Mark je Pfund(!) unter den Butterpreisen in der BRD lagen. Die Differenz mußte aus Steuererlösen bezahlt werden.

Ankündigungen der Gerichte um ein neues derartiges schmutziges Geschäft, diesmal mit Rindfleisch, verurteilte die Bourgeoisie nationalistische und antikomunistische Stimmungen zu schüren. „Die Russen essen unser teures Rindfleisch“, fast gerichtet („Bild“, 25.7.74). Von der Tatsache, daß es hier um das Profitinteresse der BRD-Lebensmittelkonzerne geht, die durch solche Schleuderverkäufe das Angebot in der BRD knapp und damit den Preis hochhalten wollen, soll so abgelenkt werden.

Tatsächlich kam, offenbar im Zuge der gesamten Abkühlung der „Entspannung“, das Geschäft „zu Sonderbedingungen“ diesmal nicht zustande.

Unter weiteren kleineren Maßnahmen ist als besondere Schwere ein Posten von 1,3 Mio. Mark aus dem „Agrarfond“ der EG zu erwähnen. Damit soll, man höre und staune, eine „Aufklärungskampagne“ finanziert werden, „die den Rindfleischverbrauch steigern soll“!!!

Für eine andere vorgeschlagene Maßnahme des sogenannten „Sozialfleischb“, (Verkauf von verbildtem Fleisch an Altersheime, Krankenhäuser u.a.) fehlen dagegen, laut Landwirtschaftsminister Ertl, in der BRD die Haushaltsmittel!!!

Zunehmende Auseinandersetzungen zwischen den EG-Imperialisten

Anfang Mai beschloß Italien Importrestriktionen, um sein hohes Handelsdefizit zu verringern. Bis auf Rohstoffe und Investitionsgüter (Maschinen, etc.) mußten nun für alle Importe Gelder in Höhe des halben Warenwertes bei der Staatsbank zinslos für 1/2 Jahr hinterlegt werden (sogenanntes „Bardepot“). Hier waren auch Agrarimporte stark betroffen. Beim „Bardepot“ ging es vor allem darum, Importwaren zu verteuern und dadurch den Import insgesamt zu reduzieren, um so das Defizit zu verringern. Diese Maßnahme, unter Verletzung der EG-Verträge, zeigte besonders kräftig die Vertiefung der Widersprüche zwischen den einzelnen EG-Ländern.

Für Agrarimporte wurde die italienische Maßnahme inzwischen größtenteils wieder rückgängig gemacht. Die mächtigeren Imperialisten (im vorderster Linie natürlich die BRD) zwangen Italien dazu und versprachen dafür „Hilfe“ (z.B. Kredite), wenn Italien „sich selbst helfe“ (z.B. Steuererhöhungen für die Werktätigen und höhere politische „Stabilität“). Auch ist ein wichtiger Effekt der Importrestriktionen (höhere Preise für die italienischen Werktätigen aufgrund des durch das „Bardepot“ teureren Imports) jetzt weiterhin gegeben. Der „Grüne List“ (von der EG festgelegter Wert der Nationalen Lira auf dem EG-Agarmarkt) wurde abgewertet, was die Agrarimporte weiterhin verteuert. (Siehe hierzu auch den ausführlichen Artikel über Italien im ARBEITERKAMPF Nr. 46).

Die Maßnahmen der italienischen Bourgeoisie stehen nicht vereinzelt da.

Frankreich hat vor wenigen Wochen bewundernde Subventionen für eine Landwirtschaft beschlossen, deren Überheimlichkeit mit den EG-Verträgen „noch geprüft“ wird.

In England hat seine Agrarpreispresse bei der diesjährigen Agrarpreiserhöhung um in geringem Maße als die anderen erhöhen müssen (die Labour-Regierung, die im Grunde keine andere Haltung zur EG hat als vorherige Heath-Regierung, mußte die „Kampfe“ vorantreiben und den englischen Arbeitern kleine „Erlöse“ vorweisen).

Italien bekommt weiterhin Unterstützung für seine Oliven- und Hartweizenproduktion (Nudeln, Spaghetti etc.), obwohl hierbei inzwischen die Weltmarktpreise höher liegen als in der EG.

Faktisch ist die Zeit des zunehmenden Agrarhandels zwischen den EG-Ländern vorbei. Bis auf Dänemark haben alle Länder inzwischen wieder Zölle die sich aber „Grenzabgleichszahlungen“ nennen und die fast



Mehr als 20.000 Bauern beteiligten sich an einer Protestdemonstration in München.

Mehr als 20.000 Bauern beteiligten sich an einer Protestdemonstration in München.

Die Entwicklung der Konzentration der Landwirtschaft und des „Bauern“ wird von der EG planmäßig vorangetrieben.

Schon seit den Anfängen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kann die kleinbürgerliche Landwirtschaft nicht gegenüber dem großen Kapital bestehen. Der Anteil der Bauern an der Gesamtzahl der Werktätigen nahm entsprechend immer mehr ab. 1850 betrug er z.B. in Deutschland noch 55%, 1950 25%. Nach der Restauration des Kapitalismus in Westdeutschland verringerte er sich dann schnell weiter auf 10% (2,6 Mio.).

Durch die EG-Politik nahm die Ruinierung der Bauern noch zu. Während zwischen 1960 und 1967 die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der EG jährlich um durchschnittlich 1,7% zurückging, waren es zwischen 1967 und 1970 2,9%. Heute sind von den noch knapp 1 Million landwirtschaftlichen Betrieben 39% (= 381 000) Nebenerwerbsbetriebe (die Bauern machen die Landwirtschaft nur noch neben ihrer Haupttätigkeit — meistens in der Fabrik) und 18% (= 171 500) Zuerwerbsetriebe (die Bauern arbeiten in erster Linie in der Landwirtschaft, müssen aber zusätzlich noch woanders arbeiten). Insgesamt gibt also über die Hälfte der Betriebe den Bauern nicht einmal mehr die Existenz (Übrigens werden, wie eine Untersuchung in Bayern ergab, 95% der Bauern, die ihren Hof verlassen neuen Hilfsberufen).

Die Bourgeoisie plant eine weitere Ruinierung der Bauern. Die „Grüne Bericht“ der Bundesregierung von 1970 konkretisierte den EG-Massnahmenplan auf die Bundesregierung. Danach soll bis 1980 die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft von damals 2,35 Mio. (heute etwa 1,8 Mio.) auf 1 Mio. gesenkt werden und die Zahl der Betriebe auf etwa 600 000 schrumpfen. Als entferntes Ziel sieht die Bourgeoisie die Reduzierung der Betriebe auf etwa 1/4 des heutigen Standes (das wären rund 250 000) vor.

Der Bundeslandwirtschaftsminister sagte dazu im Dezember 1973 vor dem Düsseldorf-Industrieclub ganz offen:

„Das Agrarsystem nicht zum Vorteil der werktätigen Massen rationalisiert wird, sondern zum Vorteil der Kapitalisten. Die Rationalisierung der Landwirtschaft dient nur dazu, die Profite der großen Nahrungsmittelkonzerne zu erhöhen. Zu welchem Zweck? ...“

Solche „Berge“ werden nach der vulgar-ökonomischen Schulweisheit von „Angebot und Nachfrage“ eigentlich in kurzer Zeit abgebaut werden können, da ein „Überangebot“ theoretisch Preisrückgang zur Folge haben müßte. Hier greift indes der kapitalistische „regulierende“ im Interesse der Bourgeoisie ein, indem er durch verschiedene Maßnahmen die Preise künstlich hoch hält. Zu diesem Zweck wird das scheinbare „Überangebot“ abgebaut.

Der unmittelbare Weg ist die Verringerung von Lagerbeständen, hier also Lebensmitteln. Das ist tatsächlich oft gemacht worden. Für diese Vernichtung muß dem Lagerhalter oder auch dem Bauern natürlich eine Entschädigung bezahlt werden, die die Werktätigen über die Steuer bezahlen.

Ein anderer Weg ist der Export von „Überschüssen“. Das geschieht auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig möglich ist (weil die Weltmarktpreise niedriger sind als in der BRD), werden die Waren künstlich verbilligt. d.h. der Exporteur erhält eine Subvention, die natürlich ebenfalls aus den Steuergeldern der Werktätigen bezahlt wird.

Schließlich kann der Produzent selbst in diesem Fall also der Bauer — durch „Prämien“ dazu gebracht werden, sich „marktgerechter“ (im Interesse der Hochhalter der Preise) zu verhalten. z.B. indem das Abheben von Obstbäumen — der das Schneiden von Mühlsteinen beliebt wird, falls es „Überschüsse“ an Obst bzw. Milchprodukten gibt. Auch diese „Prämien“ muß der Steuerzahler tragen.

Wenkaufkraft (Lohnraub, Steuererhöhungen usw.) beutragen. D.h. die „Nachfrage“ nach Rindfleisch sinkt, weil die Arbeiterfamilien sich nicht mehr so viel teures Fleisch leisten können. Vor allem die „konjunkturellen“ Maßnahmen in Italien (wodurch die italienischen Werktätigen um mindestens 12 Mrd. Mark beraubt werden sollen) haben u.a. auch den Verbrauch von Rindfleisch beschränkt und damit vor allem den Export von Rindfleisch aus Frankreich und der BRD nach Italien spürbar getroffen.

Die Folgen zunächst einmal fällt es den Aufkäufern angedeutet, das in die Bauern gezahlten „Erzeugerpreise“ zu drücken. So lag im Juni/Juli 74 der Erzeugerpreis von Rindfleisch um 10% unter dem vom Juni/Juli 72/73. Außerdem wurden zum Abbau der wachsenden Lagerbestände (150 000 t geschätzt Ende Juli), bei gleichzeitiger Hochhaltung der Preise, von der EG eine Reihe von Maßnahmen ergriffen.

Dazu gehört eine dreimonatige „Einfuhrstopp“ für Rindfleisch aus Dänemark (Nicht-EG-Länder), der vor allem die lateinamerikanischen Exporteure (Uruguay, Argentinien) empfindlich trifft. D.h. das billigere ausländische Rindfleisch wird durch Sperren vom EG-Markt ferngehalten, um die hohen Preise in den EG-Ländern zu verteidigen.

Zweitens wird den Bauern, zunächst vom 1. August bis 28. Februar (und die Maßnahme kann dann verlängert werden), eine „Prämie“ bezahlt, wenn sie ihre Bullen Ochsen und Jungtiere länger auf der Weide bzw. im Stall stehen lassen, statt sie zur Schlachtung zu bringen (die Prämie gilt nicht für Kühe, offenbar wegen des immer noch nicht ganz abgebauten „Butterbergs“). Die „Prämie“ beginnt bei etwa 72 Mark pro Stück im August und soll bis etwa 250 Mark im Februar (wenn die Tiere im Stall gefüttert werden müssen) gesteigert werden. Die Kosten zahlen die Werktätigen. Die Bauern ihrerseits haben auch kaum Vorteil, da sie für Futter etc. entsprechend länger bezahlen müssen.

Als weitere Maßnahme kommt u.a. eine Erhöhung der Exportsubvention für Rindfleisch um rund

gen der verschiedenen Auf- und Abwertungen der Währungen von der Landwirtschaft fernhalten sollen. So hat z.B. im Falle der BRD die „güne Mark“ die DM-Aufwertungen nicht mitgemacht, da sonst z.B. durch eine 10%ige Aufwertung der Einkommen der Bauern um 10% gesunken wären, was die Lage der Bauern nach Ansicht der Bourgeoisie wohl etwas zu plötzlich verschlechtert hätte.

So spiegelt gerade der gar nicht mehr so „gemeinsame“ Agrarmarkt die wachsenden Widersprüche zwischen den Imperialisten der EG wider. Sich verschärfende Auseinandersetzungen z.B. auf dem Agrarmarkt bedeuten jedoch nicht notwendig eine gradlinige weitere Verschärfung

der Widersprüche bis zum Auseinanderfallen der EG, sondern sie zeigen neben dem Auseinandergehen genauso das Voranschreiten der EG, nämlich den Kampf um das WER und WIE in dieser Imperialistengemeinschaft.

Vor allem aufgrund der Interessen Frankreichs wurde der Agrarmarkt ursprünglich vorrangig vereinheitlicht. Denn der Anteil der Landwirtschaft an der französischen Wirtschaft ist besonders hoch, und Frankreich ist ein großer Agrarexporteur. Die BRD hingegen war der größte Agrarimporteur und hatte vor allem Interesse an einem möglichst ungehinderten Export seiner Industrieerzeugnisse. De Gaulle erklärte:

„Gewiß haben wir größte Schwierigkeiten, unsere Partner dazu zu bewegen, daß sie in der Praxis die Ein-

beziehung der Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt akzeptieren. Es ist bekannt, daß das für uns eine *conditio sine qua non* war. Denn wenn man diese Bedingung nicht erfüllt, müßten wir weiterhin mehr als unsere Nachbarn die schwere Last der landwirtschaftlichen Subventionen tragen und wären daher im industriellen Wettbewerb sehr gehandicapt.“

Die BRD hat in den letzten 10 Jahren insgesamt 3,2 Mrd. DM mehr in den EG-Agrarmarkt gezahlt als erhalten, während Frankreich 3,7 Mrd. DM mehr erhalten als eingezahlt hat (vor allem wurde der Export der französischen Agrarüberschüsse subventioniert). Die BRD-Imperialisten hingegen hatten ausgezeichnete Exportmöglichkeiten für ihre Industriegüter.

Heute liegen die Widersprüche in der Agrarfrage vor allem zwischen Frankreich und England, da England in noch größerem Maße als die BRD Agrarprodukte importiert und von daher ein Interesse an möglichst niedrigen Agrarpreisen hat, während Frankreich natürlich an hohen Agrarpreisen interessiert ist. Die Position der BRD liegt in dieser Frage nahe der Englands.

Daß sich die Position der BRD-Imperialisten gegenüber den französischen Imperialisten gestärkt hat, ist z.B. daran zu erkennen, daß Frankreich jüngst isoliert Subventionen für seine Landwirtschaft beschlossen hat. Es kann seine Vorstellungen nicht mehr in dem Maße wie früher in der EG durchsetzen und seine Landwirtschaft von den anderen Mitgliedern unterstützen lassen, und muß, da es eine zu abrupte Verschlechterung für seine Bauern verhindern will, isoliert eigene Maßnahmen ergreifen.

Vor allem seitens Englands und der BRD mehren sich die Stimmen, die nach einer grundsätzlichen „Reform“ des EG-Agrarmarktes rufen. So z.B. Schmidt, der er noch Finanzminister war und in dieser Funktion eher gegen die hohen Gelder für Frankreich vorstehen konnte: so z.B. der Staatssekretär im Ernährungsministerium, Logemann: „Es ist sehr schwierig, an den Grundpfeilern der EG etwas zu ändern, weil einstimmige Beschlüsse nötig sind. Und hier sehen die Franzosen die Dinge ja teilweise völlig anders als wir. Noch in diesem Jahr müssen wir aber eine agrarpolitische Bilanz ziehen.“

Spontaner Kampf der Kleinbauern in den EG-Staaten

Die zunehmende Vereinhaltung der Kleinbauern ruft ihre berechtigten Proteste hervor. Nachdem bereits vor drei Jahren die Bauern vor allem in Holland, Belgien, Frankreich und der BRD gegen die EG-Agrarpolitik protestierten (Höhepunkt war die Blockade Brüssels durch Bauern dieser Länder und Straßenschlachten mit der belgischen Polizei), hat die Protestbewegung und haben Kampfkaktionen der Bauern in den EG-Staaten Mitte dieses Jahres wieder zugenommen. Bereits am Jahresanfang demonstrierten italienische Bauern durch die totale Blockade des Brenner-Passes gegen die EG-Politik.

Die Schwerpunkte der Kampfaktionen liegen zur Zeit in der BRD, Frankreich, Belgien und den Niederlanden.

gen, machen den Handel und die Industrie den dicken Keil. So sind die Preise für Fleisch, Obst und Gemüse weiter gestiegen; insgesamt werden die Preissteigerungen in Frankreich in diesem Jahr etwa 17 % betragen (Zahlen nach „FAZ“ vom 31.7. und 5.8. und „FR“ vom 24.7.).

Zielgerichteter als die westdeutschen Bauern richten die französischen Bauern ihre Aktionen gegen diese Profitstreiber der Kapitalisten und die Unterstützung durch den Staat. So protestierten sie vor allem gegen den „Skandal der Händler-Profite“ („FAZ“, 5.8.74).

Die „Frankfurter Rundschau“ zitiert die Sorgen der bürgerlichen Parteien in Frankreich: „Fürchtet man, daß sich die Kundgebungen bis in den Herbst hineinziehen, wenn nach Beendigung des

kiersten Bauern den Verkehr mit ihren Traktoren.“

Im nordwestlichen Departement **Rhône-Alpes** besetzten rund 300 Bauern das Stadtzentrum von **Belhonne** und schütteten Jauche und Mist vor der Unterpräfektur aus. Eine besondere Gaudi veranstalteten Bauern in **Bessançon**. Sie ließen in den Straßen der Stadt Kühe und einen Stier los und feuerten diese zu Wettläufen an.

Am 18. Juli unterbrachen Bauern durch Straßenperren bei **Mont-de-Marcion** in Südfrankreich das Radrennen „Tour de France“. Die Bauern ließen die noch etwa 100 im Rennen liegenden Fahrer sich einige Minuten verpulst, dann durften sie weiterfahren. Mehrere Begleitfahrzeuge mußten ihre Fahrt allerdings beenden; sie hatten „Reifendefekte“

schmecken; den Rest übergossen sie mit Jauche. Die mitgebrachten Schweine sollten auch nicht zu kurz kommen – sie machten sich über die Blumenarrangements her.

Der Schnellzug Paris-Brest wurde in **Quimper** in der Bretagne eine dreiviertel Stunde aufgehalten. Die Bauern hatten zu diesem Zweck alte Autoreifen auf den Schienen angezündet. Als Feuerwehrleute versuchten, das Feuer zu löschen, mußten sie feststellen, daß sie nur noch aufgeschlitzte Schläuche hatten.

Am 30. Juli fuhren nachmittags in **Thionville** ca. 100 Ackerschlepper auf. Sie zogen Wagen mit Mist und Jauchefässern hinter sich her; der Mist wurde in den Straßen verstreut, mit der Jauche wurde die Apotheke besprüht, die dem Bürgermeister gehörte.

Belgien:

Am 15.7. versperrten Traktoren die Autobahn zwischen **Brüssel** und **Luxemburg**, so daß „hohe Funktionäre“ ihre in Luxemburg getroffenen Verabredungen nicht einhalten konnten.

Zu Solidaritätsaktionen mit den Bauern anderer Länder (BRD, Frankreich) traten am 29.7. belgische Bauern in zahlreichen Städten des Landes an. Traktoren blockierten in einem Dutzend von Kleinstädten den Verkehr.

Am 6.8. blockierten belgische Bauern fünf Grenzübergänge, die im Nordosten des Landes an den Straßen zur niederländischen Stadt **Eindhoven** liegen. Durch die Sperrung mit Traktoren bildeten sich nach kilometerlange Autostauungen.

BRD

Bereits im Juni begannen Kampfaktionen der Bauern in der BRD. Es begann noch sehr freundlich. Rheinische Bauern demonstrierten mit einer Schlepperkolonne in Bonn und verkauften vor dem Gebäude des Bauernverbandes Kartoffeln und Gemüse. In das Ministerium für „Innendeutsche Beziehungen“ ließen sie einige Steigen hiervon abgeben und baten Minister Egon Franke, dem Kollegen Ertl aufzutragen, mehr für die Landwirtschaft zu tun.

Als Nächstes veranstalteten die schleswig-holsteinischen Kreisbauernverbände vier Schwerpunktkaktionen mit Schlepperdemonstrationen, Kundgebungen und teilweise von den Bauern selbst initiierte Straßenblockaden.

Daran beteiligten sich am 4. Juni in **Flensburg** 2500 Bauern. Mitte Juni beteiligten sich 2000 Bauern mit über 450 Traktoren in **Lensahn**. Am 8. Juli legten 2000 Bauern mit etwa 300 Traktoren und Schleppern für mehrere Stunden den Verkehr in **Schwarzenbek** lahm.

Höhepunkt der Aktionen war die Demonstration und Blockade in **Heide**. Etwa 6000 Bauern aus den Krisen Dithmarschen, Steinburg und Rendsburg waren mit etwa 1500 Traktoren, Schleppern, Landmaschinen und Hängern erschienen. Der Verkehr in und um Heide war vollständig lahmgelegt. Erschienen war auch die CDU-Prominenz; Bundesratsabgeordneter seit 1949 und Dithmarscher Bauer **Günning**, Landtagsabgeordnete, Kreis- und Stadtpolitiker. Die Redner waren ausschließlich CDU-Politiker vom Bauernverband, darunter ein Landtagsabgeordneter. Sie vertraten die politische Linie des Bauernverbandes und erklärten die sozialdemokratische Bundesregierung und deren „Bauern-Feindlichkeit“ zum Hauptfeind (kein Wort wurde beispielsweise über die CDU-Landesregierung verloren). Damit war offiziell die Aktion beendet. Für diese Reden war ein großer Teil der Bauern bereits seit fünf Uhr früh mit dem Traktor unterwegs gewesen.



„Wor die Ertl, der Bauer kommt!“ (Hüte dich Ertl, der Bauer kommt), Bauern-Protest in Heide

„Wor die Ertl, der Bauer kommt!“ (Hüte dich Ertl, der Bauer kommt), Bauern-Protest in Heide

Frankreich:

Die Lage der Kleinbauern untercheidet sich hier nicht grundsätzlich von der der Bauern in der BRD. Die Bauern besitzen allerdings in Frankreich die wesentlich größere Gewicht. So sind 13 % der erwerbstätigen Bevölkerung Frankreichs in der Landwirtschaft tätig, obwohl sich die Zahl zwischen 1954 und 1974 um die Hälfte, von sechs auf drei Millionen, verringert hat. Die bürgerlichen Parteien haben daher auch immer ein besonderes Augenmerk auf die französischen Bauern als Wähler geworfen und Giscard d'Estaing hat im kürzlich abgelaufenen Wahlkampf große Versprechungen an die Adresse der Bauern gerichtet. Dafür „ernsteten“ die rechten Parteien etwa 75 % der Wahlstimmen der Bauern. Doch von den Versprechungen blieb nichts, so daß die enttäuschten Bauern zu Kampfaktionen übergingen, die zum Teil mit großer Militanz durchgeführt wurden. Das Deutsche Fernsehen wußte am 5. August zu berichten, daß sich viele französische Bauern von den bürgerlichen Parteien abwenden beginnen und der „kommunistischen“ (gemeint ist der revisionistische) Bauernverband großen Zulauf hat.

Die Verschlechterung der Lage der Bauern hat in den letzten Monaten rapide zugenommen:

Die Erzeugerpreise für Schweinefleisch sind seit Januar 1974 um 25 % gesunken, für Rindfleisch um 15 %, ähnlich sieht es bei Obst und Gemüse aus. Weine sind um 25 - 50% im Preis gesunken.

Auf der anderen Seite sind die Preise für die von den Bauern benötigten Industrieerzeugnisse (Maschinen, Düngemittel etc.) in zehn Monaten um 24 % gestiegen.

Während die Erzeugerpreise der Bauern sinken und die Kosten stei-

Sommerurlaubes die sicher zu erwartenden Gewerkschafts- und Industrieaktionen einsetzen. Ein Zusammengehen der Arbeiter mit den Bauern ergäbe für die Regierung eine mehr als heikle Situation“ (24.7.74).

Am 10.6.74 gab es, vor allem wegen der sinkenden Erzeugerpreise für Schweine- und Rindfleisch, in mehreren Städten Westfrankreichs Protestaktionen der Bauern. Sie wurden von Sonderkommandos der regionalen Bauernverbände unternommen.

Die Bauern richteten ihre Aktionen in erster Linie gegen die staatlichen Präfekturen und Unterpräfekturen; so schütteten sie in den Städten **Rennes**, **Fontenay**, **Saint-Malo** und **Roscoff** Jauche aus und ließen Schweine- und Ferkel vor diesen Präfekturen zurück. Bei einer Unterpräfektur wurden die Fensterscheiben von den Bauern eingeworfen.

Aus einem Kühlhaus in **Roche-Sur-Yeu** holten Demonstranten sch Tonnen Fleisch, übergossen es mit Benzin und zündeten es an. An Wohlfahrts- und gemeinnützigen Einrichtungen vertrießen Bauern in **Saint-Le** ganze Fleischviertel. Gegen die Einfuhr argentinischen **Beefsteaks** versuchten sich am 15.7. Bauern in **Le Havre** zu wehren. Ca. 300 von ihnen stürmten die Docks von Le Havre, enterten dort einen argentinischen Frachter und warfen mehrere Tonnen Gefrierfleisch ins Hafenbecken.

In **Saint-Omer** wurde ein britischer Kühllaster von Bauern gestoppt. Sie entluden den mit Fleisch gefüllten Laster, übergossen dieses mit Benzin und steckten es an.

In der Nähe von **Rennes** belagerten am 15. Juli 150 Bauern stundenlang das Haus des französischen Ministers für Handel und Handwerk, **Vincent Auzanet**, um ihn zu einer Unterredung zu zwingen.

Straßenperren wurden am 17. Juli im südwestfranzösischen Departement **Landes** errichtet; dort block-

ten die Bauern verstreuten Nadel auf der Rennstrecke.

Bei **Colmar** wurde die Eisenbahnstrecke **Bordeaux-Toulouse** zwei Stunden lang von demonstrierenden Bauern blockiert.

Auch in **Julie**, 450 km südlich von Paris, bekamen die Beamten der Präfektur den „Duft“ frischer Jauche zu spüren: Durch das Tor der Präfektur rochte ein Lieferwagen, öffnete die rückwärtige Ladeklappe, und die Füllung eines Jauchefasses lief auf den Hof. Vor dem Tor stand eine dicke Menschenmenge, es wurden Transparente getragen mit der Aufschrift: „Rauf mit den Rindfleischpreisen, sonst regnet's Scheiße“.

Am 30. Juli sollte der neue Autobahnabschnitt **Orléans-Tour** dem Verkehr übergeben werden. Es war eine feierliche Zeremonie geplant, zu der auch ein Minister eingeladen war. Ungeladene erschienen Gruppen von Bauern und ließen sich einen Teil des kalten Buffets, das für die „hohen“ Gäste bestimmt war,

Am 3. August stürmten junge Landwirte das Rundfunkgebäude von **Toulouse**.

Niederlande:

Rund 2000 Bauern aus den Niederlanden und Niedersachsen blockierten am 2.8. die Grenzübergänge. Holländische Bauern blockierten am 2.8. sämtliche Zufahrtswege der 400.000-Einwohnerstadt **Groningen** und die Häfen **Delfzijl** und **Tjerkwerd**.

Obwohl die niederländischen Bauernverbände die Bauern zu „Zurückhaltung“ aufgerufen hatten, setzten diese ihre Protestaktionen verstärkt fort. Am 3.8. versperrten in allen Teilen des Landes lange Schlangen von Traktoren, Lastwagen und Mähmaschinen die Straßen.

Die niederländische Regierung will weitere Bauerndemonstrationen verbieten und hat die Polizei beauftragt, Straßensperren künftig „notfalls“ auch mit Gewalt zu brechen.



Mehrere Stunden blockierten Traktoren-Kolonnen protestierender Bauern die schleswig-holsteinische Kleinstadt Heide

Anfang Juli demonstrierten Weinbauern aus Nüßdorf und Frankweiler (Südpfalz). Sie hatten erfahren, daß in Landau 320.000 Liter italienischer Wein für eine Sektkellerei in Böblingen eintreffen sollten. Sie stoppten den Tanklastzug mit dem Wein an der Ortseinfahrt Nüßdorf und umstellten ihn mit ihren Traktoren. Erst nach drei Stunden kam der Tanklastzug durch das Eingreifen von Polizei frei.

Auch in Niedersachsen gab es verschiedene Aktionen. In der zweiten Julihälfte wurden in mehreren Städten (u.a. Hannover), „Billigpreis-Aktionen“ durchgeführt. Obst, Kartoffeln und Gemüse wurden billig verkauft oder verschenkt und Diskussionen mit den Käufern geführt. Ende Juli demonstrierten mehrere hundert Bauern in Osterholz-Scharmbeck mit über 200 Traktoren.

Über 20.000 Bauern beteiligten sich an der bisher größten Bauerndemonstration in München, zu der der bayerische Bauernverband aufgerufen hatte (dazu später noch näher). Zur ersten gemeinsamen Aktion kam es am 2. August, als etwa 2.000 Bauern aus Niedersachsen und den Niederlanden am Grenzübergang nach Hengelo dichtmachten. Mit Traktoren, Landmaschinen und Hängern wurden die Bundesstraßen 75 und 213 blockiert, so daß der Verkehr völlig zusammenbrach. Nur schubweise wurde die Blockade für die Autofahrer gelockert, mit denen die Bauern diskutiert.

Mehr als 1.000 Bauern aus dem Moselgebiet blockierten am 7.8. vom Vormittag bis in den Nachmittag hinein mit etwa 300 Traktoren die Grenzübergänge Apach (Frankreich), Perl und Remich (Luxemburg) und demonstrierten gegen die EG-Agrarpolitik.

Bauernverbände: Gutbesitzer und CDU/CSU-Politiker geben den Ton an

Die spontanen Aktionen der Bauern werden zur Zeit initiiert von den Kreis- und Landesorganisationen der Bauernverbände. Auf ihrer Sitzung am 29. Juli beschloss eine Delegation für den Herbst, nach der Ernte, weitere große Protestaktionen. Die Verbandsführer sehen ihre Hauptaufgabe darin, durch derartige Aktionen dem Unmut der Bauern ein Ventil zu geben (Bayern's Bauern-Baron von Feury warnte: „Unsere Legionen sind nicht mehr ruhig zu halten“), um unkontrollierte Aktionen zu verhindern. Vor allem aber tragen die Verbandsführer bewußt in die Aktionen eine falsche Stoßrichtung hinein und hinterreiben

„Erit hat verzagt, Franz-Josef Strauß muß kommen“ und „Erit, deine Agrarpolitik ist ein roter Saustall“ (nach „Süddeutsche Zeitung“, 25.7.). An der Spitze dieser Demonstration marschieren ausschließlich ausgezeichnet verdienende Großbauern und CSU-Leute:

- Otto Freiherr von Feury, Verbandspräsident und CSU-MDL, Gutbesitzer,
- Senator Gustav Schlier, sein Stellvertreter (CSU),
- Senator Toni Beck, Bezirksverbandspräsident (CSU),
- Martin Haushofer, Vorsitzender des Arbeiterbäuerbundes für Land- und Forstwirtschaft,
- Maria Wieders, CSU-Landtagsabgeordnete,
- Simon Niesel, CSU-Staatssekretär im bayerischen Landwirtschaftsministerium.

Diese Liste ließe sich sicher noch fortsetzen.

Ähnlich sah es bei den Aktionen in Schleswig-Holstein aus, bei denen CDU-Landtagsabgeordnete als Redner auftraten und CDU-Prominenz der Kreise und Städte zugegen war, um sich den Bauern als ihre Vertreter anzubieten.

Es ist kein Wunder, daß diese von den Großbauern beherrschten Verbände, an deren Spitze der Gutbesitzer Baron Constantin Freiherr Heeremann von Zuydwijk steht, kein Interesse daran haben, die Situation der bedrohten Bauern wirklich zu verbessern. Sie selber arbeiten mit der Industrie zusammen, sie selber ruinieren durch ihre Politik die vielen Kleinbauern, sie unterstützen im Prinzip die EG-Politik, die gerade die kleinen Bauern ruiniert. Sie scheuen bei der Unterstützung der EG-Agrarpolitik auch keine Lügen, wenn sie diese verteidigen und „Auswüchse“ der sozialdemokratischen Bundesregierung in die Schuhe schieben. So will beispielsweise der bayerische Bauernverband in Flugblättern und Zeitungsanzeigen („Leser hört auf Eueren Bauern“) weismachen: „Frankreich schützt seine Bauern besser“ und tut gerade so, als gehe es der Mehrheit der Bauern dort besser. Ein Hohn! Wer ist dann schuld? „Die Bundesregierung tut zu wenig“.

Es ist eindeutig, daß diese Art der Verbandspolitik die berechtigten Bauern-Proteste nur auf die Mühlen einer anderen bürgerlichen Partei, der CDU/CSU leiten will.

Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine“ spricht sicherlich all diesen Demagogen aus dem Herzen, wenn sie schreibt:

„...Es gibt arme und reiche Bauern, tüchtige und weniger tüchtige. Die Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft selbst sind gewaltig und werden immer größer. Die guten und 'richtig' strukturierten Betriebe werden auch

demonstrationen in der BRD ganz aus dem Häuschen geraten, weil sie sich wieder in ihren bekannten Auffassungen bestätigt sehen, daß die „Haupttendenz Revolution“ sei und „die Massen nach links“ wollen.

So schreibt der „Rote (7) Morgen“ der „KPD/ML“ (27.7.74) über die Demonstration in Heide (Schleswig-Holstein) vom 18. Juli, „die Stimmung der Bauern“ sei „revolutionär“ gewesen! Da würde man gern mal erfahren, was der Artikelschreiber sich eigentlich unter „revolutionär“ vorstellt! Im selben Sinn wird von der „Angst des reaktionären Bauernbundes“ geschwärmt, „die wachsende Militanz und revolutionäre Störförderung (!) der Bauernkämpfe nicht mehr aufhalten zu können“.

Der Artikel der „Kfz“ des KBW (24. Juli) zu Heide ist zwar nicht so überheblich, aber auch hier heißt es doch: „die Einsicht unter den Bauern wächst...“ „Ihr berechtigter Zorn gegen den kapitalistischen Staat wird sie an die Seite der Arbeiterklasse führen“. „Sie wollen sich vom Bauernverband nicht mehr herumschubsen lassen“.

Vor allem beim „Roten Morgen“ handelt es sich um ein romantisches und ideologisches Herangehen an die Bauernkämpfe, statt eines materialistischen, klassenmäßigen Herangehens. Diese „Linken“ drücken sich um die Aufgabe, die kleinen und mittleren vom reaktionären und z.T. faschistischen Einfluß zu lösen, indem sie schlankwegs phantazieren, die „Stimmung“ der Bauern sei ja schon „revolutionär“, oder indem sie die vorherrschende bürgerliche, reaktionäre Ideologie unter den Bauern „überheben“ und so tun, als würde der „Zorn“ die Bauern sozusagen im Selbstlauf an die Seite der Arbeiterklasse führen.

Um die angebliche „revolutionäre Stimmung“ der Bauern richtig zu verstehen, ist ein kleiner historischer Rückblick notwendig: Gerade in Schleswig-Holstein gab es in den 20er Jahren einen Bauernverband, der sich „revolutionäres Landvolk“ nannte. Seine Störförderung ging gegen „das jüdische parlamentarische System“, gegen das „internationale Großkapital“, und er näherte sich damit immer mehr der NSDAP an. Dabei waren verschiedene Aktionen dieser Bauernbewegung durchaus gerechtfertigt, z.B. wenn in Selbsthilfsaktionen der Bauern die Gerichtsvollzieher von den Höfen gejagt wurden, die zum Pfänden verurteilten Bauern gekommen waren.

Den „revolutionären“ Bauern erging es im Grunde ebenso wie vielen „revolutionären“ Kleinbürgern, die nicht zum Bündnis mit der Arbeiterklasse fanden, sondern den Faschisten in die Arme liefen.

Einen Bauern, der gegen Erit und

DIE ENERGIEPOLITIK DER WESTDEUTSCHEN BOURGEOISIE 2.TEIL

Im ersten Teil dieses Artikels wurde im ARBEITERKAMPF 47 die schlechte energiepolitische Ausgangslage des BRD-Imperialismus gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten aufgezeigt. In Bezug auf Erdöl und Erdgas hat er keine bedeutenden eigenen Energielieferanten wie die USA und die Sowjetunion und verfügt auch über keine so festen Einflußgebiete in der Dritten Welt wie die USA. Er steht in dieser Hinsicht auch gegenüber dem englischen und französischen Imperialismus zurück. Außerdem verfügt er bisher über keinen Erdölkonkern, der erfolgreich in Konkurrenz zu den großen Konkurrenten aus den USA, England und Frankreich treten könnte.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat daraus die Konsequenzen gezogen und ein Energieprogramm entwickelt, das diese schlechte Ausgangslage grundlegend verbessern soll. Die Hauptinhalte dieses Programms sind:

- 1.) der Aufbau eines nationalen Energiekonzerns (DEMINEK)
- 2.) die Expansion des BRD-Imperialismus vor allem in ostdeutsche Gebiete (und hier vor allem ins Iran, aber nicht nur hier) unter dem Anhangschild: Partnerschaft mit den Rohstoffländern! Die wichtigsten bisherigen Ergebnisse dieser Expansionspolitik waren der Aufbau einer großen Raffinerie in Feriz, das Dreiecksabkommen zwischen der BRD, Feriz und der Sowjetunion zur Lieferung von Erdgas aus dem Iran und die Erdgasverträge mit Algerien.
- 3.) Die Kooperation mit der Sowjetunion (Austausch von Erdöl und Erdgas gegen Fertigprodukte)
- 4.) Die Sicherung eigener Uranquellen (vor allem in Togo, Niger, Angola, Mosambik und Brasilien), um langfristig auch eine selbständige atomare Politik entwickeln zu können.
- 5.) Förderung der Kernenergie
- 6.) Stabilisierung des Kohleertrags, da die Kohle die sicherste „eigene“ Energiequelle ist.

Auf die ersten vier Punkte der Energiepolitik der westdeutschen Imperialisten wurde im letzten ARBEITERKAMPF bereits eingegangen. In diesem Artikel werden die folgenden zwei behandelt. Außerdem wird darauf eingegangen werden, welchen Preis die Arbeiterklasse für diese Politik der Bourgeoisie bezahlen muß und in welchem Ausmaß die Bourgeoisie den Abbau von Umweltschadbestimmungen ausnützt.

Das hauptsächlichste ideologische Instrument, um diese an ihren langfristigen imperialistischen Zielen ausgerichtete Energiepolitik in der Arbeiterklasse durchzusetzen, sind sozusagen obendrein noch die Zustimmung der werktätigen Völker dafür einzuholen, ist das Aufbauen sogenannter Ölkrisen, „drohender Stromkrisen“ usw.

Aufbau eines nationalen Ölkonzerns

Parallel zu den Bemühungen des BRD-Imperialismus, sich feste Einflußgebiete zu erobern, laufen die Bestrebungen, einen großen nationalen Ölkonzern aufzubauen. „Als Instrument einer Politik zur Sicherung der langfristigen Versorgung strebt die Bundesregierung eine Neugruppierung der deutschen Mineralölinteressen an, wobei sie die VEB AG für den geeigneten Kern einer solchen Unternehmensunion hält.“ (Energieprogramm).

„Regierungssprecher Grünewald erklärte, Sinn der Aktion sei, ein deutsches Mineralölunternehmen zu schaffen, das am Mineralölmarkt als potentieller Käufer auftreten könne.“ (Hann-

„Mitten in einem Meer von Staatsgesellschaften ... in Belgien, Italien, Holland, England und im Osten - versucht Hans Friderichs, die Effizienz des freien Unternehmertums in der BRD zu stärken. ... Das ist des Pudels lobenswerter Kern.“ (7.9.73).



ter Käufer auftreten könne.“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung 19.6.73.) Folgende sind die wichtigsten westdeutschen Ölkonzern:

VEBA: Hat eine Raffineriekapazität von 14 Mio. (Jahresdurchschnitt), hinzu kommen jetzt 2,5 Mio. zu der Feriz-Raffinerie (1973 vom Oul auf gekauft). Ist zu 20 % an der ARAL beteiligt, die das größte Tankstellennetz der BRD besitzt (3.200 Tankstellen). Hat außerdem 750 Feriz-Tankstellen und 100 Feriz-Tankstellen. Die Tochtergesellschaft Sinnes ist zu über 10 % am Handel mit flüssigen Brennstoffen beteiligt. Ist auch außerhalb des Mineralöls der größte westdeutsche Energiekonzern (Elekttrizität und Braunkohle). Gelsenberg: War bis vor kurzem zu 48 % bei RWE, 9,5 Mio. to Raffineriekapazität. An ARAL ebenfalls mit 25 % beteiligt. Hat 1972 in Lybien 2,8 Mio. to Öl gefördert. Ist ebenfalls auch an der Ruhrkohle AG beteiligt. Die Tochtergesellschaft RAG liefert zu dem Oelkonzern flüssigen Brennstoffen mit rund 10 % beteiligt.

Wintershall: Ist zu 96 % bei BASF. Hat 9,5 Mio. to Raffineriekapazität und ist an ARAL mit 15 % beteiligt.

UK Weasting: Gehört zu RWE, 6 Mio. to Raffineriekapazität.

Deutsche Schachtbau: Ist über den Salzbergkonzern beteiligt. Keine Raffinerien, Ölprobenbohrungen in einigen Ländern.

Saarbergwerke: 1 Mio. to Raffineriekapazität. Ist vor allem im Kohlebereich tätig.

Die Petroleum Press Service vom Dezember 1973 meldete: „Die Bundesregierung beschloß, die 48,3 %ige Beteiligung der RWE an der Gelsenberg zum Preis von 642 Mio. DM zu kaufen, was viel mehr als der Börsenkurswert der Aktienpaktet ist.“ Und das Handelsblatt vom 31.12.73 meldete dann den Abschluß des Kaufs der Gelsenberg, und daß der Bund außerdem weitere 3 % gekauft habe, so daß er insgesamt 51,3 % besitzt. Die „Welt“ betont übrigens besonders, daß die Bundesregierung nicht wie andere Länder einen völlig staats-eigenen Konzern aufbauen möchte:

Durch den Kauf der Gelsenberg durch den Staat soll die Voraussetzung für eine Fusion mit VEBA gelegt werden. Diese hat bisher noch nicht stattgefunden, ist aber bald zu erwarten. Zusammen haben VEB und Gelsenberg etwa einen Marktanteil von 20 % bei Raffineriekapazität, Tankstellennetz und dem Handel mit flüssigen Brennstoffen. Das Handelsblatt vom 20.6.73 gibt an, daß beide zusammen mit einem Umsatz von rd. 16 Mrd. DM keine Giganten gegenüber Exxon (60 Mrd. Umsatz), Shell (50 Mrd. Umsatz), Texaco (23 Mrd.), usw. wären. Auch ist nur die Hälfte des Umsatzes bei VEB-Gelsenberg im Mineralölbereich. Ein Beitritt der Deutschen Schachtbau sowie der Saarbergwerke (mindestens die Mineralölteile) zu dem entstehenden Konzern ist zu erwarten (beide sind staats-eigen). BASF lehnt für die Wintershall eine Fusion ab - evtl. dient das nur dem Hochrechnen des Preises. Ein Zutritt der UK Weasting ist fraglich, da die RWE dort Spezialprodukte fertigen will. Bei Zutritt der genannten kleineren Gesellschaften würde der entstehende Konzern etwa 25 % des Marktanteils in Händen halten. „Die Achillsehne des neuen Riesen wird ein Mangel an eigenen Erdöl-vorkommen sein.“ (Pet. Press Service, Juli 73).

Das Abkommen mit dem Iran ist ein Schritt zur Änderung dieses Zustandes. Und ein großer einheitlicher westdeutscher Ölkonzern wird die imperie-



Kundgebung auf dem Marktplatz in Heide. Bauernverbands-Funktionär Förster, CDU-Abgeordneter im Landtag, spricht vor etwa 6.000 Bauern

den die berechtigten Proteste der überwiegenden Mehrheit der Verbandsmitglieder, der Kleinbauern.

So erklären sie in erster Linie die angeblich „sozialistische“ Bundesregierung zum Feind der Bauern. Bewußt verbalisieren sie die Rolle der kapitalistischen Nahrungsmittelkonzerne, und sie verschweigen ihr eigenes Interesse als Großbauern am Ruin der vielen kleinen Bauern und der Rationalisierung auf deren Kosten. Verbandspräsident Heeremann betonte sogar auf der Bonner Sitzung: „Unser Protest richtet sich nicht gegen andere Wirtschaftskreise“ („Dithmarscher Rundschau“, 30.7.).

Stattdessen folgende Parolen, wie sie auf der großen Münchner Demonstration am 24. Juli mitgeführt wurden:

„strukturierten Betriebe werden auch ein Jahr wie dieses überleben. Das haben sie immer wieder gezeigt. Bei den 'schlechten' Betrieben macht ein solches Jahr die ohnehin dürftige Arbeitsgrundlage schlagartig unsicher. Bauern, die davon betroffen werden, verdienen unser Mitleid und Hilfe. Je früher sie die Ausichtslosigkeit ihrer rein landwirtschaftlichen Tätigkeit einsehen, um so besser.“

Nicht Bauern-Romantik, sondern kommunistische Bündnispolitik!

Wie nicht anders zu erwarten, und einige „Linke“ über die Bauern-

den „roten Saustall in Bonn“ vom Leder zieht - während er gleichzeitig einen reaktionären CDU-Politiker zupöbeln - den kann man eigentlich nur dann als „revolutionär“ bezeichnen, wenn man es auf eine Verblödhung der Begriffe förmlich anlegt.

Die Masse der kleinen und mittleren Bauern muß als Bündnispartner der Arbeiterklasse gewonnen werden. Dazu ist es aber nötig, klar zu sagen, „was ist“, offenbar gegen die reaktionäre und faschistische Ideologie der rechten Bauernfront zu kämpfen, statt sich in Illusionen zu sonnen.

EG-Kommunisten, zwei Hamburger Metall-Genossen und AK-Redaktion

histischen Aktivitäten weiter hochzulegen.

Bemühungen zur Verringerung der Abhängigkeit vom Erdöl

Ihre nicht abgesicherte Energieversorgungslage versuchen die BRD-Imperialisten abzumildern durch Verwendung anderer Primärenergien. Hier ist aufgrund der größten relativen Zunahme und der zukünftigen Bedeutung als erstes die **Kernenergie** zu nennen. In den Kernreaktoren wird aus dem Rohstoff Uran durch Kernspaltung Elektrizität erzeugt. Heute wird rund 4 % des Stroms in Kernkraftwerken erzeugt. Nach dem

biet der Kerntechnik eingeholt." (Welt vom 5.12.72). Ebenfalls zur 2. Generation der Kernkraftwerke gehört der Hochtemperaturreaktor. Dieser Reaktor erzeugt Elektrizität und wandelt zum zweiten mittels großer Hitze (der geplante Versuchstyp in Schandhausen bei Hamm bei 950 Grad C) Steinkohle oder Braunkohle in synthetisches Erdgas oder Elektrizität um. Diese letzte Version des Kernreaktors scheint eine relativ kostengünstige Verwendung der Kohle zu ermöglichen und könnte dazu dienen, den Kohleabsatz ab Mitte der 80er Jahre zu stabilisieren. Die „Welt“ vom 26.3.74 meldete, daß die RWE ein 8 Mrd DM - Projekt plane, mittels eines Hochtemperaturreaktors

Prognose (unter der Voraussetzung, daß zusätzlich zu den bisherigen energiepolitischen Maßnahmen keine weitere durchzuführen werden): Primärenergieverbrauch 1985, zum Vergleich das Jahr 1972

Mindestens also bis Ende der 80er Jahre wird über die Hälfte der Energie aus Mineralöl gewonnen, einschließlich Erdgas über 2/3. Will also die BRD-Industrie konkurrenzfähig bleiben, ist sie noch für Jahrzehnte auf im Vergleich zu den anderen Imperialisten relativ preiswerten Mineralöl sowie Erdgas angewiesen. Denn eine noch höhere Steigerung der Anwendung von Kernenergie, eine Steigerung der Verwendung von Steinkohle würde riesige Kosten verursachen. Die Energiefrage ist im übrigen (ja überhaupt nicht eine Frage der Knappheit von Energie, sondern eine Frage nach der Sicherheit in „Krisen-Zeiten (Kriegsfall) und daneben auch eine Kostenfrage. So lautet z.B. im letzten Jahr die Zahl der gesamten Erdölreserven der Welt auf 90 Mrd to - damit waren aber nur die profitabel abbaubaren Vorräte gemeint. Entsprechend berichtet das „Handelsblatt“ vom 8.2.74, daß bei weiter steigenden Erdölpreisen die Reserven 500 Mrd to betragen würden.

Energieabsicherung des BRD-Imperialismus auf Kosten der Arbeiterklasse

Der BRD-Imperialismus drängt nicht nur zur Unterdrückung anderer Völker und zur Ausbeutung ihrer Rohstoffe - seine Energiepolitik beinhaltet auch die Höhe der staatlichen Subventionen spielen. Aus Gründen der Absicherung sieht das Energieprogramm der Bundesregierung vor, die Kohleförderung zu stabilisieren. Für 1978 ist die Förderung von 83 Mio to Kohle vorgesehen (heute 93 Mio to). Davon sollen 30 Mio to verstromt werden (wobei sich die Kwh um 1/2 Pf. für die Verbraucher verteuern soll). 25 Mio to soll die Stahl- und Eisenindustrie der BRD verbrauchen (bei Subvention durch den Staatshaushalt), 15 Mio to diejenige der übrigen EG. Eine höhere Steinkohleförderung im Jahre 1978 über die 83 Mio to hinaus aufgrund der sogenannten „Ölkrise“ ist nicht zu erwarten, denn ein steigender Erdölpreis war in dem Energieprogramm vom September 73 schon berücksichtigt.

Trotz des nur noch geringen Absinkens der Steinkohleförderung benötigt der Kohlebergbau 1977 40-50.000 Arbeitskräfte weniger als heute, wie die „Welt“ vom 6.9.73 meldete. Das würde also für einen großen Teil der heute 160.000 im Ruhrbergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten.

Braunkohle ist sehr kostengünstig stellen den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten.

Braunkohle ist sehr kostengünstig im Tagebau zu fördern. Es ist jedoch nur eine leichte Steigerung des Abbaus zu erwarten, da die Vorkommen in der BRD relativ begrenzt sind.

Die Nutzung der Erdwärme, die direkte Umwandlung der Sonnenenergie und sonstige Energiequellen werden auf absehbare Zeit keine Bedeutung gewinnen können. So nutzen z.B. die heute technisch herstellbaren Solarzellen nur 1/10 der auf sie treffenden Sonnenenergie und sind vor allem heute nur unter sehr großen Kosten herzustellen.

Erdöl und Erdgas bleiben noch für Jahrzehnte wichtigste Energiequelle

Wenn auch die „Welt“ vom 19.1.74 schreibt: „Für diesen Stromgiganten (RWE) ist die Ölzeit bereits vorbei. Er schreitet gelassen und doch konsequent über die Brücke aus Stein- und Braunkohle ins Zeitalter der Atomkraft“, so gilt dies doch (bei großen staatlichen Subventionen, Kohlepreissenkung usw.) vor allem für RWE sowie in nicht ganz so großem Maße für die übrige Elektrizitätswirtschaft (1972 wurde 15% des Stroms aus Öl gewonnen) - jedoch nicht für den Gesamtenergieverbrauch. Bei absolut nur leicht fallendem Steinkohleverbrauch, bei leicht ansteigendem Braunkohleverbrauch, bei rasch wachsendem Kernenergieverbrauch von jedoch niedrigem Ausgangspunkt wird auf absehbare Zeit Erdöl sowie auch Erdgas die wichtigsten Primärenergie der BRD bleiben. Das Energieprogramm gibt folgende

die Forschungs- und Entwicklungs-kosten des Kapitals tragen die Arbeiter über den Umweg der Steuern.

Den Reudern soll mit 150 Mio DM unter die Arme gegriffen werden. Der Kauf der Gelsenberg-Aktien durch den Staat von RWE erfolgte „erheblich über Kurswert“, wie die „Petr. Press Service“ im Dezember 73 meldete. Die DEMINEX bohrt mit Hilfe von 380 Mio DM Steuer-geldern nach Erdöl und bekommt 30% des Preises fündiger Erdöl-lagerstätten vom Staat geschenkt.

Investitionen in Erdölländern werden weitgehend subventioniert, Bürgschaften und zinsgünstige Kredite werden zur Verfügung gestellt. Ab diesem Jahr soll ein sogenannter Kohlepfennig auf den Strompreis in der BRD aufgeschlagen werden, den dann die Elektrizitätswerke erhalten, die Ruhrkohle verstromen. Die Verbraucher werden damit um rund 1 Mrd DM im Jahr mehr belastet. Pro Kwh soll es 1/2 Pf. mehr sein.

1985			1972		
Mio to	SKE %		Mio to	SKE %	
330	34	Erdöl	196,4	55,4	
50	8	Steinkohle	85,7	23,6	
38	6	Braunkohle	31,0	8,7	
92	15	Erdgas	30,6	8,6	
90	15	Kernenergie	3,1	0,9	
10	2	Sonstiges	9,6	2,8	
570	100	Gesamtverbrauch	354,4	100	

Und natürlich haben Aluminiumwerke und Elektrostaßbranche (Stromgroßverbraucher) schon Ausnahme-genehmigungen gefordert, wie das „Handelsblatt“ vom 3.9.73 meldete. Blaher wurde die Kohleverbrennung aus dem Staatshaushalt subventioniert, dort soll jedoch Geld frei werden für andere Maßnahmen der Energiepolitik. Hier handelt es sich also um eine indirekte Steuer-erhöhung.

Darüber hinaus beträgt die Summe, die jährlich den Ruhrkohle-Kapitalisten geschenkt wird, rund 2 Mrd DM - das sind umgerechnet pro Ruhrkohle-Beschäftigten über 1.000 DM im Monat. Rund die Hälfte der 2 Mrd DM werden der Stahlindustrie als „Kokalkohlenbeiträge“ gegeben - hier wird selbstverständlich die Unterstützung des Kohlebergbaus nicht auf den Preis und damit den Verbraucher umgeschlagen.

Insgesamt ergibt sich eine Riesensumme, die kaum exakt auszurechnen ist, da sie unter verschiedenen Titeln des Haushaltes versteckt ist.

Kampagne der Bourgeoisie gegen Umweltschutz für die Werktätigen

Konventionelle Kraftwerke vergiften die Umwelt durch Schwefel-

instrumenten mehrmals einen Schwefeldioxyd-gehalt der Luft von 2 mg und mehr. Wie die Bürgerinitiative nach den entsprechenden wissenschaftlichen Ergebnissen angibt, erfolgt eine erhöhte Krankenhauserlieferung schon ab 0,4 mg Schwefeldioxyd, ein erheblicher Anstieg der Sterblichkeit ab 0,7 mg. Zur Durchsetzung der Kraftwerkssandlungen wurden damals eingeständenermaßen einzelne Bergleute bestochen, damit sie öffentlich gegen die Bürgerinitiative auftraten. Ehemalige KZ-Häftlinge wurden gesucht und dazu gebracht, gegen den Gebrauch des Wortes „Vergasung“ in einem Flugblatt der Bürgerinitiative zu protestieren. Journalisten der örtlichen Zeitungen wurden erprobt, um entsprechend zu berichten.

In Bezug auf Gefährdung durch Kernkraftwerke meinen die einen, daß „Kernkraftwerke“ so gebaut sind, daß sie nur durch eine Atomombe zerstört werden könnten - aber im Kriegsfall würden alle Kernkraftwerke

ko der BRD stillgelegt“ (nach „WamS“ 9.12.73) und daß die angebliche Gefährlichkeit durch zahlreiche Wissenschaftler widerlegt worden sei. Die „FR“ vom 18.4.73 hingegen berichtet: „... unterstützen die Wissenschaftler (der Atomforschungsanstalten Jülich und Karlsruhe), einige Problemfelder der Kernenergie seien noch ungeklärt. So gelte es, geeignete Techniken zu entwickeln, die die vollständige Abgabe des radioaktiven Kryptoniums ... vermeiden wird. Außerdem sei es wichtig, Methoden zu suchen, mit denen Tritium in der Erde gelagert werden kann, ohne daß es mit dem Grundwasser in Berührung kommt. Als weitere wichtige Forschungsziele nannten die Wissenschaftler die Auswirkungen von Kernkraftwerk-Kühlwässern auf das Klima, Untersuchungen zum Transport radioaktiver Stoffe ...“ Die Neue Zürcher Zeitung vom 15.5.73 schrieb: „Das technische Risiko (bei Kernkraftwerken) läßt sich nämlich nicht mit absoluter Gewißheit ausschalten. ... Das nukleare Risiko läßt sich ohne Zweifel auf ein Minimum reduzieren. Die Industrie kann die Kernkraftwerke grundsätzlich so sicher bauen, daß eine ernsthafte Gefährdung der Bevölkerung weitgehend (!) ausgeschlossen werden kann. Allerdings ... ist ein Kompromiß ... zwischen finanziellen Aufwendungen und technischem Risiko notwendig.“

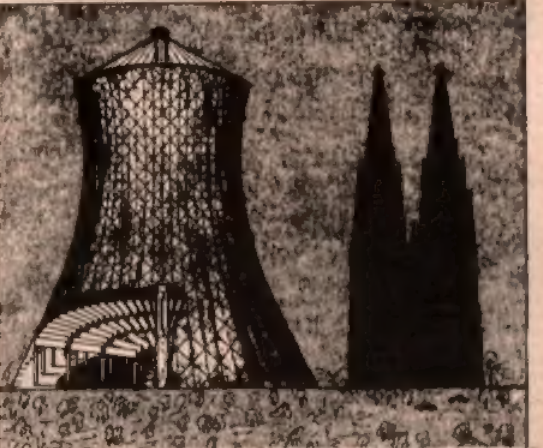
... ist ein Kompromiß ... zwischen finanziellen Aufwendungen und technischem Risiko ... notwendig (!) ... mußte die Industrie auf Veranlassung der Genehmigungsbehörden und unter dem Druck der öffentlichen Meinung selbst für völlig unwahrscheinliche Störfälle geeignete Schutzmaßnahmen einbauen. Dessen allerdings (!) nicht aus der praktischen Unfallforschung entwickelten Sicherheitsmaßnahmen ist es zu verdanken, daß bei den in Kernkraftwerken bis jetzt aufgetretenen Störungen die Bevölkerung nicht gefährdet wurde.“

Es läßt sich also schon bei einem Durchlesen verschiedener bürgerlicher Zeitungen feststellen, daß die Frage der Gefährdung der Bevölkerung durch Kernkraftwerke unter Fachleuten zumindest umstritten ist sowie, daß ohne gewissen öffentlichen Druck bestimmte Sicherheitsmaßnahmen nicht eingebaut worden wären, was erhebliche Gefährdung von Menschen zur Folge gehabt hätte.

Seit der Zerstörung der Umwelt durch die Konzerne für viele Werktätige immer offensichtlicher geworden ist, begann die bürgerliche Presse eine Kampagne gegen die „Umweltschützer“, die unsere Energieversorgung bedrohen“. „... Gefahr einer Energiekrise nicht auszuschließen.“ („FAZ“, 30.6.72) So von Bennigsen (VEBA-Vorstandsvorsitzender) laut Bergbau-Informationen vom 2.1.73: „Im Winter 75/76 geht das Licht in Teilen der BRD aus. Das steht schon so gut wie fest.“ Die „FAZ“ vom 12.4.73 „befürchtet“ für 1977 einen Engpaß in der Stromversorgung. Tatsache ist hingegen, daß im letzten Jahr ein Re-

weniger, denn die Aufwendungen sind weitgehend abschreibbar.“

Konventionelle Kraftwerke vergiften die Umwelt durch Schwefel-

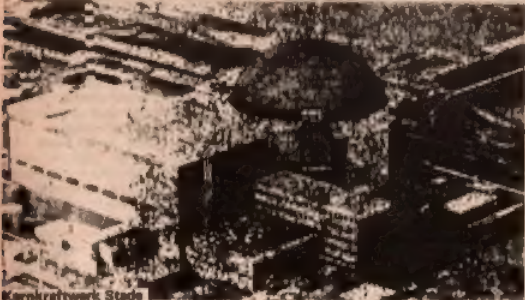


Der Kühlturm des geplanten Hochtemperaturreaktors in Schandhausen verglichen mit dem Kölner Dom.

Von den 616 Mio DM, die zur Erforschung von Kohleverbrennung und -verflüssigung eingesetzt werden sollen („FR“ 10.1.74) werden der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen natürlich den größten Teil tragen. Der Rheinbraun-Konzern fordert Steuerprivilegien, wie die „Welt“ vom 26.3.74 berichtet, da er sonst nicht das neue Braunkohlefeld erschließen könnte.

Nicht nur die (angeblichen) Verluste kapitalistischer Unternehmen werden also sozialisiert, sondern auch

dioxyd und andere Giftstoffe. Außerdem zerstören sie (ebenso wie Kernkraftwerke) das biologische Leben und die Selbstreinigungskraft des Wassers durch die Aufheizung infolge Kühlwasserabgabe. Ein besonders bekannt gewordener Fall von Umweltvergiftung war in der BRD die Anschließung eines Kohlekraftwerkes der Steag (Tochter der Ruhrkohle AG) am Niederrhein: Nach Fertigstellung des Kraftwerks muß ein Ingenieur und Mitglied der Bürgerinitiative mit seinem eigenen Maß-



Kernkraftwerk Stade

Stand der Baumaßnahmen und der Planungen werden es 1980 etwa 30 % sein und 1990 50 %. (Quellen: 4. Atomprogramm der Bundesregierung sowie Prognosen verschiedener wirtschaftswissenschaftlicher Institute). Allerdings beträgt der Anteil des Stroms an der Sekundärenergie heute erst rund 25 % - die Zuwachsrate des Elektrizitätsverbrauchs ist jedoch höher als die des gesamten Energieverbrauchs (Verdoppelung in etwa 10 Jahren, bei Gesamtenergie-Verdoppelung in 15-20 Jahren), so daß z.B. das „Handelsblatt“ (17.10.73) den Stromanteil für das Jahr 2.000 mit 50 % angibt.

Nachdem die BRD noch vor kurzem in der Entwicklung der Kernenergie gegenüber anderen Industriestaaten (England, Frankreich, USA und Sowjetunion - alles auch Atomnächte) zurücklag, ist sie heute schon in der Entwicklung von Kernreaktoren konkurrenzfähig, und die beiden Konzerne Kraftwerk Union (AEG/Siemens) und BBC (Hauptaktionär allerdings in der Schweiz) gehören zu den führenden Konzernen auf diesem Gebiet. Das „Handelsblatt“ vom 8.8.73 gibt an: „Die derzeitigen Planungen zum Bau neuer Kernkraftwerke sind aber gerade im Bundesgebiet so umfassend, daß bei Verwirklichung all dieser Projekte bis 1980 damit zu rechnen ist, daß die BRD dann in der EG den ersten Rang innehat.“ Die Bundesregierung investiert auch erheblich in diese Projekte bis 1980 damit zu rechnen ist, daß die BRD dann in der EG den ersten Rang innehat.“ Die Bundesregierung investiert auch erheblich in diese Projekte bis 1980 damit zu rechnen ist, daß die BRD dann in der EG den ersten Rang innehat.“

Die Kernenergie ist relativ kostengünstig. Laut Wirtschaftswoche vom 23.11.73 kostete Ende 72 eine Kilowattstunde Atomstrom 3,38 Pf. gegenüber 3,68 Pf. bei Ökostrom. Die Rohstofffrage ist bei der Kernenergie nicht von so großer Bedeutung. Die Uranvorkommen sind „geographisch stark gestreut ... und befinden sich vielfach in Ländern mit stabilen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen.“ (Gemeint sind vor allem USA, Kanada, Südafrika und Australien). (Mandel, Vorstandsvorsitzender der RWE, des größten westdeutschen Elektrizitätskonzerns, der rd. 1/3 des Stroms der BRD erzeugt.)

Wie weiter vorne schon dargelegt, haben die BRD-Imperialisten ihre Uranversorgung schon relativ gut abgesichert. Bei der „2. Generation“ der Kernkraftwerke („schnelle Brüter“) wird die Rohstoffversorgung eine noch geringere Rolle spielen (Petro-Press Service vom Aug. 73). So soll bei diesen Reaktoren 1 Tonne natürliches Uran 2 Mio to Steinkohle oder 1,2 Mio to Erdöl ersetzen.

Der erste schnelle Brüter der BRD wird übrigens bei westdeutscher/niederländischer/belgischer/englischer Beteiligung unter Führung der RWE in Kalkar am Niederrhein gebaut. „Mit dem Brüter von Kalkar hat die BRD binnen 15 Jahren den Vorsprung der führenden Nationen auf diesem Ge-

Forty ENERGIEPOLITIK

kordzuwachs an Kraftwerkleistung zu verzeichnen war. Von Benennungen sieht nicht nur das Licht ausgehen, sondern hat in den Umweltschützern auch den Schuldigen für die Strompreiserhöhungen gefunden (laut „FAZ“ vom 30.5.74)

Entsprechend sieht auch das Energieprogramm der Bundesregierung ein neues Genehmigungsverfahren für Kraftwerksbauten vor, „das nicht

willkürlich (!) zeitlich verzögert werden kann“ („Vorwärts“), das also die geringen Anhörs- und Einspruchsraten der betroffenen Bevölkerung noch verringert. Denn die maßlos gewordenen Umweltschützer müssen zur Vernunft gebracht werden – so Staatssekretär Rohwedder.

Besonders erschreckt versucht das „Handelsblatt“ vom 28.6.73 die gegen die Umweltverschmutzung eintretenden Menschen zu erpressen: Es warnt vor einer „Überstrapazierung des Umweltschutzes“. Das müsse zu

Engpässen in der Stromversorgung führen. Wenn ein Engpaß erst da sei, sei der Umweltschutzgedanke kaputt. Auch gegen die „Überstrapazierung des Umweltschutzgedankens“ war die „Ökrisis“ gut zu verwenden. So stellt die „FAZ“ vom 19.11.73 fest: „Seit Energie knapp zu werden droht, wird offensichtlich auch das Gewicht des Umweltschutzes bei der Planung von Kraftwerken neu überdacht.“ Allerdings geht die Bourgeoisie geschicht-

weise nicht zu viele Schritte auf einmal, sondern geht nach drei Schritten vorwärts und wieder einen zurück: „... sind aber in den letzten Wochen die Befürchtungen gewachsen, daß die Umweltschutzfront nach einer Beruhigungspause während der Ökrie wieder stärker geworden ist und Genehmigungen für ... (konventionelle und Kernkraftwerke) schwieriger zu erlangen sind.“ („Welt“ vom 10.4.74).

Zynisch berichtet die „Welt“ vom selben Tag über den Plan, einen Hochtemperaturreaktor in Schmshausen bei Hamm zu bauen. Erst sei dort der Bau eines anderen Reaktortyps geplant gewesen. Dann sollte dort ein Großflughafen entstehen. Und so seien „die Leute schon allerhand gewöhnt“. Und man habe bei den Anwohnern eine „gewisse Resignation“ festgestellt.

„KVZ“: Lenin und Mao diffamiert!

Die exzessive Mobilmachung der Pfaffen anläßlich des 218. führt jedem, der sehen wollte, einmal mehr den wirklichen Charakter der Kirche vor Augen.

Um so mehr wird man es begrüßen, daß zu diesem Sachverhalt in der „Kommunistischen Volkszeitung“ (Nr. 7/74) ein Artikel: „Die schmutzige Moral der Kirchenfürsten“ erschien. Konkreter Anlaß dazu war ein vielstündiger Propagandafilm über eine Abtreibung im 5. Monat, mit dem die Pfaffen sämtliche Waldteufel und Klopffleister gegen die kirchliche Reform des Paragraphen 218, die SPD-Regierung, den Bolschewismus etc. heraufbeschworen.

Der „KVZ“-Artikel geht auf die brutale Gemeinheit des Films ein und merkt es dann den Pfaffen als besonders übel an, daß sie „die Sendung eines anderen Films verweigerten, in dem eine Abtreibung gezeigt wird, die mit der schonenden und annehmend schmerzlosen Methode der Abtreibung vorgenommen wurde.“ Fazit: „Die kirchlichen Moralisten sind Schweine und Menschenverächter.“

Ein beherztes Wort, das man voll unterstreichen kann, wenn auch in dem Artikel wenig über die politische Bedeutung dieser reaktionären Mobilmachung seitens der Kirche zu finden ist.

Der „KVZ“-Redaktion war ihr eigener Artikel jedenfalls nicht geheuer. Denn bereits in der folgenden „KVZ“ Nr. 8 gab es unter der Überschrift „Kritik an der Redaktion“ einem Leser Gelegenheit, Klarheit zu schaffen. Sichtbar erleichtert schloß sie sich dem aufmerksamen Leser an: „Die Redaktion stimmt der Kritik zu.“ A.M. aus Heidelberg schreibt dann: „In diesem Untertitel (idealtypisch in der Nr. 7) nennt ihr die kirchlichen Karsthörner Schweine.“ Diese Schimpfwörter und Beleidigungen wirken abtöndend und verletzend. Daß es im Kampf gegen die Religion „etwas brutaler“ sein darf, ist selbstverständlich. Daß es im Kampf gegen die Religion „aber immer um das Verbreiten von Kennzeichen geht, hob Lenin schon 1918 hervor: „Im Kampf gegen religiöse Vorurteile muß man außerordentlich vorsichtig vorgehen.“ Der Kampf muß auf dem Wege der Propaganda, der Aufklärung geführt werden. Wenn wir den Kampf mit scharfen Methoden führen, können wir die Massen gegen uns aufbringen (Lenin).“ Mit einer halben Wahrheit und der ganzen Autorität eines Klassikers werden die Dinge ins „rechte“ Licht gerückt. Denn geht man dem Zitat nach, so stellt sich heraus, daß Lenin in der konkreten Situation des Jahres 1918 vor der Illusion warnt, die proletarische Diktatur könne mit den „scharfen Methoden“ ihrer Go-

schaffen! Gerade deshalb ist für Lenin der antikirchliche Kampf ein nicht unbedeutendes Feld der Propagandakämpfe.

Es bedarf schon der Unverfrorenheit der „KVZ“, um dieses Lenin-Wort als Zeuge gegen eine scharfe, antikirchliche Propaganda aufzurufen. Was dann am Ende herauskommt, ist das weinerliche Gejammer, niemand kranke, niemand verletzen, niemand abstoßen. Stattdessen empfiehlt die „KVZ“ „immer die neumannkluge Lebensweisheit: Leben und leben lassen.“

Bereits 1909 hat sich Lenin dazu, eigentlich auch unumwunden, geäußert: „Der Marxist ... darf weder in das abstrakte, phrasenhafte, in Wirklichkeit hohle „Revolutionismus“ der Anarchisten verfallen noch in das Spielertum und den Opportunismus des Kleinbürgers oder des liberalen Intellektuellen, der sich nicht traut, gegen die Religion zu kämpfen, der diese seine Aufgabe vergißt, der sich mit dem Glauben an Gott abfindet.“

Nichtdestoweniger bescheidet sich die „KVZ“ in den selbstgebastelten „Lenin-Verschmitt“ – und schreitet zur Tat.

So weiß die „KVZ“ Nr. 13 von den Angriffen der Kirchenführung auf die Hamburger Pastorin Edda Groth zu berichten, deren Ursache angeblich eine Predigt war, die die Pastorin mit dem Satz beendete: „daß Mao mit allem, was er für und mit dem chinesischen Volk getan hat, Gott näher als alle Päpste und Bischöfe der letzten 1000 Jahre zusammen stehe.“

Aus kirchlichen Kreisen mag selbst ein derart skurriler Antikommunismus nicht verwundern. Den Leser beschleicht aber unweigerlich ein gewisses Gruseln, wenn er feststellt, daß dieses Zitat der einzige Beleg ist, den die „KVZ“ (kommentarlos) dafür angibt, „daß die Pastorin für die Interessen des Volkes eintritt!“

angst, „daß die Pastorin für die Interessen des Volkes eintritt!“ Dahinter steckt offenbar der ungewisse lausige Versuch, das religiöse Einfalltor auf dem Boden der Religion zu bekämpfen, die Menschen von der Religion zu lösen und gleichzeitig die sicher schmerzliche Trennung vom lieben Gott zu vermeiden.

Ein zweifellos durchdringendes Mauerwerk, dessen Ausgang allerdings ebenso zweifellos ist, zuzulassen in der Arbeiterbewegung das Friedensangebot an die Religion immer ein Akt der Besiegung revisionistischer Verkommenheit war.

Bündnis-Kommunisten des KB/Gruppe Hamburg

Anmerkungen der Redaktion

Die Redaktion hält die Kennzeichnung „skurriler Antikommunismus“ für die Äußerung der Pastorin Groth für eine ironische Überspitzung.

Tatsächlich hat Frau Groth mit ihren Worten bei aller Skurrilität – was hat Mao mit dem „lieben Gott“ zu schaffen? – doch auch Mut und fortschrittliches politisches Engagement bewiesen, und hat Solidarität gegenüber den Angriffen der Kirchenführer verdient.

Etwas anderes ist es, daß Kommunisten sich mit solchen „fortschrittlichen“ Äußerungen nicht zufrieden geben. Mit dem Marxismus als Wissenschaft ist jede Form von Aberglauben und religiöser Volkerverdummung unvereinbar und muß bekämpft werden. Lenin, der (wie Marx) die Religion als „Opium des Volkes“ und die Kirchen als „Organe der bürgerlichen Reaktion“ bezeichnet (Bd. 15, S. 404/405) lehnte administrative Maßnahmen gegen die Religion ab, nicht aber den Kampf. Über die Funktion der Religion sagte Lenin u.a.: „Die Religion ist eine von verschiedenen Arten geistigen Joches, das überall und allenthalben auf den durch ewige Arbeit für andere, durch Not und Verarmung niedergedrückten Volksmassen lastet. Die Ohnmacht der ausgebeuteten Klassen im Kampf gegen

die Ausbeuter erzeugt ebenso unvermeidlich den Glauben an ein besseres Leben im Jenseits, wie die Ohnmacht des Wilden im Kampf mit der Natur den Glauben an Götter, Teufel, Wau-wau erzeugt. Denjenigen, der sein Leben lang arbeitet und Not leidet, lehrt die Religion Demut und Langmut hienieden und vertröstet ihn mit der Hoffnung auf himmlischen Lohn ... Die Religion ist das Opium des Volkes. Die Religion ist eine Art geistigen Fessels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschen- und ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschenswürdiges Leben zu erblicken.“ (Bd. 10, S. 70/71).

Dies gilt auch heute, wo die Kirchen einem gestrandeten Schiff gleichen, das allerlei Plunder und Ballast über Bord wirft, um wieder flott zu kommen. Auch in „modernen“ Formen, wo z.B. schon Himmelfahrt und Dreieinigkeitsfest über Bord gegangen sind und stattdessen Mao, Che Guevara u.a. einen Platz „zu Rechten Gottes“ angewiesen bekommen, muß dieser „geittige Fessel“ bekämpft werden.

Lenin zu Fragen der Religion u.a.: Sozialismus und Religion, Band 10; Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion, Bd. 15; Klassen und Parteien in ihrem Verhältnis zu Religion und Kirche, Bd. 15.

„KPD/ML“-Veranstaltung zum „Berliner Mauerbau“:

Die Geister, die sie gerufen ...

Aus Anlaß des 13. Jahrestages des „Berliner Mauerbaus“ hatte die KPD/ML in Hamburg zu einer Veranstaltung unter dem Thema „Nieder mit der Mauer – für ein vereinigtes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland“ aufgerufen (Das Aufrufungsblatt trug die Überschrift: „Die Mauer muß weg“). In diesem Flugblatt wurde u. a. die ungeliebte Behauptung aufgestellt: „Die Spaltung Deutschlands ist das Werk der Superimperialisten!“

Das Spektakel fand in einem „KPD/ML“-gemäßen Rahmen statt: bei einer Beleuchtung wie für eine germanische Götterdämmerung, hingen inmitten von Feischmuck für verschiedene Anlässe wie Weihnachten, Sylvester und Karneval Transparente mit den üblichen „KPD/ML“-Parolen: „Vorwärts zur deutschen Räterepublik“, „Gegen US-Imperialismus und sowjetischen Sozialimperialismus“ und „Nieder mit der DPK“ und „S'EW-Führung, den schlimmsten Feinden der Arbeiterbewegung“.

Ca. 100 KPD/ML-Mitglieder sowie einige andere „patriotische“ Kräfte waren dem Aufzug gefolgt. Leider hatten wir kein Tonband dabei. Der von der „KPD/ML“ aufgezogene Zirkus schockte uns zunächst so, daß wir viele wichtige Punkte nicht mitschreiben konnten.

Als erstes wurden den Anwesenden vom „KPD/ML“-Singclub „Rotes Sprachrohr“, der uniformiert war, einige Lieder dargeboten, wie z. B. „Die Partei, die Partei, die hat immer recht ...“ „Klar ist, wer mit, die Partei“ gemeint war – die „große KPD/ML“. Einige alte Arbeiterlieder wurden „KPD/ML“-gemäß umgedichtet – aus „Roter Wedding“ wurde plötzlich „Rotes Deutschland“. Später gab der Gesang-Verein noch einen Sketch zum Besten. Die Darsteller: ein Kapitalist, ein Revisionist, ein Arbeiter, ein Bauer und ein „KPD/

ML“-er. Der Letztere zeigte dem anfänglich noch schwankenden Arbeiter auf, daß die „KPD/ML“ die einzige wahre, revolutionäre Vorhut der Arbeiter und Bauern ist. Der Kapitalist und der Revisionist traten nur am Rande auf, was wohl verdeutlichen sollte, wie sehr beide schon abgewirtschaftet haben.

Des en. einstündigen Hauptreferat (Thema: „Zur nationalen Frage“) begann etwa so: „Heute vor genau 13 Jahren standen die Berliner Arbeiter fassungslos auf den Straßen. Es war ein Sonntag. Durch ihre Stadt wurde eine hohe Backsteinmauer gezogen. 1148 km lang entstandenen Stachel-drahtzäune und teilten unser Land, teilten Städte, Stadtteile, ja sogar Häuser. Die amerikanischen Panzer standen passiv. (so eine Schandel die Red.) im West-Sektor, ohne einzugreifen.“

Auch der dann folgende Inhalt des Referats hätte der „Deutschen National- und Soldaten-Zeitung“ alle Ehre gemacht. Äußerungen wie z. B. „In der DDR regiert der sowjetische Militärführer“ oder „Beide deutschen Regierungen in Ost und West treten das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes mit Füßen“ wurden mit Zustimmung, zum Teil mit Beifall aufgenommen. Die „KPD/ML“ präsidierte als einzige Vertreterin des nationalen Interesses des deutschen Volkes: „Das deutsche Volk will die nationale Einheit und ein sozialistisches Deutschland!“

Zum Schluß ließ der Referent dann die Katze aus dem Sack, indem er behauptete, der „Sozialimperialismus“ sei „genauso schlimm, wenn nicht sogar noch gefährlicher“ als der US-Imperialismus, da er seine Aggressionen in fremden Ländern tarnte mit dem Mantel des Sozialismus. Es folgte dann der obligatorische Hinweis auf die CSSR. Abgeschlossen wurde

dieser Vortrag mit einer Reihe von Tiraden gegen den „Sozialimperialismus“. Lang anhaltender Beifall folgte. Dann stimmte der Gesangsverein seinen Sprechern an: „Vorwärts im Geiste Ernst Thälmanns!“ „Vorwärts für den Aufbau eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschlands!“ „Vorwärts mit der KPD/ML!“ was alle Anwesenden buchstäblich von den Stühlen riß. Sie schrien begeistert mit.

In der sich nun anschließenden Diskussion zeigte sich, daß die KPD/ML mit ihrer Kampagne „Zur nationalen Frage“ Geister gerufen hat, die sie nun schon nicht mehr los wird. Es wurde allen Ernstes angefragt, ob denn die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze (Pommern, Schlesien, Ostpreußen usw.) bei der nationalen Frage nicht mit einbezogen würden. Es war offensichtlich zu hören, daß die „KPD/ML“ für diese Gebiete (noch?) keine Ansprüche erhebt.

Ein Anwesender wagte zu bemerken, daß es ja doch nun mal 2 deutsche Staaten gäbe, die aufgrund ihres unterschiedlichen gesellschaftlichen Systems keine einheitliche Nation mehr darstellen. Die Antwort der „KPD/ML“: „Nach mal eine Fahrt entlang der „Zonengrenze“ (!), dann kannst Du doch sehen, daß diese Nation nicht natürlich, nämlich durch historische Entwicklung geteilt ist, sondern künstlich.“

Über den Kommunistischen Bund wurde geäußert, dieser wäre eine trotzkistische Organisation, da er sich bisher um eine klare Einschätzung des Sozialimperialismus gedrückt hätte.

Faschistische Provokationen wie diese Veranstaltung sind nur dazu angetan, fortschrittliche Menschen, die sich mit der kommunistischen Bewegung auseinandersetzen wollen, abzuschrecken und von der kommunistischen Bewegung fernzuhalten.

2. Chemio-Genomizinen, KB / Gruppe Hamburg

Inhalt		
Betrieb und Gewerkschaft	Argentinien	
Menschenrechte	Erfolgreiche Aktion der ERP	7
Teilnahme in der Stahlindustrie: Der Kampf gegen das Lohnreduzierungsgesetz	Brasilien	
Rechts- und Vertriebsstelle der Rheinisch-Westfälischen Industrie in Meiderich	Antimperialistisches Festival der irischen Republikanischen Bewegung	8
Rationalisierung in der Metallindustrie: Entlassungen in der Uhrenindustrie	Athiopien	
Hamburg: Jetzt Entlassungen bei Reynolds	„Revolution von oben“	10
Klage gegen Gewerkschaftswahlleiter bei Opel/Bochum	Rhodesien	
Mannmann-Prozess: Klassenjustiz erneut gegen Arbeiter	Weiße Minderheit terrorisiert schwarze Mehrheit	11
Chemie-Industrie	Namibia	
Tenaxo, Hamburg: Der große Coup der Gewerkschaftsführung: Linker BR-Vorstand abgedrückt	Neues Massaker der südafrikanischen Furchen aufgedeckt	12
Reichsbank, Hamburg: Neues Terrorurteil verhindert	Philippinen	
Druck-Industrie	Bomben gegen Rebellen	13
Buerin-Schmidt, Flensburg: Jugendvertreter gefesselt	Südkorea	
Gewerkschafts-Entwicklung in Westdeutschland: GRW nach Mainz: Das letzte Wort rufen die Mitglieder haben (Teil 2)	Terrorurteile in Südkorea	14
„Sozialistische Gewerkschaft“	Wunderworte Links	
Das Agrarsystem der EG – Auf Enten der Vorwiegend und der Masse der Bauern	„KVZ“: Lenin und Mao diffamiert – Ein Leserbrief	15
Polemik der BRD-Imperialisten	„KPD/ML“-Veranstaltung zum „Berliner Mauerbau“	16
Die Energiepolitik der westdeutschen Bourgeoisie (2. Teil)	Die Geister, die sie gerufen ...	17
Kapitalisten unter Druck – Ein Lockermann für alle Freunde der „Mitbestimmung“	Chile-Soldaten – Vorbereitungen von Aktionen ruft ersten Jahrestag des faschistischen Putches	18
Imperialismus	BRD-Soldaten	
Arbeiter Faschismus abgelehnt	Mannheimer Arbeiter von der Polizei erschossen	19
Ein Beispiel für die faschistisch-nationalistische Verhöhnung deutscher Kollegen – ein Leserbrief	Schieß-Klatsch sollte Bullen für Menschenjagd drillen	20
Athien, 21.7.74: Die Junta tritt zurück – Gedicht eines AK-Leaders	Hamburg: Erst fast erschossen, dann vor Gericht	21
Spanien	BRD-Soldaten	
„Portugiesische Wende“ auch in Spanien? – Klassenkämpfe beschleunigen Abstieg des faschistischen Regimes	Mannheimer Kunst: Die Spinnne eines Einseitigen	22
Ein Beispiel faschistischer „Wahlbeteiligung“	Klassenjustiz in der BRD	
Portugal	Natürlich: Faschistische Schlüger freigesprochen	23
Revolutionäre Links muß isoliert und zerschlagen werden	Bundesverfassungsgericht meint: Verbotantrag gegen faschistische „Deutsche Nationalzeitung“ unbegründet	24
Indien	Wilder der Justiz soll verstärkt werden – Indische Straßen bei Protesten gegen die westdeutsche Klassen- und Terrorjustiz	25
Faschisten werden weiter	Klassen im Kapitalismus	
Was ist „Ordium Nero“?	Weichenstruß, Delmenhorst: Kirchenbehörde will Be-zugsverbot – Mit (rechten) Klodgenossen in erster Instanz geschickt	26
Terrorurteil gegen Genossen vom „Lotta Continua“	Zirkuläre	
„Kampfsitz“ in Italien	Zum Kampf der Zirkulanten	27
Frankreich	Wohnungsnot in der BRD	
Gefängnisrevolten in Frankreich	Göttingen, Hollenauer Berg: Ein Beispiel für den „rechten Wohnungsnot“ im Kapitalismus (incl. red. Anm.)	28
England	Wohnungsnot in Göttingen	
42.000 Mark Geldstrafe für Mieterstreik	Gewerkschaften im Kapitalismus	29
USA	Staatliche Angriffe auf die Rechte von Krankenhauspersonal und Patienten: Zum Krankenhaus-Personalstreik	30
Nach: abgelehnt – Kräfteverbrecher Nelson Mandela über Watergate-Einbruch	Kapitalistische Rationalisierung im Gesundheitswesen	31
Chile	Schulpolitik	
Neue Terrorurteile	„Man kann sich natürlich kleinere Klassen wünschen“	32
1. Jahrestag „KPD“ Chiles „Hoch zu rufen“ – Zur Dik-tation des Sozialistischen Kampfs		